Der Verein

MARTIN ACHRAINER
NICHOLAS MAILÄNDER

»Wie hält's der Alpenverein mit seiner Vergangenheit?« Diese Variante der Gretchenfrage, vom damaligen Präsidenten des Oesterreichischen Alpenvereins Louis Oberwalder im Jahr 1987 gestellt,[1] ist nach wie vor aktuell. Letztendlich geht die Entstehung dieses Buches darauf zurück. In der folgenden Darstellung wird der Schwerpunkt daher auf die politische Positionierung des Vereins sowie auf vereinspolitisch umstrittene Themen gesetzt, die den Alpenverein von 1918 bis 1945 intensiv beschäftigten und die ihn und seine Nachfolgevereine nachhaltig prägen sollten. Eine Übersicht über die Lage des Vereins direkt nach dem Ersten Weltkrieg sowie ein Rückgriff auf Struktur, Geschichte und Tätigkeit sind dem vorangestellt.

Der Beitrag ist in diesen Themenbereichen auf Basis bisher kaum beachteter Quellen, vor allem aus den Archiven der Alpenvereine selbst, erarbeitet. Ein Überblick über den Forschungsstand findet sich in der Einleitung dieses Buches.

Der Krieg

»Treue um Treue! Nun galt es die Liebe zu vergelten, die wir Bergsteiger in unseren deutschen Alpen gefunden, all die frohen Stunden, die uns die Berge gegeben! [...] Ein Heer von Helfern erwuchs ihnen, kein Millionenheer, wie sie auf den Schlachtfeldern Rußlands rangen – ein paar Tausend, aber wetterharte und berggewohnte Männer. Männer, denen die Alpenwelt zur zweiten Heimat geworden, denen die Berge das Leben galt – die aber auch wußten für ihre deutschen Berge zu sterben ...«[2]

In dieser Kriegserinnerung von Otto Gallian aus dem Jahr 1927 finden wir zentrale Momente, die im und nach dem Ersten Weltkrieg auf Bergsteiger und damit auf den Alpenverein wirkten. Mit der Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn im Mai 1915 und dem damit beginnenden, zähen Gebirgskrieg hatten Alpinismus und Krieg eine Verbindung erfahren, die bis dahin nur als Metapher bestanden hatte. Der ›Kampf‹ des Bergsteigers gewann eine neue Bedeutung, der Bergsteiger eine neue Aufgabe: Während die gut ausgebildeten österreichischen Gebirgstruppen in Galizien und Russland zu Tausenden fielen, strömten Bergsteiger jeden Alters als Freiwillige an die Gebirgsfront, wo sie kurzerhand als Alpinreferenten zur Ausbildung bergsteigerisch ungeübter Soldaten oder selbst als Soldaten eingesetzt wurden.

Obwohl allein der Gebirgskrieg auf beiden Seiten schätzungsweise 150.000 bis 180.000 Soldaten das Leben kostete,[3] hatte er schon während des Krieges – und umso mehr danach – das Potential zu einer Idealisierung und Heroisierung in sich. Es war eine Vielzahl von Elementen, die sich zu einer positiven Rezeption eigneten und zur Popularisierung beitrugen: Es war ein Verteidigungskrieg in einem Kerngebiet der österreichischen Monarchie; der Einsatz verlangte von den Soldaten in-

1 Louis Oberwalder, Wie hält's der Alpenverein mit seiner Vergangenheit?, und ders., Alpinismus als Idee – Alpenverein als Träger. Zur Struktur- und Ideengeschichte des OeAV, in: Mitteilungen des OeAV 1987, 3 bzw. 4–7.

2 Otto Gallian, Bergsteiger 1915–1918, in: Austria-Nachrichten 8, August 1927, 5f.

3 Ralph Rotte/Ursula Rotte, »... dem neidenden Erbfeind für alle Zeiten die Lust vertreiben, unser Heiligtum zu entweihen.« Kriegsideologie und Alpinismus im Deutschen und Österreichischen Alpenverein während des Krieges gegen Italien 1915–1918, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, Institut für Politische Wissenschaft, Discussion Paper No. 12, Juli 2005; vgl. auch Ralph Rotte, Politische Ideologie und alpinistische Ideale: Die Wahrnehmung des Krieges gegen Italien im »Deutschen und Österreichischen Alpenverein« (1915–1918), in: Hermann Kuprian/Oswald Überegger (Hg.), Der Erste Weltkrieg im Alpenraum. Erfahrung – Deutung – Erinnerung/La Grande Guerra nell'arco alpino. Esperienze e memoria, Innsbruck 2006, 119–144.



Gebirgstruppen beim Abseilen, Foto: A. Stock.



Schneeschuhbataillon vor der Kemptner Hütte (Allgäuer Alpen). Foto: A. Stock.



Rastende Patrouille, Foto: Erich König.

dividuelle Leistungen, die im Gegensatz zum anonymen Massensterben in den großen Schlachten standen; und es gelang den österreichisch-ungarischen Streitkräften hier, im Gegensatz zu den Kämpfen im Osten, militärische Erfolge zu erringen.[4] Die deutschen Schneeschuhbataillone, die 1915 in den Karpaten und den Vogesen eingesetzt wurden, waren überhaupt erst aufgrund eines Aufrufes des Deutschen Skiverbandes zustande gekommen; das Militär hatte vor dem Krieg kein besonderes Interesse an der Skiausbildung gezeigt.[5]

Eine Auswertung und Interpretation der während des Krieges erschienenen Veröffentlichungen des Alpenvereins zeigt, dass diese deutlich weniger in den Bann der vor allem im Deutschen Reich verbreiteten Kriegsideologie gezogen waren, als es zu erwarten gewesen wäre. Das Interesse am Gebirgskrieg ließ auch Respekt vor den Leistungen der italienischen *Alpini* zu.[6] In der inneren Entwicklung des Alpenvereins jedoch war der Erste Weltkrieg die Zeit eines ersten Schubes an Politisierung, an Ideologisierung dessen, was in wesentlichen Ansätzen freilich bereits vorher schon vorhanden war.[7] In der Nachkriegszeit fiel die Heroisierung des Gebirgskriegers auf fruchtbaren Boden. Sepp Innerkofler, als Bergsteiger, Bergführer und Wirt der Drei-Zinnen-Hütte in Alpinistenkreisen weithin bekannt, kann an dieser Stelle als Musterbeispiel für die positive Bewertung des Kampfes in den Bergen stehen. Als Mitglied eines aus Bergführern gebildeten Trupps fiel er schon im Juli 1915 beim Versuch, den Gipfel des Paternkofels zurückzuerobern, Alpini begruben seine Leiche respektvoll am Gipfel.[8] Noch während des Krieges entstand das abgebildete Porträt des bekannten Lienzer Künstlers Franz Defregger, nach dem Ersten Weltkrieg wurden seine Taten immer und immer wieder erzählt, sein Leben im Roman zugleich heroisiert und verkitscht.[9]

Im Gebirgskrieg hatte der Alpinismus seine ›Bewährung‹ erfahren; aus dem persönlichen, privaten oder wissenschaftlich begründeten Erlebnis war eine Disziplin entstanden, die militärische und damit geradezu staatstragende Bedeutung erlangt hatte. Das Idealbild des kämpfenden Bergsteigers sollte sich im Alpinismus und im Alpenverein noch nachhaltig auswirken. Vorerst aber galt es eine bittere Bilanz zu ziehen.

4 Rotte/Rotte, Erbfeind, 29–32.

5 Karl J. Luther, Von den deutschen Schneeschuhtruppen, in: Mitteilungen des DuOeAV 1915, 123–125; Erich König, Auf dem Schnepfenriedkopf bei Metzeral, in: Mitteilungen des DuOeAV 1915, 114–120.

6 Rotte/Rotte, Erbfeind, 19–22 u. 26–28.

7 Kurt Scharr, Unser Alpenverein will und soll kein politischer Verein sein …: Der Deutsche und Österreichische Alpenverein und der Erste Weltkrieg, in: Brigitte Mazohl-Wallnig/Hermann J. W. Kuprian/Gunda Barth-Scalmani (Hg.), Ein Krieg – zwei Schützengräben. Österreich – Italien und der Erste Weltkrieg in den Dolomiten 1915–1918, Bozen 2005, 253–263; ders., »Wer die Berge liebt, wird sie dem Welschen Feinde wehren«. Der Deutsch-Österreichische Alpenverein und der Erste Weltkrieg, in: Alpenvereinsjahrbuch Berg 2004, 80–89.

8 Vgl. die ausführliche Schilderung von Friedrich Kupetz, Sepp Innerkoflers Heldentod (Zur 10. Jährung seines Todestages), in: Mitteilungen des DuOeAV 1925, 159–161.

9 Karl Springenschmid, Der Sepp. Der Lebensroman Sepp Innerkoflers, München 1931.



Die zerstörte Sachsendankhütte, 1920.

Zerstörungen und Verluste

Rund dreitausend Mitglieder des Alpenvereins waren als Soldaten gefallen. Etwa ein Dutzend Schutzhütten waren durch Kriegshandlungen völlig zerstört, die Einrichtungen einer ganzen Reihe weiterer Hütten beschädigt oder geplündert worden. Die Marburg-Siegener Hütte[10] ist ein trauriges Beispiel dafür: Im Sommer 1914 fertiggestellt, war die Eröffnung für den 9. August bereits angekündigt und vorbereitet, als der Krieg losbrach. Sobald es die Verhältnisse nach dem Krieg erlaubten, sahen fünf Mitglieder der Sektionen Siegerland und Marburg nach ihrer Hütte: »Fensterscheiben, Türen, sogar die Herdplatte in der Küche und der Blitzableiter vom Dach waren gestohlen worden.« Die fünf »wollten wenigstens einmal in der Marburg-Siegener Hütte geschlafen haben, vernagelten die Fenster, heizten mühsam ein und haben dort eine das Gemüt mehr als den Körper befriedigende Nacht verbracht.«[11]

Schwerer wog freilich die Abtretung Südtirols und weiterer Gebiete an die Sieger- und Nachfolgestaaten. Dies hatte zur Folge, dass dem Alpenverein große Arbeitsgebiete verloren gingen und ein erheblicher Teil seiner Hütten faktisch enteignet wurden. An der Landshuter Hütte oberhalb des Brenners wurden diese Veränderungen am deutlichsten erfahrbar: Mitten durch die Hütte verlief nun die neue österreichisch-italienische Grenze, die lange Zeit nicht überschritten werden durfte.[12]

Während der Verein den Verlust Südtirols bis 1945 nicht hinnahm, sondern in Worten und Werken stets auf das Unrecht, das den Südtirolern geschah, hinwies, gerieten die Auflösungen der Sektionen in den an Slowenien gefallenen Gebieten, die Enteignung der dortigen Hütten sowie die übrigen Sektionsauflösungen zwar nicht in Vergessenheit, eine besondere Erinnerungskultur entstand aber nicht.

»Die Lage der Sektion ist in jeder Hinsicht eine geradezu verzweifelte«, berichtete Hermann Ludwig von der Sektion Krain im April 1919. »Sie befindet sich samt ihrem ganzen Besitz in Feindesland. Die deutschen Kreise werden ohne Unterschied (also auch einheimische) als Feinde

10 Siehe hierzu die Bildstrecke »Eine neue Heimat«.

11 Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der Sektion Siegerland des Deutschen und Oesterr. Alpenvereins 1880–1930, Siegen 1930, 8–10.

12 Siehe den Beitrag von Florian Trojer in diesem Band.



Porträt Sepp Innerkofler, Ölgemälde von Franz von Defregger, 1917.



Soldatengräber am Pordoijoch (Dolomiten). Radierung von Hans Beat Wieland.

angesehen. Ihre ohnehin schon geringe Zahl wird durch rücksichtslose Ausweisung täglich verringert. Überall herrscht der nationale Terror und Imperialismus. Die Deutschen Krains sind vollkommen wehr- und rechtlos.«[13] Am 7. September 1919 wurden offenbar von einer Regierungsstelle alle Alpenvereinshütten in Slowenien um wohlfeile 52.000 Kronen dem Slowenischen Alpenverein in Laibach verkauft, tags darauf mit einer Regierungsverordnung alle Alpenvereinssektionen in Slowenien, das waren Krain, Marburg und Cilli, mit der Begründung aufgelöst, dass sie einem Verein mit dem Sitz im Ausland angehörten.[14] Zwölf Alpenvereinshütten gingen mit diesem Handstreich verloren: Vosshütte, Hubertushütte, Deschmann-Haus, Maria-Theresien-Hütte, Triglavseen-Hütte, Kahlkogelhütte, Valvasorhütte, Ursulaberghaus, Zoishütte, Logartalhaus, Okreschelhütte und Koroschitzahütte.[15] Das gleiche Schicksal traf die Sektion Eisenkappel des Österreichischen Touristenklubs und deren Rainer-Hütte am Hochobir.[16]

Im Elsass lösten sich die Sektionen Colmar, Metz, Mülhausen und Straßburg auf, Letztere am 21. Januar 1919 explizit »unter dem Drucke der politischen Verhältnisse«; sie stellte ihre Hütten, die Oberzalim- und die Straßburger Hütte, dem Gesamtverein zur Verfügung.[17] Die Straßburger Hütte (heute Mannheimer Hütte) behielt bis 1970 ihren Namen in Erinnerung an die Erbauer.

Offenbar wegen der starken Abwanderung der Deutschen lösten sich in den Gebieten, die das Deutsche Reich an Polen abtreten musste, die Sektionen Bromberg, Graudenz und Posen auf, während die Sektion Kattowitz nach dem Muster der in der Tschechoslowakei gelegenen Sektionen als Deutscher Alpenverein Kattowitz weiter existierte.

Die Sektionen in der Tschechoslowakei konnten ungehindert arbeiten, nachdem sie sich formell vom Deutschen und Oesterreichischen Alpenverein losgelöst hatten. Die Sektionen Asch, Aussig, Eger, Gablonz, Haida, Karlsbad, Moravia, Nordmähren, Prag, Reichenberg, Saaz, Silesia,

13 Sektion Krain (H. Ludwig, W. Rizzi) an Hauptausschuss, Laibach, 18.4.1919, Archiv OeAV, Akt ›Slovenische Hütten‹, noch nicht verzeichnet.

14 Unbekannter Absender für die Sektion Krain an Hauptausschuss, Laibach, 17.9.1919, ebd.

15 Zusammenstellung von Schmidt-Wellenburg, 1927, ebd.

16 Gau Karawanken an Hauptausschuss, Klagenfurt, 14.12.1919, ebd.

17 Mitteilungen des DuOeAV 1919, 100; Protokoll der 21. Hauptausschuss-Sitzung, 20.5.1920.



Landshuter Hütte (Zillertaler Alpen), um 1925. Die neue Grenze zwischen Österreich und Italien verlief mitten durch die Hütte.

Teplitz und Warnsdorf wandelten sich in selbstständige »Deutsche Alpenvereine« um, die meisten von ihnen schlossen sich zu einem Verband der deutschen Alpenvereine im tschecho-slowakischen Staate zusammen.[18] Ihre Mitglieder bezogen die Vereinsschriften des Alpenvereins, die Sektionen erhielten Subventionen für Hütten- und Wegebauten, ein Hauptausschussmandat war für den Vertreter der Sektionen reserviert, und der Alpenverein sicherte sich die Rechte an den Hütten für den Fall der Auflösung der Sektionen. Offiziell galten die Sektionen als ›befreundete Vereine‹, sie wurden praktisch aber ebenso wie ihre Mitglieder zum Gesamtbestand des Alpenvereins gezählt. Die einzige Veränderung lag darin, dass die ehemaligen Sektionen in der Hauptversammlung kein Stimmrecht mehr hatten. Die tschechoslowakische Regierung ließ die Alpenvereine gewähren und unterstützte sie sogar bei ihren Ersatzforderungen an Italien, die sie für die enteigneten Hütten beanspruchten. Es kam auch zu mehreren Neubildungen von Deutschen Alpenvereinen. Sie bekannten sich als deutsche Vereine, waren aber stets darauf bedacht, dass der Alpenverein nicht als radikal deutschtümelnd erscheine. Von der Sektion Prag, von jeher eine der liberalsten Sektionen, wissen wir, dass sie auch tschechische Mitglieder aufnahm.[19]

Bergsteigen: Rettung aus der Not

Die Verluste des Alpenvereins an Arbeitsgebieten, Hütten, Sektionen und Mitgliedern waren aber noch nicht das Schwerwiegendste. Die deutsche wie die österreichische Gesellschaft war durch die Niederlage im Krieg schwer erschüttert worden, starke Verunsicherung erfasste insbesondere das Bürgertum. Mit dem Zusammenbruch der alten gesellschaftlichen Ordnung schienen auch deren Werte verloren gegangen zu sein.

In der Hauptversammlung in Nürnberg im Oktober 1919, der ersten seit 1913, wurde viel über den ›sittlichen Niedergang des deutschen Volkes‹ gesprochen, doch verlief die Versammlung weder in Pessimismus noch in Selbstmitleid, sondern in einer ernsthaften Aussprache über die Zukunft des Alpinismus und des Vereins. Die Berge, das Bergsteigen

18 Protokoll der 21. Hauptausschuss-Sitzung, 20.5.1921.

19 Festschrift zum hundertjährigen Bestehen der Sektion Prag des Deutschen Alpenvereins 1870–1970, München 1970, 34.

selbst dienten dabei nicht nur als Metapher, sondern als erlebte Erfahrung, die zunächst der Wiedererlangung ›sittlicher‹ Kraft dienen sollte. Der Erste Vorsitzende Reinhold von Sydow setzte, nachdem er die erlittenen Verluste aufgezählt hatte, in seiner Rede fort:

»Unser Alpenverein will und soll kein politischer Verein sein, das ist oft gesagt worden und dabei muß es auch bleiben. Unbeschadet der politischen Zugehörigkeit will er die Ideale, denen er dient, will er die Liebe zu den Bergen, die Befreiung der Seele, sei es in ihrem Anschauen, sei es im Ringen um sie, fördern und pflegen, soweit die deutsche Zunge klingt. Diese Pflicht haben wir unserem Volke gegenüber jetzt, wo der Druck des Lebens so bitter auf ihm lastet, mehr als je.«[20]

Eugen Oertel von der Münchner Sektion Bayerland stellte den Bezug vom praktizierten Alpinismus zur Wiederherstellung der ›sittlichen Kraft des deutschen Volkes‹ her:

»[Beim Bergsteigen handelt es sich] um Geisteskräfte, welche, in Tätigkeit gesetzt, vor allem Kraft des Willens, Kraft des Entschlusses und der Tat, Mut, Zuversicht, Geistesarbeit, Besonnenheit, Selbstbeherrschung, Selb[st]überwindung, Ausdauer, Zähigkeit, Pflichttreue und Opferwilligkeit erzeugen und fördern, mit einem Wort, das, was wir am Manne als Mannestugend besonders schätzen. Gerade an diesem gebricht es unserem darniederliegenden Volke am meisten; wir brauchen willensstarke, entschlußmutige, aber auch geduldige und zähe, pflichtgetreue und selbstlose Männer.«[21]

Ein Vortrag von Gustav Müller vor der Hauptversammlung 1922 wurde in den Sektionen besonders intensiv aufgenommen. In dieser Rede zeigt sich anschaulich, wie die eben zitierten Gedanken von Sydow und Oertel um Kampfrhetorik und eine deutschnationale Gesinnung erweitert sowie die innere Kräftigung zu einer Wehrhaftmachung instrumentalisiert wurde. Diese Rede ist nicht eine von vielen verschiedenen Meinungsäußerungen, wie sie in dieser Zeit in den *Mitteilungen des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins* in einer erstaunlichen Bandbreite veröffentlicht wurden. Sie war offenbar gezielt platziert, denn erstmals wurde eine Hauptversammlung mit einem Vortrag eingeleitet, der gleichsam ein Resümee der Lehren aus dem Weltkrieg und des Auftrages des Alpenvereins darstellte, wie der Titel *Die Berge und ihre Bedeutung für den Wiederaufbau des deutschen Volkes* nahelegt.

»Die oft gehörten Phrasen über den Kampf, Stahlbad des Krieges usw. mache ich mir nicht zu eigen. Aber an der Erkenntnis, daß der Kampf eine Naturnotwendigkeit ist, kann kein Bergsteiger, der klare und furchtlose Sinne und gesundes Mark in den Knochen hat, vorübergehen. Er nimmt das Kampfprinzip auf Schritt und Tritt wahr. Er sieht, daß alles, was nicht kämpft, nicht mehr zu kämpfen gewillt oder nicht dazu imstande ist, nach einem starren und unabänderlichen Gesetze zugrunde gehen muß. Nichtkämpfen ist Untergang! […] Ja, in den Bergen thronen noch die Ideale. Dort ist Erkenntnis der Bedeutungslosigkeit des eigenen Ichs. Dort paaren sich Demut und Mut, dort straffen sich Sinn und Trachten zum unbeugsamen Willen, dort lernt sich herbes Müssen und Ausharren im Kampf, […] dort sind Seele und Kraft, dort gilt nur der Wert um seiner selbst willen, nicht die Maske, dort ist das Land des uneigennützigen Kampfes, dort lodert das Feuer der Liebe zur Heimat. Aus diesen Schätzen, Alldeutschland, hole dir Willen, Mut und Kraft zum Kampf um dein Sein, dort, Jungdeutschland, stähle Arme, Sinne und Willen, nähre deine Seele und schmiede deine Wehr!«[22]

Die Rede Müllers, so wurde in den *Mitteilungen* berichtet, weckte eine Begeisterung, »die nach dem Mahnruf am Schlusse zum unwillkürlichen Anstimmen des hymnischen Deutschlandliedes sich steigerte.«[23] Sie war ein Schritt auf dem Weg zu einer fortschreitenden Politisierung des Vereins.

Der Alpenverein

Vorgeschichte und Aufbau

Der Deutsche und Oesterreichische Alpenverein hätte im Jahr 1919 sein fünfzigstes Bestandsjahr gefeiert; seine Wurzeln reichen aber weiter zurück, nämlich ins Jahr 1862, als sich in Wien ein »Alpen-Verein« gründete, der seinen Namen bald auf »Oesterreichischer Alpenverein« erweiterte. Nach internen Streitigkeiten gründeten Mitglieder dieses Vereins und weitere Interessenten 1869 in München einen »Deutschen Alpenverein«. Der Begriff ›deutsch‹ meinte damals – zwei Jahre vor der Gründung des zweiten Deutschen Reiches – keine staatliche Zugehörigkeit, sondern ›deutsch‹ in einem umfassenderen Sinn, wie er seit den Zeiten des Deutschen Bundes verbreitet war und wie er von Adolf Schaubach auf die »deutschen Alpen« angewendet worden war. 1873 beschlossen beide Vereine den Zusammenschluss. Der Oesterreichische Alpenverein bildete zusammen mit der Sektion Wien des Deutschen Alpenvereins die neue Sektion Austria, die damit zur Traditionsträgerin des Oesterreichischen Alpenvereins wurde, während der Deutsche Alpenverein dem älteren Oesterreichischen Alpenverein den Respekt erwies, ihn in den neuen Namen des Gesamtvereins aufzunehmen: Ab 1874 gab es also den Deutschen und Oesterreichischen Alpenverein. Über seine umfassende und wirkungsreiche Tätigkeit berichtete der Verein zunächst selbst in seinen Publikationen; eine jüngste Veröffentlichung dazu für die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg liegt von Anneliese Gidl vor.[24]

Strukturell war der Alpenverein, dessen Gründung in der liberalen Phase des 19. Jahrhunderts stattfand, parlamentarisch-demokratisch organisiert. In ihren wesentlichen Grundzügen ist diese Struktur in den Nachfolgevereinen bis heute erhalten geblieben. Grundlage des Vereins waren und sind die Sektionen; direkte Mitglieder kannte der Alpenverein – mit Ausnahme der Ehrenmitglieder ab 1938 – nicht. Die Sektionen waren und sind rechtlich selbstständige Vereine und haben als solche weitestgehende Autonomie. Die Zahl der gleichzeitig bestehenden Sektionen betrug in der Zwischenkriegszeit meist rund vierhundert. Sie waren nicht nur in geografischer Hinsicht breit gestreut, sondern auch in ihrer sozialen Zusammensetzung und in ihrem inneren Vereinsleben. Eine homogene Gruppe bildeten die Sektionen nicht.

Die jährliche Generalversammlung, ab 1910 Hauptversammlung genannt, war das beschlussfassende Gremium; die Verwaltung oblag einem

20 Verhandlungsschrift der 45. Hauptversammlung des DuOeAV zu Nürnberg am 10. und 11. Oktober 1919, 3–4.
21 Ebd., 21.
22 Gustav Müller, Die Berge und ihre Bedeutung für den Wiederaufbau des deutschen Volkes, in: Zeitschrift des DuOeAV 1922, 1–9, hier 8f.
23 Die 48. Hauptversammlung des D.u.Ö. Alpenvereins zu Bayreuth 1922, in: Mitteilungen des DuOeAV 1922, 49f., 50.
24 Anneliese Gidl, Alpenverein. Die Städter entdecken die Alpen, Wien/Köln/Weimar 2007.

Postkarte zur Hauptversammlung des DuOeAV in Wien, 1909.



zunächst jährlich, zuletzt alle fünf Jahre wechselnden Zentralausschuss. Dieser ständige Wechsel des Zentralausschusses nach dem ›Vorort-Prinzip‹, wie es vor allem aus Studentenvereinen bekannt ist, vertrug sich mit den wachsenden Aufgaben des Vereins nicht mehr, denn durch den ständigen Wechsel des Vereinssitzes war keine personelle Kontinuität gegeben. Wesentliche Entscheidungen wurden zunehmend in Ausschüsse verlagert, die die Generalversammlung vorbereiteten.

Erst 1908 gab sich der Alpenverein eine neue Satzung, die einerseits größere Kontinuität in der Vereinsleitung und der Verwaltungsarbeit ermöglichte, andererseits den örtlichen Wechsel beibehielt. An die Stelle des Zentralausschusses traten nun ein Hauptausschuss und ein Verwaltungsausschuss. Der Hauptausschuss mit 28 Mitgliedern aus allen Regionen, die eine Funktionsperiode von fünf Jahren hatten, wurde laufend erneuert und bildete somit eine hohe Kontinuität aus. Der Verwaltungsausschuss mit fünf bis acht Mitgliedern, die am Sitz des Vereins wohnen sollten, erledigte zusammen mit der Kanzlei die laufenden Arbeiten; die Mitglieder des Verwaltungsausschusses saßen auch im Hauptausschuss. Alle fünf Jahre sollte der Vereinssitz zwischen Österreich und Deutschland wechseln, damit ein neuer Verwaltungsausschuss die Arbeit übernehmen konnte, während die Kanzlei samt den Angestellten an den neuen Sitz übersiedelte. Oberstes Gremium blieb die Hauptversammlung, auf der die Sektionen mit einer gewissen, nach ihrer Mitgliederzahl gewichteten Stimmenzahl vertreten und stimmberechtigt waren. Der Erste Vorsitzende präsidierte dem Hauptausschuss, der Zweite dem Verwaltungsausschuss, während der Dritte keine besondere Befugnis hatte, sondern in einem regionalen Ausgleich zwischen Norddeutschland, Süddeutschland und Österreich gewählt wurde.[25]

1911 nahmen der Hauptausschuss und der Verwaltungsausschuss mit der Kanzlei in Wien ihre Arbeit auf. Durch den Ersten Weltkrieg entfielen die Hauptversammlungen und der Wechsel des Vereinssitzes. Erst 1920 schlug der Alpenverein seinen Sitz in München auf; auch die Amtszeit des Verwaltungsausschusses in München wurde bis 1928 verlängert. Von 1929 bis 1933 amtierte ein neuer Verwaltungsausschuss in Innsbruck, von 1934 bis 1938 wiederum ein neuer in Stuttgart. Nach dem ›Anschluss‹ Österreichs an das Deutsche Reich erhielt auch der nunmehrige Deutsche Alpenverein eine neue, nichtparlamentarische Satzung nach dem ›Führerprinzip‹ (demzufolge der ›Führer‹ Entscheidungen allein traf und verantwortete) und seinen festen Sitz in Innsbruck.

Der alte Deutsche und Oesterreichische Alpenverein fand mit dem Jahr 1945, zugleich mit der nationalsozialistischen Herrschaft, ein Ende. Wegen seiner organisatorischen Nähe zur NSDAP wurde er in fast allen Ländern und Besatzungszonen aufgelöst. Einzig in Tirol konnte der nachmalige Oesterreichische Alpenverein kontinuierlich in der Innsbrucker Kanzlei arbeiten, der Rechtsstreit um seine Zulassung hinderte ihn nicht daran. Unspektakulär verlief die Neugründung des Alpenvereins Südtirol im Jahr 1946, während der Zusammenschluss der deutschen Sektionen im Deutschen Alpenverein im Jahr 1950 eine schwere Geburt war. War der formale Schlussstrich unter die lange Geschichte des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins 1945 gezogen worden, zog sich die Klärung der Verhältnisse noch längere Zeit hin. Als symbolischer Abschluss der Teilung des Vereins und der neuen Arbeit der Nachfolgevereine kann die Feier der Hüttenübergabe, deren Verwaltung nach Ende des Zweiten Weltkrieges vom Oesterreichischen Alpenverein übernommen worden war, an die Sektionen des Deutschen Alpenvereins im Jahr 1958 gesehen werden.[26]

Mitglieder

Die Übersicht über die Mitgliederzahlen von der Gründung des Oesterreichischen Alpenvereins im Jahr 1862 bis 1938 zeigen einen stetigen Zuwachs: Die Kurve wird bereits ab der Jahrhundertwende deutlich steiler und scheint durch den Ersten Weltkrieg nur unterbrochen zu sein, danach wird innerhalb weniger Jahre eine Verdoppelung der Mitgliederzahlen erreicht. Dieser Zuwachs entsprach durchwegs den Werten zahlreicher anderer Vereine, besonders der Sportvereine, die teilweise noch deutlich höhere Steigerungsraten erfuhren.[27] Im Alpenverein wurde diese rasche Steigerung großteils als problematisch empfunden, noch mehr aber der mindestens im gleichen Maß ansteigende Zustrom zu den Hütten. Die Mitgliederzahl pendelte sich ab 1922 bei rund Zweihunderttausend ein.

Die beiden in der Grafik abzulesenden deutlichen Spitzen waren nur kurzfristig wirksam und auf die Inflationszeit einerseits und den Beitritt des Österreichischen Touristenklubs sowie des Österreichischen Gebirgsvereins im Jahr 1931 – also auf Doppelmitgliedschaften, die in den folgenden Jahren abgebaut wurden – zurückzuführen.[28] Die folgende Grafik zeigt die Auswirkungen des Beitrittes der beiden großen Wiener Vereine.[29]

Auf den starken Mitgliederzuwachs während der Inflationsjahre reagierte der Verein mit Ausschließungsbestrebungen.[30] Bei der Aufnahme von Mitgliedern sollte eine sorgfältigere Auswahl getroffen werden; vor allem Personen, die nur wegen finanzieller Vorteile, wie etwa der ermäßigten Touristenfahrkarten der Österreichischen Bundesbahn, eintreten wollten, sollten nicht aufgenommen werden. 1923 beschloss die Haupt-

25 Ausführlich zur Struktur die vier Ausgaben der Verfassung und Verwaltung des DuOeAV.

26 Feierliche Rückgabe der Schutzhütten an die westdeutschen Alpenvereinssektionen, in: Mitteilungen des OeAV 1958, 126; Ernst Ganahl, Der Kampf um den Bestand des Alpenvereins und die Erhaltung des Hüttenbesitzes und sonstigen Vermögens. Zur Geschichte des Oesterreichischen Alpenvereins in den Jahren 1945–1950, in: Mitteilungen des OeAV, 3/1987, 8–11.

27 Christiane Eisenberg, Massensport in der Weimarer Republik. Ein statistischer Überblick, in Archiv für Sozialgeschichte 33, 1993, 137–177.

28 Eigene Berechnungen nach den vom DuOeAV veröffentlichten Zahlen.

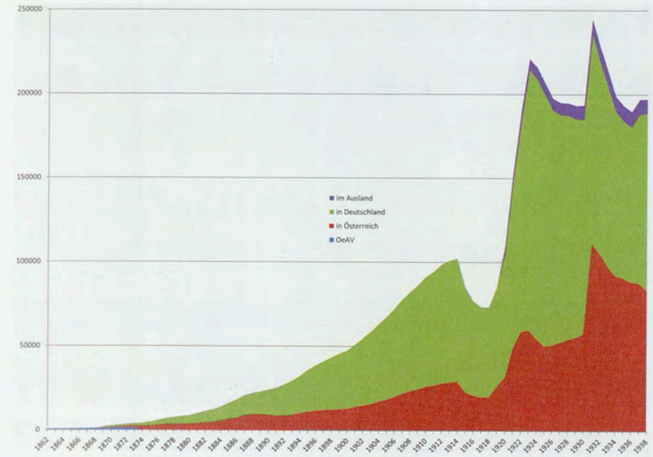
29 Eigene Berechnungen nach den vom DuOeAV veröffentlichten Zahlen.

30 Dagmar Günther, Alpine Quergänge. Kulturgeschichte des bürgerlichen Alpinismus (1870–1930), Frankfurt am Main 1998.

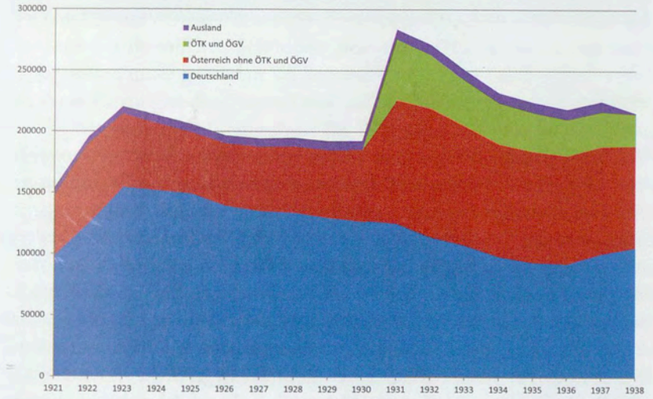
Abzeichen des Alpenvereins von 1870 bis 1939 auf Schautafeln montiert, vermutlich aus dem Alpinen Museum.







Mitgliederentwicklung des Alpenvereins 1862–1938.



Mitgliederentwicklung des Alpenvereins 1921–1938.

versammlung eine relativ strenge Regelung: In eine Sektion konnte nur eintreten, wer von zwei Mitgliedern vorgeschlagen wurde, die für den Leumund und die finanziellen Verpflichtungen des neuen Mitglieds im ersten Jahr bürgen mussten. Die Vorgeschlagenen waren »mit Namen und Stand« den Sektionsmitgliedern bekannt zu geben, die ein Einspruchsrecht hatten. Das neue Mitglied konnte erst nach Ablauf einer vierwöchigen Frist durch den Vorstand oder einen eigenen Aufnahme-Ausschuss aufgenommen werden.[31] Damit war der unbeliebten, von manchen Sektionen aber praktizierten, kurzfristigen Aufnahme von Sommerfrischlern ein Riegel vorgeschoben. Weitergehende Vorschläge, die vor allem besondere Bestimmungen gegen Angehörige von ehemaligen »Feindstaaten« vorsahen, lehnte die Hauptversammlung ab, nachdem der Verwaltungsausschuss erklärt hatte, er würde darauf achten, dass die Sektionen keine »feindlichen Ausländer« um rein finanzieller Gewinne wegen aufnähmen.[32]

31 Verhandlungsschrift der 49. Hauptversammlung des DuOeAV zu Bad Tölz am 9. September 1923, 23f.

Anteil von Frauen an den Neueintritten in die Sektion München 1900–1945.

	Prozent
1900	0,33
1913	11,39
1919	17,20
1921	23,94
1923	23,42
1925	27,37
1927	25,24
1929	25,00
1931	30,47
1933	28,62
1935	28,17
1937	25,35
1939	33,01
1941	42,87
1943	58,72
1945	47,57

Frauen

Wie wohl nahezu das gesamte Vereinswesen war auch der Alpenverein von Männern dominiert und geführt. Frauen waren von Beginn an sowohl im Oesterreichischen Alpenverein (1862) als auch in den meisten Sektionen des Deutschen Alpenvereins (1869) ordentliche Mitglieder; Ausnahmen gab es häufig in Norddeutschland. So nahmen die meisten Berliner Sektionen keine Frauen auf. In Österreich und in Süddeutschland waren hauptsächlich jene Sektionen, die aus elitären Bergsteigerzirkeln entstanden waren und einen Leistungsnachweis forderten, ›männlich‹. An den Statuten der Sektionen ist in der Regel nicht erkennbar, ob sie die Aufnahme von Frauen ablehnten; es kann daher keine genaue Auskunft darüber gegeben werden, wie viele Sektionen reine Männervereine waren.

Über mögliche Motive dafür, die Aufnahme von Frauen in eine Sektion abzulehnen, geben die Lebenserinnerungen von Reinhold von Sydow Aufschluss: Die Männer der Sektion Berlin nahmen ihre Frauen und Töchter zwar in die Berge mit und zeigten sie auf dem jährlichen Alpenvereinsball gerne her, aber bei den regelmäßigen Sektionsabenden wollten sie offenbar unter sich sein. Ja selbst bei den sommerlichen Sonntagsausflügen der Sektion Berlin blieben die Herren unter sich, genossen »im gesegneten Lande Mecklenburg« »eine gute Flasche Bourdeaux [sic]« sowie »ein solides Stück Schinken«. Kam man an einem See vorbei, konnte man »ein Bad ›ohne alles‹« einschieben, denn die Frauen waren ja daheim geblieben.[33] Fernhalten wollte man die Frauen wohl auch von den Stammtischen, an denen die Sektionsabende zumindest endeten, wenn sie nicht schon dort begannen. Ein Antrag zur Gründung einer »Damensektion« in Berlin wurde vom Verwaltungsausschuss 1912 abgelehnt.[34]

32 Ebd., 27.

33 Reinhold von Sydow, Lebenserinnerungen (unveröffentlichtes Manuskript, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz [Berlin]), 265 bzw. 257; diese Erinnerungen reichen trotz ihres beachtlichen Umfangs von beinahe 500 Seiten zeitlich nur bis 1918 und wurden in drei Etappen – 1920/21, 1936ff. und 1940ff. – verfasst; das Schlusswort ist mit Dezember 1942 datiert. Sie sind zweifach paginiert.

34 Protokoll der 8. Hauptausschuss-Sitzung, 24.5.1912, 3.



Idylle in der Lamsenjochhütte (Karwendel) zum 25-jährigen Hüttenjubiläum, 1931.

Nach dem Ersten Weltkrieg, als schließlich auch im Deutschen Reich und in Österreich das Frauenwahlrecht durchgesetzt wurde, hoben die meisten der betroffenen Sektionen diese Beschränkung auf, wenn auch gelegentlich unter größerem Widerstand[35] wie in der Sektion Berlin, die in ihren Satzungen den Frauenanteil auf 25 Prozent beschränkte.[36] Neuerlich lehnte der Hauptausschuss im Jahr 1924 den Antrag auf Gründung einer Berliner Frauensektion ab, und zwar »grundsätzlich«. Der Ausschuss wünschte allerdings, »daß in Orten mit mehreren Sektionen bergsteigerisch tätigen Damen der Beitritt zum Verein ermöglicht werden solle.«[37]

Margarete Große, eine Pionierin der Ballonfahrt und ambitionierte Bergsteigerin, griff diesen Gedanken in einem Beitrag für die *Mitteilungen* auf. Sie verwies auf den Schweizer Alpenklub, der keine Frauen aufnahm, weshalb sich in der Schweiz der Schweizerische Frauen-Alpin-Club (SFAC) als »Notverein, auch eine Art Kampfverein, notwendiges Übel« gegründet habe. Sie selbst und ihre Schwestern seien seit ihrem ersten Jahr bergsteigerischer Tätigkeit Vollmitglieder der Sektion Meißen, lange Jahre als einzige Frauen, selbst der Österreichische Alpenklub habe sie »nach Prüfung unserer hochalpinen Turen« aufgenommen. »Nicht rückständig also sind Deutschland und Österreich in diesem Punkt, sondern im Gegenteil anderen voraus, und wir deutschen Frauen würden selbst nur rückschrittlich handeln, wollten wir nach Sonderrechten streben«, lautete ihr Schluss. Dass die Sektion Berlin keine Frauen aufnahm, erfuhr sie erst nach Drucklegung »zu meinem Staunen«. Der Aufnahme bergsteigerisch tätiger Frauen, wie sie der Hauptausschuss den Berliner Sektionen nahegelegt hatte, stimmte Große zu, wenn die Voraussetzung der bergsteigerischen Aktivität auch für die männlichen Mitglieder gelte.[38]

Die Auswertung der Eintrittsbücher der Sektion München zeigt die starke und kontinuierliche Zunahme des Frauenanteils unter den Neueintritten. Zur Jahrhundertwende noch Einzelfälle, stellten kurz vor dem Ersten Weltkrieg die Frauen bereits mehr als ein Zehntel der neu Aufgenommenen. Nach dem Weltkrieg stieg ihre Zahl sehr rasch auf ein

35 Festansprache des stellvertretenden Sektionsführers Senatspräsident Dr. Franz Scholz anläßlich des 80. Geburtstages des Ehrenführers Dr. Rudolf Hauptner. Am 1. November 1942 im Meistersaal, in: Jahresbericht der Sektion Berlin des Deutschen Alpenvereins, April 1941 bis März 1943, 9–14.

36 Mitteilungen der Sektion Berlin 1934, Nr. 308 (Januar), Nachtrag.

37 Protokoll der 31. Hauptausschuss-Sitzung, 18./19./20.7.1924, 5.

38 Margarete Große, Sollen wir deutschen Bergsteigerinnen einen eigenen Verein oder wenigstens eine eigene Alpenvereinssektion anstreben?, in: Mitteilungen des DuOeAV 1925, 79f.



Frauen unter den Delegierten der Sektion München, Hauptversammlung 1937 in Kufstein.

rundes Viertel an, und in den Kriegsjahren traten zeitweise mehr Frauen in die Sektion ein als Männer. Darüber hinaus geben uns die Eintrittsbücher Aufschluss darüber, dass der gesellschaftliche Wandel, mit dem eine stärkere Berufstätigkeit der Frauen aus der Mittelschicht einherging, auch im Alpenverein sichtbar wurde. Im Jahr 1919 gaben 65 Prozent der beitretenden Frauen an, einen Beruf auszuüben oder zu studieren; 1913 waren es nur zwanzig Prozent gewesen. Der insgesamt zu beobachtende starke Mitgliederzuwachs rekrutierte sich nach den Erkenntnissen der Sektion im Jahresbericht 1920 aus dem Mittelstand und der Arbeiterklasse.[39]

Eine verlässliche Erhebung des Frauenanteils unter den Mitgliedern des Alpenvereins gab es erst 1935: In Deutschland waren 19 Prozent der Mitglieder weiblich, in Österreich knapp 32 Prozent und in der Tschechoslowakei 28 Prozent. Insgesamt ergab sich für den Alpenverein damit ein Frauenanteil von 23,5 Prozent.[40] Noch im Jahr 1935 hatten 29 deutsche und fünf österreichische Sektionen Frauen gar nicht oder nur als Familienangehörige aufgenommen.[41] Einer Bestandserhebung des Nationalsozialistischen Reichsbundes für Leibesübungen im Jahr 1939 zufolge soll der Frauenanteil im Bergsteigen in der nunmehrigen ›Ostmark‹, verglichen mit dem Frauenanteil bei anderen Sportarten, der höchste gewesen sein.[42]

Unter den Vereinsfunktionären fanden sich Frauen nur ganz vereinzelt, während die Vereinsleitung des Gesamtvereins bis zum Ende des Weltkriegs – und in den Nachfolgevereinen darüber hinaus noch lange Jahre – Männern vorbehalten blieb.

39 Berechnungen von Friederike Kaiser auf Basis der Eintrittsbücher der Sektion München, Archiv DAV, Eintrittsbücher Sektion München, DAV SEK 1 SG 13.1, 20.1; Alpenvereins-Sektion München, 51. Jahres-Bericht, Vereinsjahr 1920.

40 Berechnungen von Michael Guggenberger auf Basis der Jahresberichtsbögen der Sektionen. In Einzelfällen wurden spätere Angaben herangezogen, für einige Sektionen fehlen die Angaben zur Gänze. Statistisch fallen diese Schwächen aber nicht ins Gewicht; Archiv OeAV, Jahresberichtsbögen 1935ff.

41 Es waren dies in Deutschland die Sektionen: Akad. Sektion Dresden, Akad. Sektion München, Bayerland, Beckum, Bergfried, Bergland, Edenkoben, Falkenstein, Greiz, Gummersbach, Hersbrock, Hildburghausen, Hochglück, Hochland, Isartal, Kronach, Mark Brandenburg, Marktredwitz, Moosburg, Mühldorf a. Inn, Selb, Stolp, Teisendorf, Treuchtlingen, Turneralpenkränzchen München, Tuttlingen, Wanderfreunde Nürnberg, Weißenburg, Wittenberg. Die meisten dieser Sektionen hatten auch keine weiblichen B-Mitglieder. In Österreich: Alpine Gesellschaft Preinthaler, Aussee, Lambach, Reichensteiner, Sillian. Diese Sektionen nahmen Frauen als B-Mitglieder auf. B-Mitglieder, in erster Linie Familienangehörige und einkommenslose oder -schwache Gruppen, bezahlten niedrigere Beiträge als A-Mitglieder, bezogen dafür aber nicht die Mitteilungen des DuOeAV.

42 Allerdings wird darin für die Bergsteigervereine insgesamt nur ein Frauenanteil von 16,9 % angegeben, der nicht stimmen kann. DAV Vereinsführung – Informationsunterlagen Nr. 112, München, 18.9.1939, 3, Sammlung Steigerwald.

Jugend

In einem krassen Gegensatz zur Bergbegeisterung der Jugend[43] befand sich die Einstellung der wohl großen Mehrheit des Alpenvereins. Über Jahrzehnte beobachtete die ältere Bergsteigergeneration das Treiben der Jungen skeptisch, seien es die Klettereien der älteren Jugend oder die unbändige Autonomie der jüngeren. Nicht der Jugendwanderbewegung an sich, deren Anfänge in die letzten Jahre vor der Jahrhundertwende zurückreichen, stand der Alpenverein ablehnend gegenüber, sondern ihrem Zug ins Gebirge und ihrem Drang nach Selbstbestimmtheit. Die Grundsätze, mit denen Ernst Enzensperger den Delegierten der Hauptversammlung 1913 die Förderung von Jugend-Alpenwanderungen nahebrachte, waren: »Die Jugend soll nicht künstlich in die Berge hineingezogen« werden, sondern zunächst die nähere Heimat kennenlernen. Aber »die vielen, die bereits drinnen [in den Bergen] und sich selbst überlassen sind«, sollten »organisiert werden.« Grundlage dafür sei das alpine Wandern; es solle »in dieser Altersstufe nicht Hochturistik gezüchtet, sondern verhütet« werden. Und vor allem: »[N]ur unter geeigneter Leitung sollen die Jungen in das Gebirge geführt werden.«[44]

Enzensperger war in München an der Wiege des organisierten Jugendwanderns gestanden und versuchte kontinuierlich, den Alpenverein in diese Arbeit zu integrieren. Mit dem Ersten Weltkrieg war jede organisatorische Tätigkeit zum Erliegen gekommen. Doch die Jugendbewegung »flammte zu Ende des Krieges überall auf, die Sektionen in den Alpen oder in deren Nähe nahmen sich dieser Bewegung mit großem Eifer an«, hieß es in der *Zeitschrift des Alpenvereins* 1919, und der Verwaltungsausschuss gab Richtlinien für die Organisation von Jugendalpenwandergruppen heraus.

Während in der Weimarer Republik Mitte der 1920er-Jahre rund vierzig Prozent aller Jugendlichen organisiert waren, 1930 rund 1,6 Millionen Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahren als Mitglieder von Sportvereinen gezählt wurden und rund fünfzigtausend der Bündischen Jugend angehörten,[45] blieb die Jugendbewegung im Alpenverein mit rund viertausend Mitgliedern in den Jugendgruppen erstaunlich klein.

In den Alpen und vor allem in den Schutzhütten war die Jugend, so hat es den Anschein, nicht gern gesehen. Dass es Klagen über leichtfertiges Verhalten im Hochgebirge gab, überrascht nicht; dass diese aber in einem Hauptartikel der *Mitteilungen* thematisiert wurden, wirft ein bezeichnendes Bild auf die im Hintergrund stehende Diskussion. »Es ist in den Lechtaler Alpen«, schreibt Ferdinand Falger von der Sektion Vorarlberg im Sommer 1927.

»Eine Gruppe von anderthalb Dutzend junger Leute, Buben und Mädchen, hat sich vor der Hütte niedergelassen. Damit niemand über die ›Weltanschauung‹ der 15–17-jährigen im Zweifel sei, ragt in ihrer Mitte ein etwa 3 m hoher Ger mit der Flagge und den Farben ihrer Partei. […] Die Jungen in Leinenhöschen, die beinahe den halben Oberschenkel bedecken, die Mädchen in Trikothöschen, die infolge der lockeren Webeart die Farbe der Unterwäsche mehr als bloß ahnen lassen. […] Dann kam ich mit dem Gruppenführer, einem akademisch gebildeten Herrn von etwa 30 Jahren, ins Gespräch. Seine Sorge war der Weg für den

43 Siehe dazu den Beitrag von Nicholas Mailänder in diesem Band.

44 Verhandlungsschrift der 44. (40.) Hauptversammlung des DuOeAV zu Regensburg am 15. Juli 1913, 38f.

45 Thomas Rauschenbach, Jugendverbände im Spiegel der Statistik, in: ders./Hans Gängler/Lothar Böhnisch (Hg.), Handbuch Jugendverbände. Eine Ortsbestimmung der Jugendverbandsarbeit in Analysen und Selbstdarstellungen. Weinheim/München 1991, 115–131, hier 126.



Jugendgruppe der Sektion Rheinland-Köln im Winterlager, Winter 1935/36.

nächsten Tag, denn er hatte heute üble Erfahrung gemacht und war mit seiner Herde vom kräftig und neumarkierten Alpwege bei schönstem Wetter abgeirrt […].«

Und so geht die Erzählung fort. Nach weiteren Beispielen kommt Falger zum Schluss: »Der Alpenverein darf unter diesen Umständen nicht müßig zuschauen.« Es sei seine Pflicht, »die Sache in die richtigen Bahnen zu lenken.« Er müsse auf die Führer dieser Gruppen einen bestimmenden Einfluss nehmen und eine Höchstzahl der Teilnehmer festlegen; Forderungen, die mit jener Organisationsform, mit der Enzensperger in München so erfolgreich war, nicht vereinbar waren.[46] Enzenspergers Antwort folgte direkt anschließend. Er schilderte die Arbeit im Ortsausschuss München für Jugendalpenwanderungen. In den Ortsausschüssen waren Jugendgruppen vieler verschiedener Vereine, darunter auch des Alpenvereins, vertreten. »Der Zudrang der alpenfernen Jugend aus allen Kreisen und aus allen Lebensaltern in die Berge ist ungeheuer.« Er beklagte, »mit welcher krassen Unkenntnis der Eigenart und der Gefahren der Bergwelt erwachsene Menschen nicht nur selbst die Berge aufsuchen, sondern unerfahrene Jugend dorthin mitnehmen.« In der Geschäftsstelle des Ortsausschusses wurden Führerausweise für das alpine Gebiet ausgegeben – oder eben nicht. Die von Falger geforderte scharfe Kontrolle über die Führer durch den Alpenverein sei nicht durchführbar und würde »gerade die Grundlage des Zusammenwirkens und des Zusammenschlusses der gleichgerichteten Vereine zerstören«, so Enzensperger. Er forderte vor allem von den Sektionen, mit gutem Beispiel voranzugehen, auf ihre eigenen Jugendführer zu achten und in den Schutzhütten Gruppen ohne die Legitimation des Ortsausschusses keine Ermäßigungen zu gewähren.[47]

Im Alpenverein fiel schließlich die Entscheidung, einen eigenen, für das alpine und voralpine Gebiet gültigen Führerausweis zu schaffen, der allein die Begünstigungen für Jugendgruppen auf Schutzhütten gewährte, und in den österreichischen Landeshauptstädten ›Landesstellen‹ unter Führung des Alpenvereins zu schaffen, »denen sich bereits zahlreiche andere Vereine wie auch Lehranstalten angeschlossen haben.«[48] Ernst Enzensperger und Karl Greenitz, der Landesstellenleiter in Graz, waren mit dieser Entwicklung, die von der gleichberechtigten Zusammenarbeit der an der Jugendarbeit beteiligten Vereine wegführte, allerdings nicht einverstanden und legten ihre Ämter in der Alpenvereinsjugend zurück.

Gleichzeitig wurde auch großzügig investiert. Während der Alpenverein in Deutschland Beiträge zu Jugendherbergen der im Ortsausschuss vereinigten Vereine leistete, baute, kaufte oder pachtete er in Österreich eigene. Bis 1933 entstanden so fünfzehn neue Alpenvereins-Jugendherbergen in Tal- oder niedrigen Höhenlagen. Deren Erfolg war allerdings bescheiden, wenn man den pädagogischen Ansatz des Alpenvereins, die Jugend in ungefährlichere Gefilde zu leiten und von den Hochalpen fernzuhalten, als Maßstab nimmt.[49]

Die Teilnahme an den Jugendgruppen nahm nun aber erheblich zu; insbesondere in Verbindung mit dem Skisport war die Jugendarbeit erfolgreich. Der starke Anstieg der Mitglieder ab 1930 fand beinahe ausschließlich in Österreich statt. In Tirol hatte die Zusammenarbeit des

46 F. Falger, Zur Frage des Jugendwanderns in den Alpen, in: Mitteilungen des DuOeAV 1927, 131f.

47 Ernst Enzensperger, Schatten und Licht im alpinen Jugendwandern, in: Mitteilungen des DuOeAV 1927, 133–135.

48 Jahresbericht 1927/28, in: Mitteilungen des DuOeAV 1928, 107–111, 110.

49 Schmidt-Wellenburg, Alpenvereinsgeschichte 1929–1967 (unveröffentlichtes Manuskript, Archiv OeAV, Bibliothek), 21–24.





Links: Jugendherberge Kufstein im Bau, 1931

Rechts: Jugendherberge Kufstein im Bau, 1931.

	Mitglieder Jugendgruppen	Mitglieder Jungmannschaften
1925	3770	
1926	4241	
1927	4377	
1928	4443	
1929	4078	604
1930	4233	1313
1931	10058	1710
1932	11261	2018
1933	10557	2703
1934	9729	3618
1935	10208	4781
1936	10197	5974
1937	11058	7175
1938	6981	6519

Mitglieder von Jugendgruppen und Jungmannschaften 1925–1938.

Landesstellenleiters Martin Busch mit dem Skiverband den Erfolg, dass 1931/32 rund viertausend Jugendliche den Jugendgruppen der Sektionen beitraten, mehr als ein Drittel aller Jugendlichen im Alpenverein.[50] Die neu beigetretenen Vereine Österreichischer Gebirgsverein und Österreichischer Touristenklub brachten rund 2.700 Jugendliche mit, sodass sich die mehr als elftausend Jugendlichen im Jahr 1932 sehr unregelmäßig auf die Sektionen verteilten; in vielen Sektionen fand nach wie vor keine Jugendarbeit statt.

Der rapide Rückgang der Mitgliederzahlen in den Jugendgruppen von 1937 auf 1938 war auf spezifisch österreichische Verhältnisse zurückzuführen, in Deutschland nahm die Zahl in diesem Jahr leicht zu. Der Jahresbericht für 1938 führte den Austritt der Hälfte der Jugendlichen in Österreich darauf zurück, dass zunächst von Jahresbeginn bis zum ›Anschluss‹ die Mitgliedschaft in der österreichischen Staatsjugend, die als staatliche Organisation gebildet keine Bedeutung erlangen sollte, Voraussetzung für jene in einer Jugendgruppe war. Zudem führte er an, »daß viele Jugendgruppen getarnte Gruppen der HJ. waren und nunmehr diesen Dienst gegenüber der Tätigkeit in der AV.-Jugendgruppe bevorzugten.«[51]

50 Jahresbericht 1931/32, in: Mitteilungen des DuOeAV 1932, 183–189, 186.

51 Jahresbericht 1938, in: Mitteilungen des DuOeAV 1938, 296–319, hier 312.

Wie viele Jugendgruppen tatsächlich nur oder vorwiegend Tarnorganisationen für die illegale Hitlerjugend waren, ist nicht abzuschätzen. Aufgedeckt wurden solche getarnten Gruppen nur in ganz wenigen Einzelfällen. Für den Rückgang der Zahl der Jugendgruppen gab es allerdings noch einen weiteren Anlass: Der kommissarische Leiter für Alpinistik, Julius Gallian, hatte einen Erlass so missverständlich formuliert, dass viele Sektionen ihn dahingehend interpretierten, die Jugendgruppen des Alpenvereins hätten keine Daseinsberechtigung mehr. Diese Auffassung konnte der Alpenverein erst nach drei Monaten korrigieren.[52]

Ein stetiges Aufwärts verzeichneten dagegen die Jungmannschaften, in denen die bergsteigerisch ambitionierte Jugend bis zum 25. Lebensjahr zusammengefasst wurde – in der Regel auf männliche Mitglieder beschränkt.[53]

Bergsteigen und Erschließen

Der Alpenverein, ließ der Deutsche Alpenverein im Dezember 1869 in der ersten Nummer seiner *Zeitschrift* unter dem Titel *Zum Anfang* die Leser wissen, »ist kein Verein von Bergsteigern.« Alle »Verehrer der erhabenen Alpenwelt« wolle er vereinigen, von keinem von ihnen besondere Leistungen verlangen.[54] Seine Hauptziele, die Kenntnis der Alpen zu »erweitern und zu verbreiten«, übte der Alpenverein mit dem Schrifttum aus, mit der *Zeitschrift* und den Karten, mit der 1905 geschaffenen Bibliothek und dem 1911 eröffneten Museum; die »Bereisung zu erleichtern«, erforderte aber Eingriffe in die Natur. Die Anlage von mehreren Tausend Kilometern Wegen und der Bau von mehr als dreihundert Schutzhütten bis zum Ersten Weltkrieg zeugten davon. In der Hauptversammlung 1919 in Nürnberg stand ein Antrag auf dem Programm, der eine Umkehr dieser vor dem Krieg ungebremsten Bautätigkeit bezweckte: »Die Hauptversammlung spricht sich für die allmähliche Umwandlung des A.-V. in einen Bergsteigerverein aus und empfiehlt daher den Sektionen, künftig nur solche Personen als Mitglieder aufzunehmen, welche Bergsteiger sind.« Diesem Antrag konnte sich die Hauptversammlung nicht anschließen, doch die übrigen von der Sektion Bayerland als Antrag formulierten Leitsätze wurden nach eingehenden Diskussionen und redaktionellen Änderungen zum Beschluss erhoben und stehen als »Nürnberger Leitsätze« am Anfang einer Reihe von grundlegenden Aussagen zur Ausgestaltung der alpinen Arbeit. Diese stellten das Bergsteigen als Mittel zur Wiederherstellung der »sittlichen Kraft des deutschen Volkes« in den Mittelpunkt. Die persönliche Ausübung des Bergsteigens sei mit allen Kräften zu fördern; bei Hütten- und Wegebauten sowie bei der Hüttenbewirtschaftung sei in erster Linie auf die Bedürfnisse der Bergsteiger zu achten. Und zuletzt hielten die Leitsätze fest, dass alle Formen bergsteigerischer Tätigkeit als gleichwertig zu betrachten seien.[55]

Die vorgeschlagene einleitende Formulierung für den dritten Leitsatz – »Die Erschließung der Hochalpen Deutschlands und Österreichs durch den Bau von Unterkunftshütten und Wegen ist im wesentlichen beendet« – fand keine Mehrheit,[56] wurde aber in den nächsten Jahren noch ausgiebig diskutiert. Von den Diskussionen in Nürnberg ausgehend, keimte in der Sektion Bayerland der Entschluss, einen Interessensverband ähnlich denkender Sektionen ins Leben zu rufen, der als Bergsteigergruppe[57] seit 1920 rege Wirkungskraft entfaltete. Ihr Hauptanliegen war die Förderung des Bergsteigens und die Verhinderung weiterer Erschließungen.[58]

In der Hauptversammlung von 1922 in Bayreuth kamen bemerkenswert weitgehende Beschlüsse zur Einschränkung weiterer Erschließungsarbeiten zustande, die als Bayreuther Beschlüsse die Nürnberger Richtlinien ergänzten.

»Neue Hütten und Wege sollen nur in besonderen Ausnahmefällen gebaut werden. Auf die Instandhaltung aufgelassener Almhütten als einfache Unterkunftsstätten werden die Sektionen besonders hingewiesen.

Verfügbare Mittel sollen auch verwendet werden, um besonders geeignete Alpengebiete in Unberührtheit zu erhalten und auf diese Weise alpine Schutzgebiete zu schaffen.«[59]

Nürnberger Leitsätze

Die Hauptversammlung empfiehlt folgende Leitsätze den Sektionen dringend zur Beachtung:

1. Eines der wichtigsten Mittel, um die sittliche Kraft des deutschen Volkes wiederherzustellen, ist der Alpinismus, und zwar in der Form der bergsteigerischen Arbeit. Denn diese ist geeignet, überaus wertvolle, hauptsächlich auf dem Gebiete des Willens liegende geistige Kräfte zu wecken und zu stärken und damit die Entwicklung echter deutscher Mannestugenden zu fördern. […]

2. Die persönliche Ausübung des Bergsteigens durch die Mitglieder, die Ausbildung in der Kunst des Bergsteigens und die Erziehung zu guter alpiner Sitte ist mit allen Kräften durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen. […]

3. Bei dem künftigen Bau von Unterkunftshütten und Wegen, ferner bei der Bewirtschaftung der Hütten sollen in erster Linie die Bedürfnisse der Bergsteiger maßgebend sein. Insbesondere darf jene Tätigkeit nicht so weit ausgedehnt und nicht so gestaltet werden, daß die Bergsteiger gerade um dasjenige gebracht werden, was sie berechtigterweise im Hochgebirge suchen: Ruhe, Ursprünglichkeit, ungestörten Naturgenuß. Auch soll das Hochgebirge da, wo seine Begehung besondere Anforderungen an die Kletterfertigkeit stellt, nicht ohne Not durch künstliche Anlagen seiner natürlichen Schwierigkeit beraubt werden.

4. Alle Formen ordnungsmäßiger bergsteigerischer Tätigkeit sind als gleichberechtigt anzuerkennen und nur nach ihrer sachlichen Bedeutung zu werten. Das Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Gesamtheit der Alpinisten ist mit allem Nachdruck zu erhalten und zu fördern. Bei der Ausübung des Alpinismus wie im alpinen Schrifttum und Vortragswesen sind alle auf bloßen äußerlichen Erfolg gerichtete Bestrebungen ohne sachlichen alpinen Wert zurückzudrängen.

52 Nachrichtenblatt für die Sektionen Nr. 4, Stuttgart, 28. Juni 1938, 38.

53 Siehe hierzu den Beitrag von Nicholas Mailänder in diesem Band.

54 Theodor Trautwein, Zum Anfang, in: Zeitschrift des Deutschen Alpenvereins 1, 1870, I–VI, hier I–II.

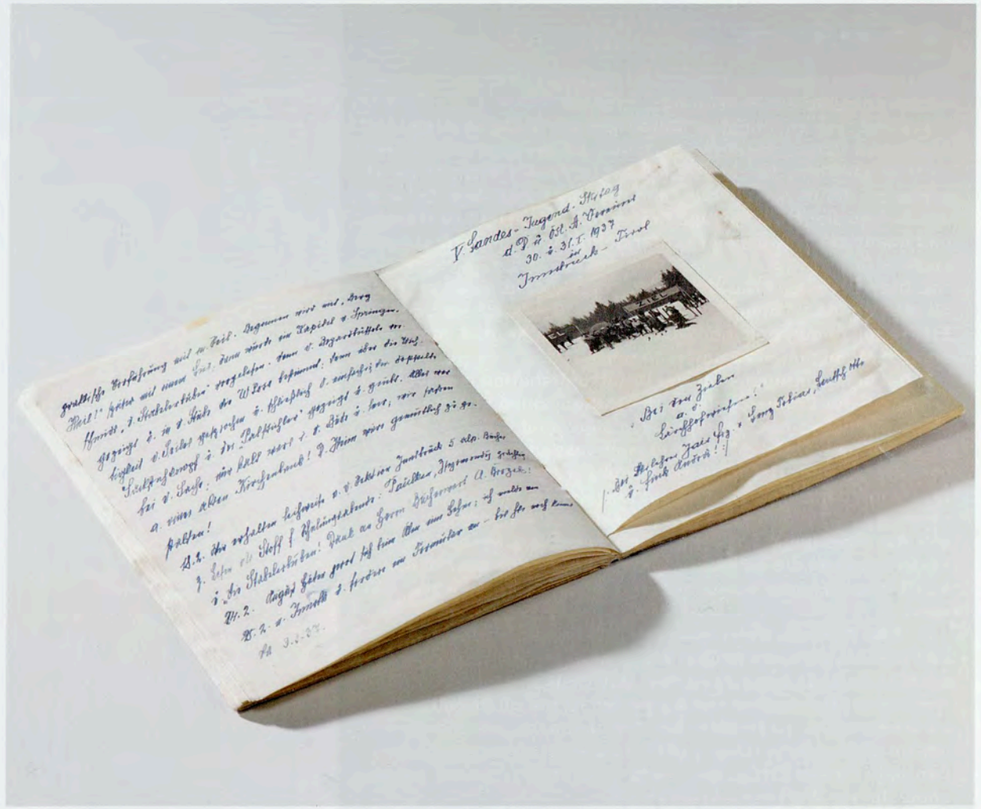
55 Verhandlungsschrift der 45. Hauptversammlung des DuOeAV zu Nürnberg am 10. und 11. Oktober 1919, 23f.

56 Ebd., 20–24.

57 Die Bergsteigergruppe im D.u.Ö. Alpenverein, in: Mitteilungen des DuOeAV 1921, 17–19.

58 Dazu grundlegend: Walter Welsch, Geschichte der Sektion Bayerland des Deutschen Alpenvereins e.V. Die Zeit des Ersten Weltkrieges und der Weimarer Republik 1914–1933, München 2010. Die Sektion Bayerland hat das nur in kleiner Auflage gedruckte Buch sowie die weiteren bisher erschienenen Bände online zur Verfügung gestellt: Bereich Geschichte auf www.alpenverein-bayerland.de.

59 Mitteilungen des DuOeAV 1922, 54.



5. Tiroler Jugend-Skitag, Auszug aus der Chronik der Alpenvereins-Jugendgruppe Kauns.

Diese Formulierungen waren trotz ihrer großen Reichweite nur ein Kompromiss: Die Sektion Bayerland hatte neben der schon 1919 vorgebrachten Feststellung, dass die Erschließung der Ostalpen abgeschlossen sei, auch den unbedingten Schutz bisher nicht erschlossener Gebiete beantragt.[60]

Ein Rückblick in die Jahre vor dem Krieg zeigt die vorangegangene rasche Veränderung der Ansichten. 1910 hatte der Hauptausschuss Leitsätze zur Subventionierung von Hüttenbauten entworfen. Der erste dieser Leitsätze legte fest, dass »nur Hütten, die einem hochalpinen, und Wege, die einem wirklich praktischen Bedürfnisse entsprechen«, subventioniert werden sollten. Gegen diese Formulierung wurde damals im Hauptausschuss vorgebracht, dass die meisten Hütten nicht hochalpin seien und dass man »auf die bequemeren Turisten Rücksicht nehmen müsse, die den Verein groß gemacht haben.«[61] Die Hauptversammlung 1911 beschloss diesen ersten Leitsatz schließlich in der Formulierung: »Bei der Genehmigung und Subventionierung sind in Zukunft solche Hüttenneubauten zu bevorzugen, die einem hochalpinen Bedürfnisse entsprechen. Wegebauten sind nur dann zu genehmigen und zu subventionieren, wenn dafür ein wirkliches praktisches Bedürfnis vorliegt.«[62] Während also kurz vor dem Krieg nur davon die Rede gewesen war, Neubauten auf das hochalpine Gebiet zu beschränken, sahen viele nach dem Krieg – der Hüttenbau hatte inzwischen natürlich nahezu vollständig aufgehört – die Erschließung des Hochgebirges als vollendet an und wollten gerade den hochalpinen Bereich vor weiteren Bauten bewahren. Gedanken wie jener an die ›Rückkehr zur Natur‹, die Bewahrung unberührter Landschaften und den Stopp der weiteren Erschließung waren Ausdruck des damaligen Zeitgeistes.[63]

Mit einer radikalen Abkehr vom Hüttenbau konnte sich die Mehrheit im Alpenverein aber trotzdem nach wie vor nicht anfreunden. Dagegen stießen Einschränkungen in der Einrichtung und Ausstattung der Hütten auf weitverbreitete Zustimmung. In Nürnberg, 1919, hatte Sydow schon davon gesprochen:

> »Die Not der Zeit, die allgemeine Verarmung werden uns – zu unserem Glück meine ich – zu der Einfachheit der Sitten zurückführen, von denen wir, auch bei unseren Anlagen in den Bergen, beeinflußt von dem aufs Materielle gerichteten Zuge der Zeit, in den Jahrzehnten vor dem Weltkrieg mehr und mehr abgewichen waren. Nicht bequemem Leben, sondern der Stählung des Körpers und der Erhebung des Geistes an der großen unwandelbaren Natur soll unsere Arbeit dienen.«[64]

Es war aber nicht nur die Not der Zeit, sondern auch die vielfach beklagte Überfüllung der Hütten, die gegensteuernde Maßnahmen geradezu notwendig erscheinen ließen. Hier machte sich nicht nur der Verlust von rund neunzig Hütten in Südtirol und der Untersteiermark bemerkbar, sondern vor allem der insgesamt wachsende Zustrom von Menschen ins Gebirge. So erreichte die durchschnittliche Zahl der Hüttenbesuche 1920 bereits den Höchststand von 1911, 1925 aber schon beinahe eine Verdoppelung, wie die Grafik zeigt. An den Schnittstellen der beiden Linien, 1910/11, 1912/13 und 1919/20, wurde jede Alpenvereinshütte von durchschnittlich tausend Besuchern genutzt; 1925 waren es bereits zweitausend.[65]

Diesem »Massenbesuch der Berge«[66] Einhalt zu gebieten, schien unumgänglich. Als eines der Mittel dazu wurde der Rückbau des Komforts



Besuch von Alpenvereins-Hütten 1909–1925.

60 Verhandlungsschrift der 46. Hauptversammlung des DuOeAV zu Salzburg am 10. September 1920 und zu Jena am 9. Dezember 1920.

61 Protokoll der 2. Hauptausschuss-Sitzung, 13.5.1910, 4f.

62 Verhandlungsschrift der 42. (38.) Hauptversammlung des DuOeAV zu Coblenz am 23. Juli 1911, 14.

63 Siehe hierzu den Beitrag von Ute Hasenöhrl in diesem Band.

64 Verhandlungsschrift der 42. (38.) Hauptversammlung des DuOeAV zu Coblenz am 23. Juli 1911, 5.

65 Die für die Grafik verwendeten Zahlen stammen aus: Georg Blab, Der Besuch der Alpenvereinshütten von 1909 bis 1925, in: Mitteilungen des DuOeAV 1930, 261–263. Wegen der vermuteten Ungenauigkeit wurde die Zählung später nicht mehr fortgeführt. Selbst die Zahl der Hütten ist nicht genau eruierbar, einerseits wegen unklarer Stichdaten, andererseits wegen Veränderungen bei der Zugänglichkeit.

auf den Hütten angesehen, um Nicht-Bergsteiger ›abzuschrecken‹. Nach der Grundsatzdiskussion von 1919 bis 1922 über die weitere Erschließung nahm sich die Hauptversammlung 1923 in Bad Tölz daher eine entsprechende innere Ausgestaltung des Hüttenbetriebs sowie Regelungen für den Wegebau vor.

Dem Wortlaut des nun als Tölzer Richtlinien beschlossenen Regelwerks zufolge war die Reduktion des Hüttenbetriebs auf spartanische Einfachheit das Ziel. Neue Hütten sollten nur gebaut werden und eine Förderung erhalten, wenn sie ein bergsteigerisches Bedürfnis erfüllten und nicht oder nur einfach bewirtschaftet waren. Die Richtlinien sahen nur Matratzenlager mit Decken vor, Federbetten sollten auch in den alten Hütten schrittweise durch Decken ersetzt werden. Das Essen sollte einfach sein, den Bergsteigern die Möglichkeit gegeben werden, für sich selbst zu kochen. Die Nachtruhe wurde für zehn Uhr abends festgesetzt, außerdem die Trennung der Geschlechter in den Schlaflagern, die Bevorzugung der Bergsteiger gegenüber anderen Gästen und der Ausschluss von Filmgesellschaften bei der Benützung von Hütten. Neuanlagen von Wegen und Klettersteigen wollte man mit den Richtlinien verhindern, bei den notwendigen Wegen die Zahl der Wegetafeln und Markierungen möglichst gering halten. Gänzlich verboten wurde jede »Reklame« für die Hütten.[67]

Einige der hier festgelegten Bestimmungen hielten über Jahrzehnte, andere wurden alsbald revidiert; schon nach zwei Jahren sollte man in der Hauptversammlung in Innsbruck buchstäblich stundenlang über die Zulässigkeit von Federbetten diskutieren.

Gegen die Beschränkungen beim Bau neuer Hütten setzten sich vor allem die Sektionen Innsbruck und Austria zur Wehr. Bei der Hauptversammlung 1925 in Innsbruck standen zahlreiche Abänderungsanträge zu den Tölzer Richtlinien auf der Tagesordnung; nach langen Diskussionen wurde eine salomonische Lösung akzeptiert. Die Bergsteigergruppe legte eine weitgehende Definition dessen vor, was unter einem Bergsteiger zu verstehen sei, nämlich »jeder junge angehende Kletterer und ebenso auch der Veteran der Berge, der harmlose Jochbummler wie der eis- und wintererprobte Hochturist, der Gebirgler und der Städter des fernen Flachlandes, wenn einer nur um der Berge willen in die Berge geht.«[68] Mit dieser allgemein akzeptierten Definition war die Bestimmung der Tölzer Richtlinien, wonach Hütten nur neu gebaut werden durften, wenn ein »bergsteigerisches Bedürfnis« vorlag, vollkommen entschärft worden. In einem waren sich die Parteien nach der Hauptversammlung jedenfalls einig: Das Hochgebirge sollte den ausübenden Bergsteigern vorbehalten bleiben. Walter Hofmeier erklärte für die Bergsteigergruppe, die mittlerweile ein Viertel der Alpenvereinsmitglieder vertrat:

»Der Verkehr in den Tälern mag steigen, soviel er will, auch die schon überlaufenen Gebiete können der Masse ganz preisgegeben werde, wenn es sein muß. Aber die jetzt noch unberührten Gruppen wollen wir vor dem gleichen Schicksal schützen! Hier sollen für das Bergsteigen im früheren Sinne wenigstens noch einige Schutzgebiete erhalten bleiben. Lieber sollen dann dort Tausende die Erziehungsschule wirklichen führerlosen Bergsteigens finden, die nicht ersetzt werden kann, als Zehntausende rein körperliche Bewegung, die sie auch anderswo finden können. Beides gleichzeitig in einem Gebiet ist

66 Eugen Guido Lammer, Massenbesuch der Berge. Ein vierkantiges Problem, in: Mitteilungen des DuOeAV 1923, 1–3.

67 Verhandlungsschrift der 49. Hauptversammlung des DuOeAV zu Bad Tölz am 9. September 1923, 32–34.

68 Verhandlungsschrift der 51. Hauptversammlung des DuOeAV zu Innsbruck am 30. August 1925, 54.

Tölzer Richtlinien

Richtlinien für Alpenvereinshütten und -Wege.

Um dem echten Bergsteigertum, dem die Erschließung der Alpen zu verdanken ist, die gebührende Achtung und die Möglichkeiten seiner anspruchslosen Betätigung zu erhalten, werden folgende Richtlinien vorgeschlagen:

1. Neue Hütten und Wege sind nur zu bauen, sofern es sich um die Befriedigung eines zweifellos vorhandenen bergsteigerlichen Bedürfnisses oder darum handelt, ein bisher aus Jagdrücksichten verschlossenes Gebiet zu erschließen.

Nur unter dieser Voraussetzung und nur dann, wenn die neuzuerrichtende Hütte nicht oder nur einfach bewirtschaftet und ihre Einrichtung in der einfachsten Art gehalten, sie insbesondere nur mit Matratzenlagern und Decken versehen wird, darf eine Beihilfe zum Bau einer neuen Hütte gewährt werden.

Beihilfen zu Erweiterungsbauten dürfen nur bewilligt werden, wenn die neuen Lagerstätten aus Matratzen oder Pritschen bestehen.

Auch die Sektionen, die ohne Inanspruchnahme einer Beihilfe eine neue Hütte errichten, sollen sie nicht oder nur einfach bewirtschaften und die Einrichtung nur für die einfachsten bergsteigerlichen Bedürfnisse berechnen.

2. Neue Weganlagen im weglosen Hochgebirge und neue Markierungen von Gipfelwegen, insbesondere von Klettersteigen, sind zu unterlassen.

Zu Weganlagen, die nicht eine notwendige Verbindung von Hütten mit dem Tale oder unter einander darstellen, sind Beihilfen nicht zu gewähren.

Die Anbringung von Wegtafeln und Markierungen ist auf das Notwendigste einzuschränken.

3. Jede Reklame für Hütten und Weganlagen ist zu unterlassen. Auf Bahnhöfen, in Gasthäusern, auf Orientierungstafeln usw. angebrachte Anschläge, die diesem Zwecke dienen, sind zu entfernen.

4. Die Verpflegung auf den bewirtschafteten Hütten ist auf das einfachste Maß zurückzuführen und auf die Bedürfnisse der Bergsteiger einzustellen. Die Bergsteiger sind berechtigt, ohne jede Zurücksetzung in der Aufnahme und Behandlung ihre eigenen Vorräte gebührenfrei zu verzehren. Bergsteigern, die sich selbst verpflegen wollen, ist die Zubereitung ihrer Vorräte gegen eine mäßige Gebühr für Feuerung zu gestatten. Es muß ihnen die Möglichkeit zum Kochen ihrer Vorräte gegeben werden, sei es, daß ihnen ein eigener Raum mit Kochgelegenheit zur Verfügung gestellt oder gestattet wird, vorhandene Kochgelegenheiten mitzubenutzen, sei es, daß der Wirtschafter verpflichtet wird, die Zubereitung seinerseits zu übernehmen.

Den Sektionen wird empfohlen, die Abgabe alkoholischer Getränke einzustellen. Soweit sie dazu nicht in der Lage zu sein glauben, ist die Abgabe alkoholischer Getränke auf das geringste Maß einzuschränken.

Für Hüttenpächter ist der Pachtschilling so zu bemessen, daß diesen Forderungen der Einfachheit Rechnung getragen werden kann.

5. Den Mitgliedern, die Bergbesteigungen ausführen, ist vor anderen Hüttenbesuchern unbedingt der Vorrang einzuräumen. Für Sommerfrischler und Personen, die mit dem ausübenden Bergsteigertum nichts zu tun haben, sind die Hütten nicht bestimmt. Sie sind von ihnen tunlichst fernzuhalten. Insbesondere sind Filmgesellschaften von der Benützung der Hütten ausgeschlossen.

Mehrtägiger Aufenthalt ist nur zur Ausführung von Bergbesteigungen oder zu wissenschaftlichen Zwecken gestattet.

6. Federbetten sind allmählich durch Wolldecken zu ersetzen.

Die Einrichtung der Hütten ist auf das den bergsteigerlichen Bedürfnissen genügende einfachste Maß zu beschränken. Z. B. sind mechanische Musikinstrumente wie Grammophon, Orchestrions usw. zu entfernen.

7. Ab 10 Uhr abends hat auf den Hütten unbedingte Ruhe zu herrschen.

8. Die Uebernachtungsgelegenheiten auf den Hütten sind für unverheiratete männliche und weibliche Personen getrennt zu halten.

9. Jeder Besucher einer Hütte ist verpflichtet, gegenüber dem Hüttenwirt unaufgefordert und gegenüber Mitgliedern der die Hütte besitzenden Sektion, die zur Wahrung der Hausherrnrechte der Sektion berufen oder ermächtigt sind, auf Verlangen über seine Person sich auszuweisen.

Im Falle der Weigerung ist er von der Hütte wegzuweisen.

10. Den hüttenbesitzenden Sektionen wird dringend empfohlen, während der Hauptbesuchszeit ein vertrauenswürdiges Mitglied zur ständigen Beaufsichtigung der Hütte und des Hüttenbetriebes abzuordnen.

11. Jede Hütte muß für Winterbesucher einen mit AV.-Schlüssel zugänglichen und mit Uebernachtungs- und Kochgelegenheit versehenen Raum besitzen.

12. Sektionen, die den Richtlinien in Ziff. 1 Abs. 1, Ziff. 2 Abs. 1, Ziff. 3, Ziff. 4 Abs. 1, Ziff. 6 Abs. 2, Ziff. 7 und Ziff. 11 vorsätzlich nicht entsprechen, handeln gegen die Interessen des Alpenvereins.

Der HA. ist ermächtigt, auf begründetes Ansuchen in besonderen Fällen Ausnahmen von der Einhaltung vorstehender Richtlinien zuzulassen.



Im Schlafraum der Jugendherberge Maising, vor 1928.

nicht möglich. Daher müssen eben die Gebiete getrennt gehalten werden: Täler, niedere Lagen, leicht zugängliche Gruppen seien dem Massenverkehr völlig preisgegeben, bestimmte einsame Hochgebirgsgruppen aber müssen unberührt bleiben!«[69]

Entsprechend den Verhandlungsergebnissen war in den kommenden Jahren von Einschränkungen bei Neubauten nichts zu bemerken: Verfolgt man die Jahresberichte des Alpenvereins in dieser Zeit, korrespondiert der Hüttenbau ausschließlich mit den finanziellen Möglichkeiten der Sektionen und des Gesamtvereins. Nach dem Abflauen der Inflation in beiden Staaten verzeichnete der Bericht 1925/26 vierzehn, für das Jahr darauf achtunddreißig neue Hütten, wobei die Sektionshütten nicht mitgezählt wurden. Für 1928/29 wurden wiederum »zahlreiche« Neubauten vermerkt, im nächsten Jahr dagegen wegen Geldmangels »wenig Neues«, im Jahr darauf jedoch schon wieder »sehr viele neue Hütten«, nämlich 23, danach ließen die Wirtschaftskrise und anschließend die Tausend-Mark-Sperre den Hüttenbau nahezu gänzlich zum Stillstand kommen.[70]

Eine letzte Änderung der Tölzer Richtlinien vor dem Zweiten Weltkrieg, die als »Tölzer Richtlinien – Stuttgarter Fassung«[71] am 1. Januar 1938 in Kraft trat, brachte in den wesentlichen Punkten keine Änderung. In ihr wurden einige Richtlinien präzisiert sowie in der Zwischenzeit beschlossene Maßnahmen aufgenommen, darunter das bis heute bestehende ›Bergsteigeressen‹ und die Möglichkeit, einzelne Hütten vorübergehend als Ski- oder Ferienheime zu deklarieren und damit für eine längere Belegung durch geschlossene Gruppen, vor allem für Lehrgänge, freizugeben.

Ausdehnung der Tätigkeitsfelder

Die Bergsteigergruppe hatte sich noch einen weiteren Punkt auf ihre Fahnen geheftet: den Naturschutz, insbesondere den Ödlandschutz. Ute Hasenöhrl geht in ihrem Beitrag näher darauf ein. An dieser Stelle sei aber auf die Satzungsänderung von 1927 hingewiesen, die »unter eine materielle Entwicklung des Alpenvereins einen formellen Schluß« setzte, wie Adolf Sotier in der Hauptversammlung in Wien 1927 treffend bemerkte.[72] In der Zweckbestimmung war zudem die Abänderung des Arbeitsgebietes der »Alpen Deutschlands und Österreichs« durch den Verlust Südtirols notwendig geworden: Mit dem Begriff der »Ostalpen« blieb der Anspruch auf Südtirol aufrechterhalten. Der Zusatz, dass der Verein unpolitisch sei, resultierte aus den abschließenden Kompromissen in der sogenannten Donauland-Frage, die noch ausführlich behandelt wird. In der Fassung von 1927 ist nun erstmals das Bergsteigen begrifflich verankert, ebenso der Naturschutzgedanke und die »Liebe zur deutschen Heimat«. Bei den Mitteln, die hierzu dienen sollten, findet man lange Zeit keine Veränderung; 1927 wurden die »schriftstellerischen Arbeiten« um die wissenschaftlichen Arbeiten sowie die Karten erweitert, die in der alten Fassung unter die schriftlichen und künstlerischen Arbeiten subsumiert gewesen waren. Neu als Vereinszweck waren der Aufbau und die Präsentation von Sammlungen, also der Betrieb der bereits seit vielen

69 Walter Hofmeier, Alpenverein und Bergsteigergruppe. Ein Nachwort zur Hauptversammlung, in: Mitteilungen des DuOeAV 1925, 303f.

70 Jahresberichte 1924/25 bis 1934/35, jeweils in den Mitteilungen des DuOeAV.

71 Protokoll der 59. Hauptausschuss-Sitzung, 13./14.11.1937, 2–5.

72 Verhandlungsschrift der 53. ordentlichen Hauptversammlung des DuOeAV zu Wien am 4. September 1927, 55.

Auszug aus den Satzungen

§ 1 (Zweckbestimmung)
1876: Zweck des Vereins ist, die Kenntniss der Alpen Deutschlands und Oesterreichs zu erweitern und zu verbreiten, sowie ihre Bereisung zu erleichtern.
1908: Zweck des *Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins* ist, die Kenntnis der Alpen *im allgemeinen* zu erweitern und zu verbreiten, sowie die Bereisung der Alpen Deutschlands und Österreichs zu erleichtern.
1924: Zweck des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins ist, die Kenntnis der Alpen im allgemeinen zu erweitern und zu verbreiten, sowie die Bereisung der *Ostalpen* zu erleichtern.
Der Verein ist unpolitisch; die Erörterung und Verfolgung politischer Angelegenheiten liegt außerhalb seiner Zuständigkeit.
1927: Zweck des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins ist, die Kenntnis der *Hochgebirge* im allgemeinen zu erweitern und zu verbreiten, *das Bergsteigen zu fördern, das Wandern in den Ostalpen zu erleichtern, ihre Schönheit und Ursprünglichkeit zu erhalten und dadurch die Liebe zur deutschen Heimat zu pflegen und zu stärken.*
Der Verein ist unpolitisch; die Erörterung und Verfolgung politischer Angelegenheiten liegt außerhalb seiner Zuständigkeit.
§ 2 (Mittel)
1876: Mittel zur Erreichung dieses Zweckes sind: Herausgabe von literarischen und artistischen Arbeiten, Herstellung und Verbesserung der Verkehrs- und Unterkunftsmittel, Organisirung des Führerwesens, gesellige Zusammenkünfte, Vorträge und Unterstützung von Unternehmungen, welche die Vereinszwecke fördern.
1908: Mittel zur Erreichung dieses Zweckes sind: Herausgabe von *schriftstellerischen und künstlerischen* Arbeiten, *Förderung* des Verkehrs-, des Unterkunfts- und des Führerwesens, Veranstaltung von geselligen Zusammenkünften und Vorträgen sowie Unterstützung von Unternehmungen, welche dem Vereinszwecke dienen.
1924: Mittel zur Erreichung dieses Zweckes sind: Herausgabe von schriftstellerischen und künstlerischen Arbeiten, Förderung des Verkehrs-, des Unterkunfts- und des Führerwesens, Veranstaltung von geselligen Zusammenkünften und Vorträgen sowie Unterstützung von Unternehmungen, welche dem Vereinszwecke dienen.
1927: Mittel zur Erreichung des Vereinszweckes sind insbesondere: Herausgabe von schriftstellerischen, *wissenschaftlichen* und künstlerischen Arbeiten *und von Karten, Anlage von Sammlungen solcher Art, Pflege des alpinen Schilaufs und des Jugendwanderns*, Förderung des Verkehrs-, Unterkunfts-, Führer- und *Rettungswesens*, Veranstaltung von geselligen Zusammenkünften und von Vorträgen, *von gemeinschaftlichen Bergfahrten und Wanderungen* sowie Unterstützung von *anderen* Unternehmungen, die den Vereinszwecken dienen.

Jahren bestehenden Bibliothek und des Museums in München hinzugekommen, sowie »die Pflege des alpinen Schilaufs und des Jugendwanderns« und gemeinschaftlicher Unternehmungen.

In der Zusammenstellung der ersten beiden Paragrafen der Satzungen von 1876, 1908, 1924 und 1927 werden die Veränderungen im Druck hervorgehoben.[73]

73 Akten zu den Satzungsänderungen im Archiv OeAV, ZV 2.1 (1876), 2.2–2.8 (1908), 2.11–2.20 (1914–1936), ZV 4.24–29 (1938); Hervorhebungen im Original.

Der Aufnahme der »Liebe zur deutschen Heimat« in die Zweckbestimmung der Satzungen des Alpenvereins, die 1927 verabschiedet wurden, maßen mehrere Redner in der Hauptversammlung in Wien große Bedeutung zu. Endlich könne man, meinte Sotier, »was bisher immer in unserem stillen Herzen geruht hat, auch äußerlich zum Ausdruck bringen.«[74] Hinter dieser so harmlos klingenden Satzungsänderung stand eine verstärkt deutsch-völkische, revanchistische Ausrichtung des Alpenvereins. Gustav Müller, Sprecher der Bergsteigergruppe, machte dies in seiner Rede deutlich:

»Was wir wollen, das ist ein in seinem Kern durch die Verbundenheit mit der Bergwelt gesundes und gesundetes Geschlecht, […] stahlharte Siegfried-Naturen […]. Verschwiegene Liebe aber schafft nicht; Wille und Bekennermut, das sind die Hebel der Tat. […] Unsere Liebe zu den Bergen sei deutsche Liebe, sei Liebe zum deutschen Vaterland, sei der Geist, der alle Stämme wie im Alpenverein zusammenfaßt, zum großen deutschen Vaterland! Das liegt im Herzen des Alpenvereins, und diese Liebe werde Wille, darauf kommt es uns an. Wir wollen mit unserem Antrag mithelfen, die Waffen des Geistes und Körpers zu schmieden für die befreiende Tat. Wir machen kein Hehl mehr daraus, auch unser Verein sei eine deutsche Schmiede.«[75]

Betonung des Deutschtums, großdeutsches Denken und Handeln beruhte im Alpenverein auf einer langen Tradition. Schon die organisatorische Struktur des 1869 gegründeten Deutschen Alpenvereins war großdeutsch ausgerichtet, der Zusammenschluss des Deutschen und des Oesterreichischen Alpenvereins und der Name des gemeinsamen Vereins brachten dies zum Ausdruck. In Österreich gab es deswegen hin und wieder Polemiken gegen den Alpenverein, eine Zeit lang beispielsweise von Seiten des Österreichischen Touristenklubs, der dem Alpenverein wegen seiner großdeutschen Ausrichtung eine antihabsburgische Haltung unterstellte.[76] Neben der durch Form und Name bestimmten Außenwirkung betätigten sich viele Sektionen früh in diesem Sinne, indem sie Arbeitsgebiete bewusst an der deutsch-italienischen Sprachgrenze wählten und andere Vereine, wie vor allem den Deutschen Schulverein, der deutsche Schulen an der Sprachgrenze förderte, unterstützten.

Neben dieser Deutschtums-Arbeit, wie sie damals genannt wurde, die auf national-liberalem Gedankengut beruhte, etablierten sich deutschnationale Bestrebungen, die in einem engeren Begriff politisch motiviert waren. Deutschnationalismus schloss in Österreich, woher die stärksten Impulse dieser Bewegung kamen, Antisemitismus, Antislawismus, Antimarxismus und Antiklerikalismus ein. Deutschnationale Bestrebungen im Alpenverein nahmen bis zum Ersten Weltkrieg zu: Kurz vor der Jahrhundertwende wurden die ersten Sektionen gegründet, die keine jüdischen Mitglieder aufnahmen; Anträge zur Ersetzung der lateinischen Schrift durch die deutsche Frakturschrift sowie zur Beseitigung von Fremdwörtern aus der Satzung zielten darauf ab, dass sich der Alpenverein durch symbolische Handlungen auf der Seite der deutschnationalen Bewegung positionierte.

74 Verhandlungsschrift der 53. ordentlichen Hauptversammlung des DuOeAV zu Wien am 4. September 1927, 52.
75 Ebd., 55–57.
76 Johannes Emmer, Alpine Erinnerungen (unveröffentlichtes Manuskript, 1927, Archiv OeAV, ZV 8.101).

Der wichtigste Beleg für den zunehmenden Druck von deutschnationaler Seite ist die Abschiedsrede des Zentralausschuss-Präsidenten Otto von Pfister in der Hauptversammlung von 1911 in Koblenz. In seinen oft zitierten und weise vorausschauenden Worten wies Pfister auf die Bedeutung des Alpenvereins für das Deutschtum in den Alpen allein durch sein bloßes Dasein hin und warnte zugleich vor einer politischen Vereinnahmung:

»Ich sehe nicht ohne einige Sorge in die Zukunft unseres Vereins. […] Die eine Gefahr kommt von nationalistisch-politischer Seite, welche unablässig bemüht ist, den Verein in ihre Bahnen zu lenken. […] Das Bestreben, den Alpenverein und seine Mittel diesen Zwecken dienstbar zu machen, verkennt sein innerstes Wesen. Der Alpenverein darf sich nicht der Gefahr aussetzen, als politischer Verein angesehen und je nach der herrschenden Strömung des Tags als solcher behandelt zu werden. Es wird allzuoft übersehen, daß das *bloße Dasein* des Alpenvereins mit seinem moralischen und finanziellen Gewicht mit Naturnotwendigkeit dem Deutschtum in den Alpen zugute kommen, ohne daß er diese – ich möchte sagen: automatische – Wirkung in äußere Erscheinung treten läßt. Wenn einzelne Sektionen anderen Sektionen oder dem Gesamtverein den Vorwurf mangelnder völkischer Betätigung machen, so möchte ich ihnen zurufen: ›Seid duldsam, haltet fest zusammen, kehrt Eure Kraft gegen Eure Gegner und laßt den Alpenverein in Ruhe!‹«[77]

Als großdeutsch organisierter Verband war der Alpenverein nicht allein. Große Turner-, Studenten-, Schützen- und Sängerverbände waren über beide Staaten hinweg organisiert, auch zahlreiche später hinzugekommene Sportverbände. Die älteren unter diesen Verbänden waren von Beginn an von einem »nationalkriegerischen Gemeinschaftsideal« geprägt, wie es der Kulturhistoriker Dietmar Klenke nennt.[78] Ein »militantes, den nationalen Selbstbehauptungsgedanken akzentuierendes Gemeinschaftsideal« in diesen Vereinen gewann »gegenüber liberalen Verfassungsbestrebungen die Oberhand.«[79] Der Alpenverein will sich in dieses Bild nicht recht einfügen: Einerseits ähnelte er in der Frühphase mehr einer Art wissenschaftlichen Gesellschaft, andererseits fehlte ihm immer die für andere Vereine typische enge Bindung der Mitglieder aneinander, wie sie die Studentenverbindungen am deutlichsten im ›Lebensbund‹, der lebenslangen Verpflichtung, der Verbindung treu zu bleiben, zum Prinzip machten. Auf eine ›nationalkriegerische‹ Tradition war der Alpenverein nicht aufgebaut, und eine stringente Gesinnungsgemeinschaft, wie in den Studentenvereinen obligatorisch, war bei der Individualität in der Mitgliedschaft – Alpenvereinsmitglieder hatten keinerlei Verpflichtungen zu gemeinschaftlichen Tätigkeiten – ebenfalls nicht denkbar. Möglicherweise sind dies Faktoren, die zu einem wesentlichen Unterschied zwischen dem Alpenverein und anderen großdeutsch organisierten Verbänden führten: Alle anderen zerbrachen unter dem Druck der österreichischen Deutschnationalen, die den Antisemitismus als erstes und unverzichtbares Prinzip forderten. Entweder traten die Österreicher aus dem Verband aus und gründeten einen neuen oder sie wurden ausgeschlossen. Im Gegensatz dazu war der Alpenverein dieser Zerreißprobe vor dem Ersten Weltkrieg nicht ausgesetzt.

77 Verhandlungsschrift der 42. (38.) Hauptversammlung des DuOeAV zu Coblenz am 23.7.1911, München 1911, 4–5; Hervorhebung im Original.
78 Dietmar Klenke, Nationalkriegerisches Gemeinschaftsideal als politische Religion. Zum Vereinsnationalismus der Sänger, Schützen und Turner am Vorabend der Einigungskriege, in: Historische Zeitschrift 260 (1995), 396–448.
79 Ebd., 448.

Der Krieg löste einen starken Nationalisierungs- und Politisierungsschub im Alpenverein aus. Sofort nach Kriegsbeginn setzte die Vereinsleitung dafür ein deutliches Symbol: Sie stellte den Schriftsatz für die *Mitteilungen* auf Fraktur um, während noch ein Jahr zuvor ein entsprechender Antrag abgelehnt worden war.[80] Wie bereits zu Beginn erwähnt, lassen sich aber in den Veröffentlichungen des Alpenvereins nicht jene Kriegsideologie und -phraseologie nachweisen, wie sie sonst weit verbreitet waren, vor allem im deutschnationalen Vereinswesen.

Nach dem Ende des Krieges zeigte sich, dass sich die Vereinsleitung, der Haupt- und der Verwaltungsausschuss, gegenüber allen Radikalisierungsbestrebungen, die von den Sektionen kamen, grundsätzlich abwehrend verhielt. So scheiterte etwa die Initiative zur generellen Ausgrenzung von Angehörigen der sogenannten Feindstaaten. Die Sektion Innsbruck wünschte 1919 einheitliche Richtlinien für die Aufnahme von »Engländern, Franzosen usw.« Der Verwaltungsausschuss lehnte dies mit der Begründung ab, dass deren Aufnahme im Einzelfall beurteilt werden müsse.[81] 1922 wies der Hauptausschuss auf Empfehlung des zuständigen Referenten Adolf Sotier einen Antrag der Sektion Mark Brandenburg zurück, wonach in den Alpenverein »nur Personen aufgenommen werden können, deren Muttersprache deutsch ist, nämlich Deutsche, Deutschösterreicher und Auslandsdeutsche.« Sotier sprach sich zwar gegen einen »übermäßigen Zufluß der Nichtdeutschen« aus, aber auch dagegen, den Alpenverein grundsätzlich »zu einem Verein deutschvölkischer Art« zu machen. Die Sektionen müssten für die Aufnahme ihrer Mitglieder selbst den richtigen Weg finden.[82] Ein weiterer Vorstoß der Sektion Mark Brandenburg, besondere verschärfende Bestimmungen für ausländische Mitglieder bei Aufnahme und Begünstigungen einzuführen, scheiterte im Jahr darauf ebenfalls.[83]

Abgelehnt wurden damit aber nur allgemein verbindliche Regelungen; die Sektionen hatten für eine restriktive, ausgrenzende Aufnahme ihrer Mitglieder freie Hand. Die folgende Geschichte, die ein Vertreter der Sektion Mark Brandenburg in der Hauptversammlung 1923 erzählte, zeigt, dass zumindest diese Sektion in ihren Hütten ein Zutrittsverbot für »feindliche Ausländer« erlassen hatte:

»Wir haben in unseren Hütten Franzosen und Belgiern den Zutritt verwehrt. Der Oetztaler Führer Valentin Scheiber führte nun 4 Belgier auf die Wildspitze. Ich habe ihm gemäß unserer Bestimmung den Eintritt in die Hütte verweigert. Er aber erwiderte, das Brandenburgerhaus stehe auf Tiroler Grund und Boden, da lassen wir uns keine Vorschriften machen. Als ich entgegnete, das sei unser Grund und Boden, wir könnten einlassen, wen wir wollten, erwiderte er, wenn wir dieses Verbot durchführen, so sprengten sie das Brandenburgerhaus in die Luft. Sie sehen aus diesem Vorfall, welcher Geist bei den Tiroler Führern herrscht.«[84]

Der Vorfall zeigt aber auch, dass dieses Ausmaß an Feindseligkeit gegenüber Angehörigen von früheren Feindstaaten nicht Allgemeingut war. Ob dieses Vorgehen allerdings mit den Bestimmungen des Alpenvereins über das Hüttenwesen vereinbar war, muss dahingestellt bleiben: Diese Richtlinien stammten aus einer Zeit, in der niemand auf die Idee gekommen wäre, dass eine Sektion irgendwann irgendjemandem den Zutritt zu ihrer Hütte verwehren würde.

Diese Ausschließungstendenzen gegen Ausländer waren unter dem Eindruck des Krieges zustande gekommen. Zur zentralen ideologischen Frage für den Alpenverein wurde aber der Antisemitismus, dem ein eigener Abschnitt in diesem Beitrag gewidmet ist. In gleichem zeitlichen und ideologischen Zusammenhang steht auch das Verhältnis zwischen dem Alpenverein und den Naturfreunden, auf das ebenfalls später eingegangen wird.

Die Kontinuität großdeutschen Denkens im Alpenverein sowie der Übergang zu deutschnationalem und völkischem Handeln werden bei einer Betrachtung der jährlichen Hauptversammlungen deutlich. Es handelte sich in der Regel um prächtige Inszenierungen, die nach innen wie nach außen die Mächtigkeit des Vereins zeigen sollten. Die vermittelte und von den Teilnehmern wie Beobachtern erlebte Botschaft war die eines geschlossen auftretenden Verbandes Gleichgesinnter, deutsche und österreichische Staatsangehörige umschließend. Die Reden vom Alpenverein als ›einigendem Band‹ zwischen Deutschem Reich und österreichischer Monarchie sind unzählig. Früher zumeist ausdrücklich auf die kulturelle, alpine und zwischenmenschliche Ebene bezogen, wurde mit diesem ›Band‹ seit dem Ende des Ersten Weltkriegs mehr und mehr die politische Ebene, das heißt ein Anschluss der Republik Österreich ans Deutsche Reich, angesprochen.

Zunächst wegen der tristen Nachkriegsverhältnisse, dann von 1921 bis 1924 wegen des Streits um den Antisemitismus, fehlte den Hauptversammlungen der von der Vorkriegszeit gewohnte festliche Charakter. Spätestens 1925 trat der repräsentative Zug der zumeist mit mehrtägigen Rahmenprogrammen bereicherten Versammlungen jedoch wieder stark in den Vordergrund. Politisch standen stets zwei Topoi im Vordergrund: die Lage in Südtirol und die Gemeinschaft aller Deutschen. Die Alliierten hatten den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich in den Friedensverträgen untersagt. In der österreichischen und deutschen Bevölkerung war der »Anschlussgedanke« aber nach wie vor stark präsent; in allen politischen Parteien ebenfalls, doch hielten sich diese in der Propagierung des Anschlusses deutlich zurück. Umso mehr Bedeutung kam den Bekundungen von Medien und Vereinen zu; alle in Österreich abgehaltenen Alpenvereins-Hauptversammlungen zeugen davon. Wir greifen die Hauptversammlung des Jahres 1925 als ein Beispiel mit besonders dichtem Symbolgehalt heraus.

Die Hauptversammlung 1925 fand in Innsbruck statt, der Hauptstadt Tirols, in dem der Alpenverein am stärksten gewirkt hatte. Der *Bergsteiger* berichtete ausführlich über das Festprogramm.[85] Beim Begrüßungsabend in den Innsbrucker Stadtsälen schmückte »ein Riesengemälde, das in prächtiger Ausführung St. Cyprian mit dem in Abendrot schimmernden Rosengarten, der wundervollen Geisterburg der Dolomiten, zeigte«, die Stirnwand. Der Vorsitzende der Sektion Innsbruck, Karl Forcher-Mayr, begrüßte die Gäste: »Die Tiroler schätzen den Alpenverein besonders hoch als Prüfstein und Spiegelbild des ersehnten Zusammenschlusses aller Deutschen in einer großen einheitlichen Volksgemeinschaft. Das hohe Ziel des Alpenvereins, die Veredelung

80 Kurt Scharr, »Wer die Berge liebt«, 80–89.
81 Protokoll der 20. Hauptausschuss-Sitzung, 8. u. 10.10.1919.
82 Protokoll der 26. Hauptausschuss-Sitzung, 13./14.4.1922.
83 Protokoll der 28. Hauptausschuss-Sitzung, 17./18.5.1923.
84 Verhandlungsschrift der 49. Hauptversammlung des DuOeAV zu Bad Tölz am 9. September 1923, 25.
85 Die 51. Jahres-Hauptversammlung des D.u.Ö. Alpenvereins am 30. August in Innsbruck, in: Der Bergsteiger, 4.9.1925, 231–234.

und Ertüchtigung der Volkskraft, arbeitet der staatlichen Vereinigung vor […].« Handelsminister Hans Schürff meinte in seiner Rede, durch den »Strom der deutschen Alpinisten«, den deutsche Bergsteiger im Alpenverein »in unsere Gaue geleitet haben, ist auch unser nationales Volksempfinden wachgerufen worden, so daß auch wir Oesterreicher das deutsche Einheitsideal, dem die Zukunft gehört, mit allen unseren Kräften anstreben.«

Nach dem »Andreas-Hofer-Lied« und den Begrüßungsworten des Bürgermeisters sprach Sydow: »Im Deutschen und Oesterreichischen Alpenverein ergänzen sich die Stammeseigenschaften der Deutschen aus Nord und Süd zu einer Einheit, die die beste Grundlage für ein kommendes einiges Deutschland bildet.« Seinem »Hoch auf das große deutsche Vaterland« folgte das »Deutschland-Lied«, »von allen Anwesenden mit ergreifender Begeisterung gesungen«, das den offiziellen Teil des Abends abschloss.

Am Samstag folgte ein Festabend: Otto Stolz hielt eine Ansprache über die Bedeutung Tirols als »deutsche Südmark«, ging auf »das deutsche Leid in Südtirol« in der jüngsten Zeit ein und »betonte die Aufgabe, die der D.u.Oe.A.V. als ein alle Deutschen umschließendes Band auch für Südtirol übernommen habe.« Darauf folgte ein »lebendes Bild, darstellend Deutschland im Zeichen des Edelweißes«: »Etwa 200 Frauen und Mädchen in Trachten aus allen Gauen Deutschlands huldigten der Germania; das von Maler Riß gestellte Bild machte einen überwältigenden Eindruck, der sich noch steigerte, als die Kapelle das ›Deutschland‹-Lied anstimmte.« Nach einigen Liedern und Gesängen folgte eine dramatische Inszenierung der Tragödie *Andre Hofer* von Franz Kranewitter. Die Darstellung rief »Beklommenheit« hervor, die auch noch anhielt, »als nach dem Fallen des Vorhanges machtvoll das ›Andreas-Hofer-Lied‹ durch den Saal brauste.«

Der Bezug zur Südtirol- wie zur Anschlussfrage war also mehr als deutlich. Das Deutschlandlied, seit 1922 Hymne des Deutschen Reichs, war auch in Österreich außerordentlich beliebt und wurde bei vielen Anlässen gesungen, gab doch dessen erste Strophe den großen Nachkriegsthemen Südtirol und dem Wunsch nach dem ›Anschluss‹ Ausdruck. Obwohl es sich dabei um die deutsche Hymne handelte, wurde deren Singen bei nicht-staatlichen Anlässen von der österreichischen Obrigkeit toleriert.[86]

Gegen die Vereinnahmung Südtirols durch Italien setzte sich der Alpenverein nicht nur symbolisch, sondern auch in Form zahlreicher Aktivitäten ein. Berichte über Südtirol wurden von Aufrufen zur Unterstützung der Südtiroler Bevölkerung begleitet, die etwa durch einen wiederholten Urlaub im nunmehr italienischen Landesteil signalisiert werden solle. Im Jahr 1927 startete der Verwaltungsausschuss in Innsbruck zudem eine geheime »Südtirol-Aktion«: Die Alpenvereinssektionen sollten Patenschaften über Südtiroler Dörfer übernehmen, indem die Sektionsmitglieder dort ihre Urlaube verbringen, Kontakte knüpfen und pflegen, die Bevölkerung mit deutschsprachigen Schulbüchern für die Volksschüler versorgen sowie mit Bauernkalendern, Zeitungen und Büchern beschenken sollten – nachdem in Südtirol 1923 der deutschsprachige Unterricht abgeschafft und seither die Verwendung

86 Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport. Abteilung Politische Bildung (Hg.), 26. Oktober. Zur Geschichte des österreichischen Nationalfeiertages. Wien o.J., 35–50. www.demokratiezentrum.at.



Sonnwendfeuer. Zeichnung von Ernst Zettler in seinem »Bergbuch«.

der deutschen Sprache weitgehend eingeschränkt worden war. Die Alpenvereinsmitglieder sollten dabei aber immer als Privatpersonen auftreten und alles vermeiden, was auf eine gesteuerte Aktion hinweisen könnte.

Eine Reihe von Zuschriften an den Alpenverein belegt die Ausführung dieser Wünsche der Vereinsführung.[87] Die Sektion Allgäu-Kempten berichtete, sie habe nach Marling bei Meran 160 Fibeln und zahlreiche Bücher geschickt, »sodaß bis Anfang dieses Jahres [1930] in Marling eine Ausleihbibliothek mit 168 Büchern und in Untermais eine solche mit 83 Büchern entstanden« sei. Sie versorge die Bevölkerung auch mit dem *Augsburger Diözesanblatt*, das sie für besonders geeignet hielt, »da außer lehrreichen Erzählungen auch eine weltpolitische Wochenschau enthalten ist«. An einen Wirt ließ die Sektion die *Münchner Neuesten Nachrichten* schicken, und in ihren eigenen Hütten legte sie den *Südtiroler* auf, eine in Innsbruck erschienene Zeitschrift für Südtiroler Anliegen, die der Gesamtverein schließlich für mehr als zweihundert vorwiegend in Tirol liegende Hütten bezog. Darüber hinaus kaufte die Sektion hekto-

87 Archiv OeAV, ZV 6.109–6.111.

literweise Südtiroler Wein und ließ ein Werbeprospekt für Marling drucken.[88] Eine derartig umfassende Aktivität war zwar eher die Ausnahme als die Regel, zeigt aber die Bedeutung solcher Patenschaften für ein Dorf deutlich auf. Diese ›Südtirol-Aktion‹ dürfte, wie das gesamte Eintreten des Alpenvereins für Südtirol, für das deutschnationale Bewusstsein vor allem bei den reichsdeutschen Mitgliedern eine erhebliche Bedeutung erlangt haben.

Auf Sektionsebene gab es eine ganze Reihe von Aktivitäten, die als großdeutsche Bekenntnisse gesehen werden können. Besonders ausdrucksstark wirkten die Sonnwendfeuer in den Bergen rund um Innsbruck. Der Akademische Alpenklub Innsbruck, eine deutsch-freiheitliche Studentenverbindung, aus dem ein Großteil der Führenden der Alpenvereinssektion Innsbruck stammte, hatte die Sonnwendfeuer gegen Ende des 19. Jahrhunderts als deutschnationale Provokation gegen die Herz-Jesu-Feuer der katholisch-konservativen Bewegung neu belebt. Die Sonnwendfeier im Tal und die -feuer in den Bergen wurden zum jährlichen Höhepunkt der deutschnationalen Partei im katholisch-konservativen Tirol. Selbstverständlich beteiligten sich alle nicht-katholischen Bergsteigervereine daran, darunter auch die Sektion Innsbruck des Alpenvereins.[89] In der Sektion Austria wurde die Sonnwendfeier in den 1920er-Jahren zur ständigen Einrichtung, deren Mittelpunkt jeweils die ›Feuerrede‹ bildete. Karl Sandtner sprach dort beispielsweise im Jahr 1927 »mit markigen, weithin schallenden Worten« von der Liebe zum deutschen Volk, die sich an den lodernden Flammen ebenso entfachen solle wie »glühender Haß gegen die Verführer unseres Volkes, die Verderber unserer Moral und die Zerstörer der Volkseinheit.« Dem Deutschlandlied folgte aus »jugendfrischen Kehlen« das Südtiroler Trutzlied.[90]

Dass die politische Überzeugung auch in Gipfel- und Hüttenbücher Eingang fand, mag nicht überraschen. Zeichen der alpinen Vereine wurden immer wieder mit solchen von politischen Parteien oder Bewegungen kombiniert und mit den entsprechenden Kommentaren versehen.

88 Bericht der Sektion Allgäu-Kempten über Südtirol, o.D. (Mai 1930), Archiv OeAV, ZV 6.109.

89 Gebhard Bendler, »Alpinismus… eine spezifisch deutsche Kunst«? Deutschnationalismus und Antisemitismus in den Innsbrucker Bergsteigervereinen 1869–1938, Innsbruck 2009 (Diplomarbeit), 137–139.

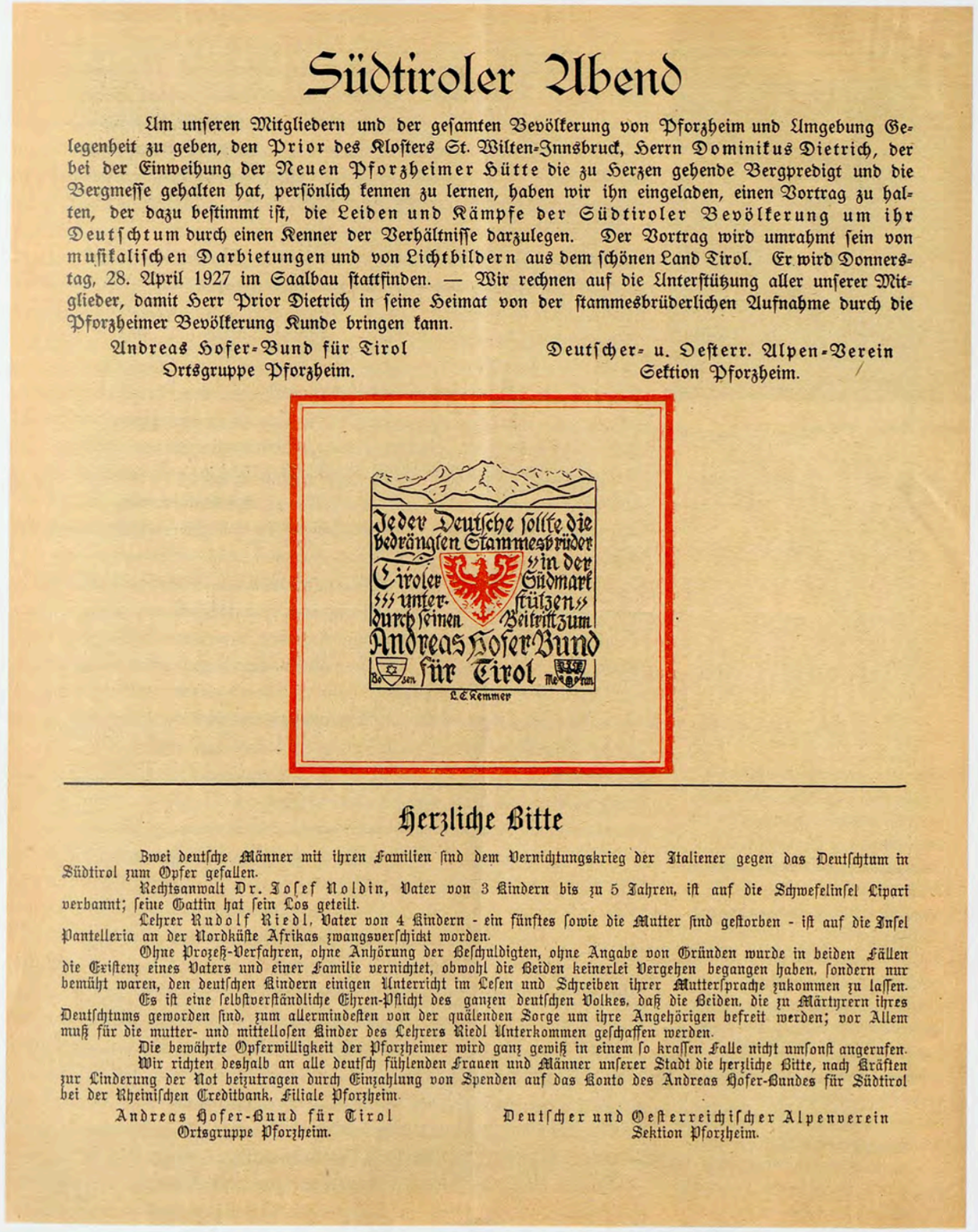
90 Beispielsweise: Unsere Sonnwendfeier, in: Austria-Nachrichten 1927, Juli, 9.

91 Teile dieses Abschnittes sind folgendem Beitrag entnommen: Martin Achrainer, »So, jetzt sind wir ganz unter uns!« Antisemitismus im Alpenverein, in: Hanno Loewy/Gerhard Milchram (Hg.), »Hast du meine Alpen gesehen?« Eine jüdische Beziehungsgeschichte. Katalog zur Ausstellung des Jüdischen Museums Hohenems und des Jüdischen Museums Wien, Wien/Hohenems 2009, 288–317.

Antisemitismus[91]

Die Gründung des Alpenvereins in Wien 1862 und München 1869 geschah in einer Zeit des politischen Liberalismus, der auch im Vereinswesen seinen Ausdruck fand. Die rechtliche Gleichstellung der Juden in Österreich 1867 und im Deutschen Reich 1871 war in den meisten nicht-konfessionellen Vereinen bereits vorweggenommen worden.

Der Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung folgte alsbald der moderne politische Antisemitismus, der zunächst in den 1870er- und 1880er-Jahren in Berlin und Leipzig seine Höhepunkte erlebte und in Österreich starkes Echo fand. Hier wurde Georg von Schönerer zum Wegbereiter der Judenfeindschaft in Politik und Gesellschaft; seine frühesten und treuesten Anhänger gewann er in der studentischen Jugend, die als Multiplikator für nachhaltige Wirkung sorgen sollte.[92]



Südtiroler Abend

Um unseren Mitgliedern und der gesamten Bevölkerung von Pforzheim und Umgebung Gelegenheit zu geben, den Prior des Klosters St. Wilten-Innsbruck, Herrn Dominikus Dietrich, der bei der Einweihung der Neuen Pforzheimer Hütte die zu Herzen gehende Bergpredigt und die Bergmesse gehalten hat, persönlich kennen zu lernen, haben wir ihn eingeladen, einen Vortrag zu halten, der dazu bestimmt ist, die Leiden und Kämpfe der Südtiroler Bevölkerung um ihr Deutschtum durch einen Kenner der Verhältnisse darzulegen. Der Vortrag wird umrahmt sein von musikalischen Darbietungen und von Lichtbildern aus dem schönen Land Tirol. Er wird Donnerstag, 28. April 1927 im Saalbau stattfinden. — Wir rechnen auf die Unterstützung aller unserer Mitglieder, damit Herr Prior Dietrich in seine Heimat von der stammesbrüderlichen Aufnahme durch die Pforzheimer Bevölkerung Kunde bringen kann.

Andreas Hofer-Bund für Tirol
Ortsgruppe Pforzheim.

Deutscher- u. Oesterr. Alpen-Verein
Sektion Pforzheim.

Herzliche Bitte

Zwei deutsche Männer mit ihren Familien sind dem Vernichtungskrieg der Italiener gegen das Deutschtum in Südtirol zum Opfer gefallen.

Rechtsanwalt Dr. Josef Noldin, Vater von 3 Kindern bis zu 5 Jahren, ist auf die Schwefelinsel Lipari verbannt; seine Gattin hat sein Los geteilt.

Lehrer Rudolf Riedl, Vater von 4 Kindern - ein fünftes sowie die Mutter sind gestorben - ist auf die Insel Pantelleria an der Nordküste Afrikas zwangsverschickt worden.

Ohne Prozeß-Verfahren, ohne Anhörung der Beschuldigten, ohne Angabe von Gründen wurde in beiden Fällen die Existenz eines Vaters und einer Familie vernichtet, obwohl die Beiden keinerlei Vergehen begangen haben, sondern nur bemüht waren, den deutschen Kindern einigen Unterricht im Lesen und Schreiben ihrer Muttersprache zukommen zu lassen.

Es ist eine selbstverständliche Ehren-Pflicht des ganzen deutschen Volkes, daß die Beiden, die zu Märtyrern ihres Deutschtums geworden sind, zum allermindesten von der quälenden Sorge um ihre Angehörigen befreit werden; vor Allem muß für die mutter- und mittellosen Kinder des Lehrers Riedl Unterkommen geschaffen werden.

Die bewährte Opferwilligkeit der Pforzheimer wird ganz gewiß in einem so krassen Falle nicht umsonst angerufen.

Wir richten deshalb an alle deutsch fühlenden Frauen und Männer unserer Stadt die herzliche Bitte, nach Kräften zur Linderung der Not beizutragen durch Einzahlung von Spenden auf das Konto des Andreas Hofer-Bundes für Südtirol bei der Rheinischen Creditbank, Filiale Pforzheim.

Andreas Hofer-Bund für Tirol
Ortsgruppe Pforzheim.

Deutscher und Oesterreichischer Alpenverein
Sektion Pforzheim.

Einladung zum »Südtiroler Abend« der Sektion Pforzheim, April 1927.



Robert Rehlen, um 1930.

Alpenverein und Antisemitismus vor dem Ersten Weltkrieg

Diese erste Welle neuer antisemitischer Äußerungsformen wäre am Alpenverein beinahe spurlos vorübergegangen, wenn nicht der stellvertretende Vorsitzende der Alpenvereinssektion Breslau, Karl von Stengel, sich mit einer antisemitischen Rede im Landtagswahlkampf vernehmen hätte lassen. Bei der darauf folgenden Generalversammlung der Sektion Breslau im Dezember 1888 verweigerte ihm die Mehrheit die Wiederwahl; der Vorsitzende trat zurück, weil er »nicht im Stande war, auf dem Boden der Sektion das Hervortreten von Gegensätzen zu verhüten, welche den Zielen des Alpenvereins durchaus fremd waren.«[93] Obwohl in einer außerordentlichen Generalversammlung ein Vorstand gewählt werden konnte, traten sowohl Stengel und seine Anhänger als auch etwa die Hälfte der jüdischen Mitglieder aus. Letztere hatten ungefähr zwanzig Prozent der Mitglieder gestellt, insgesamt sank der Mitgliederstand in einem Jahr um dreißig Prozent.[94] Die Interpretation dieses für den Alpenverein zunächst höchst ungewöhnlichen Vorganges war einfach: »Die bei der Reichstagswahl sehr hoch gehenden Wogen politischer Erregung brandeten sogar in unseren der Politik ganz fernstehenden Verein hinein und erzeugten einen solchen Zwiespalt, dass ein Teil der Mitglieder austrat.«[95]

Während dies im Alpenverein vielleicht nicht ein singuläres Ereignis, aber doch ein seltenes Vorkommnis war, war der Antisemitismus in den Turnvereinen zu dieser Zeit bereits zu einem zentralen Thema geworden: 1887 hatte der Erste Wiener Turnverein eine Satzungsbestimmung eingeführt, die als »Arierparagraf« namensgebend werden sollte. Innerhalb von wenigen Jahren sollte die Diskussion darüber die bis dahin in der Deutschen Turnerschaft zusammengeschlossenen Vereine spalten.

Dass Tages- und Parteipolitik im Alpenverein nichts verloren hatten, galt damals noch als Konsens. Jüngere Mitglieder, vom Antisemitismus als Ausdruck einer zeitgeistigen Stimmung, als »kultureller Code«[96] einer ganzen Generation geprägt, sahen das anders. Die Antisemiten hatten Schönerers Motto »Durch Reinheit zur Einheit« zu ihrem Prinzip erhoben, dem sie alle Umstände des Lebens unterordneten. So führten sie jahrzehntelange Kämpfe um die ›Reinigung‹ von Vereinen und Verbänden mit dem immer gleichen Ziel: Ausschluss der jüdischen Mitglieder und Einführung eines sogenannten Arierparagrafen in die jeweiligen Statuten. Wo dies nicht gelang, wurden Vereine gespalten, Gegenvereine gegründet und neue Dachverbände ins Leben gerufen.

Zunächst waren es die akademischen und die aus Turnvereinen hervorgegangenen Alpenvereinssektionen, die sich als antisemitisch deklarierten. Als erste wollte die 1891 konstituierte Akademische Sektion Graz den Arierparagrafen in ihre Satzungen aufnehmen. Der Zentralausschuss des Alpenvereins in Wien unter Karl Ritter von Adamek lehnte jedoch den Statutenentwurf ab, der die »deutsche Nationalität« als Aufnahmebedingung vorgesehen hatte – die Sektion nannte sich stattdessen »deutsch-akademisch«, was auf denselben Sachverhalt hinauslief.[97] In Deutschland wurde die Sektion Mark Brandenburg 1899 als erste deklariert antisemitische gegründet, die von ihr abgespaltenen Sektionen behielten den entsprechenden Passus in ihren Satzungen bei.[98] Die Gründung der Sektion Wien im Jahr 1905 ging explizit auf den Wunsch nach einer »arischen« Sektion zurück.[99] Andere Sektionen nahmen keine Juden auf, ohne dies jedoch in ihren Satzungen festzuhalten, wie etwa die 1887 gegründete Akademische Sektion Wien.

Der mit der Satzungsreform des Alpenvereins 1910 neu geschaffene Hauptausschuss sollte vor allem für Kontinuität in der Leitung des Vereins sorgen. Die Aufnahme von Sektionen war nach den neuen Statuten dem Hauptausschuss vorbehalten, um, wie das Protokoll vermerkt, »die Aufnahme von Mitgliedern (Vereinsmitglieder sind eben die Sektionen) zu verhüten, von welchen die *Gesamtinteressen* des Vereins eine Schädigung in irgendeiner Richtung zu befürchten haben (politische oder religiöse Tendenzen, persönliche oder lokale Sonderinteressen usw.)«[100]. Seit seiner Konstituierung hatte der Hauptausschuss den Sektionen die Aufnahme des Arierparagrafen in ihre Satzungen verweigert; in seiner dritten Sitzung am 18. Juli 1910 fasste er einen solchen Beschluss über die Akademische Sektion München, die nur »Angehörige des germanischen Stammes« als Mitglieder aufnehmen wollte.[101] Die Bildung von antisemitischen Sektionen wurde daraufhin bereits im Vorfeld abgeblockt, wie etwa im Fall einer ursprünglich geplanten »Sektion Germania« in Berlin,[102] die dann als Sektion Kurmark gegründet wurde.[103] 1913 erneuerte der Hauptausschuss seinen Standpunkt anlässlich eines Antrages auf Einführung des Arierparagrafen in die Satzungen der Sektion Linz.[104] Diese Entscheidungen des Hauptausschusses blieben im Sektionsleben freilich ohne Auswirkung, da jeder Verein ohne Weiteres und ohne Begründung jemandem die Aufnahme verweigern konnte (und auch heute kann). Den Antisemiten ging es jedoch um die sichtbare Deklaration – und dem Hauptausschuss darum, den Verein nicht in ein politisches Eck zu stellen. Diese Einstellung behielt der Hauptausschuss bis 1919 bei, also bis zu einem Zeitpunkt, ab dem der Antisemitismus in Österreich und Deutschland neue, ungeahnte Verbreitung fand.

Die Zulassung des Arierparagrafen

Die Sektion Villach wollte im Herbst 1919 mit einem Antrag an die Hauptversammlung eine Änderung dieser Politik herbeiführen: Die Hauptversammlung als das höchste Gremium des Alpenvereins würde mit einem entsprechenden Beschluss den Hauptausschuss binden. Die Sektion brachte ihren Antrag zwar zu spät ein; Verwaltungsausschuss-Vorsitzender Robert Grienberger nahm ihn aber dennoch zum Anlass, die Frage im Hauptausschuss neu zu diskutieren. Namens des Verwaltungsausschusses stellte er den Antrag, »es möge in Hinkunft Sektionen, die in ihre Satzungen den ›Arier-Paragraph‹ aufnehmen wollen, kein Hindernis in den Weg gelegt werden.« Dem Hauptausschuss stehe es nicht zu, den rechtlich völlig selbstständigen Sektionen Vorschriften zu machen. »Die antisemitische Bewegung sei nun einmal da, stärker als je«, fuhr Grienberger fort, »und diese Bewegung würde auch im Alpenverein immer mehr in Erscheinung treten.«

92 Allgemein zum politischen Antisemitismus: Peter G. J. Pulzer: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867–1914, zweite überarbeitete Auflage Göttingen 2004.

93 Allgemeine Zeitung des Judentums, 10.1.1889, 25.

94 Till van Rahden, Juden und andere Breslauer. Die Beziehungen zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt von 1860 bis 1925, Göttingen 2000 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 139), 120–122.

95 Oscar Dyhrenfurth, Geschichte der Sektion, in: Festschrift zur Feier des 25jährigen Bestehens der Sektion Breslau des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins, Breslau 1902, 3–9, hier 5, zit. nach Rahden, Juden, 122.

96 Shulamit Volkov, Antisemitismus als kultureller Code, in: dies., Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, München 1990, 13–36.

97 Schriftverkehr über Statuten, 1891, Archiv OeAV, SE 2.101.

98 Klaus Kundt, Erfolge – Intrigen – Intoleranz. Die Geschichte der Berliner Bergsteiger bis 1945, Teil 2, Berlin 2009 (= Schriften der DAV Sektion Berlin 3 – Teil 2), 5–6 u. 13.

99 Ignaz Mattis, Aus der Sektionsgeschichte, in: Nachrichten der Sektion Wien des D.u.Oe.A.V. 1930, Folge 7, 3, und Schriftverkehr zur Gründung der Sektion Wien 1904/05, Archiv OeAV, SE.223.101.

100 Protokoll der 5. Hauptausschuss-Sitzung, 27.5.1911 (Hervorhebung im Original).

101 Protokoll der 3. Hauptausschuss-Sitzung, 18.7.1910.

102 Protokoll der 10. Hauptausschuss-Sitzung, 4.1.1913.

103 Kundt, Erfolge – Intrigen – Intoleranz, 19.

104 Protokoll der 12. Hauptausschuss-Sitzung, 13.7.1913.

Der größte Widerstand gegen diese Haltung kam vom Ersten Vorsitzenden Reinhold von Sydow. Nachdem der Antrag angenommen war, verlangte Sydow eine neue Besprechung, »wenn die erste Sektionssatzung mit dem Arier-Paragraph der Vereinsleitung zur Genehmigung vorgelegt wird«.[105] Wie zu erwarten, wurden in der folgenden Sitzung im Mai 1920 die ersten Anträge auf Satzungsänderungen gestellt, und zwar von den Sektionen Villach und Graz. Sydow gab zu bedenken, dass man bisher »immer nur die Frage der persönlichen Eignung für die Mitgliedschaft geprüft« habe; Grienberger meinte dagegen, die Zulassung des Arierparagrafen sei »aufrichtiger und unschädlicher als seine Handhabung ohne satzungsmäßige Festlegung«. Der Hauptausschuss kam schließlich »mit überwiegender Stimmenmehrheit« zu dem Schluss, die Prüfung der »Aufnahmsfähigkeit« sei »allein Sache der Sektionen« – und genehmigte damit die Satzungsänderungen der Sektionen Villach und Graz.[106]

Wien im Zeichen des Hakenkreuzes

Nach dieser Grundsatzentscheidung führten zahlreiche Sektionen, vor allem in Österreich, den Arierparagrafen in ihre Statuten ein – die meisten von ihnen hatten nie ein jüdisches Mitglied in ihren Reihen gehabt. Alle Wiener Sektionen bis auf die größte, die Sektion Austria, waren inzwischen antisemitisch ausgerichtet. Die Sektion Austria hatte eine erhebliche Anzahl jüdischer Mitglieder und einen liberal dominierten Vorstand unter dem Vorsitz von Josef Donabaum, im Zivilberuf Direktor der Nationalbibliothek. »Die Touristenvereinigungen, wie sie nun heißen mögen«, hieß es in einem Kommentar in der christlich-sozialen, antisemitischen Wiener *Reichspost* im Jahr 1921, »haben alle einen Geburtsfehler. Zur Zeit ihrer Entstehung – diese Zeit war lax und gab ihrer Laxheit den schönen, liberalen Mantel, in dem die jüdische Laus saß – hätten sie trotz aller zu gewärtigenden Anfeindungen, wie mittelalterliche Finsterlinge, als ersten Punkt ihrer Satzungen jenen haben müssen: keine Juden in unseren Reihen.« Diesen ›Fehler‹ zu beseitigen, schickten sich die Vereine nun an – nur beim Alpenverein, so »Josephus«, sei »die Emanzipation nicht so recht gelungen.«[107] Warum sollte, was beim Österreichischen Touristenklub, beim Österreichischen Gebirgsverein und sogar beim elitären Österreichischen Alpenklub anscheinend, wenn auch nicht widerspruchslos, funktionierte, beim Deutschen und Oesterreichischen Alpenverein nicht ›gelingen‹?

Diese Frage sollte den Alpenverein in seine größte Krise stürzen und nachhaltig beeinflussen.

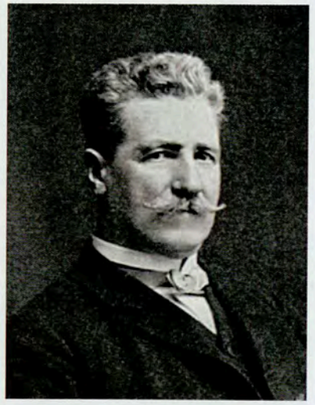
Als Donabaum 1920 zum Dritten Vorsitzenden des Alpenvereins gewählt wurde, musste er den Austria-Vorsitz niederlegen, und die Wahl eines neuen Vorstandes stand an. Sein antisemitischer Stellvertreter Anton Baum – er kam aus dem Turnverein Wien-Mariahilf – holte nun zu seiner Verstärkung den bekannten Bergsteiger und bedingungslosen Jünger Georg von Schönerers, Eduard Pichl, ins Boot, um eine Mehrheit für die Einführung des Arierparagrafen in der Sektion Austria zu erlangen. Pichl wiederum versicherte sich der Unterstützung von Walter Riehl, dem Führer der jungen und weitgehend unbekannten österreichischen

105 Protokoll der 20. Hauptausschuss-Sitzung, 8. u. 10.10.1919.

106 Protokoll der 21. Hauptausschuss-Sitzung, 20.5.1920.

107 Josephus, »Paragraph Eins«, in: Reichspost, Ausschnitt ohne Datum, Archiv OeAV, HS 8.16.





Links: Eduard Pichl (links), um 1938.

Rechts: Josef Donabaum. In: Festschrift der Sektion Austria, 1932.

NSDAP, der im Herbst zuvor Adolf Hitler zu seiner ersten Vortragsreise nach Österreich geholt hatte.[108]

Im Frühjahr 1921 kam es in Wien zu einer dichten Folge von antisemitischen Versammlungen; darunter fallen die des Österreichischen Touristenklubs und jene der Alpenvereinssektion Austria, die zur Einführung des Arierparagrafen einberufen wurden. Sie liefen durchgehend tumultartig ab.[109] Hauptredner war in beiden Vereinen Walter Riehl, der im Februar und im April in Deutschland zusammen mit Hitler und Julius Streicher aufgetreten war.[110] In der Sektion Austria erreichten Riehl und Pichl am 22. Februar 1921 zwar noch nicht die Satzungsänderung, sie wurden aber zum Dritten beziehungsweise Ersten Vorsitzenden der Sektion gewählt und bildeten einen ›völkischen‹ Vorstand. Gerade vier Tage nach Pichls Wahl zum Vorstand der Sektion Austria beschäftigte sich die Sektion Innsbruck bereits mit einem »Ansuchen« der Sektion Austria, das darauf abzielte, »die Tiroler Zweige zur Aufnahme des Judenparagrafen in die Satzungen aufzufordern«.[111]

Die Sektion Austria selbst führte den Arierparagrafen schließlich im Oktober 1921 ein. Juden und Liberale waren inzwischen in großer Zahl ausgetreten und hatten zwei neue Sektionen gegründet: »Donauland« und »Ostmark«. Donauland war die bei Weitem größere und nun einzige Wiener Sektion, die Juden aufnahm. Ostmark, mit Eduard Brückner und Adolf Holzhausen als Initiatoren, wandte sich vorwiegend an ältere, gebildete und wissenschaftlich interessierte Mitglieder der Sektion Austria, die sich in dieser nicht mehr wohlfühlten. Brückner betonte, »dass, so wie die Sektion Austria heute terroristisch geführt wird, sie nicht mehr ›die alte ehrwürdige Sektion‹ ist, der viele von uns jahrzehntelang anzugehören sich zur Ehre rechneten.« Von dieser sei »nicht viel mehr geblieben als nur der Name«.[112] Gleichwohl wollten die Ostmärker nicht als »Judenfreunde« gelten und nahmen vermutlich auch keine Juden in ihre Sektion auf.

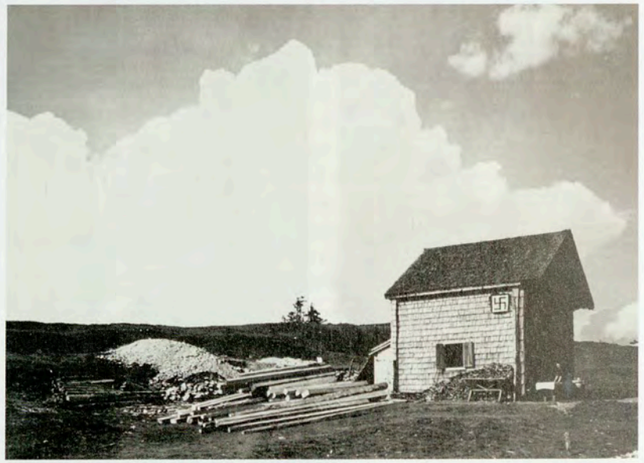
Dass in dieser aufgewühlten Atmosphäre des Jahres 1921 auch die Zeitungen entsprechend agierten, versteht sich fast von selbst. Selten war den alpinen Vereinen mediale Präsenz in diesem Umfang gegeben wie rund um die Hauptversammlungen des Österreichischen Touristenklubs

108 Genaue Daten im Anhang des Buches von Alexander Schilling, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus. Mit einem Anhang: Hitler in Österreich, Leipzig 1933.

109 Nachzulesen bei Rainer Amstädter: Der Alpinismus. Kultur – Organisation – Politik, Wien 1996, v.a. 267–280; bei Martin Achrainer, Antisemitismus im Alpenverein, 288–317; und neuerdings bei Walter Kissling, »Ob Jude oder Christ, ob Hoch oder Nieder – wir wollen nur nach dem Menschen sehen.« Bruchstücke für eine Geschichte des Wiener Alpenvereins »Donauland« 1921–1938 und 1945–1976, in: Heinrich Berger/Melanie Dejnega/Regina Fritz/Alexander Prenninger (Hg.), Politische Gewalt und Machtausübung im 20. Jahrhundert. Zeitgeschichte, Zeitgeschehen und Kontroversen. Festschrift für Gerhard Botz, Wien 2011 (derzeit in Druck); sowie ders., EZ 80 – Unterkunftshütte No. 18 und Alpe in Berg. Das Arbeitsgebiet der Sektion »Donauland« 1921–1938 und 1945–1976. Ein Versuch topographischer Erinnerung, in: Österreich in Geschichte und Literatur 55 (2011), in Vorbereitung.110 Genaue Daten in: Schilling, Dr. Walter Riehl, Anhang.

111 Protokoll der Ausschuss-Sitzung am 26.2.1921, Archiv OeAV, Zweig Innsbruck, zit. nach Bendler, Deutschnationalismus und Antisemitismus,91.

112 Brückner u.a. an Hauptausschuss, 8.7.1922, Archiv OeAV, SE 149.101.



Radstädter Hütte (Salzburger Schieferalpen) mit Hakenkreuz, vor 1924.

und der Sektion Austria: Lange Berichte in den meisten Wiener Zeitungen und starke Polemik von antisemitischer Seite füllen die Pressemappe im Archiv des Oesterreichischen Alpenvereins. »Ostjudensturm auf den Alpenverein!«,[113] titelten etwa die *Wiener Stimmen*, und einer ihrer Autoren dichtete ein »Schnadahüpfelach«, in dem kein antisemitisches Klischee ausgelassen wurde:

»De Luft in de Alpen,
De is zuviel rain,
Drum muß dort der koschere
Knoifel herain!
(Doi didel usw.)
[…]
Am Gipfel vom Glockner
Dos Kraiz, dos muß weg!
Wos hat dos für ünsere
Lait for ä Zweck?
(Doi didel usw.)«[114]

Bereits 1921 stand der ›Kampf‹ um den Alpenverein im Zeichen des Hakenkreuzes: Es war noch das ungelenke Hakenkreuz der ›völkischen Bewegung‹, wie es zum Beispiel auf der Radstädter Hütte der Sektion Radstadt oder der Hofpürglhütte der Sektion Linz zu sehen war. Unter diesem Zeichen sammelte sich alles ›Völkische‹: Frontkämpfervereinigung, Antisemitenbund, Turnvereine, Deutscher Schulverein und andere riefen ihre Mitglieder einmal zum Eintritt in die Austria, das nächste Mal zur Teilnahme am dreitägigen Antisemitenkongress und dann wieder zur Stimmenabgabe im Österreichischen Touristenklub auf – so fügten sich die Ereignisse zu einem politischen Einigungsprozess der völkischen Verbände, in dem ein Verein nach dem anderen antisemitisch gemacht werden sollte.

113 Wiener Stimmen, 29.1.1921, Archiv OeAV, HS 8.16.

114 Nithart Stricker, Schnadahüpfelach, in: Wiener Stimmen, Zeitungsausschnitt o.D., Archiv OeAV, HS 8.16.

Die zuständigen Akteure machten dabei keinen Hehl daraus: Riehl verkündete schon in der Austria-Versammlung, er habe gerade den Schulverein »gereinigt«, jetzt »reinige« er die Touristenvereine, um dann weiterzuziehen und sich um die Theater zu kümmern. Pichl dagegen, der sich zuvor um die antisemitische Ausrichtung deutscher Burschenschaften gekümmert hatte, blieb dem Alpenverein erhalten.

1921 kam die antisemitische Bewegung also nur zu einem Teil aus den alpinen Vereinen selbst, zu einem guten Teil wurde sie von Agitatoren der völkischen Verbände heftig gefördert.

Raimund von Klebelsberg schrieb in seinen 1953 erschienenen, bis auf folgende Passage von Reflexion weitgehend freien Memoiren: »Im Rückblick von heute stellt sich der ganze erbitterte Kampf als ein Vorläufer der NS-Bewegung dar, er wurde mit gleicher Vehemenz, gleicher Rücksichtslosigkeit und Organisationstüchtigkeit einer ursprünglich kleinen Minderheit geführt.«[115] Im Gegensatz zu Klebelsberg hatten viele seiner Zeitgenossen diese Zusammenhänge schon Anfang der 1920er-Jahre erkannt und daraus den Schluss gezogen, dass die Agitation mit der ersten Etappe, der Durchsetzung des Arierparagrafen in einzelnen Sektionen, ihr Ziel noch nicht erreicht hatte.

Die Gründung der Sektion Donauland

Nachdem Pichl im Februar 1921 in der Sektion Austria zum Vorsitzenden eines ›völkischen‹ Ausschusses gewählt worden war, versammelten zwei jüdische Mitglieder – Oskar Marmorek[116] und der bekannte Bergsteiger Guido Mayer – Interessenten zur Gründung einer neuen Sektion.[117] Innerhalb weniger Wochen meldeten sich mehrere Hundert Personen, sodass Marmorek und Mayer bei der Leitung des Alpenvereins die Gründung einer Sektion »Donauland« beantragten.[118] Austria und Wiener Ortsausschuss reagierten darauf scharf:

»Die Sektionen Wiens würden die Aufnahme der ›Donauland‹ in den Alpenverein als einen Faustschlag ins Gesicht auffassen und diese neue Sektion niemals als gleichberechtigt anerkennen. Sie würden sich gezwungen sehen, diese Sektion mit allen Mitteln zu bekämpfen […]. Hiedurch würde die Gefahr einer unheilvollen Spaltung innerhalb des D.u.Oe. Alpenvereines heraufbeschworen, die zu vermeiden die Sorge des Hauptausschusses sein müsste.«[119]

Mehr als dreißig österreichische Sektionen und der Münchner Ortsausschuss schlossen sich diesem Protest an. Auf der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu Pfingsten 1921 stand die Zulassung der Sektion Donauland auf der Tagesordnung. Die Abstimmung ergab ein knappes Ergebnis von vierzehn zu zwölf Stimmen für die Zulassung. Gegen Donauland hatten je sechs deutsche und österreichische Mitglieder gestimmt, das waren rund ein Drittel der deutschen und zwei Drittel der österreichischen Mitglieder des Hauptausschusses. Von den Österreichern hatten Josef Donabaum, Johann Stüdl, und – für viele überraschend – Raimund von Klebelsberg für die Zulassung gestimmt; alle ablehnenden Stimmen der deutschen Delegierten kamen aus Süddeutschland (München und Stuttgart).[120]

115 Raimund Klebelsberg, Innsbrucker Erinnerungen 1902–1952, Innsbruck 1953 (= Schlern-Schriften 100), 349.

116 Es handelt sich dabei um einen Cousin des 1909 verstorbenen einflussreichen Zionisten gleichen Namens.

117 Neue Freie Presse, 23.2.1921.

118 Marmorek und Mayer an Hauptausschuss, 21.3.1921, Archiv OeAV, ZV 6.201.

119 Ortsausschuss der Wiener Sektionen, Sandtner an Hauptausschuss, 20.4.1921, Archiv OeAV, ZV 6.201.

120 Rehlen an Sydow, 25.6.1921, Archiv OeAV, ZV 6.203.



Donauland-Führerabzeichen von Viktor Frankl.

Nach der Anerkennung der Sektion Donauland durch den Hauptausschuss lenkte Pichl seinen ›völkischen Kampf‹ gegen den Hauptverband: »Dem Verein ›Donauland‹ ist es durch arische Hilfe zwar gelungen, sich im D.u.Ö. Alpenverein einzunisten, unsere Mitglieder aber mögen versichert sein, daß die Angelegenheiten ›*Donauland*‹ und *Donabaum* im Alpenverein nicht eher zur Ruhe kommen werden, als bis sie in unserem, also in *deutschem* Sinne erledigt sein werden.«[121]

Dem ›Faustschlag ins Gesicht‹ folgte die Weigerung der Wiener Sektionen, die Sektion Donauland als gleichberechtigt anzuerkennen; zugleich sollte damit verhindert werden, dass sie sich in den Alpen ein Arbeitsgebiet oder gar eine Hütte sicherte.[122]

Gegen den Hauptausschuss legte der Sektionenverband schließlich ein förmliches Misstrauensvotum ein. Als Hauptübeltäter betrachteten Pichl und Karl Sandtner, der sich als Obmann des Wiener Ortsausschusses neben Pichl als Wortführer der Kampagne betätigte, Donabaum, der als zuständiger Referent im Hauptausschuss für die Zulassung plädiert hatte. Den angesehenen und als »letzten lebenden Gründer des Alpenvereins« hochverehrten Stüdl getraute man sich wohl nicht anzugreifen. Klebelsberg, gerade erst in den Ausschuss gewählt, berichtete in seinen Memoiren, dass sein Abstimmungsverhalten »in den Augen der Anderen einen schweren Schatten auf mich warf, man sprach fast von Verrat«[123].

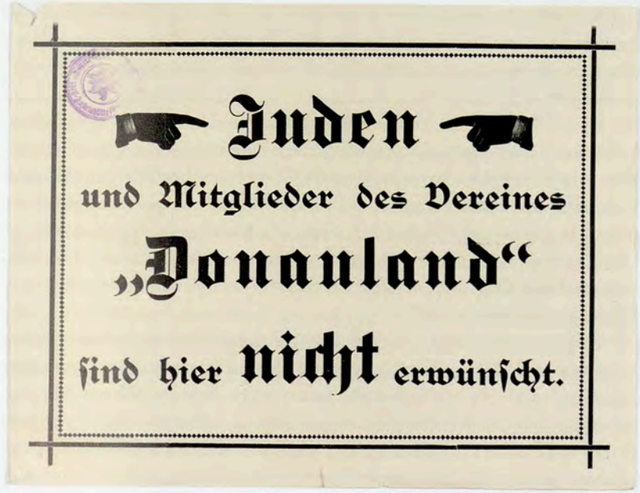
Diese unter dem vergleichsweise harmlosen Begriff »Donauland-Affäre« in die Vereinsgeschichte eingegangene Auseinandersetzung wurde bereits an anderer Stelle ausführlich dargestellt.[124] In diesem Beitrag soll jedoch der Standpunkt der Alpenvereinsführung unter dem Gesichtspunkt beleuchtet werden, wie, vielleicht auch warum sich ihr Verhalten in den dreieinhalb Jahren, die zwischen der Zulassung der Sektion Donauland und deren Ausschluss aus dem Alpenverein vergingen, änderte.

Der Alpenverein hatte schon ein paar Krisen hinter sich, in denen die Umgangsformen seiner Funktionäre vom guten Ton abwichen. Doch die nun aus Wien und dem übrigen Österreich in immer zahlreicheren Reden, Schreiben und Rundschreiben verbreiteten Äußerungen waren für viele, zumal für die älteren Funktionäre, nicht nur dem Inhalt, sondern auch der Form nach unzumutbar. Besonders stark erregte sich Johann Stüdl: »Hoffentlich wird Hofrat Dr. Donabaum auf das Mißbilligungsschreiben geantwortet haben: ›Soeben ist Ihr Wertes *vor* mir und wird bald *hinter* mir sein‹«, schrieb er etwa an Rehlen, und: »Ich begreife nicht, daß die besonnenen älteren Mitglieder dieses Treiben des blindwütigen Ausschusses sich so ruhig gefallen lassen. Schon die Bettelei [um Mitglieder und Geldspenden aus antisemitischen Organisationen, Anm. d. V.] in den Zeitungen ist eine schamlose, unerhörte Agitation, wie sie der Verein noch nie erlebt hat.«[125] Das Rundschreiben der Sektion Austria über den Misstrauensantrag bezeichnete er als »von Größenwahn, Arroganz u. Frechheit strotzend«, der Ausschuss scheine »rein vom Wahnsinn befallen zu sein«[126]. »Eigentlich sollte man der Section Austria drohen, sie aus dem Verein auszustoßen, wenn sie sich gegen den Verein in so unerhörter Weise versündigt u. seine Eintracht durch ihren blindwütigen Antisemitismus stört.«[127]

Donabaum berichtete dem Verwaltungs- und Hauptausschuss über die Vorgänge im »Wiener ›Narrenland‹, anders kann ich's nicht nennen«[128]. Die ihm von der Sektion Donauland angebotene Ehrenmitgliedschaft lehnte er »energisch« ab, »mit der Begründung, daß ich doch nicht der S. Donauland zuliebe gehandelt habe, sondern darnach, was nach meiner Ansicht für den DÖAV das Richtige ist«[129].

Für die bevorstehende Hauptversammlung in Augsburg, für die das Wiener Misstrauensvotum als formeller Antrag eingebracht wurde, erwarteten sich Verwaltungs- und Hauptausschuss schärfste Auseinandersetzungen. Ein Rundschreiben des Ersten Vorsitzenden Reinhold von Sydow informierte alle Sektionen über die Hintergründe des Antrages, um, wie es Rehlen ausdrückte, »seinerseits dem Werke der Brunnenvergiftung, das sicher von Wien aus jetzt mit aller Macht in Angriff genommen wird«, entgegenzuarbeiten.[130] Ausführlich berieten Sydow und Rehlen ihr Vorgehen in Augsburg, wobei es nur um taktische Fragen ging – inhaltlich waren sie auf einer klaren Linie: »Ich bin ganz Ihrer Ansicht: unser Leitmotiv muß sein, daß es im Interesse des Vereins geboten ist, Sympathie und Antipathie in der Judenfrage zu Hause zu lassen und die ganze Frage, als eine politische, auszuschalten«, schrieb Sydow an Rehlen, und: »Nur keine Halbheiten! Selbst der Austritt einiger rabiater Sektionen wäre zu ertragen; sie würden bald wiederkommen.«[131]

Auf der Hauptversammlung selbst wurden zwar alle Anträge zurückgezogen, weil sich eine Mehrheit für das Misstrauensvotum nicht abzeichnete, die Diskussion beherrschte aber die ganze Tagung. Vor allem norddeutsche Sektionen lehnten das Verhalten der österreichischen Sektionen heftig ab: Nach den Diskussionen in Augsburg kam es zum Beispiel zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft nordwestdeutscher Sektionen, der Ende 1921 bereits 19 Sektionen beigetreten waren und die sich gegen die Versuche aussprach, politische Angelegenheiten im Alpenverein auszutragen.[132] Auch der Verband der Sektionen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet[133] trat in den Hauptversammlungen von 1922 und 1923 geschlossen gegen die antisemitischen Anträge auf.



Antisemitisches Plakat mit Stempel der Sektion Austria, 1921.

121 Eduard Pichl, An die Mitglieder, in: Austria-Nachrichten 1921, Nr. 10–12, 2–3, Archiv OeAV, ZV 6.201; Hervorhebung im Original.
122 Kissling, Donauland.
123 Klebelsberg, Erinnerungen, 348.
124 Details sind nachzulesen bei: Amstädter, Alpinismus, v.a. 280–314; Mailänder, Edelweiss, v.a. 141–163; ders., Die Donaulandaffäre des DuOeAV. Das dunkelste Kapitel unserer Vereinsgeschichte, in: DAV-Panorama 2007, H. 1, 60–62.
125 Stüdl an Rehlen, 17.6.1921 (Hervorhebung im Original), Archiv OeAV, ZV 6.203.
126 Stüdl an Rehlen, 12.6.1921, ebd.
127 Stüdl an Rehlen, 12.6.1921, ebd.
128 Donabaum an Verwaltungsausschuss, 25.5.1921, ebd.
129 Donabaum an Verwaltungsausschuss, 25.5.1921, ebd.
130 Rehlen an Sydow, 31.5.1921, ebd.
131 Sydow an Rehlen, 14.7.1921, ebd.
132 Oliver Kreie, Der Weg des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins (DuOeAV) in die nationalsozialistische Diktatur – dargestellt am Beispiel ausgewählter westfälischer Sektionen, Examensarbeit Münster 2010, 27. Der Arbeitsgemeinschaft gehörten zu diesem Zeitpunkt folgende Sektionen an: Bielefeld, Braunschweig, Bremen, Celle, Detmold, Göttingen, Goslar, Hamburg, Hannover, Hildesheim, Kiel, Lübekc, Minden, Niederelbe-Hamburg, Oldenburg, Paderborn, Rostock, Turnersektion Hamburg und Wolfenbüttel.
133 Kreie, Der Weg, 28.

Obwohl sich die beiden Vorsitzenden ständig über ihre Strategie absprachen, wurde jedoch nie ernsthaft in Erwägung gezogen, gegen jene Wiener Sektionen vorzugehen, die mit ihrem ›Judenplakat‹ gegen die Satzungen verstießen: Wie im April 1921 angekündigt, verwehrten die 19 mittlerweile im Verband der Wiener und niederösterreichischen Sektionen zusammengefassten völkischen Sektionen Ostösterreichs den Donauland-Mitgliedern satzungswidrig die Hüttenbegünstigung[134] und taten dies auf Plakaten kund, die in den Hütten angebracht wurden: »Die Mitglieder der Sektion ›Donauland‹ des D.u.Ö. Alpenvereins in Wien genießen in dieser Schutzhütte keinerlei Begünstigung hinsichtlich der Vergebung der Schlafplätze noch in Bezug auf die Eintritts- und Nächtigungsgebühren!«[135]

Wieder war es Stüdl, der sich darüber am schärfsten äußerte; er bezeichnete es als die »größte Gemeinheit«[136] und überlegte für sich persönlich Gegenmaßnahmen: »Was die Sect. Austria u. ihren Wiener Anhang anbelangt, so bin ich für ihre Ausschließung aus dem D&Oe. Alpenverein u. Confiscirung ihrer Hütten [Vom Hauptverein subventionierte Hütten verfielen im Fall der Auflösung einer Sektion dem Hauptverein, Anm. d. V.].«[137]

Seit dem Sommer 1921 waren zahlreiche Hütten mit dem zitierten Plakat ausgestattet, und die entsprechenden Beschwerden trafen bei der Sektion Donauland und anderen Sektionen sowie beim Verwaltungs- und beim Hauptausschuss ein, der die Sektion Austria umgehend zurechtwies: »Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass dieses Vorgehen ein Verstoss gegen die Satzungen des Vereines ist und fordern Sie auf die Plakate in Ihren Hütten unverzüglich zu entfernen.«[138] Die Sektion bestätigte den Empfang des Schreibens – und tat weiter nichts. Die Kärntner Sektionen beschlossen auf einer Vertretertagung eine satzungskonforme Lösung und gewährten den Mitgliedern der Sektion Donauland weiterhin die Begünstigungen, »weil dies eine satzungsmäßige Pflicht ist«, entschieden sich aber gleichzeitig dazu, »am Eingang jeder Hütte der Kärntner Sektionen eine Tafel« mit folgender Aufschrift anzubringen: »Mitglieder der Sektion Donauland sind auf dieser Hütte nicht willkommen«.[139]

Nachdem die Verwarnungen des Verwaltungsausschusses sowohl in Wien als auch in Kärnten erfolglos geblieben waren und sich die Beschwerden gehäuft hatten, erwogen einige Donauland-Mitglieder eine Klage, wurden aber von der Sektion »bestimmt, hievon vorläufig abzusehen«[140].

Unter Berufung auf die für die kommende Hauptversammlung 1922 eingebrachten Anträge, »die erhoffen lassen, dass es der Einsicht und dem guten Willen des Hauptausschusses und der Hauptversammlung gelingen wird, einen Weg zu finden, um durch Ausscheidung der S. Donauland die Eintracht und die Einigkeit im D.u.Oe.A.V. wiederherzustellen«, erklärte sich Pichl namens des Verbandes der Wiener und niederösterreichischen Sektionen zur Entfernung der »Zettel«, wie er sie nun nannte, bereit.[141]

1922 vom Hauptausschuss neuerlich wegen ihrer Plakate verwarnt, hielt die Sektion Villach aber an ihrer Ansicht fest, dass sie ein Recht darauf habe, ihre Sektion völkisch zu führen: »Im Vorhinein machen wir aufmerksam, dass die Sektion Villach *mit Bewilligung des Hauptausschusses* den Arier § aufgenommen hat und daher auch berechtigt ist, die Verwaltung der Sektion und den Betrieb ihrer Hütten nach deutsch-völkischen Richtlinien zu führen. Zu diesen Richtlinien gehört selbstverständlich auch der Antisemitismus.«[142]

Auf seiner nächsten Sitzung befasste sich der Hauptausschuss wiederum damit: »Wir haben kein Zwangsmittel gegen die Sektion als Subventionsverweigerung oder Ausschluß«, bedauerte Gustav Müller, und Sydow konnte sich nur darauf beschränken, »dem anwesenden Mitgliede der S. Villach noch einmal recht dringend ans Herz [zu legen], dahin zu wirken, daß sich diese Sache nicht zu einem Konfliktsfall zwischen der S. Villach und dem H.-A. auswächst«[143]. Theodor Janisch, das angesprochene Mitglied, nahm sich das keineswegs zu Herzen, und im Mai 1923 musste die Sektion neuerlich verwarnt werden.[144] Noch 1924 teilte die Sektion Villach dem Hauptausschuss lediglich mit, dass die Plakate künftig lauten würden: »Der Zutritt von Juden ist nicht erwünscht.«[145]

Rehlen bestand auf der Entfernung der Plakate, Viktor Wessely, Vorsitzender der Sektion Linz, richtete sich gegen diese Forderung, unterlag mit seinem Argument aber der Mehrheit: »Solche oder ähnliche Plakate haben die meisten österr. Sektionen in ihren Hütten. Die Sektionen sind Hausherren in ihren Hütten und können kundtun, welche Besucher unerwünscht sind. Bitte die Stimmung in Oesterreich zu beachten und die Sache nicht auf die Spitze zu treiben.«[146] Auch die Sektion Austria ersetzte ihre »Zettel« durch andere. Das im Archiv des OeAV erhaltene Original trägt den Stempel der Austria-Hütte: »Juden und Mitglieder des Vereines ›Donauland‹ sind hier nicht erwünscht.«

Als dem bekannten Bergsteiger und Donauland-Mitglied Otto Margulies, der nach der Amputation eines Beines mit einer Prothese Höchstleistungen vollbrachte, im Guttenberg-Haus der Sektion Austria im Juni 1924 die Begünstigung verwehrt wurde, nahm er den an der Wand hängenden »Zettel« kurzerhand mit – wofür ihm Pichl »eine arge Verletzung des Gastrechts« vorwarf.[147] Ein Gast, der 1922 auf der Lizumer Hütte der Sektion Hall ebenfalls ein solches Plakat vorfand, legte seine Meinung dazu im Fremdenbuch nieder:

»Juden und solche vom Donauland,
Sind hier nicht gern gesehen;
Seien sie noch so müde gerannt
Mögen sie draußen stehen.

Jesus! Höre und merke es gut,
Wie dein Gebot sie verachten!
Kämst du gar selbst, du geborener Jud,
Müßtest du draußen verschmachten.

Glückerfüllt denk' ich darüber nach,
Daß mich kein Glaube mehr bindet[148],
Daß nicht mein Tod mich unter einem Dach
Mit solch einer ›Christenheit‹ findet!«[149]

134 Dem Verband gehörten zu diesem Zeitpunkt an: Akademische Sektion Wien, Austria, Edelraute, Enzian, Germanen, Reichensteiner, Steinnelke, Tauriskia, Wien, Wienerland, Wiener Lehrer, Ybbstaler, Baden, Krems, Mödling, Neunkirchen, Wiener Neustadt, St. Pölten und Waidhofen.
135 Plakat in Archiv OeAV, ZV 6.203.
136 Stüdl an Rehlen, 17.6.1921, Archiv OeAV, ZV 6.203.
137 Stüdl an Rehlen, 19.6.1921, ebd.
138 Verwaltungsausschuss/Hauptausschuss an Sektion Austria, 7.7.1921, ebd.
139 Jahresbericht der Sektion Villach über das 51. Vereinsjahr 1921 erstattet in der 48. Jahresversammlung am 12.1.1921, ebd.
140 Sektion Donauland an Hauptausschuss, 19.9.1921, ebd.
141 Sektion Austria (Pichl) an Hauptausschuss, 4.4.1922, ebd.
142 Sektion Villach (Siber) an Hauptausschuss, 22.6.1922 (Hervorhebung im Original), ebd.
143 Protokoll der 27. Hauptausschuss-Sitzung, 16.7.1922.
144 Protokoll der 28. Hauptausschuss-Sitzung, 17./18.5.1923.
145 Protokoll der 30. Hauptausschuss-Sitzung, 17./18.4.1924.
146 Ebd.
147 Denkschrift der Österreichischen Sektionen des D.u.Ö. Alpenvereins in der Angelegenheit »Donauland«, Wien, November 1924, 12, Archiv OeAV, ZV 6.209.
148 Das Gedicht stammt von einem Naturfreund, Anm. d. V.
149 Die Judenfrage im Alpenland, Der Naturfreund 1922, 88.

Solange es nicht gelang, die Sektion Donauland aus dem Alpenverein auszuschließen, führten die antisemitischen Sektionen neben dieser nicht nur ›plakativen‹ Agitation gegen Juden und die Sektion Donauland ihren erbitterten Kampf auch auf einem anderen Feld: Unter allen Umständen wollten sie verhindern, dass die Sektion Donauland sich ein Arbeitsgebiet und Hüttenbesitz verschaffte. Neben der Sektion Austria beteiligten sich vor allem die Sektionen Villach und Lienz an solchen Versuchen; aber auch sonst vergleichsweise gemäßigte Stimmen wie die von Hofrat Hackel aus Salzburg schlugen bei diesem Thema den gleichen Ton an: »Wenn es der Section Donauland gelingt, sich im Nassfeld einzunisten, so gewinnt das Judentum in nächster Nähe des leider schon völlig verjudeten Badgastein einen weiteren Stützpunkt, und wenn die Juden in Menge auftreten, sind sie wirklich unerträglich, wie auch der jetzige ›Wintersportbetrieb‹ in Hofgastein genugsam erweist. Wir wollen, soviel wir können, unser Land von dieser Pest reinhalten.«[150]

Trotz dieser Anfeindungen gelang es der Sektion Donauland 1924, nachdem sie bis dahin mehrere Skihütten hatte pachten können, mit der Glorerhütte – bis dahin in Privatbesitz – einen hochalpinen Stützpunkt zu erwerben.[151]

Der Ausschluss der Sektion Donauland aus dem Alpenverein

Die Agitation gegen die Sektion Donauland einerseits und gegen die Vereinsführung andererseits wurde beharrlich und auf vielen Schauplätzen fortgesetzt. Schon 1921 hatten die Wiener Sektionen ihre Vertreter im Hauptausschuss Theodor Karl Holl und Karl Plaichinger aus Protest zum Rücktritt veranlasst, sie protestierten 1922 gegen die Kandidatur des hoch angesehenen Geografen, Glaziologen und Gründers der Akademischen Sektion Wien Albrecht Penck für den Hauptausschuss, weil dieser sich in Augsburg für die Sektion Donauland ausgesprochen hatte. Und 1923 verbot die Sektion Austria ihrem Mitglied Holl die Annahme seiner neuerlichen Wahl in den Hauptausschuss. Die Mehrheit des Hauptausschusses reagierte auf diese Vorgangsweise mit Entsetzen: »Das Vorgehen dieser Sektionen ist unglaublich und soll in der H.-V. gebrandmarkt werden«, meinte etwa Max M. Wirth von der Sektion Frankfurt.[152] »Der H.-A. spricht sein äußerstes Befremden und seine Mißbilligung aus«, oder: »Der Vorsitzende weist auf die Unerhörtheit solchen Vorgehens hin«, heißt es dann jeweils in den Protokollen, allerdings ohne Konsequenzen.

Neben diesen zermürbenden Vorstößen organisierten sich im Hintergrund die Donauland-Gegner: 1922 gründete Pichl den Deutschvölkischen Bund im Alpenverein, dem bald die meisten österreichischen und drei deutsche Sektionen angehören sollten. In den regionalen, meist sehr losen Sektionsverbänden wurde ebenfalls für die antisemitische Sache agitiert, wie Beispiele aus Kärnten und Tirol belegen.

Auf den Hauptversammlungen in Bayreuth und Bad Tölz in den Jahren 1922 und 1923 ging es ähnlich zu wie zuvor in Augsburg: Anträge in verschiedensten Formen, zuvor monatelang vorbereitet, diskutiert, verbreitet, beworben, führten lediglich zu langen Debatten, in denen die

150 Sektion Salzburg (Hackel) an Hauptausschuss, 12.1.1924, Archiv OeAV, ZV 6.212.

151 Erwerbung der Glorer Hütte durch die Sektion ›Donauland‹, in: Nachrichten der Sektion Donauland, 1.4.1924 (Nr. 33), 1. Ausführlich dazu: Kissling, Ob Jude oder Christ.

152 Protokoll der 27. Hauptausschuss-Sitzung, 16.7.1922.

Vertreter beider Seiten aneinander vorbeiredeten. Der Hauptausschuss blieb in seiner Mehrheit auf dem Standpunkt, dass Recht und Gerechtigkeit nicht dem Willen einer aus politischen Motiven provozierten Willensbekundung weichen könnten. Dabei hatte Gustav Müller von der Sektion Hochland, Mitglied des Verwaltungs- und Hauptausschusses, bereits in der Hauptversammlung des Jahres 1922 angedeutet, wie eine mögliche ›Lösung‹ des Konflikts aussehen könnte:

»Ich appelliere nicht an die Opferbereitschaft der Sektionen Austria und Donauland, weil ich dazu keine Zuständigkeit für mich in Anspruch nehmen kann, aber ich wäre dankbar, daß [sic] die Sektion Austria sich auf die alpine Betätigung im Vereinsleben beschränken würde und ich wäre dankbar, daß [sic] sie in ihrer Eigenschaft als Sektion sich politischer Betätigung enthalten würde. (Sehr richtig!) Ich wäre aber auch auf der anderen Seite dankbar, daß [sic] unter der von mir vorausgesetzten entsprechenden Einstellung der Sektion Austria die Sektion Donauland den Interessen des Vereins das Opfer freiwilliger Ausscheidung bringen könnte. (Sehr gut!) Es wäre nur ein Wort, aber ich stelle nicht einmal die Frage.«[153]

In der Sitzung des Hauptausschusses am 17. und 18. Mai 1923 in München zeichnete sich dann, nachdem der Disput mit der Wiederholung der bekannten Argumente begann, eine erstaunliche Entwicklung ab: Philipp Reuter, Vorsitzender der Sektion Essen, meldete sich zu Wort und sprach vom Unverständnis, das in den Flachlandsektionen über den Streit herrsche:

»Unsere Hauptversammlungen sind alpin unfruchtbar. Den Mitgliedern der Flachlandsektionen sind Reisen nach Tirol unerschwinglich; die Publikationen müssen eigens bezahlt werden. Was haben unsere Mitglieder eigentlich noch vom Alpenverein? Die Mißstände im Hüttenwesen schreien nach Abhülfe; mit solchen Frage beschäftige sich die H.V.! Mit solch' kleinlichen Zänkereien wie die um die S. Donauland sollte sich die A.V.H.V. in einer Zeit, in der alle Deutschen einig sein sollten, nicht abgeben. So sagen wir an der Ruhr!«[154]

Reuter spielte hier auf die Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen zu Beginn des Jahres 1923 an, die nicht nur im Deutschen Reich, sondern auch in Österreich als ›nationale‹ Katastrophe empfunden wurde. Reuters Rede musste stärkeren Eindruck hinterlassen haben, als die protokollierten Auszüge nahelegen, denn Karl Sandtner, der seit 1921 die Interessen der Donauland-Gegner im Hauptausschuss zu vertreten hatte (die Austria weigerte sich ja, den Ausschuss zu beschicken), griff Reuters Argumente auf: Er wolle das »Elaborat« Reuters »im deutschvölkischen Bund vortragen« und »der Hoffnung Ausdruck geben, daß das Gefühl deutscher Zusammengehörigkeit bei den Antragstellern den Sieg davon tragen möge«.[155] Ausdrücklich bestärkt wurde Sandtner darin noch von Gustav Müller und Heinrich Hackel. Im Deutschvölkischen Bund aber hatte Sandtner offenbar keinen Erfolg, denn bei der Hauptversammlung 1923 in Bad Tölz begann die Diskussion von Neuem. Auch hier trat Reuter mit einer starken Rede auf.[156]

Dennoch wurden auch in dieser Hauptversammlung die Anträge auf Satzungsänderung, die den Ausschluss der Sektion Donauland ermög-

153 Mitteilungen des DuOeAV 1922, 57.

154 Protokoll der 28. Hauptausschuss-Sitzung, 17./18.5.1923.

155 Protokoll der 28. Hauptausschuss-Sitzung, 17./18.5.1923.

156 Verhandlungsschrift der 49. Hauptversammlung des DuOeAV zu Bad Tölz am 9. September 1923, 20.

licht hätten, nur mit einer Mehrheit von 844 gegen 677 Stimmen unterstützt, womit die notwendige Dreiviertel-Mehrheit weit verfehlt wurde. Ein weiterer Antrag der Sektion Alpiner Skiklub (München) griff nun den Gedanken Gustav Müllers vom Vorjahr auf:

»Unter der Voraussetzung, daß sich die österreichischen Sektionen verpflichten, nach Ausscheiden der S. Donauland endgültig auf Anträge auf Beschränkung der Mitgliederaufnahme aus völkischen Gründen zu verzichten und den Deutschvölkischen Bund aufzulösen, wolle die HV. beschließen: Die S. Donauland ist aufzufordern, ihren Austritt aus dem Verein zu erklären, um die Geschlossenheit und den Frieden des Vereins nicht weiter zu gefährden.«[157]

Anton Steinitzer zog jedoch namens seiner Sektion den Antrag zurück, da ihm die Vertreter der Sektion Donauland versichert hatten, einer Aufforderung zum Austritt keinesfalls Folge leisten zu wollen.

In eine ähnliche Richtung wie dieser Antrag zielten aber die weiteren Bemühungen, die schließlich zum Ausschluss der Sektion Donauland aus dem Alpenverein führten. Es fehlt jedoch an Quellen über jene Gespräche und Verhandlungen im April und Mai 1924, die letztlich zu einem Kompromiss zwischen dem Deutschvölkischen Bund und dem Hauptausschuss führten. Im entsprechenden Übereinkommen selbst verpflichteten sich die österreichischen Sektionen dazu, nach dem Ausscheiden der Sektion Donauland aus dem Alpenverein für zunächst acht Jahre weder Anträge auf die Einführung des Arierparagrafen im Gesamtverein zu stellen noch dafür zu werben. In den darauf folgenden vier Jahren sollten sie solche Anträge nur dann stellen dürfen, wenn sie von mindestens einem Drittel der deutschen Sektionen unterstützt würden. Gleichzeitig wurde in dem Abkommen festgehalten, dass »der Einführung oder der Anwendung des Arierparagraphen in den einzelnen Sektionen nichts im Wege steht« und dass den Mitgliedern der Sektion Donauland »der Zusammenschluß in Form einer geschlossenen Gruppe nicht zugestanden werden darf«, diese sich also nicht etwa als eine Gruppe einer anderen Sektion anschließen könne. Unter diesen Bedingungen sei der Deutschvölkische Bund bereit, sich aufzulösen.

Im Gegenzug wollte der Hauptausschuss dafür sorgen, dass die Sektion Donauland aus dem Alpenverein austrete – nachdem Sydow und Rehlen vergeblich darauf gehofft hatten, sie zu einem freiwilligen Austritt bewegen zu können. So blieb dem Hauptausschuss zur Erfüllung des Abkommens nur die Unterstützung des von der Sektion Klagenfurt bei der Hauptversammlung im Juli 1924 in Rosenheim gestellten Antrags, in dem sie die Sektion Donauland »behufs Wiederherstellung des Friedens und der ruhigen Entwicklung im Gesamtverein« zum Austritt aufforderte, verbunden mit der Androhung des Ausschlusses, falls sie dieser Aufforderung nicht bis Ende Oktober nachkomme.

Gleichzeitig, gleichsam als zusätzliche Absicherung des Abkommens, stellte der Hauptausschuss den Antrag auf Satzungsänderung durch einen dritten Absatz in Paragraf 1 der Satzungen: »Der Verein ist unpolitisch; die Erörterung und Verfolgung politischer Angelegenheiten liegt außerhalb seiner Zuständigkeit.« Dazu gesellte sich eine von den Münchner Sektionen Hochland und Oberland beantragte Entschlie-

157 Ebd., 22.



Mappe für die Delegierten zur Hauptversammlung in Rosenheim, 1924.

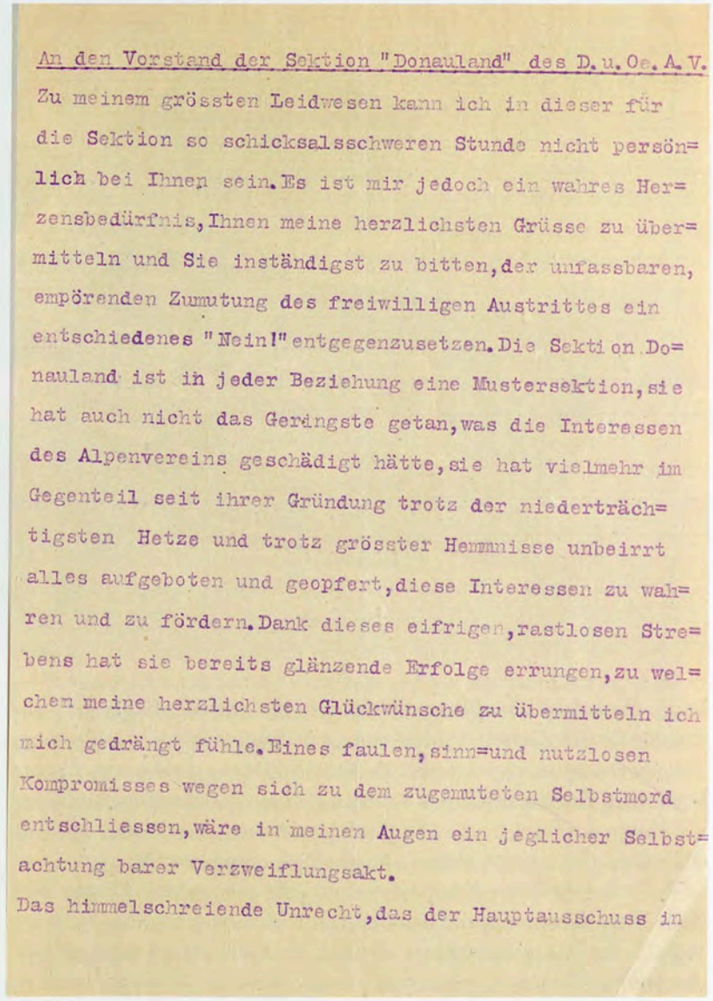
ßung, der zufolge »der Pflege und Förderung nationaler Gesinnung und vaterländischen Geistes in den einzelnen Sektionen nicht entgegengetreten werden« solle, sowie eine ähnliche Erklärung der österreichischen Sektionen. Trocken berichtete Rehlen der Hauptversammlung auch, dass der Hauptausschuss davon »Kenntnis genommen« habe, »daß das Wort ›völkisch‹ in Österreich keine politische Bedeutung hat«[158].

Wie war nun dieser Kompromiss zustande gekommen? Eine größere Rolle hatte dabei offenbar Raimund von Klebelsberg gespielt. 1920 erstmals in den Hauptausschuss und 1922 als Nachfolger Donabaums in das Amt des Dritten Vorsitzenden gewählt, hatte der Wissenschaftler im Alpenverein rasch an Ansehen gewonnen. Der Sektion Brixen in Südtirol zugehörig, war er zum Zeitpunkt seiner Wahl kein Vertreter der österreichischen Sektionen gewesen. In seinen 1953 erschienenen *Erinnerungen* berichtete er knapp über die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Sektion Donauland. Klebelsberg, der 1921 für deren Aufnahme in den Alpenverein gestimmt hatte, betrieb nun deren Ausschluss, um »eine Spaltung des Alpenvereins in [einen] österreichischen und reichsdeutschen« zu verhindern. »Da mußte ich aus Vereinspolitik inkonsequent werden und das kleinere Übel statt des größeren wählen. Ich überzeugte davon im Frühjahr 1924 auch Exzellenz v. Sydow […].«[159]

Sydow betonte, dass ihn »ein Bericht v. Klebelsbergs über die Stimmung in Österreich« in seiner Entscheidung »bestärkt« habe[160] und rechtfertigte diese völlige Kehrtwendung in der von ihm und Rehlen seit 1921 konsequent vertretenen Haltung damit, dass es erst mit diesem Kompromiss gelungen sei, die antisemitische Bewegung im Alpenverein aufzuhalten. Zweifellos fiel es ihm und Rehlen außerordentlich schwer, ihren bisherigen Standpunkt aufzugeben und die Sektion Donauland

158 Verhandlungsschrift der 50. Hauptversammlung des DuOeAV zu Rosenheim am 20. Juli 1924, 23–25.
159 Klebelsberg, Erinnerungen, 348–349.
160 Protokoll der 32. Hauptausschuss-Sitzung, 13.12.1924.

Schreiben von Johann Stüdl an die Sektion Donauland (Entwurf oder Abschrift), 10. Oktober 1924.



An den Vorstand der Sektion "Donauland" des D.u.Oe.A.V.

Zu meinem grössten Leidwesen kann ich in dieser für die Sektion so schicksalsschweren Stunde nicht persönlich bei Ihnen sein. Es ist mir jedoch ein wahres Herzensbedürfnis, Ihnen meine herzlichsten Grüsse zu übermitteln und Sie inständigst zu bitten, der unfassbaren, empörenden Zumutung des freiwilligen Austrittes ein entschiedenes "Nein!" entgegenzusetzen. Die Sektion Donauland ist in jeder Beziehung eine Mustersektion, sie hat auch nicht das Geringste getan, was die Interessen des Alpenvereins geschädigt hätte, sie hat vielmehr im Gegenteil seit ihrer Gründung trotz der niederträchtigsten Hetze und trotz grösster Hemmnisse unbeirrt alles aufgeboten und geopfert, diese Interessen zu wahren und zu fördern. Dank dieses eifrigen, rastlosen Strebens hat sie bereits glänzende Erfolge errungen, zu welchem meine herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln ich mich gedrängt fühle. Eines faulen, sinn- und nutzlosen Kompromisses wegen sich zu dem zugemuteten Selbstmord entschliessen, wäre in meinen Augen ein jeglicher Selbstachtung barer Verzweiflungsakt.

Das himmelschreiende Unrecht, das der Hauptausschuss in

den vermeintlichen Interessen des Gesamtvereins zu opfern. Nachdem sie den Ausschluss der Sektion Donauland bisher mit dem Hinweis auf Recht und Gerechtigkeit verhindert hatten, war es nachher kaum möglich, diesen nicht als Unrecht zu betrachten.

Dabei war Sydow, der mit Juden die Schulbank gedrückt, aber erst als Student ein katholisch geprägtes Umfeld kennengelernt hatte, zwar nicht frei von antijüdischen Ressentiments, aber gewiss kein politischer Antisemit: »[S]owenig ich blind gewesen bin und noch bin für den Schaden, den gewisse den Juden mehr als den Christen angeborene Fehler unserem wirtschaftlichen und politischen Leben angetan haben, so habe ich doch nie ein waschechter Antisemit werden können. Dazu habe ich zu viele hochachtbare Juden, auch ungetauft gebliebene, kennen gelernt und einzelne auch zu meinen Freunden gezählt.«[161] 1942 nannte er als ersten unter jenen Punkten, in welchen er von »der regierenden Partei« abweiche, die »Überspitzung des Rasseprinzips«.[162]

161 Sydow, Lebenserinnerungen, 20–21.
162 Ebd.

Ein Gesinnungswandel scheidet bei Sydow als Motiv für die Änderung seiner Alpenvereinspolitik aus; bei Rehlen wohl ebenso, wenn wir auch keine Zeugnisse dafür kennen. Persönliche Eitelkeit kommt ebenfalls nicht als möglicher Grund in Frage, denn beide wurden von den einen verhöhnt, während sich die anderen von ihnen abkehrten. Schwere Vorwürfe kamen etwa von Carl Arnold, dem Gründer der Sektion Hannover, der mit seinem Austritt drohte. Tatsächlich müssen Sydow und Rehlen in dem Glauben gehandelt haben, mit dieser Entscheidung Schlimmeres zu verhindern. Dafür spricht nicht nur die zähe Zermürbungstaktik der Antisemiten, die den Hoffnungsschimmer von 1923, als Sandtner den Deutschvölkischen Bund zur Zurückhaltung überreden wollte, hinweggefegt hatte, sondern auch der Umstand, dass 1925 die Wahl eines neuen Verwaltungsausschusses mit Sitz in Österreich anstand (die dann allerdings um drei Jahre verschoben wurde).



Johann Stüdl, um 1910.

Stüdl, mittlerweile 85 Jahre alt, bestärkte die Sektion Donauland, deren Ehrenmitglied er war, in ihrer Haltung: »Das himmelschreiende Unrecht, das der Hauptausschuß in seiner törichten Angst vor dem Terror destruktiver Elemente und die irregeleiteten, verhetzten, nicht genügend informierten Sektionen an ›Donauland‹ zu begehen sich anschicken, wird dem Alpenverein nicht den Frieden, sondern den Fluch der bösen Tat bringen.«[163] Nach der Weigerung der Sektion Donauland, den Alpenverein ›freiwillig‹ zu verlassen, meinte der Hauptausschuss nun, er sei gezwungen, die Vereinbarung mit dem Deutschvölkischen Bund in die Tat umzusetzen. Für Dezember 1924 wurde die erste außerordentliche Hauptversammlung nach München einberufen, um den Ausschluss der Sektion Donauland zu beschließen.

Letztlich ließen der Hauptausschuss und allen voran Sydow und Rehlen, die in zahlreichen Briefen zwischen Berlin und München alle Details vorbereitet hatten, den Ausschluss der Sektion Donauland nicht nur zu, sondern sorgten auch noch für dessen rechtlich haltbare Begründung mittels geringfügiger Vorwürfe. Damit erfüllten sie nicht nur einen Wunsch der Antisemiten, sondern erledigten auch deren Geschäfte.

Rund um die Münchner Hauptversammlung begann die Antisemitismus-Debatte einzelne Sektionen zu spalten. Mehr als vierhundert Sektionen waren nun gezwungen, Stellung zu beziehen. Etwa 95 Prozent stimmten für den Ausschluss von Donauland oder enthielten sich. Die Frage, welche Sektionen dagegen stimmten, kann anhand der vorliegenden Quellen nicht zuverlässig beantwortet werden. Eine vom Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens zusammengestellte Liste dürfte aufgrund von Zuschriften zustande gekommen und nicht ganz verlässlich sein; mit diesem Vorbehalt geben wir sie hier wieder: »Aachen, Berlin, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Frankfurt a. M., Fürth in Bayern, Erfurt, Gelsenkirchen, Gleiwitz, Gummersbach, Lübeck, Mannheim, Mainz, Neuburg a. d. Donau, Niederelbe (Hamburg), drei von den 4 Nürnberger Sektionen, Stettin, Wettin (Dresden). Der Vorsitzende der Sektion Hannover wollte gegen den Ausschluss stimmen, war aber durch Krankheit verhindert.«[164]

163 Stüdl an Sektion Donauland, 10.10.1924 (Abschrift), Archiv OeAV, PERS 32.6.
164 Hans Kaufmann an CV, Berlin, Berlin, 6.1.1925. Korrespondenz des CV Berlin über den Ausschluß der Sektion Donauland aus dem deutschen und österreichischen Alpenverein, 1925, Wiener Library (London), MF Doc 55/65/2256.

Rechte Seite:
»Der judenreine Alpenverein«, Karikatur von Paul Humpoletz. In: Der Götz von Berlichingen, Nr. 51, 1924.

Der ›Fluch der bösen Tat‹

Wenn behauptet wurde, mit dem Antisemitismus sei ›Gift‹ in den Verein getragen worden, so scheint dies im Protokoll der Sektion Tutzing besonders drastisch bestätigt:

»Die G.V. soll am 15.8. in Augsburg stattfinden. [Der Vorsitzende] Höfling fragt an, ob sich außer ihm niemand beteiligen wolle; da er keine Zustimmung erhält, bittet er die Ausschußmitglieder um ihre Meinung, wie er sich in der Judenfrage: Austria ca. Donauland stellen solle; er hat für die Sektion Tutzing 7 Stimmen, die Mitglieder Schmidt und Ziernbauer bemerken: Höfling solle vorher sondieren und sich womöglich auf die judenreine Seite stellen; Ap.[otheker] Wais gerät darüber in starke Aufregung und schreit Höfling in sehr erregter Weise an, wenn Höfling auf der H.V. für den H.A. d.i. Genehmigung der neuen Judensektion Donauland stimme, trete er Wais sofort aus der Sektion Tutzing aus und würde in allerschärfster Weise gegen die Sektion Tutzing agitieren!! Von Ziernbauer darauf aufmerksam gemacht, daß er sich nicht so furchtbar antisemitisch gebärden solle, erwiderte er, in noch erregterer Weise, dabei mit der Faust auf den Tisch hauend, daß er sein Wort halte! Auf Ziernbauers weitere Frage, ob er von jetzt ab auch in der Apotheke nichts mehr mit Juden zu tun haben wolle und ob er nichts mehr an Juden verkaufe, gibt Wais zur Antwort: das sei ganz was anderes, Sektion und Geschäft seien auseinanderzuhalten, wenn er sein Wort gegeben habe, dann halte er es auch und würde in schärfster Weise gegen die Sektion agitieren! Nach einigen beruhigenden Worten von Seiten Höflings schlägt Schmidt vor, das Thema zu verlassen und zum nächsten Punkt überzugehen!«[165]

Die Hauptversammlung hatte offenbar einen meinungsbildenden Erfolg auf den Sektionsvorsitzenden Höfling, der in der im Dezember 1921 folgenden Jahreshauptversammlung seiner Sektion berichtete: »Die Sektion Tutzing ist noch judenrein und wird es hoffentlich auch bleiben; wir müssen unsere neuen Mitglieder [...] genau prüfen, nicht allein zählen, sondern wägen.«[166]

Wie die Tutzinger freundeten sich wohl die meisten Sektionen und Alpenvereinsmitglieder schnell mit dem neuen Vereinsfrieden an; von den Austrittsankündigungen prominenter alter Mitglieder (z.B. jener von Arnold) ist keine erfüllt worden. Auf die jüdischen Mitglieder kam allerdings ein Gewissenskonflikt zu, der sie und ihre Sektionen noch länger beschäftigen sollte und der eigens thematisiert werden soll – nach einem Blick in die ›veröffentlichte Meinung‹: »Der Terror hat gesiegt«[167], »Eine Kulturschande«[168] oder »Reine Luft in den Bergen«[169] lauteten die Schlagzeilen in politisch positionierten Zeitungen. Selbstverständlich durfte auch der antisemitische Humor nicht fehlen, etwa in der christlich-sozialen Wiener *Reichspost*:

»Alpentrauer über Rosenheim.

Auf den Alpenhütten wehen
Schwarze Fahnen hin und her;
Tarockieren wird man sehen
Dort das ›Donauland‹ nicht mehr.

165 Abschrift des Protokollbuches der Sektion Tutzing, Ausschuss-Sitzung am 3.8.1921, OeAV Museum Bibliothek.
166 Abschrift des Protokollbuches der Sektion Tutzing, 19. Hauptversammlung am 18.12.1921, OeAV Museum Bibliothek.
167 Neues 8-Uhr-Blatt (Wien), 15.12.1924, 3, Archiv OeAV, HS 8.16.
168 Neues Wiener Tagblatt, 15.12.1924, 1, ebd.
169 Deutsch-österreichische Tageszeitung, 15.12.1924, 1, Archiv OeAV, ZV 6.311.



Alpenrosen lassen hängen
Ihre Köpfe, leidentrückt;
Kein Kommis auf seinen Gängen
Naht mehr, der sie schamlos pflückt.

Alle Alpenkühe weinen,
Jeder sieht man Trauer an;
Denn kein ›Dirndl‹ wird erscheinen,
Ueber das sie lachen kann.«[170]

Auch manche Gegner des Ausschlusses fanden drastische Worte. Im *Wiener Tag* ging der Kommentator auf die Drohung des Sprechers der Sektion Klagenfurt bei der Hauptversammlung Rosenheim ein (sein Name ist auch im Protokoll nicht genannt), »die Österreicher würden im Falle der Ablehnung ihrer Anträge die Konsequenzen und die Spaltung des Vereins herbeiführen«:

»Übrigens, bezeichnend ist diese feine ›Erklärung‹ (nicht Erpressung) der Klagenfurter Hakenkreuzler. Man sieht ihr deutlich an, was ihnen am Gesamtdeutschtum, am Anschluß und ähnlichen Parolen liegt. Viel weniger jedenfalls, als daran, den Juden irgend einen Tort antun zu können. Es sind wahrhaftig Kretins, fern von der Berechtigung, ein großes Wort, wie ›Nation‹, mit dem sie hausieren gehen, auch nur aussprechen zu dürfen.«[171]

Ähnlich wie im *Tag* tönte es im *Abend*: »Es muß einem tatsächlich grausen, zu welchen Mitteln ›teutsche Brüder‹ greifen, wenn sie scheinheilig ein Verbrechen begründen wollen, das unverhüllt zu begehen sie zu feig sind.«[172] Stärker als bisher berichteten auch betont seriöse Zeitungen in Deutschland über den Alpenverein, so etwa die *Deutsche Allgemeine Zeitung*, die ebenso wie die *Berliner Börsenzeitung* dem Vorsitzenden des Verbandes nationaldeutscher Juden, Max Naumann, Platz für einen Kommentar unter dem Titel *Die Donaulandfrage im Alpenverein* bot:[173]

»Die Vorgänge im Alpenverein gehen in ihrer Bedeutung weit hinaus über den Rahmen interner Vereinspolitik. Sie sind in kleinem Rahmen ein Abbild dessen, was heute auf jedem Gebiete des deutschen Lebens vor sich geht und was in letzter Linie nur dem äußeren Feinde zugute kommt. Ein Abbild der jammervollen Uneinigkeit, die es zu einer wahren deutschen Volksgemeinschaft und damit zu einer geschlossenen Abwehr äußerer Bedrängungen nicht kommen läßt.«[174]

Sydow selbst veröffentlichte mehrfach längere Artikel in angesehenen Zeitungen, in denen er seine Sichtweise, durch den Ausschluss sei der Antisemitismus im Alpenverein aufgehalten worden, klar darlegte. Aber offenbar hatte der höchst erfahrene Jurist, Beamte und Politiker nicht beachtet, welch große symbolische Bedeutung dieser Akt des Ausschlusses hatte – der Alpenverein galt damit schlicht als antisemitisch, wurde in Deutschland, wo die antisemitische Bewegung im Vergleich zu Österreich etwas weniger erfolgreich war, gar als Vorreiter des Antisemitismus wahrgenommen und fand (gemeinsam mit dem Österreichischen Skiverband) schließlich sogar Eingang in Theodor Fritschs rabiat antisemitisches *Handbuch der Judenfrage*.[175] Mit seinem 1924 gefassten Beschluss bekam der Alpenverein just in dem Moment, als er das Bekenntnis, »unpolitisch« zu sein, in den Satzungen festhielt, in der öffentlichen Wahrnehmung ein politisches Gesicht. Sowohl in Österreich als auch in Deutschland wurde der Alpenverein deshalb in den folgenden Jahren mehrfach in parteipolitische Auseinandersetzungen verwickelt. 1930 stand sogar seine rechtliche Existenz im Deutschen Reich auf dem Spiel.[176]

Erstaunlicherweise hielt der ›Kompromiss‹ von 1924 die vereinbarten acht Jahre hindurch. Eduard Pichl wurde vom Hauptausschuss ferngehalten, worüber er sich noch 1934 bei Klebelsberg erbittert beklagte.[177] Er scheint auch in den österreichischen Sektionen weniger Anhang gefunden zu haben als in den Jahren 1921 bis 1924, denn als er sich 1926 um einen Sitz im Hauptausschuss bewarb, wurde er dabei vom Verband der Wiener und niederösterreichischen Sektionen nicht unterstützt.[178] Erst 1933, nach Ablauf der vereinbarten Frist einerseits und kurz nach der Machtübernahme der NSDAP im Deutschen Reich andererseits, begann Pichl, unterstützende Stimmen für einen neuen Antrag zur Aufnahme des Arierparagrafen in die Satzungen des Gesamtvereins zu sammeln.

Dieser Antrag kann nur mehr in Zusammenhang mit der Entwicklung des Gesamtvereins und der deutschen Sektionen unter dem Einfluss der beginnenden Diktatur gesehen werden und wird daher ausführlich weiter unten abgehandelt. An dieser Stelle sei vorweggenommen, dass sich der Hauptausschuss zunächst darauf beschränkte, den deutschen Sektionen zu »empfehlen«, »bis zu einer endgültigen Regelung dieser Frage keine Juden mehr aufzunehmen« – eine ›Empfehlung‹, die nicht zur Veröffentlichung gedacht war.[179] Kurz darauf wurden sie angewiesen, den Arierparagrafen in die Satzung aufzunehmen, wobei den Sektionen die Entscheidung darüber überlassen blieb, ob sie die bisherigen jüdischen Mitglieder behalten oder ausschließen wollten. Erst 1938, im ›Großdeutschen Reich‹, wurde der Arierparagraf in der Satzung des nunmehrigen Deutschen Alpenvereins verankert. In Österreich gab es zum Zeitpunkt des ›Anschlusses‹ 1938 nur mehr vier (von rund hundert) Sektionen, die noch keinen Arierparagrafen in ihren Satzungen hatten; es waren dies Bludenz[180], Köflach (die allerdings schon 1920 keine Juden in ihrer Hütte sehen wollte)[181], Badgastein (aus der vier Mitglieder wegen ihrer jüdischen Herkunft ausgeschlossen wurden)[182] und Reichenau (sie verlangte eine Erklärung ihrer Mitglieder, »arischer Abkunft« zu sein)[183].



Reinhold von Sydow bei der Hauptversammlung 1936 in Garmisch.

Reaktionen von jüdischen Mitgliedern und Interessensverbänden

Die jüdischen Alpenvereinsmitglieder stellte der Ausschluss der Sektion Donauland, der den Sieg der Antisemiten über die liberalen Traditionen des Alpenvereins bedeutete, vor ein persönliches Problem: Sollten sie austreten oder nicht? Wie die vorhandenen Quellen zeigen, war zunächst das Verhalten der eigenen Sektion für diese Entscheidung ausschlaggebend.

Im wichtigsten Interessensverband der deutschen Juden, dem Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, sammelten sich An-

170 ›Relliam‹, Alpentrauer über Rosenheim, in: Reichspost, 21.7.1924, 5, Archiv OeAV, HS 8.16 (Kommis = Handlungsgehilfe).

171 Rosenheim und Donauland, in: Der Tag (Wien), 22.7.1924, Archiv OeAV, ZV 6.211 (Tort = Kränkung).

172 Neue Vorwände zum Ausschluß der ›Donauland‹ aus dem Alpenverein, in: Der Abend (Wien), 2.12.1924, Archiv OeAV, ZV 6.211.

173 Max Naumann, Die Donaulandfrage im Alpenverein, in: Deutsche allgemeine Zeitung, 10.12.1924, und in: Berliner Börsen Zeitung, 6.12.1924, ebd.

174 Max Naumann: Die Donaulandfrage im Alpenverein, in: Berliner Börsen Zeitung, 6.12.1924, ebd.

175 Wilhelm Schneemann, Juden in Turnen und Sport, in: Theodor Fritsch, Handbuch der Judenfrage. Die wichtigsten Tatsachen zur Beurteilung des jüdischen Volkes, Leipzig [41]1937, 356–361, hier 360. Wann diese Passage in das Handbuch aufgenommen wurde, konnte nicht überprüft werden. In der 29. Auflage aus dem Jahr 1923 ist dieser Beitrag noch nicht enthalten; eine Neubearbeitung fand mit der 30. Auflage 1931 statt, weitere erfolgten 1932 (31. Auflage) und 1935 (38. Auflage).

176 Unterlagen des Alpenvereins dazu unter Archiv OeAV, ZV 2.28.

177 Pichl an Klebelsberg, 24.5.1934, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv, Nachlass Pichl, Karton 61, Mappe 2, »Hetze gegen den Alpenverein«.

178 Protokoll der 35. Hauptausschuss-Sitzung, 8./9.4.1926.

179 Protokoll der 49. Hauptausschuss-Sitzung, 13./14.5.1933.

180 Schreiben der Sektion Bludenz an Verwaltungsausschuss AV Innsbruck, 23.8.1938, Archiv OeAV, SE 205.309.

181 Die Statuten der Sektion Köflach von 1937 weisen keinen Arierparagrafen auf, Archiv OeAV, SE 97.101. Zum Hüttenverbot für Juden, in: Salzburger Volksblatt, 18.6.1920, und Schriftverkehr dazu unter Archiv OeAV, SE 97.301.

182 Laurenz Krisch, Zersprengt die Dollfußketten. Die Entwicklung des Nationalsozialismus in Bad Gastein bis 1938, Wien/Köln/Weimar 2003 (= Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg, 19), 177.

183 Vordruck »An sämtliche Mitglieder«, Archiv OeAV, SE 155.303.

fragen und Berichte von Mitgliedern, die unschlüssig darüber waren, wie sie sich nun verhalten sollten. Die bestimmende Richtlinie der Politik des Centralvereins war es seit jeher, einer Scheidung von jüdischen und nicht-jüdischen Deutschen entgegenzuwirken. Insofern war der Austritt von jüdischen Alpenvereinsmitgliedern unerwünscht; andererseits war es für viele von ihnen nicht mit dem eigenen Ehrgefühl vereinbar, weiterhin in einem Verein zu bleiben, dessen große Mehrheit den antisemitischen Forderungen nachgegeben hatte.

Aus den Akten des Centralvereins lässt sich für eine Handvoll Alpenvereinssektionen das Verhalten der jüdischen Mitglieder nachvollziehen. In Stettin trat die Mehrzahl der jüdischen Alpenvereinsmitglieder aus,[184] in Hamburg taten dies »nicht nur die jüdischen Mitglieder, sondern auch eine Anzahl anständig denkender christlicher Mitglieder und darunter alte bekannte Bergsteiger, wie auch der Bürgermeister von Hamburg, Herr Dr. Petersen«[185]. In Duisburg führten jüdische Mitglieder eine Aussprache mit dem Vereinsvorstand, der »einhellig« erklärte, »dass er dem Ausschluss lediglich zugestimmt habe, um das drohende Auseinanderfallen des gesamten Deutschen und Österreichischen Alpenvereins vorzubeugen. [...] Jeder von ihnen lege das grösste Gewicht auf jeden einzelnen der jüdischen Mitglieder. Man bitte dringend, doch im Verein verbleiben zu wollen. Antisemitische Tendenzen lägen ihnen in jeder Beziehung fern.«[186]

In München und Berlin setzte sich die Diskussion im Gesamtverein jedoch zu einer internen Krise fort.

München

In München hatte sich 1924 ein Ausschuss zur Wahrnehmung der Interessen der jüdischen Mitglieder gebildet, in dem Mitglieder des Centralvereins, des Bundes jüdischer Frontsoldaten und des Kartell-Convents[187] (ein Verband jüdischer Studentenverbindungen) vertreten waren.[188] In der Jahreshauptversammlung der Sektion München am 17. Dezember 1924 erreichten die Vertreter dieses Ausschusses die Offenlegung des Vorsitzenden Georg Leuchs, dass der Sektionsausschuss schon seit geraumer Zeit stillschweigend einen ›Numerus Clausus‹ für die Aufnahme von jüdischen Mitgliedern angewandt hatte.

Im Jahresbericht der Sektion war dann von einer Entwicklung die Rede, die »den bodenständig bayerischen Charakter der Sektion« zu gefährden schien, nämlich »das Anwachsen der Zahl der jüdischen Mitglieder der Sektion. Hier griff der Ausschuss ein, indem er die Aufnahme jüdischer Bewerber wesentlich einschränkte.«[189] Der Prozentsatz der jüdischen Mitglieder übertreffe jenen der Juden in München »um ein Vielfaches«. Die Begrenzung der Aufnahme von Juden sei »eine reine Vorbeugungsmassnahme, die keineswegs aus absolut antisemitischer Einstellung erfolgte, sondern lediglich dem Gebote der Selbsterhaltung entsprungen ist.«[190]

Justizrat Wilhelm Levinger vom Centralverein berichtete, dass Leuchs das Eingeständnis dieses Vorgehens »peinlich« gewesen sei.[191] Die Diskussion darüber verlief wechselreich: Die Vertreter des genannten Ausschusses sollen sachlich argumentiert haben, der bekannte Rechtsanwalt

184 CV, Landesverband Pommern, unleserlich, an CV Berlin, Stettin, 28.1.1925.

185 Franz Lippan an Redaktion der CV-Zeitung, Hamburg, 7.3.1925.

186 JR Hermann Wallach, Duisburg, an Herrn Abel, 6.6.1925.

187 Christian Käselau, Der Kartell-Convent der Tendenzverbindungen deutscher Studenten jüdischen Glaubens als ein Beispiel für jüdische Korporationsverbände im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik, www.fachpublikationen.de.

188 CV Landesverband Bayern (Levinger) an CV-Zeitung Berlin, München, 11.2.1925; Korrespondenz des CV Berlin über den Ausschluß der Sektion Donauland aus dem deutschen und österreichischen Alpenverein, 1925, Wiener Library (London), MF Doc 55/65/2256.

189 55. Jahresbericht (Vereinsjahr 1924) der Alpenvereins-Sektion München (E.V.), 6.

190 Ebd., 12.

191 Wilhelm Levinger (CV Landesverband Bayern, Ortsgruppe München), an Justizrat Dr. Gellinger (Bund jüdischer Frontsoldaten, Nürnberg), München, 30.1.1925; Korrespondenz des CV Berlin über den Ausschluß der Sektion Donauland aus dem deutschen und österreichischen Alpenverein, 1925, Wiener Library (London), MF Doc 55/65/2256.

Michael Siegel reagierte dagegen heftig: »›Ich lasse mich [sic] von euch nicht auf den Kopf scheißen!‹ Worauf Siegel den Saal verließ und der diskriminierende Antrag angenommen wurde.«[192]

Die Zahl der jüdischen Mitglieder wurde offenbar vom Ausschuss mit etwa acht Prozent der rund zehntausend Sektionsangehörigen angenommen, dürfte tatsächlich aber nur etwa 250 betragen haben, etwa die Hälfte von ihnen trat aus.[193] Die Sektion München blieb zu diesem Zeitpunkt mit ihrem ›Numerus Clausus‹ allein – die Akademische Sektion München hatte schon bei ihrer Gründung, das Turner-Alpenkränzchen im Jahr 1920 die Aufnahme von Juden abgelehnt –, während die übrigen Münchner Sektionen keinerlei Beschränkungen einführten, obwohl zwei von ihnen, nämlich Hochland und Oberland, sogar dem Deutschvölkischen Bund angehörten. Ein 1927 gegründeter »Süddeutscher Alpenverein München« stellte seine Tätigkeit nach nur einem Jahr ein.[194]

Berlin

In der Sektion Berlin führte die Abstimmung auf der Hauptversammlung in München zu einem komplexen internen Streit. Nachdem die Sektion als eine der liberalsten galt, zeigt dieses Beispiel, dass die Entscheidung im Gesamtverein nachhaltig auf die Sektionen rückwirkte. Der Vorstand der Sektion hatte zunächst beschlossen, gegen den Ausschluss von Donauland zu stimmen. Eine Gruppe von zumeist jüdischen Mitgliedern wollte den Vorstand zu einer offensiveren Vorgangsweise zwingen, wozu eine außerordentliche Mitgliederversammlung am 27. November 1924, also noch vor der Münchner Hauptversammlung, einberufen wurde.

Über die Vorgespräche zu dieser Versammlung und deren Verlauf gibt es reichlich unterschiedliche Darstellungen; doch eines ist klar: Es kam dabei zu Fraktionsbildungen, die vorher so nicht bestanden hatten. Initiator der Versammlung war eine Gruppe vorwiegend jüdischer Mitglieder, die sich von der Sektion eine offensive Stellungnahme gegen die antisemitischen Tendenzen im Gesamtverein erwartete. Der relativ liberale Vorstand führte im Vorfeld der Versammlung Gespräche mit einer Gruppe gemäßigter jüdischer Mitglieder, die den Vorstoß der Initiatoren abfedern sollte. In der offensichtlich turbulenten Versammlung ging die Kalkulation des Vorstandes nicht auf; es kam zu einem Beschluss, der den Vorstand zu einer offensiven Stellungnahme gegen den Antisemitismus im Gesamtverein verpflichtete. Rudolf Hauptner berichtete in den Sektionsmitteilungen ausführlich über den Verlauf der Versammlung und erklärte, den Beschluss, der dem Mehrheitswillen der Sektion nicht entspreche, nicht ausführen zu wollen.[195] Damit kam zum inhaltlichen Konflikt noch ein formaler hinzu, auf den hier nicht näher eingegangen werden kann. Festzustellen ist hierzu lediglich, dass die Debatten des Gesamtvereins selbst in der Sektion Berlin, die stets gegen den Antisemitismus aufgetreten war, Zwietracht stiftete.

Mit zahlreichen Rundschreiben und verschiedenen Darstellungen des Ablaufs der Ereignisse wurde der Konflikt daraufhin ausgetragen; zuspitzen sollte er sich in der für den März 1925 anstehenden Neuwahl des Vorstandes. In deren Vorfeld rekapitulierte Hauptner in einem

192 Werner J. Cahnmann, Die Juden in München 1918–1943, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 42 (1979), 403–463, 426.

193 Dr. G. F. Bergmann, Die Juden im Deutsch-österreichischen Alpenverein, in: K.C.-Mitteilungen Nr. 3, Berlin, 15.3.1925, 10–12; Korrespondenz des CV Berlin über den Ausschluß der Sektion Donauland aus dem deutschen und österreichischen Alpenverein, 1925, Wiener Library (London), MF Doc 55/65/2256.

194 Nachrichten des Alpenvereins Donauland und des Deutschen Alpenvereins, Berlin 1927, 103.

195 Die Krisis in der Sektion Berlin. Bericht über die außerordentliche Mitgliederversammlung am 27. November, in: Mitteilungen der Sektion Berlin des DuOeAV 1924, Nr. 226 (Dezember), 3–8.

Die Glorerhütte (Glocknergruppe) der Sektion Donauland, um 1930.



Rundschreiben an die Mitglieder kurz die Entwicklung der Sektion: Die anfangs sehr geringe Zahl der jüdischen Mitglieder sei zunächst wegen der großen Alpenfeste, dann vor allem »durch den in den vier anderen Berliner Sektionen streng durchgeführten Arierparagraphen« gewachsen. »Nach dem Kriege wurde der Zuzug neuer christlicher Mitglieder zur Sektion Berlin immer geringer, die Zahl der jüdischen Mitglieder dagegen stieg auf über dreissig von Hundert.« Eine »Entwicklung des Mitgliederbestandes in der bisherigen Weise« halte der Vorstand für »untragbar«; christliche Mitglieder würden austreten, der Anteil der Juden ständig steigen. »Was die weitere Folge davon ist, möge sich jeder an der Hand der Angelegenheit Donauland ausmalen.«[196]

Hauptner wurde daraufhin mit großer Mehrheit wiedergewählt, seine Linie, den weiteren Beitritt jüdischer Mitglieder einzubremsen, war damit bestätigt worden, obwohl ein Arierparagraf für die Sektion Berlin abgelehnt wurde. In der Folge traten rund sechshundert Mitglieder aus der Sektion aus.[197] Aber Austritt oder nicht – diese Entscheidung fiel vielen außerordentlich schwer, wie zahlreiche Briefe im Archiv des Centralvereins bezeugen. Auf Einladung des Centralvereins, der selbst nicht in die Angelegenheit eingreifen wollte, fand sowohl vor[198] als auch nach der Sektionsversammlung eine Aussprache jüdischer Mitglieder über das weitere Vorgehen statt, wobei am 27. April 1925 »mit erdrückender Majorität beschlossen wurde, einen neuen Verein, unter der Firma ›Deutscher Alpenverein‹« zu gründen.[199]

Alpenverein Donauland, Deutscher Alpenverein Berlin und Süddeutscher Alpenverein

Der inzwischen vom Deutschen und Oesterreichischen Alpenverein unabhängige Alpenverein Donauland und der Deutsche Alpenverein Berlin entfalteten rasch eine respektable alpine Vereinsarbeit, nicht zuletzt deshalb, weil es Gründungen von erfahrenen Alpinisten und Vereinsmitgliedern waren – die allerdings starken Behinderungen ausgesetzt waren. Die Versuche von Alpenvereinssektionen, die ›jüdischen‹ Vereine am

196 Sektion Berlin des D.u.Oe.Alpenvereins (Hauptner), Rundschreiben an die Herren Mitglieder der Sektion, Berlin, 14.2.1925. Wiener Library (London), MF Doc 55/65/2256. Abgedruckt in: Mitteilungen der Sektion Berlin des DuOeAV 1925, Nr. 229 (März), 3–4.

197 Kundt, Erfolge – Intrigen – Intoleranz, 20.

198 Bericht über die Versammlung vom 11.3.1925 im Kaiserhof, Wiener Library (London), MF Doc 55/65/2256.

199 Aktennotiz Rücksprache mit Herrn Justizrat Chodziesner am 27.4.1925, Wiener Library (London), MF Doc 55/65/2256.

Bau oder Erwerb von Schutzhütten zu hindern, hielten unvermindert an. Trotzdem konnte der Alpenverein Donauland, seit 1924 Besitzer der Glorerhütte, bereits 1925 die Lesachhütte im Kalser Lesachtal eröffnen; der Alpenverein Berlin baute ab 1928 das Friesenberghaus in den Zillertaler Alpen.

Erfolgreich war auch die Publikationstätigkeit; die *Nachrichten der Sektion Donauland*, die ab 1925 als *Nachrichten des Alpenvereins Donauland*, ab Oktober 1925 als gemeinsame *Nachrichten des Alpenvereins Donauland und des Deutschen Alpenvereins Berlin* erschienen, waren ähnlich hochwertig wie etwa der *Naturfreund*. Ab Februar 1934 wurden die Nachrichten in die von Josef Braunstein herausgegebene Zeitschrift *Berg und Ski* umgewandelt.[200]

Nach der Machtergreifung der NSDAP musste der Deutsche Alpenverein Berlin seinen Namen zunächst in »Verein der Alpenfreunde e.V.« ändern[201], wurde aber bald danach aufgelöst. Rechtzeitig hatte der Verein sein Friesenberghaus dem Alpenverein Donauland überschrieben. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Österreich 1938 wurde schließlich auch der Alpenverein Donauland aufgelöst; sein Vermögen fiel an den Alpenverein, mit Ausnahme des Friesenberghauses, das die Wehrmacht für sich beanspruchte. Die Glorerhütte übernahm die Sektion Teplitz. Beide Hütten gingen nach dem Zweiten Weltkrieg an den – von den wenigen zurückgekehrten Überlebenden aus dem Kreis der früheren Mitglieder – wiedererrichteten Alpenverein Donauland zurück. Der kleine Verband musste sich aber letztlich von ihnen trennen: Die Glorerhütte wurde an die Sektion Eichstätt verkauft, das Friesenberghaus der Sektion Berlin übergeben. 1976 löste sich der Alpenverein Donauland auf.[202]

Der Alpenverein und die anderen alpinen Vereine

Vor allem in Österreich wurde beim Übergang von vorwiegend kulturell orientiertem großdeutschem Denken zum aggressiven Deutschnationalismus neben dem Antisemitismus auch ein ausgeprägter Antimarxismus manifest. Dass der Kampf gegen die Juden und die Naturfreunde im Alpenverein von Wien ausging, hat besondere Gründe. Einerseits hatte sich die Sektion Austria, die größte des Vereins, mit Eduard Pichl einen Vorsitzenden zugelegt, der diese Aufgabe aus rein politischen Motiven übernahm und der sich zudem Ende 1923 pensionieren ließ, um sich ganz dieser Aufgabe zu widmen. Andererseits sah sich der Alpenverein in Wien – anders als in jeder anderen größeren Stadt in Österreich oder Deutschland – mit Konkurrenzvereinen konfrontiert und war nicht der größte alpine Verein in seiner Stadt. Neben den Naturfreunden existierten noch der Österreichische Touristenklub (ÖTK) und der Österreichische Gebirgsverein (ÖGV). Den beiden Letzteren dürften in Wien etwa ähnlich viele Mitglieder angehört haben wie den Wiener Alpenvereinssektionen, und die Naturfreunde hatten wohl doppelt so viele. Die Mitgliederzahlen der einzelnen Vereine standen also etwa im Verhältnis vier (Naturfreunde) zu zwei (Alpenverein) zu eins (ÖTK) zu eins (ÖGV); verlässliche Zahlen liegen erst aus den 1930er-Jahren vor.[203] Der

200 Zur Tätigkeit von Donauland und DAV Berlin ausführlich: Kissling, Ob Jude oder Christ.

201 Mitteilungen der Sektion Berlin 1934, Nr. 312 (Mai), 211.

202 Klaus Kundt, »Juden und Mitglieder der Sektion Donauland unerwünscht«, in: DAV Panorama 1/2002, 32–34; Schreiben des AV Donauland an den Österreichischen Alpenklub, 22.9.1976, freundliche Mitteilung von Gerhard Milchram, Wien.

203 Zu den alpinen Vereinen in Wien vgl. Eduard Pichl, Wiens Bergsteigertum, Wien 1927.

Österreichische Alpenklub (ÖAK) hatte als Elite-Verein nur einige Hundert Mitglieder.

Die Kündigung der Hüttenbegünstigung 1923

1919 gewährte der Alpenverein den großen alpinen Vereinen, nämlich den Naturfreunden, dem Österreichischen Touristenklub, dem Österreichischen Gebirgsverein und dem Österreichischen Alpenklub, später auch dem Deutschen Skiverband, von sich aus ermäßigte Übernachtungsgebühren in den Hütten. Auf der Hauptversammlung 1919 begründete Josef Donabaum diese durchaus großzügige Geste mit dem Hinweis auf die »sozialen Empfindungen der Zeit«.[204] Die Regelung stellte die Mitglieder der Vereine bei Eintritt und Lagergebühren den Alpenvereins-Mitgliedern gleich, für Betten zahlten sie den doppelten Preis, während Nichtmitglieder bei Eintritt und Lager das Doppelte, für Betten das Dreifache zu zahlen hatten.[205] Die Vereine nahmen diese Geste des Alpenvereins dankbar an.

Die unerwartete massive Steigerung der Übernachtungszahlen auf den Hütten, die zeitweise völlig überfüllt waren, zwang nicht nur den Alpenverein, dieser Entwicklung gegenzusteuern. Der erste Vorstoß zur Rücknahme der 1919 beschlossenen Regelung kam allerdings von völkischer Seite und zielte gegen die Naturfreunde. Den entsprechenden Antrag der Sektion Villach blockte der Hauptausschuss und im Anschluss die Hauptversammlung 1921 ab, jedoch wurde beschlossen, dass Alpenvereinsmitglieder bis zu einer festgelegten Stunde vorrangigen Anspruch auf Betten und Matratzenlager haben sollten.[206]

Plötzlich und überraschend, ohne Gespräche mit den anderen Vereinen zu führen, kündigte eineinhalb Jahre später, im Mai 1923, der Hauptausschuss die Begünstigungsbestimmungen ersatzlos auf. Die Mitglieder der anderen Vereine waren damit den nicht organisierten Touristen gleichgestellt.[207]

Schon auf dem österreichischen Sektionentag in Selztal am 24. September 1922 war eine Revision der Begünstigungsverträge gefordert worden; im Januar 1923 brachte daher die Sektion Austria im Namen von zwölf Wiener und niederösterreichischen Sektionen den Antrag auf Kündigung der Begünstigungsverträge noch vor Sommerbeginn ein.[208] Der Antrag wurde von zahlreichen Sektionen unterstützt; eine ergänzende Umfrage des Hauptausschusses erbrachte nur wenige Gegenstimmen, und zwar von den Sektionen Innsbruck, Bozen, Donauland, Ostmark, den Wanderfreunden Wien, dem Gau Karawanken der Sektion Klagenfurt, weiters von den Sektionen Kärntner Oberland, Kremstal und Pfaffenstätten bei Wien.[209]

Dass der Antrag gerade von den Wiener Sektionen ausging, die von der Begünstigung am meisten profitierten – denn der Großteil der Hütten des Touristenklubs und des Gebirgsvereins lag im Osten Österreichs, wogegen der Alpenverein dort sehr wenige Hütten besaß –, scheint zunächst überraschend. Offensichtlich ist aber hier der von den Naturfreunden stets behauptete und vom Alpenverein ebenso oft bestrittene politische Hintergrund: Der Antrag war ein Angriff auf die Naturfreunde, die Überfüllung der Hütten ein Vorwand, die Einbeziehung der anderen Vereine – Touristenklub, Gebirgsverein und Alpenklub – eine verschleiernde Maßnahme. Bei dem objektiv feststellbaren sprunghaften Anstieg der Nächtigungen hätte der Alpenverein seinen Mitgliedern auch ohne diese Kündigung Vorrechte einräumen können.

Wie einzelne Berichte zeigen, wurde außerdem auch mehr oder weniger offen ausgesprochen, dass es hauptsächlich darum gehe, die Naturfreunde aus dem Begünstigungsvertrag hinauszudrängen und das Abkommen mit Touristenklub und Gebirgsverein später wiederum abzuschließen, den Sektionen aber Möglichkeiten zu separaten Abkommen im örtlichen Wirkungskreis zu erhalten – für die kleineren Sektionen offenbar ein Signal, sich aus dieser Diskussion herauszuhalten. Diese Absicht zeigte sich in der Monatsversammlung der Sektion Amstetten in Niederösterreich vom 12. März 1923: Der Vorsitzende befürchtete »ein feindseliges Verhältnis« zwischen den verschiedenen Vereinen und wollte das gute Einvernehmen mit den Mitgliedern »aller alpinen Verbände aufrecht« erhalten. Nach der Mitteilung eines Teilnehmers an der Tagung der österreichischen Sektionen in Selztal, dass die Absicht bestehe, »in einigen Jahren die Verträge neuerlich abzuschließen, allerdings ohne Naturfreunde«, erhob die Sektion keinen Einspruch gegen die Kündigung der Verträge.[210]

Der Salzburg-chiemgauische Sektionentag stimmte im März 1923 dem Antrag nur unter der Bedingung zu, dass »den Sektionen das Recht zur Gewährung von Begünstigungen auf ihren eigenen Hütten gewahrt bleibt«.[211] Und auch die Sektion Klagenfurt war in dieser Frage gespalten. Ludwig Jahne, Obmann des Gaus Karawanken, einer Gruppe der Sektion, schrieb, es sei »kein Geheimnis, daß der wahre Grund der beantragten Kündigung in dem oft misliebigen [sic] Verhalten des auch begünstigten Vereines ›Naturfreunde‹ liegt, welche den Gebrauch pflegen, ihre Ausflüge oft in größeren Gesellschaften zu unternehmen, in der Anzahl von 20 bis 40 Personen in Alpenvereins-Hütten kommen, alle Schlafplätze belegen und die später eintreffenden A.V.-Mitglieder auf Notlager zwingen.« Er sei aber dagegen, »in unseren erregten Zeiten gesellschaftliche Gegensätze noch weiter zu verschärfen und mit dem Schuldigen auch den Unschuldigen zu treffen.« Einzelne Sektionen hätten ein gutes Verhältnis zu den Naturfreunden, so auch der Gau Karawanken, »für dessen ›Klagenfurter Hütte‹ die hiesige Ortsgruppe der Naturfreunde seinerzeit sogar einen Baubeitrag spendete, u. welche auch jetzt Wert auf freundschaftliche Beziehungen legt und wiederholt unsere Vorträge besuchte und Ratschläge für ihre Markierungs-Arbeiten bei uns einholte.«[212] Die Sektion Kärntner Oberland schloss sich diesem Widerspruch an: »Auf den Hütten wird weder die völkische, noch die soziale, auch nicht die Judenfrage gelöst. Wenn der politische Ansturm der ›Naturfreunde‹ abgewehrt werden soll, dann soll man ihn vor allem nicht herausfordern.«[213] Und der Vorsitzende der Sektion Kremstal (später Kremsmünster) befürchtete, »daß durch die Ausbrütung dieses neuen Dracheneies der verehrl. S. Austria, nur Zwist und Hader zwischen den alpinen Vereinen und in unserem Vereine entstehen wird.«[214]

Wenn diese ablehnenden Schreiben an die Vereinsleitung auch nur von einer kleinen Minderheit der befragten Sektionen stammten, zeigen sie doch ein klares Stimmungsbild der Diskussion.

204 Verhandlungsschrift der 45. Hauptversammlung des DuOeAV am 10. und 11. Oktober 1919 in Nürnberg.
205 Protokoll der 20. Hauptausschuss-Sitzung, 8. u. 10.10.1919.
206 Protokoll der 24. Hauptausschuss-Sitzung, 12.5.1921; Verhandlungsschrift der 47. Hauptversammlung des DuOeAV am 13. August 1921 zu Augsburg.
207 Protokoll der 28. Hauptausschuss-Sitzung, 17./18.5.1923.
208 Antrag der Sektion Austria an den Hauptausschuss, 8.1.1923, Archiv OeAV, Fremde Vereine 4.2.
209 Archiv OeAV, Fremde Vereine 4.2.
210 Protokollbuch der Sektion Amstetten, II. Monatsversammlung am 12.3.1923, Archiv der Sektion Amstetten.
211 Protokoll des Salzburg-chiemgauischen Sektionentags vom 4.3.1923, Archiv OeAV, Fremde Vereine 4.2.
212 Gau Karawanken der Sektion Klagenfurt, Jahne, an Hauptausschuss, Klagenfurt, 6.3.1923, Archiv OeAV, Fremde Vereine 4.2.
213 Sektion Kärntner Oberland an Hauptausschuss, Greifenburg, 1.3.1923, Archiv OeAV, Fremde Vereine 4.2.
214 Sektion Kremstal (Schiske) an Hauptausschuss, Kremsmünster, 6.3.1923, Archiv OeAV, Fremde Vereine 4.2.

Öffentliche Kritik an der Kündigung der Begünstigung kam von zwei prominenten Alpenvereinsfunktionären: Hanns Barth und Ernst Enzensperger. Barth, seit 1920 Schriftleiter der *Mitteilungen* und der *Zeitschrift des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins*, hatte im Juni 1923 im *Neuen Wiener Abendblatt* gegen die Kündigung der Hüttenbegünstigung Stellung genommen – im Glauben, wie er versicherte, dass diese erst durch die Hauptversammlung abgesegnet werden müsse, und »in der Absicht, die alpinen Kreise vor einem derartigen Beschlusse zu warnen«.[215] Seine Feststellung, die Kündigung richte sich »augenzwinkernd« vor allem gegen die Naturfreunde, führte zu einer empörten Reaktion mehrerer österreichischer Sektionen. Konkret schrieb Barth:

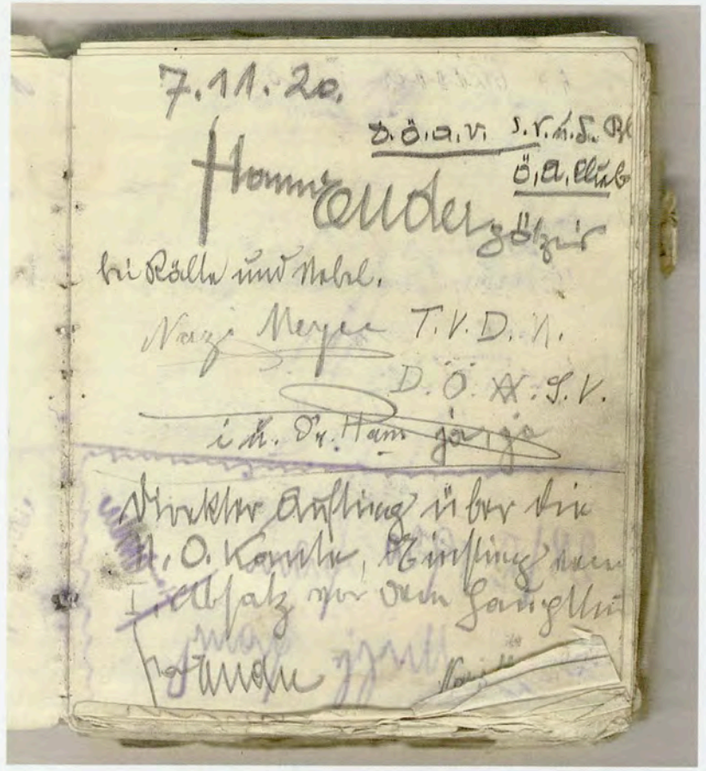
»Die Gegenseitigkeit der Hüttenbegünstigungen als Ausdruck des einträchtigen Zusammenwirkens aller alpinen Vereine in deutschen Alpengauen ist der letzte Rest des gemeinsamen alpinen Geistes, der uns alle beseelen und verbinden soll. […] Rüttelt nicht am letzten Bestande des einigenden Bandes, das vom alten Bergsteigergeist noch geblieben uns umschließt und gegenseitig verpflichtet. Den politischen Kampf laßt uns dort führen, die völkischen und sozialen Standpunkte laßt uns dort wahren, wo sie am Platze sind, aber in den Bergen, im von Hoheit und Reinheit verklärten, erhabenen Hochgebirge laßt uns diesem ähnlich werden.«[216]

Verwaltungs- und Hauptausschuss sprachen gegen Barth öffentlich eine »Missbilligung« aus,[217] beließen ihn aber weiterhin im Amt.

Mit einer weiteren Eskalation wollte sich die Vereinsleitung zunächst aber nicht mehr abgeben. Den Anlass dazu hätten jene Beschlüsse geboten, die die Naturfreunde International auf ihrer Hauptversammlung in Leipzig im Juli 1923 gefasst hatten. Im Wortlaut stark klassenkämpferisch, auch sehr deutlich gegen die ›bürgerlichen‹ alpinen Vereine gerichtet, waren sie tatsächlich Ergebnis eines internen Kompromisses. Mit radikalen Worten versuchte die sozialdemokratische Mehrheit der Naturfreunde die vorwiegend kommunistische, aber auch andere linkssozialistische Gruppen umfassenden Minderheiten noch einmal zu integrieren – wenn auch vergeblich, wie sich in den kommenden Jahren zeigen sollte. Es darf wohl angenommen werden, dass diese Hintergründe den leitenden Funktionären des Alpenvereins bekannt waren; in der Hauptversammlung im September 1923 in Bad Tölz wurde jedenfalls ein von der Sektion Rosenheim eingebrachter Antrag abgewehrt, wonach es »unerwünscht« sei, dass ein Alpenvereinsmitglied auch den Naturfreunden angehöre: »Die Angelegenheit ist zu einer Stellungnahme nicht reif«, beschloss der Hauptausschuss nach längerer Debatte. In der Hauptversammlung selbst beantragte er, zunächst »authentische Berichte über das Vorgehen der Naturfreunde einzuholen, auf jede etwaige Beeinträchtigung der A.V.-Interessen ein wachsames Auge zu haben, gegebenenfalls die erforderlichen Maßnahmen zum Schutze derselben zu treffen.«[218]

Offen tritt der Versuch besonnener Kräfte zutage, dem Alpenverein eine weitere politische Front neben der Antisemitismus-Debatte, die nun schon ins vierte Jahr ging, zu ersparen. Im November 1923 veröffentlichte Barth in den *Mitteilungen* einen vierseitigen Beitrag Enzensperger, damals Mitglied des Verwaltungsausschusses. In fiktiven Zwiegesprächen äußerte sich Enzensperger darin für eine Versöhnungspolitik des Alpenvereins. Zum internen Kampf gegen die Juden bezog er dabei eine ebenso klar ablehnende Position wie in den kommenden Auseinandersetzungen mit den Naturfreunden: Er rief zur »Verständigung« auf, ließ seine fiktiven Gesprächspartner die Kündigung der Hüttengebühren als »Zankapfel« bezeichnen, den der Alpenverein den Naturfreunden vor die Füße geworfen habe, und relativierte die Leipziger Erklärung der Naturfreunde als »kurzsichtige Torheit«, zustande gekommen durch die »Zufallsmehrheit einer Versammlung«. Ein Kernsatz in diesem Aufsatz, der sich an die Mitglieder des Alpenvereins richtete, lautete, angesichts der in Zukunft drohenden Gefahr einer »Bergfeindschaft«: »Hand auf's Herz: sind wir völlig frei von Schuld?«[219] Gründlich missverstanden, fand Enzenspergers Beitrag Eingang in den *Naturfreund*,[220] der daraufhin eine zweiseitige Entgegnung Enzenspergers veröffentlichte[221] – in diesen Zeiten ein seltenes Zeugnis sachlicher Auseinandersetzung.

Bei seiner Frühjahrstagung im April 1924 beriet der Hauptausschuss über die Haltung des Alpenvereins gegenüber den Naturfreunden – und kam wohl zu keinem konkreten Beschluss, denn im Protokoll findet sich zu diesem Tagesordnungspunkt kein Vermerk. Doch veröffentlichte Rehlen als Zweiter Vorsitzender ein vertrauliches Rundschreiben an die Sektionen, in dem über eine Polemik zwischen dem Redakteur des *Naturfreunds*, Leopold Happisch, und Pichl berichtet wurde, und fasste



Gipfelbuch am Großen Löwenzahn (Bregenzerwald) bei Hohenems: ›Nazi‹ (Ignaz) Meyer (in der Seitenmitte) war Mitglied der Naturfreunde (TVDN) und der Sektion Vorarlberg des Alpenvereins (DuOeAV S.V.), November 1920.

215 Protokoll der 29. Hauptausschuss-Sitzung, 7. u. 9.9.1923.
216 Hanns Barth, Zur Kündigung der gegenseitigen Hüttengebührenbegünstigung, in: Neues Wiener Abendblatt, 8.6.1923, 4.
217 Mitteilungen des DuOeAV 1923, 74.
218 Protokoll der 29. Hauptausschuss-Sitzung, 7. u. 9.9.1923.
219 Ernst Enzensperger, Alte und neue »Gefahren der Alpen«. Eine Plauderei mit ernsten Untertönen, in: Mitteilungen 1923, 117–120.
220 August Wesely, »Die Naturfreunde« – ein Problem?, in: Der Naturfreund 1924, 53.
221 Ernst Enzensperger, »Die Naturfreunde« – ein Problem?, in: Der Naturfreund 1923, 101–102.

Hüttenbuch der Amperstall-Alm bei Lenggries (Bayerische Voralpen), 1924–1938.



als »Ergebnis der Beratungen« drei Punkte zusammen: Erstens wolle der Gesamtverein bis auf Weiteres keine öffentliche Erklärung abgeben; zweitens empfehle er den Sektionen, Mitgliedern der Naturfreunde »die Aufnahme zu verweigern«; und drittens seien die Sektionen damit »beauftragt«, auch im Einzelfall keine Begünstigungen »eintreten zu lassen.«[222]

Die Beziehungen zwischen Alpenverein und Naturfreunden waren damit innerhalb eines Jahres nicht nur nachhaltig getrübt, sondern praktisch zerstört worden. Als im Dezember 1923 Alois Rohrauer, der Gründer der Naturfreunde, starb, richtete der Alpenverein noch ein Beileidsschreiben an die Naturfreundeleitung. In seinem Dankschreiben bedauerte Happisch »lebhaft«, »dass von radikal-nationalen Kreisen in Wien stets von Neuem der Versuch unternommen wird, das bisherige gute Einvernehmen unter den grossen Vereinen zu stören.«[223] Das gute Einvernehmen war aber bereits Vergangenheit: Mit diesem Schreiben endete der Briefwechsel zwischen Naturfreunden und Alpenverein.

Alpenklub, Touristenklub, Gebirgsverein

Die Prophezeiung, man würde bald zu einem Abkommen allein zwischen bürgerlichen Vereinen kommen, wollten schließlich weder diese noch der Hauptausschuss des Alpenvereins erfüllen: Der Österreichische Alpenklub gewährte den Naturfreunden weiterhin die Ermäßigung, der Gebirgsverein nach kurzer Zeit ebenfalls, der Touristenklub im Jahr 1924.[224] Vorstöße des Österreichischen Touristenklubs, die darauf abzielten, wieder zu einem Begünstigungsverhältnis zu gelangen, wurden konsequent abgelehnt, da eine einseitige Begünstigung »besonders die ›Naturfreunde‹ als politische Einstellung des Alpenvereins

222 Hauptausschuß des D.u.Oe. Alpenvereins an sämtliche Sektionen, Vertraulich!, o.D. (April/Mai 1924), Archiv OeAV, Fremde Vereine 4.5.

223 Zentral-Ausschuss des Touristen-Vereins »Die Naturfreunde«, Happisch, an Hauptausschuss, Wien 20.12.1923, Archiv OeAV, Fremde Vereine 4.5.

224 Die Hüttengebühren, in: Der Naturfreund 1923, 111; Die Hüttenbegünstigungen, in: Der Naturfreund 1924, 82.

werten würden.«[225] Alle Rechtfertigungen der Alpenvereinsleitung, so zum Beispiel noch im Jahr 1926 in einem langen Schreiben an den Touristenklub, waren vergeblich. In Bezug auf die Naturfreunde waren politische, soziale und kulturelle Differenzen maßgeblich und wahrscheinlich auch auf beiden Seiten vorhanden: Wie oben zitiert, behagte manchem Alpenvereinsmitglied das von den Naturfreunden bevorzugte Wandern in größeren Gruppen nicht; hingegen ergoss Happisch seinen Spott auf den Alpenverein: »Man will eben kein ›Proletengesindel‹ auf die Schutzhütten kommen lassen, man will schön unter seinen Hitlern und Ludendorffern bleiben und den sehnsüchtigen treuen blauen Blick nach Doorn [dem Exilort Kaiser Wilhelms II., Anm. d. V.] aussenden.«[226]

Einzelne Alpenvereinssektionen kümmerten sich schlicht nicht um die Kündigung der Begünstigungsbestimmungen und gaben den Naturfreunden weiterhin die bisherige Ermäßigung; bekannt ist dies von der Sektion Innsbruck.[227] Die Sektion Kufstein bot den Naturfreunden die Begünstigung an, um sie vom Bau einer Naturfreundehütte im Kaisertal abzubringen, allerdings vergeblich.[228]

Alpine bürgerliche Einheitsfront

Die Hüttengebühren waren es auch, die beim Touristenklub und beim Österreichischen Gebirgsverein immer wieder den Gedanken eines Beitritts zum Alpenverein aufkommen ließen. Pichl sah darin eine antimarxistische bürgerliche »Einheitsfront« gegen die Naturfreunde, die er schon 1926 praktisch erzwingen wollte. Sydow lehnte eine solche Vorgangsweise allerdings ab.[229] Klebelsberg strebte einen Beitritt von Touristenklub und Gebirgsverein zum Alpenverein an und bezeichnete es als den größten Erfolg in seiner Amtszeit als Vorsitzender des Verwaltungsausschusses (1929–1933), dass es ihm gelungen sei, einen solchen in die Wege zu leiten.[230] Wohl in vielen unverbindlichen Gesprächen vorbereitet, begannen konkrete Verhandlungen zwischen Alpenverein und Touristenklub und führten 1930 zum Abschluss eines umfangreichen Beitrittsvertrages.[231] Dem Alpenverein scheint dieser Beitritt viel wert gewesen zu sein: Er gewährte den Mitgliedern des Touristenklubs für mehrere Jahre ermäßigte Beiträge und dem Verein selbst einen beträchtlichen Zuschuss für seine 64 Hütten; der bisherige Präsident Franz Eduard Matras erhielt den Titel eines Vierten Vorsitzenden des Alpenvereins. Der Gebirgsverein, der bisher mit dem Touristenklub ein Abkommen über ermäßigte Hüttengebühren hatte, schloss sich ebenfalls an den Alpenverein an und erhielt ähnlich gute Beitrittsbedingungen. Mit dem 1. Januar 1931 war der Alpenverein damit um vierzigtausend Mitglieder stärker und um neunzig Hütten – vorwiegend in Ostösterreich – reicher.[232]

Vor allem in Wien löste dieser Beitritt aber auch Angst aus – denn zahlreiche Bergsteiger waren in zwei Vereinen Mitglied gewesen und wurden nun zu Doppelmitgliedern. In der Sektion Austria befürchtete man den Verlust von dreitausend Mitgliedern, da die Beiträge zu den nunmehrigen Sektionen Touristenklub und Gebirgsverein wesentlich

225 Protokoll der 35. Hauptausschuss-Sitzung, 8./9.4.1926.

226 Seltsame Hüttengebühren, in: Der Naturfreund 1926, 76.

227 Sektion Kufstein (Nieberl) an Hauptausschuss, Kufstein, 15.9.1931, Archiv OeAV, SE 104.302.

228 Hüttenbau im Kaisertal, in: Mitteilungen der Sektion Kufstein des D.u.Oe. Alpenvereins 1931, 4, Archiv OeAV, SE 104.302.

229 Protokoll der 35. Hauptausschuss-Sitzung, 8./9.4.1926.

230 Klebelsberg, Erinnerungen, 350f.

231 Verhandlungsschrift der 56. ordentlichen Hauptversammlung des DuOeAV zu Freiburg im Breisgau am 20. Juli 1930, 19–31.

232 Jahresbericht 1930/31, in: Mitteilungen des DuOeAV, 235–240.

geringer waren als die zu anderen Wiener Alpenvereinssektionen. Der Vorstand beschloss mit einer Kraftanstrengung auf allen Gebieten, vor allem mit der Belebung und Stärkung der Arbeit in den Gruppen (Skiabteilung, Lichtbildner, Paddler etc.) zu reagieren.[233] Wie sich zeigen sollte, verloren aber in erster Linie die Sektionen Touristenklub und Gebirgsverein einen erheblichen Teil ihrer Mitglieder.

Für die Naturfreunde war dieser Beitritt ein herber Schlag: Sie verloren nicht nur die Begünstigungen auf den Hütten der beiden großen Vereine, sondern betrachteten den Zusammenschluss der großen nichtsozialistischen Vereine als Bildung einer »alpinen Einheitsfront«.[234] Nach der inzwischen festgefahrenen Feindseligkeit zwischen Alpenverein und Naturfreunden hatten Letztere mit den beiden Wiener Vereinen immerhin noch ein leidliches Auskommen gefunden. Über konkrete Auswirkungen auf die Naturfreunde kann nichts berichtet werden, denn nur kurze Zeit später änderten sich die politischen Verhältnisse: Sowohl in Deutschland als auch in Österreich wurden die Naturfreunde aufgelöst.

Naturfreunde-Verbot in Deutschland

Bald nach der Machtübernahme der NSDAP im Deutschen Reich wurde zunächst die Tätigkeit der Naturfreunde, dann auch die einzelnen Naturfreunde-Organisationen verboten. Wie es scheint, griffen die Nationalsozialisten sowohl durch ›wilde‹ Beschlagnahmungen – also solche, die nicht durch behördliche Erlässe gedeckt waren – als auch durch verschiedene amtliche Verordnungen mit lokalem oder regionalem Wirkungskreis auf das Vermögen der Naturfreunde – 251 Häuser – zu. Erst nach einem Jahr sollte mit der Bestellung Paul Bauers zum Reichstreuhänder der Versuch unternommen werden, Ordnung in die Verwaltung des Naturfreundevermögens zu bringen.

Ein Verbot des Vereins wollte die deutsche Reichsleitung der Naturfreunde verhindern, indem sie schon im März 1933 geradezu selbst ihre Gleichschaltung anbot und aus dem Verband der Internationalen Naturfreunde austrat. Die Reichsleitung verwies dabei auf ihren Kampf gegen die »kommunistische Zersetzungstätigkeit« ebenso wie auf die Aufgabe der Naturfreunde, »das schaffende deutsche Volk durch das Wandern körperlich, geistig und sittlich zu fördern, Liebe zur Natur und Heimat, Volk und Vaterland zu erwecken und dadurch der deutschen Volksgemeinschaft zu dienen.«[235]

Der in Wien erscheinende *Naturfreund*, das Organ der Naturfreunde International, brachte zunächst nur eine kurze Notiz über die Auflösung der Naturfreunde in Deutschland.[236] Erst Anfang 1934 erschien dort ein längerer Bericht darüber: »Wir haben uns durch viele Wochen bemüht, mit den führenden Männern unserer Bewegung in Deutschland Fühlung zu finden; wir wollten von ihnen selbst hören, wie es ihnen geht unter der Gewaltherrschaft der Nazi, wie es um den Verein und sein nicht unbeträchtliches Vermögen steht und was aus den 250 schönen Häusern unserer Gruppen in Deutschland geworden ist.« Die Häuser in Deutschland seien, so viel erfuhren die Berichterstatter, »von SS.- oder SA.-Leuten besetzt worden. Überall hat man die Pächtersleute und die Gäste brutal verjagt. Die Lebensmittel wurden verzehrt, die Einrichtung hat man gestohlen oder zerstört, das Kochgeschirr, so wie es Verbrecher machen, mit Unrat beschmutzt.« Zwei Bilder von verwüsteten Räumlichkeiten illustrierten diesen Bericht.[237]

233 Ausschuss-Sitzung der Sektion Austria vom 19.5.1930, Ausschuss-Sitzungen vom 17. Juni 1929 bis 27. Oktober 1930, ÖStA, AVA, Unterricht, Kleinbestand Dt.-Öst. Alpenverein, Karton 1.

234 Klebelsberg, Erinnerungen, 351.

235 Zit. nach Die Naturfreundebewegung in Deutschland 1905–2005, in: Bruno Klaus Lampasiak/Leo Gruber/Manfred Pils, Berg frei – Mensch frei – Welt frei! Eine Chronik der internationalen Naturfreundebewegung von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis zum Zeitalter der Globalisierung (1895–2005), Wien 2005, 121–130, hier 123.

236 Der Naturfreund 1933, 113.

Erste Stellungnahmen des Alpenvereins

Schon Anfang Mai 1933 beriet der Verwaltungsausschuss des Alpenvereins, von »verschiedener Seite« darum ersucht, die Frage einer eventuellen Übernahme »angeblich konfiszierter Hütten der aufgelösten reichsdeutschen Gruppen des Vereins ›Die Naturfreunde‹« und kam zum Schluss: »Der V.A. empfiehlt Zurückhaltung, wird aber die Sache im H.A. zur Sprache bringen.«[238] Auf der nächsten Tagung des Hauptausschusses am 13. und 14. Mai 1933 wurden die Folgen des Naturfreundeverbotes nur kurz, aber deutlich abgehandelt: »Der V.A. empfiehlt, von einem Hüttenerwerb aus dem früheren Besitz der Naturfreunde unbedingt Abstand zu nehmen und bei Neuaufnahmen von Mitgliedern aus diesen Kreisen sehr vorsichtig zu sein. Der H.A. stimmt dem zu.«[239]

Erst Ende Januar 1934 wurde die Frage wiederum an den Alpenverein herangetragen. In der Zwischenzeit hatte nämlich Reichssportführer Hans von Tschammer und Osten den bekannten Bergsteiger und Notar Paul Bauer in München zum Leiter des Fachamtes für Bergsteigen und Wandern im Deutschen Reichsbund für Leibesübungen (RLB) ernannt und ausdrücklich mit der »Eingliederung« der Naturfreunde beauftragt, seine Ernennung zum Reichstreuhänder für den Touristenverein Die Naturfreunde folgte offiziell im März 1934.[240] Ende Oktober 1933 hatte das Bayerische Staatsministerium des Innern in einer Entschließung bekundet, dass es beabsichtige, die bayerischen Naturfreundehütten dem Alpenverein »zu überweisen«. Adolf Sotier berichtete im Auftrag Bauers dem Alpenverein davon und nannte acht Hütten – teils Eigentum, teils gepachtet –, die dafür in Frage kämen.[241]

Im Verwaltungsausschuss wurde am 31. Januar darüber beraten; er erklärte sich mit dem Erwerb von Naturfreundehütten durch die Sektionen einverstanden, der Gesamtverein komme aber nicht als Käufer in Frage. Der Verwaltungsausschuss hielt es auch für »geboten«, dass die Sektionen »unter den Naturfreunden, als den Erbauern dieser Hütten, Umschau halten und die für uns geeigneten Mitglieder bei sich aufnehmen«.[242] Generalsekretär Moriggl erhob gegen die Übernahme von Naturfreundehütten Einspruch, erinnerte an den Beschluss des Vorjahres und warnte vor den Folgen. Auch Klebelsberg schrieb, er habe beim Verwaltungsausschuss »sehr zur Vorsicht gemahnt«.[243]

Daraufhin kam das Thema neuerlich auf die Tagesordnung des Verwaltungsausschusses – am 14. Februar. Der Ausschuss hielt dabei Folgendes fest: Für den Gesamtverein komme ein Erwerb von Naturfreundehütten nicht in Betracht, den deutschen Sektionen bleibe diese Entscheidung »anheimgestellt«. Mit dem Nachsatz »Nach Ansicht des Verwaltungsausschusses kann für Tätigkeit im Hochgebirge nur der Alpenverein in Frage kommen«, wurden die Sektionen zum Kauf der wenigen alpinen Hütten aber geradezu aufgefordert. Den Beitritt von ehemaligen Natur-

237 Die Naturfreunde in Deutschland, in: Naturfreund 1934, 22–23. Vgl. Christine Dulk/Jochen Zimmer, Die Auflösung des Touristenvereins »Die Naturfreunde« nach dem März 1933, in: Jochen Zimmer (Hg.), Mit uns zieht die neue Zeit. Die Naturfreunde. Zur Geschichte eines alternativen Verbandes in der Arbeiterkulturbewegung, Köln 1984, 112–117.

238 Protokoll der 79. Verwaltungsausschuss-Sitzung, 4.5.1933.

239 Protokoll der 49. Hauptausschuss-Sitzung, 13./14.5.1933.

240 Paul Bauer, Schlußbericht über die Tätigkeit des Reichstreuhänders für den Touristenverein »Die Naturfreunde«, 30.4.1941, auszugsweise abgedruckt in: Zimmer (Hg.), Mit uns zieht die neue Zeit, 297–301.

241 Deutscher Bergsteiger- und Wanderverband, Sotier, an Verwaltungsausschuss, 29.1.1934, Archiv OeAV, Fremde Vereine 4.6. Genannt wurden Gschwendtnerhornhütte, Breitenberghütte, Hochkopfhäuser, Rohrauerhaus, Kramerhütte, Paul-Gruber-Hütte, Wimbachgrieshütte und Alpeltalhütte.

242 Dinkelacker an Sotier, 1.2.1934, ebd.

243 Moriggl an Dinkelacker, 2.2.1934, Klebelsberg an Bauer, 6.2.1934, ebd.

freundemitgliedern »im beschränkten Maße« befürwortete der Ausschuss und empfahl den deutschen Sektionen, diesen Mitgliedern den Übertritt finanziell zu erleichtern, indem ihnen die Aufnahmegebühr erlassen und, in Bezug auf die Mitgliedsbeiträge, für eine Übergangszeit Entgegenkommen gezeigt werden sollte.[244]

Naturfreunde-Verbot in Österreich

An diesem 14. Februar 1934 wurde in Wien dem Vizepräsidenten der Naturfreunde International und Redakteur des Naturfreundes Leopold Happisch der Auflösungsbescheid für den Touristenverein Die Naturfreunde in die Hand gedrückt.[245] In einem Manuskript, das ursprünglich für das 1935 anfallende Vierzig-Jahr-Jubiläum der Naturfreunde gedacht war und schließlich unvollständig und unveröffentlicht bleiben sollte, schilderte Happisch das Geschehen dieser Tage, in denen Österreich einen kurzen, mit brutalem Einsatz des Bundesheers beendeten Bürgerkrieg erlebte.

»Am Dienstag, den 13. Februar 1934, noch donnerten die Kanonen, noch wurde in den Straßen Wiens, in Sonderheit in Floridsdorf, dem 21. Wiener Gemeindebezirk, erbittert gekämpft, da erschien Polizei in Begleitung von Heimwehr im Vereinshause in der Diefenbachgasse, um nach Waffen zu suchen. Das Gebäude wurde vom Boden bis in den Keller gründlich durchstöbert; alle Laden, Kästen, Schreibtische usw. wurden ›geöffnet‹ […].«

Alles Vermögen wurde für beschlagnahmt, der Verein für aufgelöst erklärt und sein Präsident Paul Richter verhaftet. »Die Herren ›Treuhänder‹ ließen mit Mietwagen aus allen Bezirken Wiens das Hab und Gut der Gruppen zusammenholen und im bunten Durcheinander in die Kellerräume des Vereinshauses werfen. […] Mittwoch, den 14. Februar wurden auf unserem Hause die Kruckenkreuzfahnen gehißt und ein Doppelposten mit aufgepflanzten Bajonetten vor das Haus gestellt.«[246]

Pichls Intervention und deren Folgen

Nachdem das Verbot der Naturfreunde bekannt geworden war, begab sich Eduard Pichl sofort ins Bundeskanzleramt, um die Verwaltung der Naturfreundehütten durch Alpenvereinssektionen zu erreichen. Dieses Vorgehen Pichls sollte sich noch nach Jahrzehnten auswirken, sodass sich ein genauerer Blick darauf lohnt.

Pichl selbst berichtete dem Verwaltungsausschuss am 17. Februar, er habe bei Finanzminister Karl Buresch und bei der Generaldirektion für öffentliche Sicherheit vorgesprochen und »je eine Eingabe an den Vizekanzler Fey und an den Staatssekretär für öffentliche Sicherheit, Hofrat Karwinsky, gerichtet.« Pichl ersuchte dabei »die Naturfreundehütten jenen österreichischen Sektionen in Verwaltung zu geben, in deren Arbeitsgebiet solche Naturfreundehütten liegen.« Zusätzlich warnte er vor der Gefahr, »daß diese Hütten von den Naturfreundemitgliedern ausgeräumt und beschädigt werden«.[247]

244 Protokoll der 3. Verwaltungsausschuss-Sitzung, 14.2.1934.

245 Leopold Happisch, unveröffentlichtes Manuskript zur Geschichte der Naturfreunde, 1895–1934, 242–244. Das handschriftliche Originalmanuskript liegt im Archiv des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung in Wien; benutzt wurde eine Abschrift des Archivs der Naturfreunde International in Wien, die Manfred Pils dankenswerter Weise zur Verfügung stellte.

246 Happisch, Naturfreunde, 240–242.

247 Pichl an Verwaltungsausschuss, Wien, 17.2.1934, Archiv OeAV, Fremde Vereine 4.8.



Illustration zum Verlust der Naturfreundehütten. In: Vorarlberger Wacht, 1.4.1934.

Mit diesem Vorgehen hatte Pichl seine Kompetenzen weit überschritten. Als Vorsitzender des Verwaltungsausschusses beraumte Paul Dinkelacker daraufhin für den 21. Februar eine größere Besprechung in Wien an.[248] Dabei und in den darauf folgenden Besprechungen und Veröffentlichungen wurde ›zurückgerudert‹: Ohne Pichl bloßzustellen, wurde nunmehr deutlich hervorgehoben, dass der Alpenverein beziehungsweise seine Sektionen lediglich zur Verwaltung von Naturfreunde-Eigentum bereit seien, falls die Regierung dies wünsche. Offenbar in der Absicht, den Verdacht zu entkräften, dass sich der Alpenverein die Naturfreundehütten aneignen wolle, wurde mehrmals betont, dass eine solche Verwaltung dem Alpenverein »Opfer« abverlange. Dies gab etwa auch Pichl in einem Rundschreiben an alle österreichischen Alpenvereinssektionen bekannt.[249]

Die Angelegenheit rief in den zugelassenen, nur mäßig ›gleichgeschalteten‹ sozialdemokratischen Zeitungen helle Empörung hervor.[250] Ein Kommentar der Innsbrucker *Volks-Zeitung* und ihrer Regionalausgabe *Vorarlberger Wacht* unter dem Titel »Verscheucht die braunen Hyänen« kann als Speerspitze dieser Entrüstung angesehen werden:

»Den braunen Machern des Deutsch-Oesterreichischen Alpenvereines […] sei mit allem Ernst und mit allem Nachdruck gesagt, daß aus ihren Plänen nichts werden darf und nichts werden wird. […] Die Ausfolgung der Naturfreundehütten, die Arbeiter unter vielen Mühsalen und mit großen Opfern an physischer Kraft und schwerverdientem Geld erbaut haben, an einen Verein, der als gleichgeschaltet angesehen werden muß, wäre sicher nicht das, was der Arbeiterschaft in den letzten Tagen wiederholt versprochen wurde.«[251]

248 Protokoll der 4. Verwaltungsausschuss-Sitzung, 7.3.1934.

249 Rundschreiben des Wiener und nö. Sektionenverbandes an die österreichischen Sektionen, 24.2.1934, Archiv OeAV, Fremde Vereine 4.8.

250 Was geschieht mit den ›Naturfreunde‹-Schutzhäusern?, in: Wiener Neueste Nachrichten, 28.2.1934, Ausschnitt in Archiv OeAV, Fremde Vereine 4.8; Die Alpenhäuser der Naturfreunde, in: Vorarlberger Wacht, 2.3.1934, 8.

251 Verscheucht die braunen Hyänen!, in: Vorarlberger Wacht, 5.3.1934.

Die sozialdemokratische Boulevardzeitung *Das Kleine Blatt* griff das Thema am 10. März auf: »Man traut seinen Ohren nicht recht. Diese Hütten wurden aus Arbeiterkreuzern erbaut. Der Alpenverein steht den Nationalsozialisten vielleicht näher als der Vaterländischen Front. Will man wirklich diesem Verein die Naturfreundehütten ausliefern?«[252] Noch einmal brachte die Innsbrucker *Volks-Zeitung* einen starken Angriff gegen den Alpenverein; er datiert vom 30. März und erschien am 2. April 1934 unter dem Titel »Der Alpenverein will sich mit Naturfreundegut sanieren«:

»Daß die Alpenvereinsmacher Appetit auf Arbeitereigentum haben, begreifen wir schon. […] Erstens will man sich mit Hilfe der Naturfreundehütten sanieren, zweitens glaubt man, wenn man einmal das Eigentum der Naturfreunde habe, auch die Mitglieder des aufgelösten Vereines zu gewinnen, um so der eigenen galoppierenden Mitgliederschwindsucht begegnen zu können. Und drittens wiegt man sich in der Hoffnung, auf diese Weise der getarnten Hitlerei in Oesterreich neue Scharen zuzuführen.«[253]

Die Bergfreunde: Der unglückliche Nachfolgeverein

Die österreichische Regierung war, so schnell sie die Auflösung des Arbeitervereinswesens auch vorgenommen hatte, in ihrer weiteren Vorgangsweise offenbar vollkommen planlos.

Über das weitere Schicksal des Naturfreundevermögens und der Betätigungsmöglichkeiten für die ehemaligen Mitglieder kursierten lediglich Gerüchte. Die Naturfreunde sollten im Bergsteigerbund, einem Verein von rund zweitausend Mitgliedern, gesammelt werden, hieß es einmal,[254] der Christliche Arbeiter-Touristenverein übernehme, jedenfalls in Oberösterreich, Vermögen und Hütten der Naturfreunde in Verwaltung, ein andermal.[255] Ende März verdichteten sich Gerüchte um eine »Flottmachung« der Naturfreunde. Das *Kleine Blatt* berichtete am 30. März davon[256] und nannte auch Namen; die amtliche *Wiener Zeitung* schwächte tags darauf diese Meldungen ab.[257]

Am 3. April fand schließlich die Übergabe der Naturfreunde-Zentrale an den Liquidierungsausschuss statt, am 13. April dessen erste Sitzung. Ein ausführlicher Bericht darüber befindet sich im Alpenvereinsarchiv in Innsbruck. Dieser Bericht des »Presse-Dienstes für Reise- und Fremdenverkehr, Touristik und Wintersport« fand keine Verbreitung in der Presse, die sich mit einer knappen amtlichen Mitteilung der Vaterländischen Front abfand, und wird daher an dieser Stelle ausführlich zitiert.

Dem Ausschuss stand Landesgerichtsrat Karl Lahr vor, der betonte, nie Mitglied einer politischen Partei gewesen zu sein und keinesfalls »als Exponent der Heimwehr« gelten zu können, Letzteres im Hinblick auf seinen Bruder Fritz Lahr, der im Wiener Heimatschutz eine exponierte Rolle spielte, mit seinem ›Wehrsturm‹ massiv in die Kämpfe gegen die Sozialdemokraten verwickelt gewesen und am 12. Februar zum Wiener Vizebürgermeister ernannt worden war. Weiters gehörten dem Ausschuss Regierungsrat Wilhelm Jähnl als Geschäftsführer und Major Rudolf Lichy als Buchsachverständiger an. Zu Mitarbeitern wurden Dr. Freytag von der Vaterländischen Front, Albert Appel vom Christlichen Arbeiter-Touristenverein und Theodor Karl Holl vom Alpenverein bestellt. Lahr erklärte, »einen grossen neuen, allgemein zugänglichen und unpolitischen Verein ins Leben rufen und sich bei seiner Tätigkeit nur von sachlichen Erwägungen leiten lassen zu wollen.« Lahr sei, so der dem Alpenverein nahestehende Pressedienst, »zu diesem schwierigen Amt in besonderem Masse geeignet, da er über einen grossen Weitblick verfügt und infolge seiner langjährigen Tätigkeit in der Alpenvereins-Sektion Austria in alpinen Angelegenheiten sehr versiert ist.«

Über die Situation in den Bundesländern wusste der Ausschuss aber zwei Monate nach dem Verbot der Naturfreunde nicht Bescheid. Jenen Mitgliedern, die bereits Beiträge bezahlt hatten, wollte der Ausschuss »nach Unterzeichnung einer Erklärung, sich jeder staatsfeindlichen Tätigkeit zu enthalten«, durch Überstempelung der Mitgliedskarte die Benützung der ermäßigten Touristenfahrkarten ermöglichen. Außerdem beabsichtigte er, »vorläufig interimistisch die Vorträge, Kurse, Führungen, die Bücherei und die beiden Sportgeschäfte zu reaktivieren.« Über die Statuten des Nachfolgevereins sollte ein eigenes Komitee beraten.[258]

Nicht nur um den Nachfolgeverein der Naturfreunde, sondern um das ganze umfassende Vereinswesen der Arbeiterbewegung entbrannte in diesen Wochen und Monaten ein weiterer Machtkampf. Vor allem die Arbeiterkammern, die neu organisiert wurden und die Aufgaben eines neu zu bildenden Gewerkschaftsbundes zu übernehmen hatten, sahen die Wiederbelebung der Arbeitervereine als ihre Aufgabe an. In den Arbeiterkammern waren zwar die Spitzenpositionen mit christlich-sozialen Funktionären besetzt worden, an manchen Schlüsselstellen behaupteten sich aber auch parteiunabhängige Linke, wie vor allem Viktor Matejka in Wien.

Matejka, der nach 1945 als unorthodoxer kommunistischer Kulturstadtrat in Wien bekannt werden sollte, versuchte in seiner Funktion als Bildungsreferent der Arbeiterkammer und damit der gleichgeschalteten Gewerkschaften nicht nur publizistisch, sondern auch in direkten Verhandlungen mit dem Bundeskanzler, möglichst viele der Kultureinrichtungen der Arbeiterbewegung zu erhalten. In der amtlichen *Wiener Zeitung* veröffentlichte Matejka am 13. Mai 1934 einen ausführlichen Artikel unter dem Titel »Bahn frei – den Kulturorganisationen der Arbeiter«, in dem er auch »über die heißerwünschte und wirksame Flottmachung der ›Naturfreunde‹« schrieb: »Für uns steht als neuer Name fest: ›Österreichischer Touristenverein Naturfreunde‹. Für uns gilt es als unerläßlich, daß die Mitbestimmung der ehemaligen Naturfreundefunktionäre soweit als möglich garantiert sein soll.«[259]

Im Mai 1934 waren die Sportagenden vom Unterrichtsministerium in das Bundeskanzleramt verlegt und der Heimatwehrführer und neue Vizekanzler Ernst Rüdiger von Starhemberg zum Obersten Sportführer ernannt worden. Dieser Schritt war für die Arbeiterbewegung ein weiterer Affront, denn die Heimatwehr war an der brutalen Vorgangsweise gegen die Arbeiter im Februar 1934 wesentlich beteiligt gewesen; zudem war Starhemberg ein Vertreter des wieder emporkommenden Adels, jedenfalls kein Signal an die Arbeiter. Matejka berichtete in seinen Erinnerungen über die Gespräche mit Dollfuß, dass es dabei vor allem darum

252 Die Arbeitersportler fragen, in: Das kleine Blatt, 10.3.1934, 2.

253 Der Alpenverein will sich mit Naturfreundegut sanieren, in: Vorarlberger Wacht, 1.4.1934, 2.

254 Sommerhuber an Schmidt-Wellenburg, 7.3.1934, Archiv OeAV, Fremde Vereine 4.8.

255 Ausschnitt aus Linzer Tagespost, 27.3.1934 (laut Angaben in Schreiben der Sektion Linz), Archiv OeAV, Fremde Vereine 4.8.

256 Wiedereröffnung der Naturfreunde-Hütten, Die Hütten auf! und Die Flottmachung der »Naturfreunde«, in: Das Kleine Blatt, 30.3.1934, 1 u. 2.

257 Entscheidung über die »Naturfreunde« bevorstehend, in: Wiener Zeitung, 31.3.1934, 6.

258 Die Liquidierung des Arbeiter-Touristenvereins »Naturfreunde«, Presse-Dienst für Reise- und Fremdenverkehr, Touristik und Wintersport, 17.4.1934, Archiv OeAV, Fremde Vereine 4.8.

259 Viktor Matejky, Bahn frei – den Kulturorganisationen der Arbeiter, in: Wiener Zeitung, 13.5.1934, 2.

gegangen sei, Starhemberg als Führer der ständestaatlichen Sport- und Turnfront zu verhindern.[260]

Am 24. Juni 1934 genehmigte Starhemberg die Satzungen des Vereins »Die Bergfreunde«[261]. Während in manchen Zeitungen auf die beginnende Tätigkeit der Bergfreunde hingewiesen wurde – »Alle Schutzhütten stehen wieder offen, alle Betriebe und Begünstigungen werden wie früher von den ehemaligen Mitgliedern in Anspruch genommen«[262] – trat Lahr am 6. Juli aus gesundheitlichen Gründen von der Leitung zurück, und der Aufbau des Vereins geriet wieder ins Stocken. Neuerlich versuchten die Arbeiterkammern und Gewerkschaften, Einfluss auf die Leitung zu bekommen.[263]

Nach mehr als einem Monat bestellte Starhemberg schließlich Ludwig Sinek, den Redakteur der *Österreichischen Alpenzeitung*, zum Präsidenten der Bergfreunde,[264] der aber nach wenigen Wochen zurücktrat. Sinek war Direktor der Verkehrswerbungsgesellschaft in Wien und Schriftleiter verschiedener alpiner Zeitschriften gewesen. Sein Rücktritt dürfte auf die eingeschränkte Handlungsfreiheit in der Führung der Bergfreunde zurückzuführen sein. Im Oktober 1934 berichtete Hofrat Ernst Preiss vom Sportreferat im Bundeskanzleramt der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit schließlich, daß »der Aufbau der Bergfreunde gewaltigen Schwierigkeiten begegnet«. Er beantragte, »den in Touristenkreisen allseits bekannten Direktor [sic] Karl Sandtner, der jahrzehntelang in der Leitung des Touristen- und Alpenvereines tätig war, zum geschäftsführenden Vicepräsidenten zu bestellen. Von der Ernennung eines Präsidenten wäre im derzeitigen Zeitpunkte Abstand zu nehmen. Beigefügt wird, daß sich der Genannte in touristischen Arbeiterkreisen großer Beliebtheit erfreut.«[265]

Sandtner war schon vor dem Ersten Weltkrieg ein beliebter Vortragsredner und für seine fotografischen Aufnahmen bekannt gewesen. Wie Hanns Barth hatte er sich auch für die Bergsteigerschule der Naturfreunde zur Verfügung gestellt. Doch mit der Berufung des Obmannes der Sektion Reichensteiner[266] und des Wiener Sektionenverbandes in den Hauptausschuss des Alpenvereins im Jahr 1922 trat Sandtner neben Pichl massiv gegen die Sektion Donauland auf und gründete 1923 den *Bergsteiger* als Organ der völkischen Kreise im Alpenverein, das er einige Jahre selbst leitete. Dass er sich seither noch »großer Beliebtheit« in Arbeiterkreisen erfreut hätte, dürfte ein großer Irrtum gewesen sein.

Sandtners Berufung war aber letztlich der Versuch eines Neustarts für die Bergfreunde und wurde auch als solcher wahrgenommen. Matejka schrieb im *Kleinen Blatt* offen darüber. Schon bisher habe der Verein nur eine scheinbar rege, aber keine zweckmäßige Tätigkeit entfaltet, er verfüge noch immer nicht über eine »verantwortliche, jedermann sichtbare und nach allen Seiten hin vertrauenerweckende Leitung«. Die nunmehr vorgesehene Leitung durch den Amtsrat Sandtner, den Hofrat Driak, den wieder ins Spiel gebrachten Landesgerichtsrat Lahr und den Regierungsrat Jähnl waren für Matejka kein Lichtblick. Sie seien »gewiß alle ehrenwerte Männer.« – »Aber man bedenke doch«, fuhr Matejka fort, »daß sie einen Verein von Arbeitern und Angestellten leiten sollen, daß sie Arbeiter und Angestelltenteninteressen vertreten sollen. Die vier Räte werden sich vielleicht bald keinen Rat mehr wissen, wie sie aus dem ›Klub‹ doch noch einen Verein machen könnten.«[267]

Sandtner mühte sich wohl redlich, aber erfolglos. Im November wurden den Bergfreunden offiziell die Naturfreundehütten mit Ausnahme der Koschutahütte übertragen,[268] darüber hinaus nahm der Verein den Verkauf der Touristenfahrkarten auf[269] und es gelang ihm, mit der Bergsteigervereinigung, einem Dachverband der vielen kleinen Alpinen Gesellschaften in Wien, ein Arbeitsübereinkommen zu schließen.[270] Im Januar 1935 erschien dann ein Vereinsorgan: *Natur und Heimat.*

Sandtners Einstandsbericht in der ersten Nummer dieser Zeitschrift war sehr defensiv gehalten. Er habe sich »zu diesem Amt keineswegs gedrängt«, schrieb Sandtner. Es gehe ihm vielmehr darum, bedeutende Kulturwerte zu retten. Die Bergfreunde sollten »im Sinne des alten Naturfreundeprogramms, das wortwörtlich in die neuen Satzungen übernommen wurde, ihrer Mitgliedschaft die Möglichkeit bieten, die Freizeit draußen in der Natur zu verbringen.« In Tirol, Steiermark, Oberösterreich und einem wesentlichen Teil von Niederösterreich stehe die Organisation bereits, in Wien hätten, so Sandtner, »einzelne Teile die Tätigkeit bereits aufgenommen«.[271] Dieser Hinweis auf Wien, wo die Naturfreunde zumindest achtzig Prozent ihrer Mitglieder gehabt hatten, ließ keinen Zweifel offen: Die früheren Naturfreunde blieben dem Nachfolgeverein nahezu vollständig fern, und daran änderte sich auch in den kommenden Jahren nichts.

Mehrfach, aber vergeblich bemühte sich Sandtner, die Zulassung der Bezeichnung »Naturfreunde« zu erreichen, etwa in der Form »Österreichischer Touristenverein Naturfreunde«.[272] Die Bergfreunde kamen zunehmend in finanzielle Schwierigkeiten, das Erscheinen der Zeitschrift wurde eingestellt, Ende 1936 trat Sandtner zurück. Als im April 1937 mit dem *Bergfreund*, bisher das Nachrichtenblatt der Landesgruppen Wien und Niederösterreich, ein neues Publikationsorgan des Vereins in Erscheinung trat, wurde im Geleitwort etwas kryptisch auf die schwere Krise des Vereins hingewiesen: Die neue Zeitschrift sei das äußere Zeichen dafür, »daß wir nach Monaten der Suche nach neuen Wegen nunmehr ein festes Programm vor uns haben, unseren Verein weiter auszubauen«. Die Hauptleitung und die Landesleiter hätten am 10. und 11. April 1937 »alle Fragen geprüft, was nottut und welcher Weg für die Zukunft einzuschlagen sei, um unser Werk zu sichern.«[273] Näheres erfuhren die wenigen Leser nicht. Erst im November 1937 folgte ein Bericht über die Hauptversammlung vom 28. August, in dem von der »Aufbürdung finanzieller Lasten aus der Zeit der Treuhänderverwaltung« die Rede war. Die Beratungen vom April hätten zum Beschluss geführt, »aus eigener Kraft, wenn auch mit großen Opfern, sich selbst zu helfen«. Dieser Wille sei durch einen einzigen Gläubiger »gegenstandslos« geworden, nur mit Hilfe der Sport- und Turnfront und des Verbands zur Wahrung allgemeiner touristischer Interessen (Vezuwati) könne der Verein gerettet werden.[274] Ein offenes Wort zu später Zeit – im Sommer 1937 waren bereits die ersten Zwangsversteigerungen von ehemaligen Naturfreundehütten angesetzt.

260 Viktor Matejka, Anregung ist alles. Das Buch Nr. 2, Wien 1991, 79–84.

261 Die Statuten der »Bergfreunde« genehmigt, Ausschnitt aus Wiener Neueste Zeitung, 24.6.1934, Archiv OeAV, ZV 6.305.

262 Falsche Gerüchte über die »Bergfreunde«, in: Wiener Zeitung, 5.7.1934, 10.

263 Kammer für Arbeiter und Angestellte Steiermarks, Gewerkschaftsbund österreichischer Arbeiter und Angestellter, Landeskartell Steiermark, an Vizekanzleramt (Sportreferat), Graz, 23.7.1934, ÖStA, BKA I 1934, Karton 8129, Zl. 243.849-K.E./34.

264 Starhemberg an Sicherheitsdirektoren, Wien, 31.8.1934, ÖStA, BKA I, 1934, Karton 8129, Zl. 243.855-K.E./34.

265 Bericht an Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Wien, 16.10.1934; Bestellung bestätigt 19.10.1934, ÖStA, BKA I, 1934, Karton 8129, Zl. 253.892-K.E./34.

266 Die Sektion D'Reichensteiner nannte sich seit Anfang der 1930er-Jahre Sektion Reichenstein. Im Folgenden wird die ältere Schreibweise (Sektion Reichensteiner) verwendet.

267 Viktor Matejka, Naturfreunde und Arbeiterturnen, in: Das Kleine Blatt, 25.10.1934, 2.

268 BKA (Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit) an Bundespolizeidirektion (Liquidierungsstelle) Wien, 14.11.1934, ÖStA, BKA I, 1934, Karton 8129, Zl. 314.471-K.E./34.

269 Wiener Zeitung, 11.11.1934.

270 Wiener Zeitung, 18.11.1934.

271 Karl Sandtner, Unsere Arbeit, in Natur und Heimat 1935, H. 1 (Jänner), 1–3.

272 Sandtner an BKA, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, 10.10.1935, ÖStA, BKA I, 1934, Karton 8130, Zl. 190.333-K.E./35. Aktenvermerk vom 13.11.1935, in BKA, Österr. Touristenverein Bergfreunde, Satzungsänderungen, ÖStA, BKA I, 1934, Karton 8130, 193.410-K.E./35.

273 Zum Geleite!, in: Der Bergfreund 1937, April, 1.

274 Die Hauptversammlung in Bischofshofen, in: Der Bergfreund 1937, November, 63.

In der Leitung der Bergfreunde war der Alpenverein nur sehr indirekt vertreten: Zwar hatten Sandtner und Holl lange Zeit wichtige Funktionen im Alpenverein besetzt, doch hatten sich beide 1932 davon zurückgezogen.[275] Sandtner war bis 1923 Obmann der Sektion Reichensteiner, zeitweise Vorsitzender des Wiener und niederösterreichischen Sektionenverbandes, ein Jahr im Hauptausschuss und von 1925 bis 1932 Beisitzer im Ausschuss der Sektion Austria gewesen, deren Nachrichten er bis 1931 redigiert hatte. Die Schriftleitung des 1923 von ihm begründeten *Bergsteigers* hatte er nach kurzer Zeit zurückgelegt. Holl war vor allem in der Sektion Austria tätig gewesen, deren Skivereinigung er mitbegründet hatte, zuletzt als Erster Vorstandstellvertreter von 1929 bis 1932. Im Hauptausschuss des Alpenvereins war er 1921 für kurze Zeit und dann von 1927 bis 1931. Auch im Österreichischen Skiverband übte er wichtige Funktionen aus. Aus dem Austria-Vorstand schied Holl aus, »um seine oft recht verwickelten Angelegenheiten ordnen zu können«, wie die *Austria-Nachrichten* bemerkten.[276] Holl galt aufgrund seiner verwegenen finanziellen Verhältnisse – er hatte zum Beispiel für einen Kredit der Sektion Radstadt leichtfertig die Haftung übernommen – als nicht gerade geeignet für Leitungsfunktionen.

Als die Bergfreunde in immer größere finanzielle Schwierigkeiten gerieten, wandten sich Vertrauensleute an Alpenvereinsfunktionäre, um für einen eventuellen Beitritt der Bergfreunde zum Alpenverein vorzufühlen. Gleichzeitig waren Zwangsversteigerungen von Schutzhütten angesetzt oder angedroht – und zwar für die Tauplitzhütte und das Naturfreundehaus Kolm-Saigurn. An diesen beiden Hütten hatten die Sektionen Linz und Halle an der Saale großes Interesse. Aufgrund dieser Annäherungen berief der Erste Vorsitzende Klebelsberg eine grundsätzliche Besprechung zu diesem Thema unter seinem Vorsitz mit den österreichischen Mitgliedern des Alpenvereins-Hauptausschusses sowie mit Dinkelacker und Friedrich Weiß am 20. Juni 1937 in Salzburg ein. Klebelsberg verfasste zwei Tage später eine »Gedächtnis-Niederschrift«, die in vier Punkten ganz klar die Stellungnahme des Alpenvereins umreißt.

Erstens: »Verhandlungen über den Anschluss des VB [Vereins Bergfreunde, Anm. d. V.] an den AV können für den AV nicht in Betracht kommen.« Als Hauptgründe nannte Klebelsberg die »geldliche Unmöglichkeit« – der Alpenverein könne die Bergfreunde nicht sanieren – und »das Fehlen eines entsprechenden Vertrags-Teilhabers«. Für den Alpenverein kämen die Bergfreunde als Verhandlungspartner nicht in Betracht: Sie seien »eine grossenteils künstliche Schöpfung« und könnten »innerlich, nicht als rechtmässiger Eigentümer des Besitzstandes des früheren Vereins ›Naturfreunde‹ angesehen werden […]«.

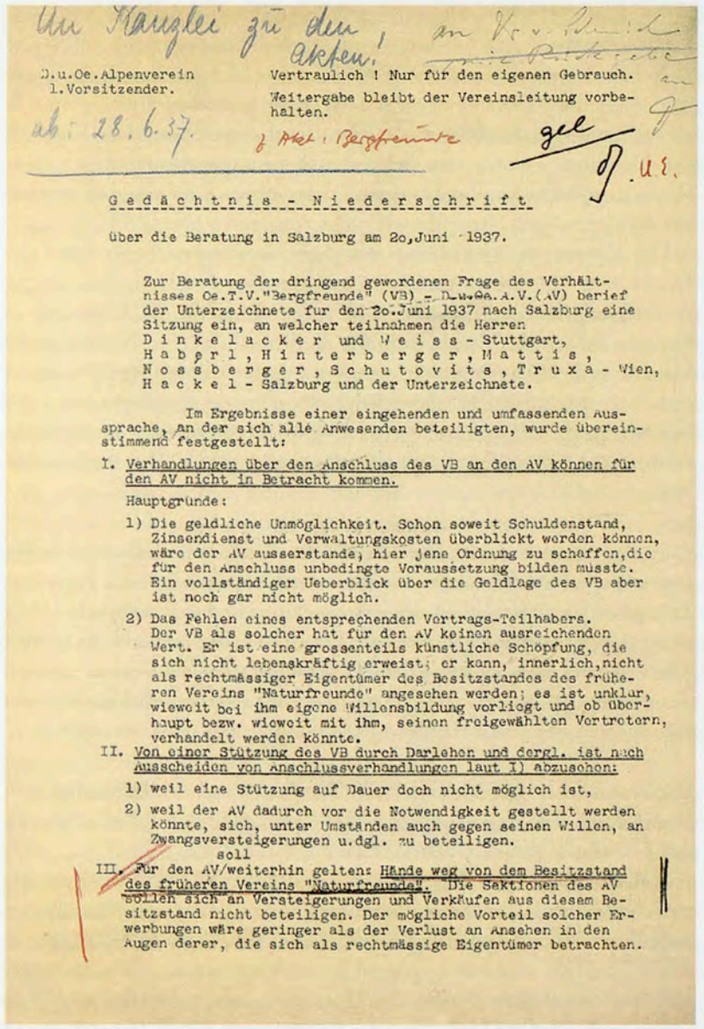
Zweitens: »Von einer Stützung des VB durch Darlehen und dergl. ist nach Ausscheiden von Anschlussverhandlungen laut I) abzusehen«.

Drittens: »Für den AV soll weiterhin gelten: *Hände weg von dem Besitzstand des früheren Vereins ›Naturfreunde‹.* Die Sektionen des AV sollen sich an Versteigerungen und Verkäufen aus diesem Besitzstand nicht beteiligen. Der mögliche Vorteil solcher Erwerbungen wäre geringer als der Verlust an Ansehen in den Augen derer, die sich als rechtmässige Eigentümer betrachten.« Die beiden Sektionen Linz und Halle an der Saale, die sich für die Tauplitzalm beziehungsweise das Sonnblick-Gebiet interessierten, wurden ersucht, von Erwerbungen »Abstand zu nehmen«.

Viertens: Wenn sich die Regierung »irgendwie« an den Alpenverein wenden sollte, hätten die Vertreter des Alpenvereins folgende Standpunkte einzunehmen. Eine Beteiligung an der »Bereinigung der misslichen Lage« komme nicht in Betracht. Am ehesten sehe der Alpenverein noch »eine Möglichkeit der Gesundung, wenn unter Tilgung der durch die Auflösung des Vereins ›Naturfreunde‹ entstandenen Schulden im Rahmen des staatlich Zulässigen der frühere Verein ›Naturfreunde‹ wieder aufgerichtet und ihm der frühere Besitzstand wieder in Eigentum und Verwaltung übergeben würde. (Wenn dann ein solcher neuer ›Naturfreunde‹-Verein den Anschluss an den AV suchen

275 Austria-Nachrichten, Lenzmond (März) 1933, 27.

276 Unterlagen zu den finanziellen Verwicklungen zwischen Holl und den Sektionen Radstadt und Ostmark in Archiv OeAV, SE 149.601.



Zur Kanzlei zu den Akten! an Vors. Blodig
D.u.Oe.Alpenverein
1.Vorsitzender.
Vertraulich ! Nur für den eigenen Gebrauch.
Weitergabe bleibt der Vereinsleitung vorbehalten.
ab: 28.6.37. 2 Akt: Bergfreunde
gel D.u.K.

Gedächtnis - Niederschrift

über die Beratung in Salzburg am 20.Juni 1937.

Zur Beratung der dringend gewordenen Frage des Verhältnisses Oe.T.V."Bergfreunde" (VB) - D.u.Oe.A.V.(AV) berief der Unterzeichnete für den 20.Juni 1937 nach Salzburg eine Sitzung ein, an welcher teilnahmen die Herren
Dinkelacker und Weiss - Stuttgart,
Haberl, Hinterberger, Mattis,
Nossberger, Schutovits, Truxa - Wien,
Hackel - Salzburg und der Unterzeichnete.

Im Ergebnisse einer eingehenden und umfassenden Aussprache, an der sich alle Anwesenden beteiligten, wurde übereinstimmend festgestellt:

I. Verhandlungen über den Anschluss des VB an den AV können für den AV nicht in Betracht kommen.

Hauptgründe:

1) Die geldliche Unmöglichkeit. Schon soweit Schuldenstand, Zinsendienst und Verwaltungskosten überblickt werden können, wäre der AV ausserstande, hier jene Ordnung zu schaffen, die für den Anschluss unbedingte Voraussetzung bilden müsste. Ein vollständiger Ueberblick über die Geldlage des VB aber ist noch gar nicht möglich.

2) Das Fehlen eines entsprechenden Vertrags-Teilhabers. Der VB als solcher hat für den AV keinen ausreichenden Wert. Er ist eine grossenteils künstliche Schöpfung, die sich nicht lebenskräftig erweist; er kann, innerlich, nicht als rechtmässiger Eigentümer des Besitzstandes des früheren Vereins "Naturfreunde" angesehen werden; es ist unklar, wieweit bei ihm eigene Willensbildung vorliegt und ob überhaupt bezw. wieweit mit ihm, seinen freigewählten Vertretern, verhandelt werden könnte.

II. Von einer Stützung des VB durch Darlehen und dergl. ist nach Ausscheiden von anschlussverhandlungen laut I) abzusehen:

1) weil eine Stützung auf Dauer doch nicht möglich ist,

2) weil der AV dadurch vor die Notwendigkeit gestellt werden könnte, sich, unter Umständen auch gegen seinen Willen, an Zwangsversteigerungen u.dgl. zu beteiligen.

soll

III. Für den AV/weiterhin gelten: Hände weg von dem Besitzstand des früheren Vereins "Naturfreunde". Die Sektionen des AV sollen sich an Versteigerungen und Verkäufen aus diesem Besitzstand nicht beteiligen. Der mögliche Vorteil solcher Erwerbungen wäre geringer als der Verlust an Ansehen in den Augen derer, die sich als rechtmässige Eigentümer betrachten.

Aktenvermerk von Raimund von Klebelsberg über die ›Salzburger Besprechung‹.

sollte, könnten unter Umständen Verhandlungen darüber eingegangen werden.)«[277]

Neben den rein finanziellen Erwägungen sticht aus diesem Protokoll die Deutlichkeit hervor, mit der die Alpenvereinsleitung die Bergfreunde als rechtmäßigen Nachfolger der Naturfreunde ablehnte. Das Ergebnis der Beratungen wurde den Sektionen bekanntgegeben und mit dem Hinweis ergänzt, dass der Hauptausschuss einem Kauf von Liegenschaften der ehemaligen Naturfreunde nicht zustimmen würde.[278]

Die Übernahme von Hütten aus dem Naturfreundebesitz hatte der Alpenverein für Österreich stets abgelehnt. Seit Pichls eigenmächtiger Vorstoß auf die Formel reduziert worden war, wenn die Regierung es wünsche, könne der Alpenverein für die Verwaltung von Naturfreundehäusern in Betracht kommen, wurde die generell ablehnende Tendenz mehrfach wiederholt. Ein gewichtiges moralisches Argument hatte die Sektion Innsbruck unmittelbar nach dem Rundschreiben Pichls Ende Februar 1934 dem Verwaltungsausschuss übermittelt. Der Alpenverein habe

»[…] die Wegnahme seiner 90 Hütten in den Südalpen als Unrecht [empfunden] und sollte nicht in den gleichen Fehler verfallen, wenn ihm eine bestimmte Zeitlage ein paar Dutzend Hütten anderer mühelos zubrächte. Er hat es nicht nötig, sich gewissermassen mit fremden Federn zu schmücken und mit fremder Arbeit zu bereichern, sondern kann sich selbst genügen. Nur wenn er etwa aus dem Kreise der bisherigen Verwalter um Betreuung ersucht würde, könnte er der Sache näher treten. Sonst Hände weg!«[279]

Die Vereinsleitung überließ es im März 1934 jedoch den Sektionen, sich in der Frage der Verwaltung von Hütten »je nach den Beziehungen zu den bisherigen Verwaltern zu verhalten.«[280]

Am 28. März 1934 fand in Stuttgart eine vertrauliche Besprechung zwischen Dinkelacker, der zu Jahresbeginn den Vorsitz des Verwaltungsausschusses übernommen hatte, und Klebelsberg, seinem Vorgänger in dieser Funktion und nunmehrigem Ersten Vorsitzenden, statt, in der sie sich über wesentliche Fragen der Alpenvereinsarbeit verständigten – darunter auch über die Naturfreunde. Im Protokoll dieser Besprechung ist Folgendes festgehalten:

»In Österreich wird die Frage wie im Reich so behandelt, dass der Gesamtverein ausscheidet und dass Sektionen sich nur auf Wunsch der Regierung bereit erklären die Hütten in Verwahrung zu nehmen. Es ist anzustreben, dass geeignete Mitglieder der Naturfreunde ihren Übertritt zu den in Österreich in Betracht kommenden Sektionen erklären und so auch die früheren Erbauer dieser Hütten für eine Verwahrung durch den Alpenverein eintreten. Im Reich kommt in einigen Fällen auch käufliche Übernahme durch Sektionen in Frage.«[281]

Warum wurde die Frage der Naturfreundehütten für Deutschland anders betrachtet als für Österreich? Darüber kann nur spekuliert werden. Im Deutschen Reich besaßen die Naturfreunde lediglich etwa zehn Hütten, die für die Tätigkeit von Alpenvereinssektionen in Frage kamen, während in Österreich der Großteil des Hüttenbestandes im alpinen Bereich

277 Raimund von Klebelsberg, Gedächtnis-Niederschrift, 22.6.1937 (Hervorhebung im Original), Archiv OeAV, Fremde Vereine 4.9.

278 Nachrichtenblatt für die Sektionen, 1937, Nr. 4, 28.

279 Sektion Innsbruck an Verwaltungsausschuss, 8.3.1934, Archiv OeAV, Fremde Vereine 4.8. Zur Zahl der enteigneten Hütten siehe den Beitrag von Florian Trojer in diesem Band.

280 Verwaltungsausschuss an Sektion Innsbruck, 22.3.1934, Archiv OeAV, Fremde Vereine 4.8.

281 Besprechung zwischen Dinkelacker und Klebelsberg, 28.3.1934, Archiv OeAV, Fremde Vereine 4.8.

lag. Zudem hatte die österreichische Regierung den Arbeitern gleich nach den Februarkämpfen in Aussicht gestellt, dass sie ihre kulturelle und sportliche Tätigkeit weiter ausüben würden können, was im Deutschen Reich nicht in Frage kam. Der Alpenverein als Gesamtverein hielt sich aus all diesen Fragen heraus; der Erwerb einzelner Hütten in Süddeutschland durch Alpenvereinssektionen konnte diese ›neutrale‹ Haltung des Vereins nicht trüben. In Österreich dagegen wurde, solange die Frage eines Nachfolgevereins für die Naturfreunde offen war, jeder Hinweis auf eine etwaige Verwaltung von Naturfreundehütten durch den Alpenverein, wie wir gesehen haben, scharf kritisiert.

Ein moralischer Ansatz wird vielen Alpenvereinsmitgliedern und -funktionären nicht abzusprechen sein: Sie hatten den Verlust von zahlreichen Schutzhütten in Südtirol erst vor kaum mehr als zehn Jahren erlebt, wussten damit sehr genau, welche soziale Bedeutung ein gemeinsam geschaffenes Werk für einen Verein hatte, und ahnten, dass ihr Verlust nicht durch einen möglichen günstigen Erwerb der Naturfreundehütten aufgewogen werden könnte. Darüber hinaus war es schwierig, eine Schutzhütte ohne die ehrenamtliche Arbeit von engagierten Vereinsmitgliedern zu betreuen, wenn es sich nicht gerade um eine der ganz wenigen gewinnbringenden Hütten handelte. Auch Paul Bauer kam in seinem Schlussbericht als Reichstreuhänder für die deutschen Naturfreunde darauf zu sprechen, als er auf die große Diskrepanz zwischen dem angesetzten Buchwert der zu verkaufenden Häuser und dem zu erzielenden Erlös hinwies und bemerkte, »daß gerade Vereins- und Unterkunftshäuser in dem Augenblick an Wert gewaltig einbüßen, in dem nicht mehr ein blühendes Vereinsleben als Rückhalt vorhanden ist.«[282]

Letztendlich dürften aus dem Besitz der deutschen Naturfreunde nur drei Hütten an Alpenvereinssektionen übergegangen sein: die Musauer Alm, bei Reutte auf österreichischem Boden gelegen, an die Sektion Augsburg;[283] die Alpeltalhütte bei Berchtesgaden an die Sektion Berchtesgaden;[284] und die Wimbachgriesalm, eine von den Naturfreunden auf Forstgrund errichtete Pachthütte am Watzmann, an die Sektion Hochland.[285]

Hinsichtlich der Naturfreundehütten in Österreich hatte der Alpenverein seine Richtlinien wesentlich strikter gefasst und den Erwerb von solchen Hütten durch die Sektionen ausgeschlossen. Nur in einem Fall wich die Vereinsleitung von ihrem Grundsatz ab, nämlich bei der mehrfach angesetzten Zwangsversteigerung des Naturfreundehauses Kolm-Saigurn, das mit einem großen Grundbesitz, der sieben Berggipfel in rund dreitausend Meter Höhe umfasste, verbunden war.[286] Nur fünf Monate nach der Salzburger Besprechung, in der der Grundsatz gefasst wurde, keine Naturfreundehäuser zu ersteigern, ließ die Vereinsleitung in diesem Fall eine Ausnahme zu. Die Sektion Halle an der Saale, seit 1925 Besitzerin des Zittelhauses auf dem Hohen Sonnblick, zeigte größtes Interesse am Kauf dieses Hauses, mit dem sie ihr Arbeitsgebiet von Kolm-Saigurn bis zum Gipfel erweitern hätte können. Sie hatte schon etwa zehn Jahre zuvor den Kauf dieses Hauses, das damals noch in Privatbesitz war, erwogen. Jetzt, Ende des Jahres 1937, schien sich die Möglichkeit abzuzeichnen, es für einen günstigen Preis zu ersteigern, zumal die Sektion das dafür nötige Geld besaß.[287]

282 Paul Bauer, Schlußbericht über die Tätigkeit des Reichstreuhänders für den Touristenverein »Die Naturfreunde«, 30.4.1941, auszugsweise abgedruckt in: Zimmer (Hg.), Mit uns zieht die neue Zeit, 297–301, hier 299.

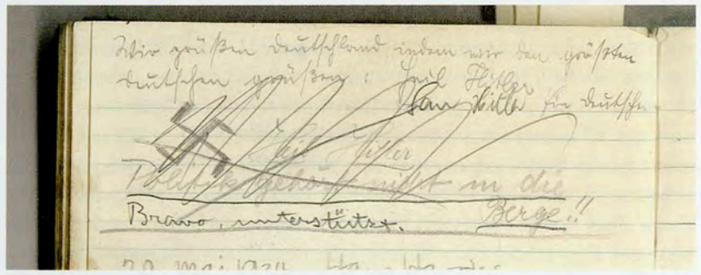
283 Hütten-Standblatt Musauer Alm, Archiv OeAV, HÜW 2.213. Ergänzende Angaben in Archiv OeAV, Fremde Vereine 4.6. und 4.7.

284 Hütten-Standblatt Alpeltalhütte, Archiv OeAV, HÜW 2.486.

285 Hütten-Standblatt Wimbachgriesalm, Archiv OeAV, HÜW 2.499; Sektion Hochland an Verwaltungsausschuss, 26.5.1934, Archiv OeAV, Fremde Vereine 4.6.

286 Jahrbuch der österreichischen Arbeiterbewegung 1927, Wien 1928, 282.

287 Sektion Halle an der Saale an Verwaltungsausschuss, Halle, 30.11.1937, und weiterer Schriftverkehr dazu, Archiv OeVA, Fremde Vereine 4.9.



Mai 1934: Politische Einträge im Gipfelbuch der Schesaplana (Rätikon): »Wir grüßen Deutschland, indem wir den größten Deutschen grüßen: Heil Hitler. Ein Deutscher.« – »Sau Hitler« – »Heil Hitler« – »Politik gehört nicht in die Berge!!« – »Bravo, unterstützt.«

Wie dieser Meinungsumschwung in Bezug auf den Erwerb von Naturfreundehütten zustande kam, liegt im Dunkeln. Wahrscheinlich ließ man sich von der Attraktivität des Gebietes verleiten. Ein weiterer Hinweis mag die von Schmidt-Wellenburg zum Schreiben der Sektion Halle hinzugefügte Notiz sein, laut einer Mitteilung von Karl Texl (ÖTK-Ortsgruppe Linz) sei es »mit Kolm-Saigurn so, daß die alten N.F. [Naturfreunde, Anm. d. V.] es begrüßen würden, wenn der AV kauft. Sie kämen dann auch zu uns.«[288]

Die für den 2. Februar 1938 angesetzte Versteigerung in Kolm-Saigurn wurde in letzter Minute abgesagt. Damit wurde verhindert, dass sich der Alpenverein auch öffentlich – in der Vereinsleitung war dieser Bruch ja offensichtlich – von seinem bisher vertretenen Grundsatz lossagte. Nur wenige Wochen später sollte der Alpenverein zum »alleinigen Träger des Bergsteigens« im Großdeutschen Reich werden und kurz darauf Verhandlungen über den Kauf der alpinen Naturfreundehütten beginnen.

›Gleichschaltung‹ und zwischenstaatliche Spannungen

Innerhalb kürzester Zeit hatte sich nach der Machtergreifung der NSDAP in Deutschland am 31. Januar 1933 ein Schlagwort flächendeckend verbreitet: Gleichschaltung.[289] Mit diesem Begriff wurde die Aufhebung der Souveränität der Länder ebenso bezeichnet wie die Unterordnung aller Vereine unter eine von der NSDAP oder von einer ihrer Organisationen geprägte Hierarchie. Während manche große Vereine als Ganzes einer Parteiorganisation eingegliedert, andere, etwa der Deutsche Skiverband, aufgelöst wurden, konnte und musste sich der Alpenverein, wenn er seine überstaatliche Struktur erhalten wollte, dem Zugriff von Partei und Staat entziehen.

In der Zwischenzeit waren die politischen Spannungen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich weiter gestiegen: Am 27. Mai 1933 erließ die deutsche Regierung die Tausend-Mark-Sperre: Wer nach Österreich einreisen wollte, hatte eine Gebühr von tausend Reichsmark zu entrichten – in der Praxis war damit die Einreise von deutschen Staatsbürgern nach Österreich unmöglich geworden. Das traf den Alpenverein hart: Dessen Mitglieder hatten ihr Betätigungsfeld vorwiegend in Österreich und damit in einem Gebiet, das für die deutsche Hälfte von ihnen nun nicht mehr zugänglich war. Die österreichische Regierung wiederum verbot nach schweren Zwischenfällen und Attentaten am 19. Juni 1933 die österreichische NSDAP mit ihren Gliederungen sowie überhaupt jede nationalsozialistische Betätigung.

Die Alpenvereinsführung reagierte auf diese komplexe politische Lage in den Jahren von 1933 bis 1937 mit einer Gratwanderung zwischen zustimmenden und ablehnenden Positionen gegenüber dem totalitären Staatswesen: Sie verharrte abwehrend in der grundsätzlichen Struktur des Vereins, ohne den Nationalsozialismus inhaltlich abzulehnen.

Diskussion über ›Machtergreifung‹ und ›Arierparagraf‹

Zum ersten Mal diskutierte der Hauptausschuss des Alpenvereins am 13. und 14. Mai 1933 in Innsbruck über die durch die ›Machtergreifung‹ neu geschaffene Lage des Vereins. Mit Jahresende 1932 war die beim Ausschluss der Sektion Donauland vereinbarte achtjährige Frist abgelaufen, in der kein Antrag auf Einführung des Arierparagrafen im Gesamtverein gestellt werden durfte. Die Vereinbarung von 1924 sah weiter vor, dass auch in den vier darauf folgenden Jahren ein entsprechender Antrag nur dann eingebracht werden dürfe, wenn er von einem Drittel der deutschen Sektionen, genauer einem Drittel der ihnen in den Hauptversammlungen zustehenden Stimmen, unterstützt würde.

Ermutigt von der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Deutschen Reich und vor dem Hintergrund, dass die NSDAP in Österreich dadurch einen enormen Aufschwung erlebte, hatte Eduard Pichl im April 1933 einen acht Punkte umfassenden Antrag auf Satzungsänderung des Gesamtvereins vorbereitet. Alle Änderungen zielten auf die Betonung des ›Deutschtums‹ ab; Punkt fünf forderte die Einführung eines Arierparagrafen mit dem Wortlaut »Mitglieder der Zweige können nur Deutsche (Arier) sein«. Dies war schlussendlich die einzige Forderung, die in den Gremien behandelt wurde. Der Verwaltungsausschuss beantragte folgende Formulierung: »Personen jüdischer Abstammung dürfen nicht als Mitglieder aufgenommen werden«. Diese Bestimmung sollte jedoch auf das Deutsche Reich begrenzt werden. Anschließend wurde der Antrag an den Hauptausschuss weitergereicht, der entscheiden musste, ob er ihn der Hauptversammlung zur Beschlussfassung vorlegen wollte oder nicht.

Viele andere Vereine, gerade auch Sportvereine, nahmen im Jahr 1933 den Arierparagrafen von sich aus in ihre Statuten auf und schlossen ihre jüdischen Mitglieder aus.[290] Doch hatte der Alpenverein mit seiner überstaatlichen Struktur eine spezifische Voraussetzung, die es ihm erlaubte, einen eigenständigen Weg zu suchen. Bei der Besprechung im Hauptausschuss im Mai 1933 äußerte jedoch ausgerechnet die Mehrheit der deutschen Mitglieder Bedenken gegen den Antrag und plädierte für »Zurückhaltung«.

Paul Dinkelacker, designierter Verwaltungsausschuss-Vorsitzender, und Ehrenvorsitzender Reinhold von Sydow verwiesen auf die unumgänglichen weiteren Verhandlungen mit den deutschen Regierungsstellen, die viel umfassendere Fragen als den Arierparagrafen behandeln würden. Max Wirth (Sektion Frankfurt) äußerte die Vermutung, dass die deut-

288 Handschriftlicher Vermerk von Schmidt-Wellenburg auf dem Schreiben der Sektion Halle an der Saale an den Verwaltungsausschuss, Halle, 30.11.1937, Archiv OeVA, Fremde Vereine 4.9.

289 Cornelia Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 2000, 277–280.

290 Zu Bedenken dazu und Diskussion darüber in der Deutschen Turnerschaft aufschlussreich: Dokument 80, in: Götz Aly (Hg.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 1: Deutsches Reich 1933–1937, München 2008, 256–257.

schen Sektionen dem Reichssportkommissar unterstellt werden würden, Richard vom Feld berichtete, dass der Sektion Braunschweig ein »Kommissar« der NSDAP »beigegeben« worden sei, weil ihr Vorstand nicht mehrheitlich der Partei angehöre. Österreichische Mitglieder erwarteten hingegen eine »deutliche Stellungnahme« des Hauptausschusses zugunsten des Arierparagrafen. Der Vertreter der Deutschen Alpenvereine in der Tschechoslowakei, Ferdinand Koza, sprach sich gegen einen Arierparagrafen in der Satzung des Dachverbandes aus, da dies zu einer Auflösung der Alpenvereine in der Tschechoslowakei führen könne.[291]

Schließlich entschied sich der Hauptausschuss gegen eine Satzungsänderung, empfahl aber den deutschen Sektionen, »bis zur endgültigen Regelung dieser Frage keine Juden mehr aufzunehmen«. Einer Stellungnahme zur politischen Lage in Deutschland enthielt er sich, während zahlreiche deutsche Sektionen die ›nationale Erhebung‹ freudig begrüßten, einzelne aber auch zurückhaltend reagierten.

Die Neugliederung des Sportwesens im Dritten Reich

Zu der für den Alpenverein maßgeblichen staatlichen Stelle sollte die mehreren Umformungen unterliegende Sportorganisation werden. Deren Neugestaltung ging in mehreren Etappen vor sich: Am 28. April 1933 wurde der in Sportangelegenheiten völlig unerfahrene NSDAP-Politiker Hans von Tschammer und Osten zum Reichssportkommissar bestellt, kurz darauf, am 19. Juli, zum Reichssportführer. Der Deutsche Reichsausschuss für Leibesübungen (DRA), ein lockerer Dachverband, dem der Alpenverein bis 1932 angehört hatte, löste sich am 5. Mai 1933 selbst auf. Tschammer bestellte daraufhin Funktionäre aller bedeutenderen Sportarten in einen sogenannten Führerring. Jede der in diesen Ring berufenen Personen wurde zum Führer einer sogenannten Fachsäule ernannt. Der Alpinismus war in der Fachsäule elf (Bergsteigen und Wandern) vertreten. Am 27. Juli 1934 kam es zu einer größeren organisatorischen Veränderung. Der Deutsche Reichsbund für Leibesübungen ersetzte den Führerring, die Fachsäulen wurden von nun an als Fachämter bezeichnet. Bis zum Herbst 1934 erfolgte eine regionale Gliederung in 16 Gaue mit der Ernennung von Gausportführern für den Deutschen Reichsbund für Leibesübungen und Bergsteigergauführern für den Deutschen Bergsteiger- und Wanderverband.

Der Sport war grundsätzlich dem Verantwortungsbereich des Reichsinnenministeriums zugeordnet. Dieses richtete 1936 ein Reichssportamt ein. Mit der Führung wurde Tschammer betraut, damit war eine enge Verbindung von Verwaltung und Reichsbund hergestellt. 1938 wurde Tschammer zum Staatssekretär erklärt und der Reichsbund für Leibesübungen als Nationalsozialistischer Reichsbund für Leibesübungen (NSRL) zu einer ›betreuten Organisation‹ der NSDAP.[292]

Der Bergsteiger- und Wanderverband

Am 16. Juni 1933 fand in Berlin die erste Verhandlung des Alpenvereins mit Tschammer statt. Von Seiten des Alpenvereins nahmen Sydow und Klebelsberg sowie – als Vertreter des künftigen Verwaltungsausschusses – Dinkelacker und Hermann Cuhorst teil. Tschammer sicherte dem Alpenverein »Eigengesetzlichkeit« zu, was bedeutete, dass er sich nicht der staatlichen Sportorganisation unterzuordnen habe. Darüber hinaus erkannte er den Alpenverein als »alleinigen Fachverband für Alpinistik« im Deutschen Reich an. Tschammer bestimmte Dinkelacker zu seinem Vertrauensmann für den reichsdeutschen Teil des Alpenvereins, berief ihn in seinen »Führerring« und bestellte ihn zum »Führer der reichsdeutschen Sektionen«.[293]

Dass der Reichssportkommissar zu diesem Zeitpunkt gegenüber dem Alpenverein auf die völlige Gleichschaltung verzichtete, ihn zugleich mit der alleinigen Vertretung der Bergsteigerinteressen im Deutschen Reich betraute und mit Dinkelacker ein Nicht-Parteimitglied zum ›Führer‹ der deutschen Sektionen machte, musste im Verein als Vertrauensbeweis mit großer Erleichterung aufgenommen worden sein. Eine Gruppe politisch rechts stehender Münchner Bergsteiger sorgte jedoch dafür, dass parallel zu Dinkelacker der bekannte Expeditionsbergsteiger Paul Bauer zum Führer der Fachsäule 11 (Bergsteigen und Wandern) ernannt wurde, der zudem den Deutschen Bergsteiger- und Wanderverband gründete, um auch auf Vereinsebene eine Parallelstruktur aufbauen zu können. Sie wollten damit über den Weg der staatlichen Organisation ein Gegengewicht zum Verwaltungsausschuss im Verein bilden. Eugen Allwein, 1933 Vorsitzender der Bergsteigergruppe, sagte 1948 aus, dass er selbst mit Tschammer gesprochen und dieser Paul Bauer auf seinen Vorschlag hin mit der Führung der Bergsteiger in der Sportorganisation betraut habe. Bei einer alleinigen Führung durch Dinkelacker, einen Vertreter der Wirtschaft, habe die Bergsteigergruppe um ihre Interessen gefürchtet.[294]

Bauer, als Expeditionsalpinist weltweit bekannt, hatte bis dahin keinerlei Funktion im Alpenverein innegehabt und sollte – mit der kurzfristigen Ausnahme als Vereinsführer der Sektion Landshut – bis 1938 auch keine übernehmen. Seine organisatorischen Fähigkeiten im Expeditionswesen waren unbestritten, seine Prinzipien klar: Die bergsteigerische Kameradschaft wollte Bauer stets durch militärische Disziplin und Unterordnung ›abgesichert‹ wissen; dementsprechend stellte er sich auch die Organisation des Bergsteigens im Deutschen Reich vor.[295]

In organisatorischer Hinsicht wurde die Fachsäule 11 des Reichssportführerringes für Bergsteigen, Wandern und verschiedene kleinere Bereiche wie Zeltlager und Freikörperkultur unter der Führung Bauers eingerichtet. Die Fachsäule mutierte zur Fachschaft und dann zum Fachamt, schließlich wurden Bergsteigen und Wandern getrennt. Fachsäule wie Fachamt waren von einem neu gegründeten Deutschen Bergsteiger- und Wanderverband getragen, der 1936 in zwei unabhängige Verbände geteilt wurde. Bauer war stets Führer des bergsteigerischen Teiles in der amtlichen Organisation wie später im Verband und als solcher Ansprechpartner wie auch Gegner des Alpenvereins.

Bald sollten sich die ersten Ansprüche der staatlichen Organisation gegenüber dem Alpenverein zeigen: In den Verwaltungsausschuss Stuttgart, der mit Beginn des Jahres 1934 sein Amt antreten sollte, sowie in den Hauptausschuss wurden Vertreter der Bergsteigergruppe ›hineinreklamiert‹, nämlich Eugen Allwein (München) und Adolf Witzenmann

291 Protokoll der 49. Hauptausschuss-Sitzung, 13./14.5.1933.

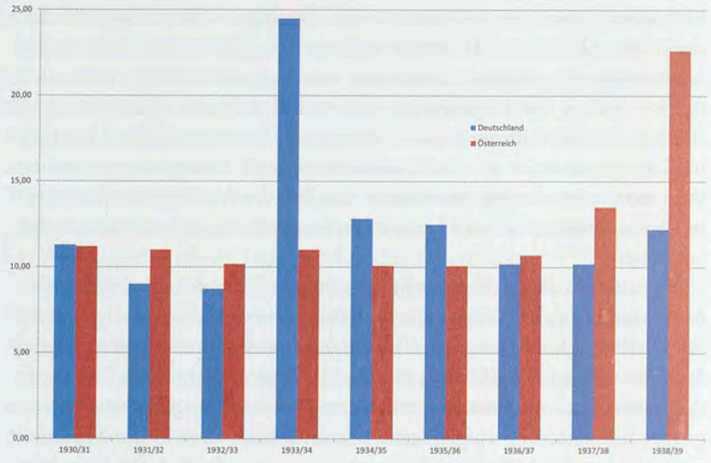
292 Grundlegend dazu: Hajo Bernett, Der Weg des deutschen Sports in die NS-Diktatur. Die Entstehung des Deutschen (Nationalsozialistischen) Reichsbundes für Leibesübungen, Schorndorf 1983 (= Beiträge zur Lehre und Forschung im Sport 87); sowie: Hans Joachim Teichler, Internationale Sportpolitik im Dritten Reich, Schorndorf 1991 (= Wissenschaftliche Schriftenreihe des Deutschen Sportbundes 23).

293 82. Verwaltungsausschuss-Sitzung am 27.6.1933, 83; Protokoll der 83. Verwaltungsausschuss-Sitzung, 13.7.1933.

294 Eugen Allwein, Eidesstattliche Erklärung, München, 14.3.1948, StA München, SpkA, K 84, Bauer, Paul.

295 Mitteilungen des Deutschen Bergsteigerverbandes, März 1936.

Wechsel von Sektionsvorsitzenden (in Prozent) 1930–1939.



(Pforzheim) in den Verwaltungsausschuss sowie Ernst Rieger (Lindau) in den Hauptausschuss. Weil sich diese Vertreter nach den Regeln des Alpenvereins jedoch einer Wahl durch die Hauptversammlung stellen mussten, stießen der Anspruch Bauers auf das ›Führerprinzip‹ und die parlamentarische Satzung des Alpenvereins erstmals aufeinander.

Im Vorfeld der Hauptversammlung 1933 kam es aufgrund dessen zu einer gründlichen Aussprache zwischen dem Hauptausschuss und Bauer. Von regierungsnahen Kreisen in Österreich, anonym in der christlich-sozialen *Reichspost* lanciert[296], war wegen der Einführung des Führerprinzips und einer drohenden Gleichschaltung von einer Sitzverlegung des Alpenvereins nach Deutschland gewarnt worden: Es bestehe die Gefahr, dass die NSDAP auf die Entscheidungen des Alpenvereins bestimmenden Einfluss erlange, womit die Existenz des Vereins in Österreich, wo jede nationalsozialistische Betätigung verboten war, auf dem Spiel stehe. In Hauptversammlung und Hauptausschuss des Alpenvereins hatten nämlich die deutschen Mitglieder eine starke Mehrheit. Unter dem Einfluss dieser Drohung unterzeichneten Dinkelacker und Bauer zwei Erklärungen, in denen sie garantierten, dass das Führerprinzip nicht zur Überstimmung des Hauptausschusses angewendet werden würde.[297]

Für die Gleichschaltung war neben der Einflussnahme der staatlichen und parteiamtlichen Stellen auf die Gremien des Gesamtvereins deren Zugriff auf die Sektionen entscheidend. In den deutschen Sektionen ging im Jahr 1933 ein reger Wechsel vor sich: Während in den Jahren zuvor stets nur etwa in einem Zehntel der Sektionen neue Vorsitzende gewählt wurden, war dies 1933 in jeder vierten deutschen Sektion der Fall. Dafür gab es mehrere Gründe: Es ist davon auszugehen, dass nun in der Regel eine Anerkennung oder formelle Bestätigung der neu gewählten Vorsitzenden durch eine Parteiorganisation oder, wie es im November 1933 erstmals schriftlich dokumentiert ist, durch den Deutschen Bergsteiger- und Wanderverband verlangt wurde.[298] Zweifellos passten sich in vielen Fällen die Vorsitzenden den neuen Verhältnissen an; andere aber kandidierten, falls politisch nicht erwünscht, nicht mehr oder traten zurück.

296 Wohin, D.u.Oe. Alpenverein?, in: Reichspost 4.9.1933, 4.

297 Protokoll der 50. Hauptausschuss-Sitzung, 22./23.9.1933, 19.

298 Formell wurde die Bestätigung des »Führers« der Sektion durch den »Führer der Gruppe Bergsteigen des DBWV« erstmals in den »Satzungsbestimmungen zur Verankerung des Führerprinzips« vom November 1933 festgelegt; Beilage zum Rundschreiben Nr. 14 des DBWV, 21.11.1933.

Auf der außerordentlichen Hauptversammlung der Sektion Frankfurt am Main zur Wahl des »Vereinsführers« am 17. Juli 1933 beispielsweise stellten sich drei Mitglieder als »Führeranwärter« der Wahl: der bisherige Vorsitzende Wirth, Amtsgerichtsrat Ernst Wildberger und Studienreferendar Walter Baecker. Sie legten der gut besuchten Versammlung die von ihnen »in Aussicht genommene Geschäftsordnung« dar. In geheimer Wahl erhielt Wirth 89, Wildberger 75 und Baecker sieben Stimmen.[299] Wirth legte jedoch kurz darauf sein Amt nieder und übergab es Wildberger. Letzterer begründete diesen Schritt nach außen damit, »daß er [Wirth] der Ansicht sei, die neue Zeit erfordere neue Führer; er nehme deshalb die Wahl nicht an und habe mich als somit von der Versammlung gewählten Führer dem Führer der reichsdeutschen Sektionen zur Bestätigung vorgeschlagen.«[300]

Im Herbst 1933 wurden die bisher bestehenden Sektionsverbände in Deutschland aufgelöst und durch neue Gauverbände unter der Leitung der »Gauführer für die Gruppe Bergsteigen des Deutschen Bergsteiger- und Wanderverbands« ersetzt.[301] Diese Bergsteigergauführer rekrutierte Bauer zunächst noch zu einem Großteil aus erfahrenen Sektionsvorständen, auch aus dem Verwaltungsausschuss, er ersetzte sie aber häufiger, als sich die Konflikte mit dem Alpenverein ausweiteten. In den Hauptausschuss des Alpenvereins sollten nach der Vorstellung Bauers nur noch Bergsteigergauführer gewählt werden.[302]

Nanga-Parbat-Expedition: Der Anlass zum Streit

Eine geplante Expedition zum Nanga Parbat führte zu einem massiven Streit zwischen Bauer und dem Alpenverein. Die Katastrophe am Nanga Parbat im Juli 1934 hatte den Alpenverein veranlasst, in seinem Jahresbericht »für die nächste Zeit Zurückhaltung« zu fordern, aber gleichzeitig hatte er angekündigt, eigene weitere Expeditionen zu planen.[303] Erwin Schneider, einer der zwei überlebenden Bergsteiger der Deutschen Nanga-Parbat-Expedition 1934, trat bereits Anfang Dezember 1934 an den Alpenverein heran und bat um Unterstützung einer Expedition zum Nanga Parbat im darauf folgenden Jahr. Der Verwaltungsausschuss sagte die ideelle Unterstützung sofort zu.[304]

Praktisch gleichzeitig begann Bauer eine regelrechte Kampagne gegen Schneider und Peter Aschenbrenner.[305] Bauer dachte nämlich an eine eigene Nanga-Parbat-Expedition, zusammen mit Karl Wien und Fritz Bechtold. Aus dem Schriftverkehr zwischen Bauer und Wien, der Mitglied des Hauptausschusses war, wird deutlich, wie der Streit um Schneider, Bauers Pläne und das Verhältnis zum Alpenverein ineinandergriffen. Am 13. Februar 1935 entwarf Wien in einem Schreiben an Bauer unter Bezug auf die »Schneidersache« ein Szenario, in dem »nicht der Alpenverein zerbricht«, sondern »einige der Stuttgarter verschwinden, vielleicht Cuhorst, zumindest Hoerlin, vielleicht aber alle«, »der Alpenverein als solcher einig und geläutert aus dieser Probe hervorgeht«, mit einem »vernünftig gewordenen 1. Vorsitzenden Klebelsberg mit sachlicheren Mitarbeitern auch mit Dir gut zusammenarbeiten wird und dabei endlich einmal aus der Stagnation, in der er nun seit die politischen Schwierigkeiten begannen, verharrt, herauskommt.«[306] Zwischen Cuhorst, dem einzigen

299 Außerordentliche Hauptversammlung der Sektion am 17.7.1933; Nachrichten-Blatt der Sektion Frankfurt am Main 1933, Nr. 6 (September), 38–39.

300 An die Mitglieder. Nachrichten-Blatt der Sektion Frankfurt am Main 1933, Nr. 6 (September), 33.

301 DBWV, Gruppe Bergsteigen, Rundschreiben Nr. 17, 20.1.1934.

302 Paul Piper, Tagung der reichsdeutschen Sektionesvertreter, in: Mitteilungen des Fachamtes Bergsteigen 1, Oktober 1934, 4–9, 7.

303 Jahresbericht, Zustimmung dazu in der 52. Hauptausschuss-Sitzung, 22.9.1934.

304 Protokoll der 23. Verwaltungsausschuss-Sitzung, 13.12.1934.

305 Vgl. den Beitrag von Franziska Torma in diesem Band. Ausführlich dazu: Peter Mierau, Nationalsozialistische Expeditionspolitik. Deutsche Asien-Expeditionen 1933–1945, München 2006 (= Münchner Beiträge zur Geschichtswissenschaft 1).

306 Wien an Bauer, Hannover, 13.2.1935.

›Alten Kämpfer‹ der NSDAP im Verwaltungsausschuss, und Bauer, dem treuen Gefolgsmann Tschammers, war es vermutlich schon vorher wegen der Streitigkeiten um die Satzungen der Sektionen, auf die später noch eingegangen wird, zu einem tiefen Zerwürfnis gekommen; Hoerlin war wegen seiner Freundschaft mit Schneider und seines Eintretens für ihn in Bauers Ungnade gefallen. In einem Schreiben vom 9. April bat Bauer Wien, zusammen mit Bechtold einen detaillierten Plan für eine Nanga-Parbat-Expedition 1936 auszuarbeiten.[307]

Im April sprach Wien schon vom »Krieg« mit dem Verwaltungsausschuss, für den er »Marschrouten« festlege.[308] Ende Mai schlug er Bauer vor, nun doch den Alpenverein »von den Plänen in Kenntnis zu setzen und zur Mitarbeit aufzufordern«.[309] In der Hauptausschuss-Sitzung vom 1. Juni 1935 geschah aber das Gegenteil: Borchers berichtete als zuständiger Referent über die Lage im Himalaja und betonte, dass die englische Regierung bisher keine anderen Expeditionen zum Nanga Parbat genehmigt habe, den Berg also den Deutschen vorbehalte. Es sei daher an der Zeit, so Borchers, »daß der Alpenverein sich die Eroberung des Nanga Parbat zu eigen macht, da gute Vorbedingungen dazu gegeben sind.«[310] Wien, der die Bauer'schen Pläne in dieser Diskussion noch immer nicht offenlegen durfte, brachte Fritz Bechtold als »Erbe des Merkl'schen Vermächtnisses« und daher als idealen Leiter einer neuerlichen Expedition ins Spiel. Auf Antrag von Klebelsberg fasste der Hauptausschuss jedoch den Beschluss, für 1936 eine Nanga-Parbat-Expedition des Alpenvereins unter der Leitung Borchers' vorzubereiten.[311]

Auf diesen Beschluss hin führte Bauer ein Manöver aus, das die geplante Alpenvereinsexpedition zwar vereitelte, aber das Verhältnis zwischen ihm und dem Verein völlig zerrüttete. Er versicherte sich der Zustimmung Tschammers zu seinem eigenen Expeditionsplan und veröffentlichte ihn im August 1935 in den *Mitteilungen des Fachamtes*; den Alpenverein, dem er damit zuvorgekommen war, lud er dabei ein, sich dieser, also seiner Expedition anzuschließen.[312]

Bauer hatte damit den Hauptausschuss und mit diesem den Alpenverein desavouiert. Eine Einigung war praktisch nicht mehr möglich, schließlich ging es jetzt um das öffentliche Ansehen sowohl des Alpenvereins als auch des Fachamtes. Vermittlungsversuche blieben ergebnislos; Bauers Kameraden in den Alpenvereinsgremien, die während all dieser Diskussion von seinen Plänen wussten, waren dort nunmehr blamiert und isoliert. In der folgenden Sitzung des Hauptausschusses vor der Hauptversammlung in Bregenz wurde daher nicht mehr verhandelt, sondern gestritten. Nach einem Gespräch mit Bauer am 30. August 1935 legte sich der Hauptausschuss am nächsten Tag mit nur drei Gegenstimmen nicht nur auf bestimmte Bedingungen für eine gemeinsame Expedition fest, sondern auch auf Borchers als deren Leiter.[313] Dass eine Zusammenarbeit mit Bauer damit unmöglich geworden war, bestätigte Bauer Ende September schriftlich – und doppelt: einmal als Privatperson und einmal als Führer des Fachamtes.[314]

307 Bauer an Wien, Landshut, 9.4.1935.
308 Wien an Bauer, Hannover, 12.4.1935.
309 Wien an Bauer, Hannover, 28.5.1935.
310 Protokoll der 53. Hauptausschuss-Sitzung, 1.6.1935.
311 Ebd.
312 Mitteilungen des Fachamtes, August 1935; Protokoll der 54 Hauptausschuss-Sitzung, 30./31.8.1935.
313 Soweit die Protokolle vorliegen, war Allwein ab dem Herbst 1935 nur mehr drei Mal anwesend.
314 Schreiben Bauer an Verwaltungsausschuss, Landshut, 27.9.1935, sowie Fachamt an Verwaltungsausschuss, München, 27.9.1935. Beilage zur 53. Verwaltungsausschuss-Sitzung, 7.10.1935.

Da für den Alpenverein wegen seiner Überstaatlichkeit eine Gleichschaltung, wie sie andere Vereine erlebten, nicht in Frage kam, gab es zwischen 1933 und 1938 keine Änderung in den Satzungen des Gesamtvereins. Der Machtkampf zwischen staatlichen und parteiamtlichen Stellen einerseits und dem Alpenverein andererseits wurde also über den Zugriff auf die Sektionen sowie über die Einflussnahme auf die deutschen Mitglieder in der Vereinsleitung ausgetragen. Während die traditionelle parlamentarische Struktur des Gesamtvereins erhalten blieb, entspann sich ein Gezerre um die Satzungen der deutschen Sektionen sowie um die (Neu-)Besetzung von Funktionärsposten.

Dinkelacker hatte in der kurzen Zeit, in der er als Führer der reichsdeutschen Sektionen eingesetzt war, angeordnet, dass diese »Führerprinzip und Arierbestimmung« anzunehmen hatten. Die Sektionsversammlungen, in denen dies geschehen solle, bildeten »zugleich für alle Führer ein Bekenntnis zur nationalen Erhebung, die über alle Parteien hinweg unser deutsches Volk geeint habe [...].« Von den zu wählenden »Führern« verlangte er Anfang Juli 1933 in einem Fragebogen ihre »Stellung zur nationalen Erhebung« anzugeben, etwa die Mitgliedschaft in einer Organisation wie »z.B. Stahlhelm, Kyffhäuser, Kriegsteilnehmer usw.«[315] Keine zwei Wochen später erreichte das nächste Rundschreiben die Sektionen: Es sei vom Reichssportkommissar eine für alle Vereine gültige Satzung in Vorbereitung. Es empfehle sich daher doch, Satzungsänderungen zu Führerprinzip und Arierbestimmung erst nach Erlass der Reichsvereinssatzung vorzunehmen. Zugleich gab Dinkelacker bekannt, dass »von vielen Sektionen« die Arierbestimmung »unbegrenzt« durchgeführt werde, also ohne Ausnahmebestimmungen.[316] Anfang August hatten bereits rund dreihundert Sektionen im Deutschen Reich, also fast alle, entsprechende Satzungsänderungen durchgeführt.[317] Nach der Errichtung des Deutschen Bergsteiger- und Wanderverbands und der Vaduzer Hauptversammlung kamen neue Anordnungen, nun bereits vom Bergsteiger- und Wanderverband, unterzeichnet von Bauer und Dinkelacker. Nach zahlreichen Ankündigungen erhielten die Sektionen schließlich eine Mustersatzung zugesandt, datiert auf den 30. November 1933.[318]

Die begrenzte Begeisterung in den Sektionen über die Eingliederung in den Reichsbund für Leibesübungen, die damit verbundene ausufernde Bürokratie – manche Sektionen mussten durch die geschilderten Vorgänge drei satzungsändernde Sektionenversammlungen innerhalb eines Jahres durchführen – und die erwarteten Konsequenzen blieben meistens unausgesprochen. Der Vorsitzende der Sektion Düren in Westfalen drückte jedoch in einem Schreiben an den Verwaltungsausschuss seine Vorbehalte gegen die Neuordnung des Sportwesens aus und erklärte darin, »dass ich diesem Vorgehen mich nicht ›freudig bejahend‹ anschliessen kann und dass ich besonders eine Unterordnung unter die Führung des Reichssportführers [...] als eine Überspannung des Prinzips ansehe.«[319]

Aufgrund der wenig erfreulichen Erfahrungen der Alpenvereinssektionen mit dem Fachamt berief der Verwaltungsausschuss für den 29. Januar 1935 eine erweiterte Sitzung ein, an der alle reichsdeutschen

315 Der Führer der reichsdeutschen Sektionen des DuOeAV, 2. Rundschreiben, Stuttgart, 7.7.1933, Sammlung Steigerwald.
316 Der Führer der reichsdeutschen Sektionen des DuOeAV, 3. Rundschreiben, Stuttgart, 19.7.1933, Sammlung Steigerwald.
317 Der Führer der reichsdeutschen Sektionen des DuOeAV, 5. Rundschreiben, Stuttgart, 5.8.1933, Sammlung Steigerwald.
318 Der Führer der reichsdeutschen Sektionen des DuOeAV, 8. Rundschreiben, Stuttgart, 10.10.1933; Deutscher Bergsteiger- und Wanderverband, Gruppe Bergsteigen, Rundschreiben Nr. 14, 21.11.1933; Mustersatzung für die Reichsdeutschen Sektionen, 30.11.1933; Sammlung Steigerwald.
319 Sektion Düren, Hoesch, an Verwaltungsausschuss, Düren, 2.12.1933, Archiv DAV, BGS 1 SG/69/3.

Hauptausschuss-Mitglieder und Sydow sowie die (neuen) Vorsitzenden der Sektionen Frankfurt und Stuttgart, Rudolf Seng und Prof. Fritz, sowie Paul Bauer teilnahmen.[320] Konkreter Anlass war die Absicht Bauers, den Deutschen Bergsteiger- und Wanderverband zu einem eingetragenen Verein umzugestalten. Die »Zwischenschaltung« eines Deutschen Bergsteiger- und Wanderverbands wurde für das Verhältnis von Alpenverein und Fachamt als »nicht förderlich« und »durch Doppelarbeit und Leerlauf sogar« als »hemmend empfunden«. Da neben den 107.000 deutschen Alpenvereinsmitgliedern nur mehr rund fünftausend Mitglieder anderer Bergsteigervereine gezählt würden, sei es, so die Meinung der Tagenden, einfacher, diesen den Beitritt zum Alpenverein zu erleichtern, als einen Zwischenverband einzuschalten.

In »eingehender Beratung« erarbeitete die Versammlung schließlich einen konkreten Vorschlag, der das Verhältnis des Alpenvereins zum Fachamt verbessern sollte: »Die reichsdeutschen Sektionen schließen sich (als Verband) zum ›Sektionentag der reichsdeutschen Sektionen im D.u.Oe.A.V‹ zusammen. Dieser soll der Verband sein, durch den die einzelnen Sektionen unter dem Fachamt für Bergsteigen und Wandern unmittelbar (ohne Zwischenverband) dem Deutschen Reichsbund für Leibesübungen angehören.« Bauer stimmte diesem Vorschlag zu und erklärte sich bereit, gemeinsam mit dem Verwaltungsausschuss einen Satzungsentwurf auszuarbeiten.[321] Von diesem Sektionentag erwartete sich die Alpenvereinsführung die Verhinderung des direkten Zugriffs, den Bauer und der Reichsbund auf die Sektionen hatte.[322]

Trotz der hier erzielten Einigung führte der Beschluss letztlich zu keinem Ergebnis. Schwierigkeiten ergaben sich in der Diskussion über eine neue Einheitssatzung für Vereine des Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen, die der Alpenverein mehrfach ablehnte.[323] Die Bedenken des Alpenvereins richteten sich gegen Paragraf 2, in dem das Bekenntnis zum Nationalsozialismus verankert war, und gegen Paragraf 18, in dem die Verwendung des Vereinsvermögens im Fall seiner Auflösung geregelt wurde. Ein offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus hätte den Verein in Schwierigkeiten gebracht. Den Sektionen, die in Österreich Hüttenbesitz hatten, hätte damit die Einziehung ihres Vermögens gedroht; darüber hinaus aber wäre der Bestand des Gesamtvereins in Österreich in Frage gestellt worden. Paragraf 18 der Einheitssatzung enthielt den gefährlichen Passus, das Vermögen verfalle bei Zwangsauflösung dem Deutschen Reichsbund für Leibesübungen, während in den Sektionssatzungen durchwegs die Bestimmung enthalten war, dass das Vermögen der Sektionen im Fall von deren Auflösung an den Gesamtverein übergehe. Nun waren Zwangsauflösungen von Vereinen im Dritten Reich geradezu Routineangelegenheiten; da mit dem Deutschen Bergsteiger- und Wanderverband ein dem Deutschen Reichsbund für Leibesübungen unterstehender Verein vorhanden war, wäre es durchaus möglich gewesen, mit einem Federstrich sämtlichen Besitz der deutschen Alpenvereinssektionen dem Bergsteiger- und Wanderverband zu übertragen.

Am 25. Mai 1935 wurde auf einer Besprechung in Berlin eine Vereinbarung über das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reichsbund für Leibesübungen und dem Alpenverein erreicht, deren Grundzüge den deutschen Sektionen am 15. Juli mitgeteilt wurden: Die Stellung des

320 Von den Eingeladenen waren Klebelsberg, Borchers, Pistor und Rehlen entschuldigt.

321 Protokoll der 28. erweiterten Verwaltungsausschuss-Sitzung, 29.1.1935.

322 Karl Erhardt, Der Alpenverein. Spiegelbild europäischer Geschichte, in: Alpinismus. Internationale Informationen für Bergsteiger, Wanderer, Skifahrer 5 (1969), H. 5 (Mai), 14–19.

323 Protokoll der 36. Verwaltungsausschuss-Sitzung, 27.3.1935.



Raimund von Klebelsberg mit Willi Rickmer Rickmers und August Ammon, 1943.

Gesamtvereins als »zwischenstaatliches Gebilde« bleibe unberührt, er werde nicht in den Reichsbund für Leibesübungen einbezogen. Dagegen müssten die deutschen Sektionen als »Leibesübungen treibende Vereine« dem Reichsbund angehören. Für die Zusammenarbeit des Alpenvereins mit dem Reichsbund sei »eine genaue Unterscheidung nötig«: »Gesamtvereinsangelegenheiten werden von den Organen des D.u.Oe.A.V. allein behandelt. Reichsdeutsche Angelegenheiten werden von den Organen des D.R.f.L. allein behandelt. Bei der Behandlung gemischter Angelegenheiten ist das Einverständnis des anderen Teils vorher einzuholen.«[324]

Als reichsdeutsche Angelegenheiten wurden vor allem die Bestätigung und Abberufung der Vereinsführer der Sektionen, der Verkehr der reichsdeutschen Sektionen mit dem Reichssportführer und sonstigen Behörden, die Eingliederung in den Deutschen Reichsbund für Leibesübungen und das Dietwesen – die weltanschauliche Schulung, wie sie in der Turnbewegung üblich war – genannt, während die Satzungen der deutschen Sektionen eine gemischte Angelegenheit darstellten. Im Übrigen brauchten die Sektionen keine Beiträge an den Deutschen Bergsteiger- und Wanderverband mehr zu leisten.[325] Kaum war diese Berliner Vereinbarung abgeschlossen, von der sich Klebelsberg erwartete, dass sie »ein reibungsloses Weiterarbeiten ermögliche«[326], kam es zum bereits erwähnten offenen Streit über die Nanga-Parbat-Expedition.

Die öffentlichen Angriffe Bauers gegen den Alpenverein waren im Detail kleinlich, enthielten aber als potentiell gefährliches Kernelement den Vorwurf, der Alpenverein stehe dem Nationalsozialismus reserviert bis gegnerisch gegenüber. Nur zwei Wochen nach der Hauptversammlung in Bregenz im Herbst 1935, die zahlreichen deutschen Delegierten erstmals seit 1933 die Einreise nach Österreich ermöglichte, ließ Bauer in den *Mitteilungen des Fachamtes* leise Kritik verlauten: Der Anteil des Fachamtes am Zustandekommen dieser Versammlung sei vom Verwaltungsausschuss verschwiegen worden, auch könne man mit dem vorgelegten Jahresbericht »nicht in allen Punkten einverstanden sein.«[327] In einer Führerstabs-Sitzung des Fachamtes am 23. Oktober 1935 wurde die Tonlage verschärft: Der Jahresbericht des Verwaltungsausschusses und

324 DBWV, VA, Rundschreiben Nr. 29 an die reichsdeutschen Alpenverein-Sektionen, Stuttgart, 15.7.1935.

325 Rundschreiben an alle reichsdeutschen Sektionen, 8.6.1936, Beilage zum Protokoll der 78. Verwaltungsausschuss-Sitzung, 5.6.1936.

326 Protokoll der 53. Hauptausschuss-Sitzung, 1.6.1935.

327 Paul Bauer, Zur Versammlung in Bregenz, in: Mitteilungen des Fachamtes Bergsteigen 1935, Nr. 12 (September), 160.

Links: Friedrich Weiß, 1950er-Jahre.

Rechts: Paul Dinkelacker mit seiner Frau, 1950er-Jahre.





die Rede Klebelsbergs in Bregenz würden »in ihrer gegnerischen Einstellung gegen das Fachamt, die auch vor effektiven Unrichtigkeiten nicht zurückscheut, bedauert.« Der Fachamtsleiter »möge geeignete Schritte unternehmen.«[328]

Bauer richtete daraufhin ein Schreiben an Klebelsberg, dem er ein Manuskript mit dem Titel *Eine grundsätzliche Bemerkung zum Jahresbericht von Paul Bauer* beilegte, das er als Berichtigung in den *Mitteilungen* veröffentlicht sehen wollte. Dieses Manuskript verschickte Bauer an weitere Mitglieder des Hauptausschusses, darunter auch an österreichische. In erster Linie beklagte er sich darin über den »Mangel an positiver Einstellung« zur Verwirklichung des »deutschen Zieles«, ein Vorwurf, den er nicht gegen die Sektionen, sondern gegen die Vereinsleitung und »einen Teil des Verwaltungsausschusses« erhebe.[329]

Der Reichsdeutsche Sektionentag

Neuerlich musste das Ministerium zur Schlichtung des Streits angerufen werden. Staatssekretär Hans Pfundtner lud Dinkelacker, Weiß und Cuhorst vom Verwaltungsausschuss sowie Bauer als Führer des Fachamtes zu einer Aussprache am 23. Januar 1936 nach Berlin ein.[330] Diese Besprechung wurde mit der Drohung eingeleitet, das Ministerium könne die deutschen Angelegenheiten auch »von hoheitswegen regeln«.[331] Der Alpenverein beantragte die Errichtung des schon vor Jahresfrist beschlossenen Reichsdeutschen Sektionentages, die Satzungsfrage sollte in diesem Zusammenhang gelöst werden.[332] Dinkelacker berichtete im Verwaltungsausschuss, dass »eine Entscheidung« des Innenministeriums »in Aussicht gestellt« worden sei.[333]

Nun kam, wie vermutlich öfter als in Protokollen und Dokumenten verzeichnet, wiederum Klebelsberg als Erster Vorsitzender ins Spiel. In seinen *Erinnerungen* berichtete Klebelsberg über diesen Abschnitt des von ihm so bezeichneten »Bauerkriegs«: »Es ging zunächst darum, zu verhüten, daß Bauer den ›reichsdeutschen Sektionenverband‹, der zur Umgehung der zwischenstaatlichen Schwierigkeiten geschaffen wor-

328 Protokoll der 55. Hauptausschuss-Sitzung, 3.5.1936.

329 Die erwähnten Schreiben Bauers konnten bisher nicht aufgefunden werden. Der Inhalt geht hervor aus dem Schreiben Hackels an Bauer, Salzburg, 20.12.1935, Archiv OeAV, ZV 8.506: Schriftverkehr 1936–1939.

330 Protokoll der 59. Verwaltungsausschuss-Sitzung, 25.11.1935.

331 DBV, Rundschreiben Nr. 35, 10.6.1936.

332 Protokoll der 68. Verwaltungsausschuss-Sitzung, 20.2.1936.

333 Protokoll der 67. Verwaltungsausschuss-Sitzung, 11.2.1936.

den war, in die Hände bekam, auch nicht durch einen ihm gefügigen Strohmann.« Bei den Olympischen Spielen in Garmisch im Februar 1936 gewann der Alpenverein »den prächtigen Dr. Fritz Rigele dafür. Rigele stand einerseits ganz auf der Seite der Vereinsleitung, er kannte als Österreicher die Gefahr der Gleichschaltung, und war andererseits als Schwager Göring's den starken Kräften gewachsen, die Bauer hinter sich hatte.«[334] Der Notar Fritz Rigele, der 1912 Paula Göring geheiratet hatte, war Anfang der 1920er-Jahre vor allem im Österreichischen Skiverband tätig gewesen, wo er sich für die Einführung des Arierparagrafen eingesetzt hatte. Darüber hinaus war er zeitweise Vorsitzender der Alpenvereinssektion Saalfelden gewesen, bevor er nach Linz übersiedelt war, von wo er als Nationalsozialist schließlich ins Deutsche Reich geflüchtet war. Am 25. März 1936 war Klebelsberg neuerlich zu einer Besprechung bei Pfundtner in Berlin, die er über den Kopf Tschammers hinweg vereinbart hatte, was natürlich nur dem österreichischen Vorsitzenden möglich war.[335] Es ging um die Vorbehalte des Alpenvereins gegen den »Gleichschaltungsparagraphen« in den Einheitssatzungen des Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen – gemeint war der Paragraf 2, in dem das Bekenntnis zum Nationalsozialismus formuliert war: »Der Verein bezweckt die leibliche und seelische Erziehung seiner Mitglieder im Geiste des nationalsozialistischen Volksstaates durch die planmässige Pflege der Leibesübungen […].«

Schon oft hatte der Verwaltungsausschuss erklärt, dass diese Zweckbestimmung die Existenz des Alpenvereins in Österreich gefährde; nun lag es an Klebelsberg, dies dem Staatssekretär Pfundtner darzulegen. »Ich staunte geradezu über die Aufgeschlossenheit, die ich bei ihm traf, auch Ministerialrat v. Lex[336] wunderte sich über die Zusage, die ich erreichte«, schrieb Klebelsberg in seinen *Erinnerungen*.[337]

Indessen stellten die Vorsitzenden von vier Münchner Sektionen einen Antrag auf Satzungsänderung, der nichts anderes als eine vollständige Entmachtung der Vereinsleitung beabsichtigte: Paragraf 7 der Gesamtvereinssatzung solle dahingehend geändert werden, dass für die Satzungsänderungen von Sektionen nur dann die Genehmigung des Hauptausschusses einzuholen sei, wenn die Änderungen nicht »auf Forderungen der für die Sektion zuständigen staatlichen Sportführung beruhen.«[338] Unterzeichnet wurde der Antrag »mit alpinem Gruß« von Walter Hartmann (Sektion Bayerland), Georg Leuchs (Sektion München), Adolf Sotier (Sektion Oberland) und Eugen Allwein (Sektion Hochland) – und somit von den wesentlichen Mitarbeitern der Fachamtsführung unter Bauer.

Nicht nur der Zweck des Antrages war eindeutig, sondern auch seine Folgen: Sobald eine staatliche Stelle über die Satzungen und das Führerprinzip wesentlichen Einfluss auf die deutschen Sektionen genommen hätte, wäre das Gleiche in Österreich passiert. Entsprechend eindeutig fielen auch die vom Verwaltungsausschuss eingeholten Stellungnahmen aus. Ernst von Hepke, Bergsteigergauführer und Vorsitzender der Sektion Breslau schrieb, die Annahme des Münchner Antrages »bedeutet die Spaltung. […] Es ist eine schwere Verantwortung, die die Münchner Herren auf sich laden.«[339] Auch der Dritte Vorsitzende Borchers (Sektion Bremen) sah in dem Antrag den »Anfang zur Auflösung des

334 Klebelsberg, Erinnerungen, 359–160.

335 Ebd., 360.

336 Hans von Lex war zu dieser Zeit allerdings Regierungsrat. Freundliche Mitteilung von Hans-Joachim Teichler, Potsdam.

337 Klebelsberg, Erinnerungen, 360.

338 Protokoll der 55. Hauptausschuss-Sitzung, 3.5.1936.

339 Ernst von Hepke an Verwaltungsausschuss, Breslau, 1.4.1936, Archiv OeAV, ZV 2.20.

D.Ö.A.V. […] Die antragstellenden 4 Sektionen werden schwerlich abstreiten können, daß sie sich der Konsequenzen nicht bewußt wären. Die bemerkenswerte Kürze ihrer Begründung und die Namen, die darunter stehen, sagen mir wie Ihnen allen genug. Ich frage mich, wie die Leitung dieser Sektionen es mit ihren Pflichten gegenüber dem D.Ö.A.V. vereinbaren kann.«[340]

Friedrich Vogel, eben erst gewählter Vorsitzender der Sektion Mannheim und offenbar ein überzeugter Nationalsozialist, reagierte am heftigsten:

»Dieser Antrag ist ein, bewußt oder unbewußt, durchgeführter Volksverrat. Es sollte mich nicht wundern, wenn hinter diesem Antrage irgend ein Jesuitenpater oder jene Kreise stünden, die in noch nicht vergessener Zeit eine Trennung Deutschlands an der Mainlinie erstrebten. […] Es ist besonders schlimm, daß sich die Antragsteller heut auch noch hinter der völkischen N.S.D.A.P. tarnen können. Unsere teuren Toten der wirklichen Kämpfe vor dem Umbruche und unsere toten Brüder in Österreich würden sich im Grabe umdrehen, wenn diese Kunde in ihre Gräber dringen würde.«[341]

Anfang Mai 1936 hatte sich das Innenministerium schließlich dafür entschieden, den Reichsdeutschen Sektionentag zu installieren, mit dessen Leitung er Fritz Rigele betraute. Ende März war nochmals verhandelt worden; der Verwaltungsausschuss setzte die Wahl Rigeles in den Hauptausschuss auf die Tagesordnung für dessen Mai-Sitzung, wovon das Fachamt offenbar überrascht war. Noch am 27. April teilte das Fachamt mit, dass es mit der Wahl Rigeles nicht einverstanden sei, was Lutz Pistor in der Hauptausschuss-Sitzung vom 3. Mai 1936 bekräftigte. Das Innenministerium hatte sich jedoch bereits festgelegt.

Der schriftliche Erlass des Innenministeriums zur verpflichtenden Annahme der Einheitssatzung erging am 3. Juni 1936. Pfundtner hielt darin jedoch fest, es sei »vertretbar, den reichsdeutschen Sektionen bis auf weiteres die Annahme des § 2 der Einheitssatzung [das Bekenntnis zum Nationalsozialismus, Anm. d. V.] zu erlassen«. Den Reichssportführer beauftragte er zugleich, die Sektionen »in den Reichsbund für Leibesübungen aufzunehmen und die Bildung des deutschen Sektionentages alsbald in die Wege zu leiten.« Als Schiedsstelle für Streitigkeiten zwischen dem Alpenverein und dem Reichsbund gelte das neu errichtete Reichssportamt; Beschwerde- und oberste Aufsichtsinstanz bleibe das Reichsinnenministerium.[342]

Sofort machten sich Cuhorst für den Verwaltungsausschuss und Sotier für das Fachamt an die Ausarbeitung der Mustersatzung; Dinkelacker schrieb an Adolf Witzenmann, der sich gerade in Reichenhall aufhielt, und bat ihn mit dem ebenfalls dort befindlichen Rigele zu sprechen: »Endlich ist der Entscheid des Ministeriums eingetroffen […]. Nun gilt es zu handeln und zwar sofort, weil, wie wir gestern von Sotier, der wegen der Mustersatzung zu uns bestellt war, hörten, Bauer in seiner Geschäftigkeit wieder von sich aus all das aufziehen will, was er seit eineinhalb Jahren verhindert hat.« Rigele dürfe nun nicht abwarten, »was Bauer für zweckmäßig hält«, sondern müsse selbst tätig werden. An Witzenmann fügte er noch hinzu, Bauers Benehmen werde »immer schroffer. Er hat Hepke als

340 Borchers an Verwaltungsausschuss, Bremen, 15.3.1936, Archiv OeAV, ZV 2.20.

341 Friedrich Vogel an Verwaltungsausschuss, Mannheim, 27.3.1936, Archiv OeAV, ZV 2.20.

342 RMI an Verwaltungsausschuss, Berlin, 3.6.1936; Beilage zum Protokoll der 78. Verwaltungsausschuss-Sitzung, 5.6.1936.



Hermann Cuhorst und Friedrich Weiß (Pfeile) als Ratsherren der Stadt Stuttgart, um 1935.

Gauführer abgesetzt und den V.A. in seinem letzten Amtsblatt wieder in einer Weise angegriffen, die es uns unmöglich macht, solche Nachrichten künftig in unserem Amtsblatt zur Verteilung zu bringen. Es geht tatsächlich bei dem Kampf mit Bauer um den Bestand des Alpenvereins.«[343]

In der Tat versuchte das Fachamt mit einem Schreiben an den Verwaltungsausschuss noch das Ruder an sich zu reißen, indem es dem Alpenverein mitteilte, »dass es die Leitung und Einberufung der Zusammenkunft der rd. [reichsdeutschen, Anm. d. V.] Sektionen als sein ausschliessliches Recht betrachte.«[344], womit der Alpenverein natürlich keineswegs einverstanden sein konnte.

Die Sektionen erhielten nun, soweit sie nicht bereits vorher die Einheitssatzung des Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen angenommen hatten, ihre neue Satzung. Den Paragrafen 2 konnten sie entweder nach dem Vorschlag des Hauptausschusses bestimmen, der an die Zweckbestimmung des Alpenvereins angepasst war, oder aus der Einheitssatzung übernehmen, der das Bekenntnis zum Nationalsozialismus enthielt. Der Arierparagraf war in diesen Satzungen neu formuliert: »Die Mitglieder der Sektion müssen die Voraussetzungen erfüllen, die für den Erwerb des Reichsbürgerrechtes durch einen deutschen Staatsangehörigen reichsgesetzlich bestimmt sind. Neueintretende haben dies im Aufnahmegesuch nachzuweisen.«[345] Er orientierte sich also an den im Herbst 1935 erlassenen Nürnberger Gesetzen und war damit einerseits weniger eng formuliert, als ihn viele Sektionen selbst gefasst hatten, enthielt andererseits aber keine Ausnahmeregelung für bestehende Mitgliedschaften, womit viele Sektionen vor einem Rätsel standen.

Der Vereinsführer der politisch eher links orientierten Münchner Sektion Neuland teilte dem Verwaltungsausschuss im Juni 1936 wohl

343 Dinkelacker an Witzenmann, 6.6.1936, Archiv OeAV ZV 8.506: Material von Schmidt-Wellenburg, Schriftverkehr 1936–1939.

344 Protokoll der 78. Verwaltungsausschuss-Sitzung, 5.6.1936.

345 Vorschlag des Verwaltungsausschusses. Für die Ausfüllung der Einheitssatzung des DRfL. Durch die rd. Sektionen des D.u.Oe.AV., Beilage zum Protokoll der 78. Verwaltungsausschuss-Sitzung, 5.6.1936.



Paul Bauer einmal privat. Hochzeitsfoto, 1939.



Hans von Tschammer und Osten bei der Hauptversammlung 1938 in Friedrichshafen. Foto: Willi Rickmer Rickmers.

gleichermaßen zermürbt wie höhnisch mit, seine Sektion habe »nun den § 2 der Einheitssatzung zu 100 % übernommen – dies deshalb, weil wir damit glauben für die Zeitdauer des N-Sozialismus, also für immer, uns eine weitere Satzungsänderung ersparen zu können.«[346] Es häuften sich aber auch Anfragen von Sektionen, die durch bisherige Anweisungen irritiert waren. Beispielsweise richtete Rudolf Hauptner, Vorsitzender der Sektion Berlin, an den Verwaltungsausschuss die Frage, ob er nun »Mischlinge ersten Grades« aufnehmen könne. Cuhorst notierte auf das Blatt: »Wenn die Sektion das will: ja.«[347] Dagegen durften jüdische »Altmitglieder« nicht mehr verbleiben, wie Cuhorst auf eine entsprechende Anfrage der Sektion Bielefeld vermerkte: »Wir raten zu, die Herrn in Ehren zu streichen«.[348]

Neue Konfusionen

Die Fortsetzung des Streits gründet sich auf die relativ unklare Positionierung des Sektionentags. Das Reichssportamt stellte daher in einem Schreiben vom 4. Mai 1937 klar, dass der Sektionentag »die reichsdeutschen Interessen« gegenüber dem zwischenstaatlichen Alpenverein vertrete. Er sei jedoch nicht Vertretung des Alpenvereins im Deutschen Bergsteigerverband, wie er sich seit der im Vorjahr erfolgten Teilung des Bergsteiger- und Wanderverbandes nannte. Ganz wesentlich für die Machtverhältnisse war auch die Feststellung, dass Vorschläge für freiwerdende Hauptausschuss-Sitze durch den Leiter des Reichsdeutschen Sektionentages erstattet werden sollten.[349]

Der Verwaltungsausschuss erhob Einspruch gegen diesen Erlass. Daraufhin fand am 12. Juni 1937 eine weitere Berliner Besprechung statt, an der Reichsinnenministerium (Hans von Lex), Reichssportamt (Walther von Lüttwitz), Sektionentag (Rigele) und Verwaltungsausschuss (Dinkelacker, Weiß, Schmidt-Wellenburg) teilnahmen. In der Frage der Stellung des Sektionentags fiel die Entscheidung offenbar zur Zufriedenheit des Alpenvereins aus, obwohl sie weiterhin nicht sehr klar umrissen schien. Zu den Hauptausschusswahlen vertrat das Ministerium allerdings einen rigiden Standpunkt. Friedrich Weiß berichtete am 16. Juli 1937, am Vortag der Hauptversammlung, dem Hauptausschuss darüber:

»Hinsichtlich der Besetzung der H.A.-Sitze wird im Erlaß festgestellt, daß die Neuwahl von H.A.-Mitgliedern eine gemischte Angelegenheit ist. Vorschriften über Neuwahlen seitens des Reichssportamtes können nicht erlassen werden. Der Ausdruck ›gemischte Angelegenheit‹ bedeute, daß Vereinsleitung und Reichssportamt, bzw. D.B.V. oder Sektionentag [sich] über die Vorschläge zu einigen haben. Kommt die Einigung nicht zustande, so wird eine Besprechung in Berlin stattfinden. Für die diesjährigen Wahlen haben wir uns geeinigt und eine Lage vermieden, die noch heute Morgen katastrophal aussah.«[350]

Diese Vorgangsweise entsprach geradezu einer Erpressung durch das Sportamt: Für den Fall einer Nicht-Einigung von Vereinsleitung und Reichssportamt über die Neuwahl der Mandatare müsste diese entweder – satzungswidrig – verschoben werden oder, falls sie nicht nach den

346 Sektion Neuland an Verwaltungsausschuss, 18.6.1936, Archiv DAV, BGS 1 SG/214/1.
347 Hauptner an Verwaltungsausschuss, 24.11.1936, mit handschriftlichem Vermerk Cuhorst, 28.11.1936, Archiv DAV, BGS 1 SG/42/4.
348 Sektion Bielefeld an Verwaltungsausschuss, 15.4.1937, mit handschriftlichem Vermerk Cuhorst, 19.4.1937, abgebildet bei Kreie, Der Weg, 64.
349 Protokoll der 110. (erweiterten) Verwaltungsausschuss-Sitzung, 7.5.1937.
350 Protokoll der 58. Hauptausschuss-Sitzung, 16.7.1937.



Hauptversammlung in Vaduz 1934, Eingang zum Rathaus.



Hauptversammlung in Garmisch 1936. Am Rednerpult der Tiroler Landeshauptmann Josef Schumacher.



Hauptversammlung in Garmisch 1936. Blick in den Saal.



Hauptversammlung in Garmisch 1936. Einzug der Delegierten in Innsbruck.



Hauptversammlung in Garmisch 1936. Im Gastgarten des ›Grauen Bären‹ in Innsbruck.



Hauptversammlung in Kufstein 1937. Blick zur Festung.



Hauptversammlung in Kufstein 1937. Eingang in das Tagungszelt.



Hauptversammlung in Kufstein 1937. Blick in das Tagungszelt.

Wünschen des Reichssportamts ausgehe, wegen einer Verletzung des Berliner Abkommens Folgen für den Bestand des Vereins im Deutschen Reich haben.

Man einigte sich im Hauptausschuss also auf vier deutsche Kandidaten, von denen drei dem ursprünglichen Vorschlag des Reichssportamts entsprachen, darunter mit Bechtold und Hartmann zwei Männer aus der engsten Umgebung Paul Bauers.

Klebelsberg bemerkte, dass im Bescheid des Ministeriums »mit überraschender Schärfe der Standpunkt zum Ausdruck gebracht« wurde,

»[…] daß die Wahl reichsdeutscher H.A.-Mitglieder nicht anders als im Sinne des Reichssportamtes und des D.B.V. vollzogen werden dürfe. […] Würde dieser Standpunkt im Reich eingenommen, wäre das Entsprechende die Folge für Oesterreich. Wir hätten dann einen von der reichsdeutschen und von der österreichischen Sportsführung beschickten H.A., der den Bedürfnissen des D.u.Oe.A.V. nicht entsprechen würde. Ich bitte daher alle Anwesenden, die ein

Hauptversammlung in Garmisch 1936: Die Alpenvereins-Mitteilungen erscheinen erstmals als Illustrierte.



Herz für den D.u.Oe.A.V. und seine gesamtdeutsche Einheit haben, mit allen Mitteln an welcher Stätte immer ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß derartige Standpunkte nicht wieder, sei es auch nur zwischen den Zeilen, aufscheinen.«[351]

Ein Ende des Machtkampfes zwischen Alpenverein und Fachamt war weiterhin nicht absehbar.

Am 10. Oktober 1937 verunglückte Fritz Rigele tödlich. Klebelsberg, Weiß, von Lex, Tschammer sowie Bauer waren am 27. Oktober 1937 bei Innenminister Wilhelm Frick geladen, um über seine Nachfolge zu verhandeln. Klebelsberg berichtete über diese Besprechung in seinen *Erinnerungen*: »Es gab ein zähes Geplänkel, wir zwei [Klebelsberg und Weiß, Anm. d. V.] schlugen Borchers vor, drangen damit aber nicht durch, die anderen präsentierten einen jungen Mann, von der Schulenburg, den ich als Unbekannten im Alpenverein ablehnte.«[352]

Mit Jahresende bestellte Tschammer seinen Stellvertreter und Leiter des Gaues Ausland im Deutschen Reichsbund für Leibesübungen, Wolf Werner Graf von der Schulenburg, zum kommissarischen Leiter des Sektionentages und Weiß zu seinem Stellvertreter; überdies wurde Weiß in den Führerstab des Deutschen Bergsteigerverbandes berufen.[353] Mit von der Schulenburg hatte der Alpenverein Glück; er sollte sich nach dem ›Anschluss‹ als verlässlicher Partner des Alpenvereins erweisen.

Zuvor wollen wir aber noch einen Blick auf die Lage des Alpenvereins in Österreich in diesen Jahren werfen.

Der Alpenverein in Österreich

Nach dem ›Anschluss‹ Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 verfasste Generalsekretär Schmidt-Wellenburg einen Rückblick auf die letzten Jahre, als jede nationalsozialistische Betätigung in Österreich verboten gewesen war. Darin stilisierte er den Alpenverein geradezu zu einem Verein von Verfolgten des Ständestaates:

»Wie glücklich sind wir heute, lächeln, ja lachen zu können über jene Zeit; über die Sektionsausflüge deutsch-österreichischer Sektionen unter Gendarmeriebewachung, die Jugendgruppen- und Sektionszusammenkünfte unter Beobachtung durch einen Staatskommissar, über die Alpenfeste und Trachtenkränzchen, betreut von Gummiknüppeln, über zensurierte Sektionsblättchen, Hausdurchsuchungen auf Schutzhütten, Flaggenverbote, verhaftete Bergführerschulen, abgesetzte und eingesperrte Sektionsführer, Beiräte, Vertrauensmänner, über verbotene Vorträge, geöffnete Briefe, überwachte Ferngespräche, über Vorladungen, Verhöre, Strafen – über all die kleinen, kleinlichen, nutzlosen Quälereien. Und über jene Presse, die der in diesem Fall für sie vermutlich einträglichen Wahrheit ziemlich nahe gekommen war, als sie unsere österreichischen Zweige und Schutzhütten ›braune Oasen‹, unsere Jungmannen und Jugendgruppen hochverräterische braune Nazibanden nannte und den Staat zum Verbot und zur Vermögensbeschlagnahme aufpeitschte.«[354]

Was traf zu von dieser Selbststilisierung im Jahr 1938? Aufgrund seiner Vorgeschichte seit 1921 galt der Alpenverein in Österreich als völkisch und damit – von 1933 an – als den Nationalsozialisten nahestehend. Die Zuspitzung der innenpolitischen Lage in Österreich führte im Juni 1933 zum Verbot jeder nationalsozialistischen Tätigkeit, die Grenzen waren beidseitig gesperrt. Der Alpenverein als überstaatlicher Verband war zwar, wie gezeigt, in seiner Tätigkeit eingeschränkt, aber nach wie vor aktionsfähig. Die Verlegung des Vereinssitzes von Innsbruck nach Stuttgart zum Jahreswechsel 1933/34 gab zwar Anlass zur Sorge, ob damit die österreichischen Sektionen einer direkten Einflussnahme des Nationalsozialismus ausgesetzt würden, doch stimmte die Regierung letztlich zu.

In der Folge erschienen immer wieder kritische Zeitungsberichte vor allem aus den der Heimwehr, einer einflussreichen, teils christlich-sozialen, teils nationalen paramilitärischen Organisation, nahestehenden Zeitschriften, die aber keine Konsequenzen nach sich zogen. Das Edelweiß, so der *Heimatschützer* im November 1933, sei inzwischen das Ersatzzeichen für alle verbotenen nationalsozialistischen Parteiabzeichen.[355] Im Zusammenhang mit der Frage, wie die aufgelösten sozialdemokratischen Naturfreunde mit ihren zahlreichen Ortsgruppen neu organisiert werden könnten, trat im Mai 1934 plötzlich der Plan eines »Österreichischen Alpenvereins« ohne Beteiligung deutscher Sektionen ans Tageslicht.[356] Pichl sandte dem Verwaltungsausschuss den »Ausschnitt aus einem Judenblatt«, wie er sich ausdrückte, mit der Bemerkung zu: »Eine tatsächliche Grundlage für diesen Plan ist bisher noch nicht vorhanden.«[357] Der Artikel wurde vielfach zitiert, auch in deutschen Zeitungen,[358] der angebliche Plan blieb aber ein Gerücht. Immerhin formierten sich aber die Tiroler und Vorarlberger Sektionen zu einem am 16. Juni 1934 in Innsbruck abgehaltenen Sektionentag zur ›geschlossenen Abwehr‹. Generalsekretär Moriggl stellte dafür eine Aufstellung zusammen, in der er die enorme Unterstützung der österreichischen Wirtschaft durch deutsche Alpenvereinsmitglieder deutlich machte.[359] Karl Forcher-Mayr, Vorsit-

351 Ebd.
352 Klebelsberg, Erinnerungen, 301.
353 Jahresbericht 1937, in: Mitteilungen des DAV 1938, 145–152, hier 146.
354 Walter Schmidt-Wellenburg, Aus dem Porzellanschrank des Alpenvereins, in: Mitteilungen des DuOeAV 1938, 112–114.
355 Heimatschutz und Alpenverein, Der Heimatschützer, 11.11.1933.
356 Plan zu einem »österreichischen Alpenverein«, in: Neue Freie Presse, 18.5.1934.
357 Pichl an Verwaltungsausschuss, 18.5.1934.
358 U.a. Innsbrucker Nachrichten, 18.5.1934; Tiroler Anzeiger, 22.5.1934; Linzer Tagespost, 22.5.1934; Württemberger Zeitung, 22.5.1934; Stuttgarter Tagblatt, 23.5.1934.
359 Referat Josef Moriggl, 16.6.1934. Archiv OeAV, Sektion Vorarlberg Archiv 19.103.

zender der Sektion Innsbruck, meinte, »eine derartige Kundgebung gegenüber den Landeshäuptlingen und sonstigen Landesmachthabern und damit wohl auch gegenüber der Zentralregierung [werde] von beträchtlicher Wirkung sein.«[360]

Die Aktion der Tiroler und Vorarlberger Sektionen mit Moriggls Ausführungen fanden in einigen Zeitungsberichten ihr Echo; doch noch einmal holte ein wenig verbreitetes Blatt, diesmal der *Sturm über Österreich*, zu einem massiven Angriff auf den Alpenverein aus. Der Alpenverein sei »seit jeher der Tummelplatz des alldeutschen Nationalismus« gewesen, die meisten österreichischen Sektionen seien »gewisse Zentralen für Oesterreich«. In den Hütten treffe man immer wieder »Gruppen von österreichischen Nationalsozialisten, deren Frechheit so weit geht, daß sie, mit schwarz-weiß-roten Binden geschmückt, unter militärischem S.A.-Kommando Patrouillen- und sonstige Uebungen von den Schutzhütten aus durchführen.« Kurzum: »Die Hüttengebiete des Alpenvereines sind braune Oasen in Oesterreich geworden.«

Auf diese Worte bezog sich Schmidt-Wellenburg im bereits zitierten Rückblick auf die Jahre 1933 bis 1938. Der Artikel verwies weiter auf »regelrechte Schmuggelverbindungen zwischen Deutschland und Oesterreich«, über die »das meiste gegen Österreich gerichtete Material« über die Grenze komme. Damit waren nicht nur Propagandaschriften, sondern auch Waffen und Sprengstoff gemeint. Abschließend forderte der *Sturm über Österreich*, gegen den Alpenverein genau so vorzugehen wie gegen die Naturfreunde, ihn also aufzulösen.[361] Nun trat die Tiroler Landesregierung für den Alpenverein ein und ließ verlautbaren, »diese schwere Beschuldigung gegen eine Einrichtung, wie es der D.u.Oe. Alpenverein ist, [könne] nicht unwidersprochen bleiben. Wenn auch in einzelnen Fällen festgestellt wurde, daß Nationalsozialisten glaubten, in Schutzhütten Gelegenheit zu ungestörten Zusammenkünften zu finden, so kann daraus dem Alpenverein und seinen Sektionen kein Vorwurf gemacht werden.«[362]

Der starke Einsatz der Tiroler Landesregierung für den Alpenverein sollte noch weitergehen. In einer Rede appellierte Bundeskanzler Engelbert Dollfuß am 24. Juni 1934 an die nationalen Vereine, ein Bekenntnis zu Österreich abzugeben. »Es ist unser Wille«, so Dollfuß, »auch die nationalen Organisationen in unsere Volksgemeinschaft einzugliedern, und wir werden die Möglichkeit dazu schaffen und nicht kleinlich dabei sein.«[363] In Pressebemerkungen wurde die Rede »noch dahin näher erläutert, daß die Behörden nunmehr der Tätigkeit des Deutschen Turnerbundes 1919, des Ostmärkischen Sängerbundes, des Deutschen Schulvereines, des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereines und der nationalen Studentenverbindungen erhöhtes Augenmerk zuwenden wollen, um erforderlichenfalls gegen sie vorzugehen bzw. sie aufzulösen.«[364]

Dass der Alpenverein in einer Reihe mit betont deutschnationalen Vereinen genannt wurde, empörte so manches Mitglied. Josef Prochaska, Innsbrucker Mitglied des Hauptausschusses, antwortete im regierungsnahen *Tiroler Anzeiger* darauf: Man könne einen Vereinsvorstand nicht für »Entgleisungen einzelner seiner Mitglieder auf dieser oder jener Hütte, für alpinen politischen Unfug in dieser oder jener Art verantwortlich machen«. Dass der Alpenverein »in einem Atem mit den nationalen Studentenverbindungen« genannt wurde, ärgerte Prochaska besonders, »denn der erstere Verein arbeitet für die Allgemeinheit und die letzteren in erster Linie für eigene Interessen und erst mittelbar für das Volk.«[365] Der Tiroler Landeshauptmann habe daraufhin, so Prochaska in einem Schreiben an den Verwaltungsausschuss, bei der Regierung in Wien in ganz entschiedener Weise gefordert, »dass seine Person unbedingt vorher verständigt werden müsse, wenn man etwas mit dem D.Ö.A.V. vorhabe.«[366]

Während 1934 eine Reihe von Vereinen des Deutschen Turnerbundes vorübergehend aufgelöst wurde und der Österreichische Skiverband 1935 einen Regierungskommissar vorgesetzt bekam,[367] sind vergleichbare Maßnahmen gegen Alpenvereinssektionen nicht bekannt. Das mag zum einen daran liegen, dass sich die Tätigkeit der Alpenvereinssektionen und ihrer Mitglieder nicht in öffentlichen Veranstaltungen abspielte, die vorwiegend für nationalsozialistische Aktivitäten genutzt wurden;[368] zum anderen daran, dass all jene Aktionen, die sich in den Bergen abspielten, selten aufgeklärt werden konnten. Die an steilen Felsenwänden aufgemalten riesigen Hakenkreuze konnten nur Alpinisten zustande gebracht haben, und zum Schmuggel von Propagandamaterial und Sprengstoff von Deutschland nach Österreich war Ortskenntnis gefordert. Vermutlich wurden zahlreiche Jugendgruppen von der illegalen Hitlerjugend zur Tarnung genutzt,[369] aufgedeckt wurden nur ganz wenige Einzelfälle[370]. Klebelsberg als damals Erster Vorsitzender wies die dahingehenden Verdächtigungen nicht grundsätzlich zurück, wie er in seinen *Erinnerungen* berichtete:

> »Schutzhütten fungierten als Treffpunkt der ›Illegalen‹, die Wirtschafter taten natürlich, auch ohne Nazi zu sein, gerne mit, auf 10 Verschwörer aber kam in Österreich mindestens ein Plauscher, wenn nicht Verräter – so wurde der Alpenverein zum ›Schutzpatron‹ der Hochverräter, ohne an sich etwas dafür zu können. Auch das sah der Sicherheitsdirektor [von Tirol, Anton Mörl, Anm. d. V.] ein und machte keine weiteren Geschichten.«[371]

Die Eingliederung in die im Herbst 1934 gegründete Österreichische Turn- und Sportfront, der Pichl mit einem Artikel unter dem Titel *Der Deutsche und Österreichische Alpenverein ist kein Sportverein* in den *Mitteilungen*[372] öffentlich entgegentrat, blieb für den Verein ohne Folgen. Sie demonstrierte zwar die Unterordnung des Sports, darunter auch des Alpinismus, unter die Politik,[373] es blieb aber bei der Demonstration. In die Leitung der Gruppe 13 (Alpinistik) der Turn- und Sportfront wurde zunächst Otto Schutovits, Vorsitzender der Sektion Österreichischer Gebirgsverein, bestellt,[374] 1936 dann Hermann Schneck, der ebenfalls ganz im Sinne des Alpenvereins arbeitete und 1938 zum kommissarischen Leiter des Österreichischen Alpenklubs bestellt wurde.[375]

Die ›Gummiknüppel‹, von denen Schmidt-Wellenburg 1938 sprach, bekam der Alpenverein nicht zu spüren, eher schon die ›kleinen, kleinlichen, nutzlosen Quälereien‹. Zu den größeren davon zählte die Sperrung von Schutzhütten, die sehr stark von regionalen Gegebenheiten und Persönlichkeiten abhängig war. Vom Kufsteiner Bezirkshauptmann wurden im Juni 1934 vier Hütten gesperrt, davon zwei Alpenvereinshütten;

360 Forcher-Mayr an Moriggl, Innsbruck, 9.6.1934. Ebd.
361 Der Deutsch-österreichische Alpenverein!, in: Sturm über Österreich, 24.6.1934 [Anm.: Die Zeitung erschien offenbar vor dem angegebenen Veröffentlichungsdatum].
362 Die Tiroler Landesregierung und die Hetze gegen den Alpenverein, in: Neueste Zeitung (Abendausgabe der Innsbrucker Nachrichten), 24.6.1934.
363 Bedeutsame Worte an die nationale Turnerschaft, in: Wiener Zeitung, 25.6.1934.
364 Eine wichtige Entscheidung, in: Innsbrucker Nachrichten, 27.6.1934.
365 Dr. Josef Prochaska, Die Debatte um den Alpenverein, in: Tiroler Anzeiger, 6.7.1934.
366 Josef Prochaska an Verwaltungsausschuss, Innsbruck, 7.7.1934.
367 Matthias Marschik, Turnen und Sport im Austrofaschismus (1934–1938), in: Emmerich Talos/Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938, Wien 2005, 372–389.
368 Marschik, Turnen und Sport, 381.
369 Bendler, Deutschnationalismus und Antisemitismus, 117f.
370 Johanna Gehmacher, Jugend ohne Zukunft. Hitler-Jugend und Bund Deutscher Mädel in Österreich vor 1938, Wien 1994, 345.
371 Klebelsberg, Erinnerungen, 94.
372 Eduard Pichl, Der Deutsche und Österreichische Alpenverein ist kein Sportverein, in: Mitteilungen des DuOeAV 1935, 81–83.
373 Marschik, Turnen und Sport, 377.
374 Protokoll der 53. Hauptausschuss-Sitzung, 1.6.1935.
375 Mitteilungen des DuOeAV 1936, 46; 1938, 181 u. 226.

Franz Nieberl, Vorstand der Sektion Kufstein, vermutete dahinter die Begünstigung von vaterlandstreuen Hüttenpächtern.[376]

Kleinere Beispiele für Eingriffe von Behörden zeigt uns das Protokollbuch der Sektion Amstetten in Niederösterreich: Im Januar 1936 beschlagnahmte die Gendarmerie das Hüttenbuch in der Amstettner Hütte wegen politischer Eintragungen, die zu dieser Zeit bereits älteren Datums waren.[377] Die Hütte wurde daraufhin durch Heimwehr und Gendarmerie überwacht; »die Sektionsleitung hat die Aufhebung dieser Überwachung durch Verpflichtung der eigenen Überwachung erreicht [...]«.[378]

Die Hauptversammlungen als politische Inszenierungen

Die jährlichen Hauptversammlungen, an denen ein Großteil der Sektionsvorsitzenden teilnahm und über die in der Presse berichtet wurde, hatten sowohl nach innen als auch nach außen hin eine enorme symbolische Bedeutung. Während all der Jahre, in denen der Alpenverein immer wieder seine Existenz bedroht sah, gestalteten sie sich meistens als sehr feierliche Veranstaltungen. Der Alpenverein knüpfte damit an seine Tradition an und inszenierte eine großdeutsche Harmonie, die in krassem Gegensatz zur staatspolitischen Situation stand.

1933 und 1934 konnten die Hauptversammlungen weder in Österreich noch im Deutschen Reich stattfinden. So traf man sich in Vaduz; schließlich hatte der Alpenverein auch in Liechtenstein eine Sektion. Die Tagung des Jahres 1933 stand ganz im Zeichen der angespannten Lage im Deutschen Reich, in dem die künftige Stellung des Alpenvereins und seiner Sektionen noch völlig offen war. Den Verhältnissen entsprechend war eine einfache Arbeitstagung angesagt; vorliegende Berichte zeugen dann aber von einer offenbar nicht erwarteten positiven Stimmung. Das Wiedersehen vertrauter Gesichter und die neuerliche Zusammenkunft trotz der Grenzsperren trugen sicher dazu bei, ebenso wie die Gastfreundschaft der Liechtensteiner: Als einen »Ausdruck besonderer internationaler Höflichkeit« habe man es empfunden, dass nicht nur die deutschen, österreichischen und liechtensteinischen Farben gehisst wurden, sondern auch die Hakenkreuzfahne.[379]

Wie schon 1933 und auch in den folgenden Jahren standen in der Vaduzer Hauptversammlung 1934 die zwischenstaatlichen und vereinsinternen Spannungen im Vordergrund, die Versammlung selbst wurde aber als erhebendes Erlebnis wahrgenommen.[380] Richard Schaudig, Vorsitzender der Sektion Freiburg, schloss sich nach der Erledigung der Tagesordnung einer Tour an, »die auch den Reichsdeutschen möglich war, da die Berge um Vaduz auf dem liechtensteinisch-österreichisch-schweizerischen Grenzkamm liegen.« Mit dem Bewirtschafter der Freiburger Hütte, Ludwig Zudrell, stieg er zur Pfälzer Hütte auf, die auf liechtensteinischem Gebiet nah an der österreichischen Grenze steht. »Dort, im traulichen Schein der Petroleumlampe, saß eine kleine Bergsteigergemeinschaft. Österreicher, Reichsdeutsche? Nein, Deutsche, verbunden durch Blut und Kultur und gemeinsame Liebe zu den Bergen.«[381] Ehrenvorsitzender Sydow – für ihn war es die erste Versammlung seit 1912, die er nicht selbst leitete – schwelgte ebenfalls in ›gesamtdeutschen Gefühlen‹. In das Gästebuch des Kurhauses von Gaflei trug er folgende Worte ein:

»Aufwärts den Schritt
zu den Gipfeln der Berge.
Aufwärts den Blick
zu den Höhen der Hoffnung
Umschau zu halten
im deutschen Raum
und zu seh'n im Geiste
in sonniger Zukunft
ein freies,
ein großes
geeintes
Deutschland.
Reinhold von Sydow
Bergheil!«[382]

In zähen Verhandlungen hatte der Alpenverein kleine Zugeständnisse bezüglich der Tausend-Mark-Sperre erreicht: Monatlich durfte je ein Mitglied einer Sektion, bei großen Sektionen waren es zwei bis drei Mitglieder, gebührenfrei nach Österreich reisen. Nun schien es für 1935 möglich, eine Hauptversammlung in Österreich abzuhalten, als Tagungsort wählte man Bregenz. Generalsekretär Schmidt-Wellenburg berichtete über die schwierigen Vorbereitungen:

»Fast wäre es an einer heute lächerlichen Kleinigkeit gescheitert: es war üblich und unumgänglich nötig (dies nach Ansicht der Reichsbehörden und des Deutschen Botschafters von Papen in Wien), daß neben den Staatsflaggen aller im DuOeAV vertretenen Länder Österreich, Liechtenstein, Tschechoslowakei, Holland, Polen, Chile selbstverständlich auch die Flagge des Deutschen Reiches nicht fehlen durfte. Die aber trug das Hakenkreuz [für Deutschland waren grundsätzlich die schwarz-weiß-rote und die Hakenkreuzfahne gemeinsam zu hissen, Anm. d. V.] und das wiederum war im Heimatwehr-Österreich verboten.«

In letzter Minute gab das Innenministerium in Wien die Genehmigung zum Hissen der Hakenkreuzfahne; die deutsche Regierung spendierte ein gebührenfreies Ausreisevisum für je zwei Vertreter der über dreihundert reichsdeutschen Sektionen.[383] Die Hakenkreuzfahne in Österreich zu zeigen, scheint tatsächlich ein sensationelles Ereignis gewesen zu sein: »Es war ein großer Tag in dem jetzt so fremdenleeren Bregenz und die Vorarlberger Freunde waren in großer Zahl, auch ohne den Anreiz, als Sektionsvertreter zu erscheinen, gekommen. Dauernd standen sie um die Symbole des deutschen Reiches herum und konnten sich nicht sattsehen daran«, berichtete die Sektion Tübingen.[384]

Für 1936 wurde die Hauptversammlung in den Olympiaort Garmisch einberufen. Diesmal konnte die Alpenvereinsleitung der Versammlung entspannt entgegensehen, denn Anfang Juni hatte sie vom Innenministerium weitgehende Zugeständnisse in ihrem Streit mit dem Deut-

376 Sektion Kufstein (Nieberl) an Verwaltungsausschuss, 5.7.1934, Archiv OeAV, SE 104.302.

377 Protokollbuch Sektion Amstetten, 1. Leitungssitzung vom 13. Jänner 1936, Archiv Sektion Amstetten.

378 Protokollbuch Sektion Amstetten, 24. Jahres-Versammlung am 12. Dezember 1936, Archiv Sektion Amstetten.

379 Richard Schaudig, Hauptversammlung des D.u.Ö. Alpenvereins, in: Nachrichten der Sektion Freiburg im Breisgau des DuOeAV, 4. Vierteljahr 1933, 2–4.

380 Klebelsberg, Erinnerungen, 89.

381 Richard Schaudig, Die 60. Hauptversammlung in Vaduz, in: Nachrichten der Sektion Freiburg im Breisgau des DuOeAV, 4. Vierteljahr 1934, 2–4.

382 Mitteilungen der Sektion Berlin 1934, Nr. 315 (November), 266–269, hier 267.

383 Schmidt-Wellenburg, Alpenvereinsgeschichte, 89.

384 Jahresbericht der Sektion Tübingen des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins 1935, 3.

schen Bergsteigerverband erhalten. Als schließlich am 11. Juli 1936 das sogenannte Juli-Abkommen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich getroffen wurde, das die Aufhebung der Tausend-Mark-Sperre in Aussicht stellte, war eine freudige Versammlung zu erwarten. Reichsinnenminister Wilhelm Frick hatte seine Teilnahme zugesagt; der Alpenverein legte daher besonderen Wert auf eine entsprechend repräsentative österreichische Vertretung. Klebelsberg hatte bereits im Juni den Tiroler Landeshauptmann Josef Schumacher eingeladen; Bundeskanzler Kurt Schuschnigg bat den Landeshauptmann schließlich teilzunehmen, mit dem Zusatz: »Wenn Herr Minister Dr. Frick sich aggressiver Bemerkungen gegen Österreich enthält, wolle der Herr Landeshauptmann eine entsprechende Ansprache halten.«[385]

Der Verlauf der Hauptversammlung war ganz auf das Abkommen vom 11. Juli eingestimmt; vor allem wurden Reden geschwungen, die Tagesordnung wurde, soweit dies satzungsmäßig möglich war, en bloc angenommen.[386] Nachdem Frick den Teilnehmern der Versammlung kurzerhand freie Ausreise gewährt hatte, fand im Anschluss an die Hauptversammlung, am Nachmittag des 26. Juli 1936, eine Fahrt nach Innsbruck statt, die zu einem Festzug wurde – mit deutlichen politischen Bezügen. Der Enthusiasmus, mit dem die Tiroler Bevölkerung den Besuchern begegnete, war schier unglaublich. Die Grenzsperre wurde in Österreich als entscheidende Ursache des wachsenden wirtschaftlichen Elends betrachtet. »›Wenn die Grenzen sich wieder öffnen‹, lautete die Formel der Verheißung.«[387] Sichtlich befriedigt berichtete Botschafter Franz von Papen an Hitler:

»Der Jubel der Bergsteiger über den Friedensschluß war unbeschreiblich. Nachdem Reichsminister Dr. Frick erlaubt hatte, daß die anwesenden 500 reichsdeutschen Teilnehmer am Nachmittag einen Besuch in Innsbruck abstatteten, hat sich in der Hauptstadt Tirols an diesem Sonntag Nachmittag ein Empfang abgespielt, der unvergeßlich bleibt. […] Die wehenden Hakenkreuzfahnen über den Häuptern einer jubelnden Menge auf dem Marktplatz von Innsbruck scheinen mir eindrucksvoller als viele Berichte dartun, wie weise und vorausschauend es gewesen ist, der deutsch-österreichischen Frage einen neuen Weg zu öffnen.«[388]

In zahlreichen Sektions-Nachrichten und -Jahresberichten finden sich Schilderungen der als besonders eindrücklich erlebten Fahrt nach Innsbruck, so auch im Bericht der Sektion Tübingen:

»Jenseits der nahen Grenze war die Freude der ganzen deutschen Bevölkerung besonders sichtbar. Auf allen Bahnhöfen standen Massen festlich gekleideter Menschen, zum Teil mit Musikkapellen, die zur Begrüßung des Verbrüderungszuges erschienen waren. Die Häuser trugen allermeist Flaggenschmuck und in Innsbruck wurden wir empfangen wie längst erwartete alte Freunde und Verwandte; der Bahnhof, der Vorplatz war gefüllt mit freudig bewegten Deutschen, die uns mit Blumen bekränzten und in Heilrufen, lautem Willkommensgruß nach deutscher Art und gedämpften Heil-Hitler-Rufen ihrer Herzensfreude Ausdruck gaben. Nur die Polizei und die offiziellen Organe schienen keine rechte Freude zu haben. Wo sie standen, mußten die Innsbrucker sich in Acht nehmen, weil ›Heil Hitler!‹ noch strafbar ist in Österreich. Wo aber die Staatsgewalt fern war, tönten umso lauter die deutschen Rufe und Grußbezeugungen. Besonders die Jugend war natürlich bereit, ihrer Begeisterung Luft zu machen.«[389]

385 Klebelsberg an LH Schumacher, 23.6.1936; Schumacher an Klebelsberg, 17.7.1936; Amtsvermerk 22.7.1936 über Anruf von Schmidt-Wellenburg und über Auskunft Bundeskanzleramt, TLA, Landeshauptmannschaft für Tirol 1937, Präs. 1689-XII 57 mit 1386/36 (Fasz. 626).

386 Verhandlungsschrift der 62. ordentlichen Hauptversammlung des DuOeAV zu Garmisch-Partenkirchen am 25. und 26. Juli 1936, 35.

387 Lucie Varga, Ein Tal in Vorarlberg – zwischen Vorgestern und Heute, in: dies., Zeitenwende. Mentalitätshistorische Studien 1936–1939. Hg. v. Peter Schöttler, Frankfurt am Main 1991, 146–169, hier 165.

388 An Hitler gerichteter Bericht v. Papens: »Österreich nach dem 11. Juli …« (Regest 31022), in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945, Online Datenbank De Gruyter (Stand: 25.5.2010).

389 Jahresbericht der Sektion Tübingen des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins 1936, 3–4.

Dinkelacker und Borchers entschuldigten sich jedenfalls persönlich beim Innsbrucker Bürgermeister und beim Tiroler Landeshauptmann dafür, dass »ein paar Heisssporne anlässlich des Einzuges in die Stadt Hackenkreuzfahnen [sic] überraschend hervorgezogen und dabei unter den gegebenen Umständen vielleicht den Eindruck einer Parteidemonstration hervorgerufen hätten«.[390]

Die *Mitteilungen des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins* erschienen 1936 zum ersten und einzigen Mal als illustrierte Sondernummer mit einem ausführlichen Bildteil über den Einzug in Innsbruck.[391] Es schien auch dort so, als hätten die Teilnehmer dieser Tagung ihr persönliches ›Anschlusserlebnis‹ gefeiert.

Die Hauptversammlung 1937 tagte in Kufstein, der Grenzstadt mit besonders vielen reichsdeutschen Einwohnern, zu denen auch der Vorsitzende der örtlichen Alpenvereinssektion Franz Nieberl zählte. Die Tiroler Sicherheitsbehörden hatten umfangreiche Maßnahmen festgelegt: Die Beflaggung am Grenzbahnhof war so geregelt, dass am österreichischen Bahnsteig drei österreichische, am deutschen Bahnsteig drei reichsdeutsche Fahnen – inzwischen war die Hakenkreuzfahne die alleinige deutsche Fahne – aufgezogen wurden. Samstagabend fand eine Heldenehrung statt, nach der die Teilnehmer durch ein Fackelspalier zur Josefsburg zogen, wo das große Tagungszelt stand. Auf den Bergen wurden Höhenfeuer angezündet.

Hatten sich die Hauptausschuss-Mitglieder am Freitag während der Ausschusssitzung noch, wie bereits ausgeführt, in einer »katastrophalen Lage« gewähnt, so war am Samstag in der Vorbesprechung und bei der Heldenfeier sowie am Sonntag in der eigentlichen Hauptversammlung nichts mehr davon zu spüren: In seiner Eröffnungsrede nahm Klebelsberg Bezug auf die vorjährige Hauptversammlung, die »an innerer vereinspolitischer Bedeutung« nicht zu übertreffen gewesen sei. »Das Besondere der heurigen Hauptversammlung liegt vielmehr darin, daß sie vom Besonderen zum Normalen überleitet. Von Vaduz 1933 und 1934 über Bregenz 1935 haben sich unsere Hauptversammlungen an innerer und äußerer Spannung fortzu überboten, bis Garmisch-Partenkirchen 1936 mit dem Höhepunkte die Entspannung brachte.« Diese Versammlung sei »als erste seit vier Jahren wieder auf einfachem, regelrechtem Wege, ohne besondere Bewilligungen, ohne staatliche Vorakte zustande gekommen«.[392] – Die Veranstaltung stand freilich unter massiver, teils verdeckter Überwachung durch Vaterländische Front, Frontmiliz und Gendarmerie.

Nach den zahlreichen Reden, die einmal mehr den großdeutschen Charakter des Alpenvereins betonten, erwies sich die Kufsteiner Hauptversammlung als die erste seit 1932, die tatsächlich eine Arbeitstagung war: Ausgiebig wurde über die Neufassung der Tölzer Richtlinien diskutiert. Sie war allerdings die letzte Arbeitstagung des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins.

Während sich der Alpenverein im Dritten Reich vor dem ›Anschluss‹ Österreichs zwar mit Mühen, aber doch erfolgreich gegen die völlige Eingliederung in das nationalsozialistische Herrschaftssystem wehren

390 Amtsvermerk über Besuch Dr. Borchers; Der Sicherheitsdirektor für das Bundesland Tirol an das Präsidium der Landeshauptmannschaft in Innsbruck, 29.7.1936, TLA, Landeshauptmannschaft für Tirol 1937, Präs. 1689-XII 57 mit 1386/36 (Fasz. 626).

391 Mitteilungen des DuOeAV 1936 (August).

392 Verhandlungsschrift der 63. ordentlichen Hauptversammlung des DuOeAV zu Kufstein vom 16. bis 18. Juli 1937, 16–17.

konnte, trat er nach außen hin immer offener für ein Großdeutschland ein, das zu dieser Zeit nur die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in Österreich bedeuten konnte. Als es so weit war, bekannte sich auch der Alpenverein offen zum Nationalsozialismus und übernahm sogar die Rolle der alleinigen Bergsteigerorganisation im nunmehr Großdeutschen Reich.

Der Alpenverein in Großdeutschland 1938–1945

In der letzten Januarwoche des Jahres 1938 fand in Garmisch-Partenkirchen die Internationale Wintersportwoche statt. Reichssportführer Hans von Tschammer und Osten lud Gäste ein, um sich mit ihnen das Bobrennen anzusehen: Arthur Seyss-Inquart, seit Juni 1937 Staatsrat in der österreichischen Regierung mit dem Auftrag, die ›nationale Opposition‹, also die illegale NSDAP, in irgendeiner Form einzubinden, und Friedrich Rainer, ›Chefideologe‹ dieser illegalen österreichischen NSDAP.[393] »Es sollte über den Deutsch-Österreichischen Alpenverein gesprochen werden.«, sagte Rainer 1946 vor dem Nürnberger Tribunal aus. Alle drei sollten in wenigen Wochen tatsächlich eine Rolle in der Umgestaltung des Alpenvereins spielen, die an diesem Tag aber wohl noch nicht das vorrangige Thema war.

Es war dies die erste persönliche Begegnung zwischen Tschammer und Seyss-Inquart.[394] Im gemeinsamen Gespräch, zu dem sich auch noch von Papen gesellte, tauschten sie ihre Meinungen über die weitere Entwicklung in Österreich, die Legalisierung der NSDAP und ihre Einbindung in die Regierungsgeschäfte aus; vielleicht legten sie hier eine wichtige Grundlage für die folgenden Ereignisse: Am 11. März 1938 übernahmen in Österreich Nationalsozialisten die Macht, Seyss-Inquart wurde Bundeskanzler. Am 13. März, einem Sonntag, marschierten deutsche Truppen unter dem Jubel weiter Teile der Bevölkerung in Österreich ein, der ›Anschluss‹ war vollzogen.

Der ›Anschluss‹ Österreichs an das Deutsche Reich, vom Alpenverein seit Jahren immer wieder öffentlich geäußerte Sehnsucht, sollte für ihn weitreichende Folgen haben. Zweifellos mit echter Begeisterung begrüßten wohl die meisten Mitglieder des Vereins, der seit nahezu siebzig Jahren großdeutsch organisiert war, den ›Anschluss‹. Raimund von Klebelsberg, damals amtierender Erster Vorsitzender, schrieb in seinen *Erinnerungen*: »In der Nacht vom 13. zum 14. März war's mir in den Sinn gekommen: nun ist der Alpenverein zum ›Deutschen Alpenverein‹ geworden.«[395]

Der Alpenverein wird nationalsozialistisch

Während Klebelsberg mit der Stuttgarter Alpenvereinskanzlei die Umbenennung des Alpenvereins in »Deutscher Alpenverein« sowie die Jubelaufrufe zum ›Anschluss‹ abstimmte, waren in Wien bereits erste Personalentscheidungen getroffen worden. Gleichzeitig begannen die Verhandlungen über den Umbau des Alpenvereins in einen nationalsozialistischen Verband, der über die Umbenennung weit hinausgehen sollte. Schon am 14. März wurde Friedrich Rainer mit Zustimmung Tschammers zum Führer der Deutschösterreichischen Turn- und Sportfront ernannt – der Titel wurde noch zweimal geändert –, tags darauf zum Leiter des Politischen Amtes der österreichischen NSDAP. Ende März erweiterte sich seine Machtbefugnis im Sportbereich deutlich, indem er auch noch zum kommissarischen Leiter sämtlicher Sportverbände und Sportvereine Österreichs bestellt wurde.[396]

Als die für den Alpenverein zentrale Persönlichkeit in den ersten Tagen und Wochen nach dem ›Anschluss‹ erwies sich Wolf Werner Graf von der Schulenburg, Leiter des Chefamtes beim Reichssportführer und als Nachfolger Fritz Rigeles Geschäftsführer des reichsdeutschen Sektionentages.[397] Schulenburg, schon in den ersten Tagen nach dem ›Anschluss‹ als Sonderbeauftragter des Reichssportführers Tschammer für Österreich nach Wien entsandt, leitete dort die Eingliederung der österreichischen Sportverbände in den Deutschen Reichsbund für Leibesübungen (DRL), also die Gleichschaltung. Der Generalsekretär des Alpenvereins, Walter Schmidt-Wellenburg, reiste ebenfalls nach Wien, um mit Schulenburg über die Zukunft des Vereins zu verhandeln. Der ›Anschluss‹ war noch keine Woche her, als Schmidt-Wellenburg am 19. März 1938 Klebelsberg die Ergebnisse seiner Besprechungen mit Schulenburg berichten konnte.

»Es ergab sich eine völlige Übereinstimmung darüber und entsprechende Zusage Schulenburgs, dass
a) der DAV. alleiniger und ausschliesslicher Träger des Alpinismus im DRL sein wird. Sowohl in Oesterreich wie im alten Reich. Alle anderen Vereine, Klubs usw. haben sich ihm entweder anzuschliessen oder sich aufzulösen. Auch in Deutschland.«[398]

Demnach werde der Deutsche Bergsteigerverband »überflüssig und verschwindet.«[399]

Der Sitz des Alpenvereins werde dauernd in Innsbruck sein, und schließlich werde sich der Alpenverein nach den Grundsätzen des Reichssportamtes umbilden und sich dem nationalsozialistischen Programm anpassen.

Damit war in kürzestmöglicher Zeit die Entscheidung im Machtkampf zwischen Alpenverein und Bergsteigerverband gefallen und die geplante Sitzverlegung nach Wien gekippt, dabei der Sitz in Innsbruck gleich für »dauernd« erklärt worden, womit Pichls Einfluss zurückgedrängt werden konnte. Mit der Voraussetzung für diese Entscheidung, dem umfassenden Bekenntnis zum Nationalsozialismus, hatte in der Vereinsleitung jetzt offenbar niemand mehr ein Problem.

Schmidt-Wellenburg beriet mit Schulenburg auch die Frage eines neuen Vereinsführers. Als potentielle Kandidaten kamen zunächst Klebelsberg, Pichl, Bauer, Weiß und Dinkelacker in Frage. Bei Klebelsberg und Dinkelacker fehlte nach Schulenburgs Meinung die »weltanschaulich/parteimässige Bindung«, Pichl sei »zu alt – scheidet völlig aus«, für Bauer spreche manches, aber auch vieles dagegen, und gegen Weiß habe er nur einzuwenden, dass er »kein berühmter Bergsteiger« sei. Schmidt-

393 Matthias Marschik, Friedrich Rainer – Sportführer der ›Ostmark‹. Vorläufige Anmerkungen zur Biografie eines politischen Sportlers, in: SportZeiten 6 (2003), H. 3, 7–27, hier 1 u. 11; Johannes Koll (Wien) arbeitet an einer ausführlichen Biografie Seyss-Inquarts, ihm verdanken wir den Hinweis auf die Bedeutung dieser Besprechung; Dieter A. Binder, Seyss-Inquart, Arthur, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950 (ÖBL), Bd. 12, Lieferung 56, 2002, 213f., und Neue Deutsche Biografie 24 (2010), 302f. Online-Verfügbarkeit siehe unter www.biographie-portal.eu.

394 Gespräch mit Dr. Friedrich Rainer, in: Sport-Tagblatt (Wien), 13.4.1938, 1.

395 Klebelsberg, Erinnerungen, 362f.

396 Marschik, Friedrich Rainer, 12–14.

397 Wolf Werner Graf von der Schulenburg wird häufig (z.B. bei Zebhauser, Alpinismus im Hitlerstaat) mit Friedrich Werner Graf von der Schulenburg verwechselt, bei Mailänder auch mit Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg.

398 Schmidt-Wellenburg an Klebelsberg, Wien, 19.3.1938, Archiv OeAV, ZV 4.17.

399 Ebd.

Wellenburg schrieb daraufhin in seinem Bericht an Klebelsberg: »Ich musste einfach lachen und nahm mir die Freiheit, Herrn Bauer die Voraussetzungen [zu den Voraussetzungen zählte es, Erfahrungen in der Vereinsverwaltung und das ›Vertrauen‹ des Alpenvereins bzw. seiner Mitglieder zu besitzen] einfach rundweg absprechen – indem ich ihn als Versager und Blamage für das R.Sp.A. bezeichnete.« Schulenburg habe sich schließlich für Weiß ausgesprochen, »aber *wie* B[auer] wegbringen?«[400] In dieser Frage sollte sich bald noch etwas tun; die übrigen angesprochenen Ergebnisse der Besprechungen wurden umgesetzt.

Die neue Führung

Ende März 1938 war Tschammer in Österreich; wie die ganze nationalsozialistische Elite reiste auch er von Stadt zu Stadt, um für die ›Volksabstimmung‹ über den ›Anschluss‹ Propaganda zu machen. Bei seinem Auftritt in Innsbruck erklärte er die Tiroler Landeshauptstadt zur »Stadt der Bergsteiger«, ein Coup, von Schmidt-Wellenburg eingefädelt.[401] Die weiteren Details zur Umgestaltung des Alpenvereins wurden zügig erledigt; sie sollte ja schon im Juli in der Hauptversammlung vollzogen werden. Im Reichssportamt besprachen Weiß und Schmidt-Wellenburg mit Wolf Werner von der Schulenburg und von Lex am 6. April die wichtigsten Punkte: die ›Totalität‹ des Alpenvereins, also seinen Status als alleinige alpine Organisation, den Satzungsentwurf, die Sitzverlegung nach Innsbruck und die künftige Leitung. Angesichts der »Dynamik der gegenwärtigen revolutionären Umwälzungen« wollte Schulenburg in der Führung des Vereins Persönlichkeiten verankern, »die restlos in der Bewegung stehen«. Entsprechend schlug er als Ersten Vorsitzenden Arthur Seyss-Inquart, den Reichsstatthalter in Österreich, vor, Weiß und Bauer sollten gleichberechtigte Stellvertreter des Ersten Vorsitzenden werden.[402]

Seyss-Inquart war seit 1920 Mitglied der Akademischen Sektion Wien; 1928 verletzte er sich bei einem Sturz am Ortler schwer.[403] Klebelsberg und Dinkelacker, den noch amtierenden Ersten und Zweiten Vorsitzenden, oblag es im April 1938, Seyss-Inquart um die Übernahme des Amtes zu bitten. Dinkelacker schilderte in einem Schreiben an Weiß die Szene: Auf Klebelsbergs »Bitte um Annahme der Führung des Alpenvereins« schwieg Seyss-Inquart zunächst und sagte dann, es sei die »Größe der Aufgabe«, die ihm zu denken gebe. »Dann sagte er, da kann man wohl gar nicht absagen und ich bin in der letzten Zeit an raschen Aufstieg gewöhnt – erst Amtswalter, dann Minister, dann Bundeskanzler und heute Reichsstatthalter und morgen Präsident des Alpenvereins.« Seine Schilderungen aus Wien schloss Dinkelacker mit der Bemerkung, »die Stadt selbst sieht auch schon ganz anders aus, sauber und judenfrei auf dem Ring und in den Kafes [sic] und Theatern.«[404]

Gemäß Schulenburgs Rat, die Vereinsführung mit Männern, »die restlos in der Bewegung stehen«, zu besetzen, wurde auch der neue Verwaltungsausschuss gebildet. Federführend dürfte hier Schmidt-Wellenburg gewesen sein. Für Rechts- und Organisationsfragen wurde Richard Knöpfler gewonnen, der am 13. März 1938 vom Balkon des Tiroler Landhauses die Machtübernahme der Nationalsozialisten verkündet hatte, noch bevor die deutschen Truppen an der Grenze waren.[405] Die

400 Ebd.; Hervorhebung im Original.
401 Ebd.
402 Bericht über die Besprechung vom 6. April 1938 im Reichssportamt, Archiv OeAV, ZV 4.1.
403 Jahresbericht der Akademischen Sektion Wien 1920, Archiv OeAV, SE 4.202. Zwei Wiener vom Ortler abgestürzt, in: Neue Freie Presse, Abendausgabe, 24.8.1928, 2f.
404 Dinkelacker an Weiß, Ammerland, 14.4.1938, Archiv OeAV, ZV 4.1.
405 Anklageschrift der StA Innsbruck, 25.3.1950, TLA, LG Innsbruck, 10 Vr 2608/47.

Dr. Seyß-Inquart als Bergsteiger

Der Deutsche Alpenverein hat sich auf seiner ersten Tagung in Friedrichshafen eine neue Satzung gegeben. Damit waren alle Vereinsehrenämter neu zu besetzen. Auf Vorschlag der Hauptversammlung hat der Reichssportführer Staatssekretär von Tschammer und Osten, den Reichsstatthalter in Österreich, Dr. Artur Seyß-Inquart, zum Führer des DAV. bestellt.

Diese Berufung eines so erprobten Kämpfers und hervorragenden Beauftragten des Führers bedeutet für den Deutschen Alpenverein eine hohe Anerkennung, kennzeichnet aber auch die neue Bedeutung seines Arbeitsfeldes im engsten Einklang mit den Forderungen des nationalsozialistischen Staates in der Blickrichtung der Aufgaben des DRfL. im Neubau von Volk und Reich.

Der Kampfeswille, von dem der jetzige Vereinsführer in seiner politischen Laufbahn die besten Proben abgelegt hat, findet seinen tiefen Rückhalt in einer echten Verbundenheit des Reichsstatthalters mit den Bergen und dem Bergsteigen, an dem er tätigen Anteil nimmt.

Das wird auch belegt durch die Schilderung des alpinen Werdegangs, wie sie Dr. Seyß-Inquart dem „V. B." zur Verfügung gestellt hat.

Die Jugendzeit wurde bis zum 16. Lebensjahr auf dem Flachland bei Olmütz und Iglau, heute sudetendeutscher Siedlungsboden, verbracht. Von Baden bei Wien begann dann die Bekanntschaft mit dem Reich der Berge. Einfachen Wanderfahrten im Wiener Wald folgten Klettertouren zur Hohen Wand, auf Rax und Schneeberg. Vom Heimatland der Mutter, einer Kärntnerin aus Villach, folgten Streifzüge in die Karawanken und zu den Julischen Alpen. Bei einer Durchquerung der Dolomiten blieb es noch bei leichteren Bergfahrten, nach und nach gab sich Gelegenheit, fast alle Alpengebiete kennenzulernen.

Dann kam der Krieg mit dem Frontdienst bei den Tiroler Kaiserjägern und der Wacht an der Kärntener Grenze. Als Führer einer Hochgebirgskompanie und einer Maschinengewehrabteilung in den Stellungen im Sugangertal, Lavarone, Folgaria und im Passubio ging es zwar nicht um klettertechnische Leistungen. Hingegen konnte während der Verwendung als Ausbilder einer Hochgebirgskompanie in den Karnischen Alpen Betätigung auch im Fels erfolgen. Über den Nordabfall des Drohkofels konnte sogar die Hochgebirgs-Maschinengewehrkompanie hinaufgebracht werden, was bei den Italienern einiges Erstaunen erregt hat.

Auch nach dem Weltkrieg wird den Bergen die Treue gehalten, 1919 wird über den Zweig der Wiener Akademiker der Weg zum Deutschen Alpenverein gefunden. Es folgen nun zahlreiche Bergfahrten in Begleitung von Hofrat Dr. Pfann, dem bekannten Wiener Bergsteigerpionier, der in den Westalpen und im Karkorum Bedeutendes geleistet hat und auch durch seine Schriften, u. a. „Was bist du mir, Berg?", den Bergsteigern bekannt geworden ist. Auf diese Bergfreundschaft war der Anschluß an den Österreichischen Alpenklub, eine ausgesprochene hochtouristisch eingestellte Bergsteigervereinigung, zurückzuführen.

In den nächsten Jahren hebt nun eine eifrige bergsteigerische Tätigkeit an. Wenn auch nicht die schweren Wände angegangen werden, so handelt es sich um Fahrten, die große Liebe zu planvoll betriebenem Bergsteigen bekunden. Im Gefäuse wird die Planspitze wiederholt über die Nordwand auf dem Pichlweg betreten, das Hochtor über den Rostkuppengrat, der Kleine Buchstein über den prächtigen Westgrat und von den anderen Seiten bestiegen. Andere Fahrten gelten in der Dachsteingruppe der Großen Bischofsmütze und dem König Dachstein selbst. Eisfahrten führen in den Ötztaler Alpen u. a. auf Schaufelspitze, Weißkugel, Wildspitze, in den Hohen Tauern in der Glocknergruppe auf Großglockner über den Südlgrat, Johannisberg, Wiesbachhorn, Fuscherkarkopf, Glocknerin, Bratschenköpfe, in der Venedigergruppe auf Schlieferspitze, Großer Geiger, östliche Simonyspitze, in den Zillertaler Alpen zur Reichenspitze. Daneben gilt der Besuch den Wiener Hausbergen auf Rax und Schneeberg, dann auch den Berchtesgadener Alpen, wie Schönfeldspitze, Seehorn.

Für winterliche Bergfahrten ist der alpine Skilauf Mittel zum Zweck für zahlreiche Besteigungen in den Niederen Tauern, den Kitzbühler Bergen bei Saalbach, Steinernes Meer (Hochkönig), Hochschwab, Dachstein der nördlichen Kalkalpen hinüber bis zum Weißen Arlberg.

Im Jahre 1928 wurden nach einer Reihe von Besteigungen, die in der Glocknergruppe Hoher Riffel und dem Großglockner galten, mehrere Gipfelfahrten in der Ortlergruppe ausgeführt, darunter als letzte die Überschreitung des Ortlers über den hinteren Grat. Über dieser Fahrt lastete ein Mißgeschick. Beim Abstieg auf dem gewöhnlichen Weg zu den Tabarettawänden stürzte der Gefährte und riß den Begleiter aus dem Stand. Der Sturz hatte eine schwere Fußverletzung zur Folge und ein steifes Bein machte es unmöglich, die nächsten Jahre an Skilauf und Bergsteigen denken zu können. Heute ist der Fuß wieder soweit gebrauchsfähig, daß an Bergfahrten, wie z. B. Watzmann auf dem gewöhnlichen Weg, wieder gedacht und der Skilauf mit Hilfe der Einstocktechnik nach der Fahrweise von Zdarsky wieder gewagt werden kann. So konnte in diesem Frühjahr zu Pfingsten die Hohe Riffel in der Glocknergruppe bestiegen werden.

Gerade in diesem Frühjahr sollte ein längerer Skiurlaub genommen werden, um für die Entscheidungen, die in Österreich im Anzug waren, gewappnet zu sein. Nach einem Besuch beim Reichssportführer von Tschammer und Osten in Garmisch wurde die Skihütte der Wiener Akademiker bei Saalbach in den Kitzbüheler Bergen zum Aufenthalt gewählt. Der Forderung, alsbald nach Wien zurückzukehren, sich entziehen, war unmöglich, und so kam es zu der Teilnahme an den politischen Besprechungen des 12. Februar. Wie sich in Österreich die Dinge entwickelten, ist bekannt, und nach der Übernahme der Staatsgeschäfte mußte weiteren Plänen für Bergfahrten zunächst entsagt werden.

Die deutschen Bergsteiger haben also guten Grund, dem Führer der deutschen Bergsteigerschaft volles Vertrauen zu schenken. Getragen von der Liebe zu den Bergen gilt Wirken und Streben der Ertüchtigung des Volkes in einem edlen Teil der deutschen Leibesübungen.



Reichsstatthalter Dr. Seyß-Inquart, der neue Führer des Deutschen Alpenvereins (rechts), mit Staatssekretär Dr. Friedl Rainer, Gauführer Österreichs im Deutschen Reichsbund für Leibesübungen. Aufnahme anläßlich des Abfahrtslaufes am Großglockner zu Pfingsten, der in Gegenwart des Reichssportführers im Zeichen des geeinten deutschen Sports abgewickelt wurde

Eigenaufnahme des „V. B."

Arthur Seyss-Inquart als Bergsteiger, in: Völkischer Beobachter, 18.7.1938. Im Bild Seyss-Inquart (rechts) mit Gauleiter Friedrich Rainer.

Finanzen führte Gustav Linert. Ende 1937 war ihm das volkspolitische Referat übertragen worden, im Jahr 1938 wurde er Finanzlandesreferent, dann Gauhauptmann.[406] Das Bergführerwesen verwaltete der Magistratsdirektor der Stadt Innsbruck Josef Öfner. Diese drei Männer bekleideten 1938 hohe SS-Ehrenränge. Alle drei waren im Ersten Weltkrieg Heeresbergführer gewesen.

Die Jugendarbeit teilten sich SA (Walter Koban) und HJ (Willi Holzknecht). Dazu kamen mit Franz Angerer, Karl Zeuner und Sebastian (Wastl) Mariner (ab 1940) drei politisch nicht hervorgetretene Referenten. In den Verwaltungsausschuss wurden außerdem zwei Vertraute von Paul Bauer nominiert, nämlich Heinz Außerbauer und Lutz Pistor (bis 1940).[407]

Die beiden Stellvertreter Seyss-Inquarts, Weiß und Bauer, wurden bald nach Kriegsbeginn einberufen. Weiß, der hauptsächlich in Frontabschnitten eingesetzt und 1942 schwer verwundet wurde, zog sich aus der Vereinsführung weitgehend zurück. Bauer, zunächst kränklich, dann im Polenfeldzug, wurde ab 1. Februar 1941 an die Heeres-Hochgebirgsschule in Fulpmes kommandiert, von wo er mit der Alpenvereinsleitung wieder häufiger in Kontakt trat. Einflussreich war der persönliche Referent Seyss-Inquarts für Alpenvereinsfragen, Meinhart Sild. Der zweite Sohn der bekannten Alpinisten Cenzi Ficker-Sild und Hannes Sild, Mitglied der Akademischen Sektion Wien und damit Klubkollege Seyss-Inquarts, war ein fanatischer Nationalsozialist und vertrat eine vehemente Position, wenn es darum ging, dem Alpenverein die Lehren des Nationalsozialismus vertraut zu machen. Schmidt-Wellenburg bezeichnete ihn später, ohne seinen Namen zu nennen, als »einen jungen wichtigtuerischen Studenten«.[408]

In der Hauptversammlung in Friedrichshafen im Juli 1938 wurde schließlich der Übergang vom alten zum neuen Alpenverein vollzogen. Dass der recht abrupte und beinahe vollständige Wechsel in der Vereinsführung keine feindliche ›Machtübernahme‹ war, sollte die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft zeigen, mit der Sitz und Stimme im Hauptausschuss verbunden waren: Sie erging an die drei ehemaligen Ersten Vorsitzenden Sydow, Rehlen und Klebelsberg sowie an Dinkelacker und Pichl.[409]

Die neue Satzung

Die neue Vereinssatzung war eine Mischung aus den Formulierungen des Reichsbundes für Leibesübungen und denen des Alpenvereins. Die Zweckbestimmung, Paragraf 1 Absatz 2, begann nun mit dem Satz: »Zweck des Vereins ist die leibliche und seelische Erziehung der in den Zweigvereinen zusammengesetzten Deutschen durch planvoll betriebene Leibesübungen und Pflege des Volksbewußtseins im Geiste des nationalsozialistischen Staates.« Daran schloss sich die beinahe unveränderte Zweckbestimmung der alten Alpenvereinssatzung an, gestrichen wurde der Satz »Der Verein ist unpolitisch […].« In Absatz 3 hieß es nun: »Sein Betätigungsfeld sind die Gebirge der Erde, sein Arbeitsgebiet die Ostalpen«; Absatz 4 hielt die Mitgliedschaft am Reichsbund fest: »Er ist von diesem als einziger Fachverband für Bergsteigen im Deutschen Reich und somit als allein zuständig und allein verantwortlich für Bergsteigen anerkannt.«

Auch in der Beschreibung der fachlichen Arbeit des Alpenvereins kam es gegenüber der letzten Fassung von 1927 zu einigen Neuerungen, insbesondere im Naturschutz, die im Druck hervorgehoben werden:

»§ 2 (1) Mittel zur Erreichung des Vereinszweckes sind insbesondere: Herausgabe *und Förderung* von schriftstellerischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Arbeiten und von Karten, Anlage von Sammlungen solcher Art, *Pflege des Naturschutzes in den Ostalpen, Erwerb und Unterhaltung von Naturschutzgebieten, Pflege des Bergsteigens*, des alpinen Schilaufs, des *alpinen* Jugendwanderns und des *alpinen* Rettungswesens, Förderung des Verkehrs-, Unterkunfts-, und Bergführerwesens, Veranstaltung von gemeinschaftlichen Bergfahrten und Wanderungen, von *Auslandsbergfahrten*, von geselligen Zusammenkünften und von Vorträgen sowie Unterstützung von anderen Unternehmungen, die dem Vereinszweck dienen.«

Zudem wurde in der Satzung jetzt das Führerprinzip verankert. Von den parlamentarischen Gepflogenheiten des Alpenvereins verblieben der Hauptversammlung die Beschlussfassung über das Budget und Satzungsänderungen, außerdem konnte ein Viertel der Sektionen oder die Mehrheit des Hauptausschusses eine außerordentliche Hauptversammlung erzwingen. Was den Satzungen im Gegensatz zu anderen Sportverbänden fehlte, war das Dietwesen, also die politische Erziehung im Verein; Seyss-Inquart habe dies rundwegs abgelehnt, schrieb Schmidt-Wellenburg.[410] Durchgesetzt hatte es sich auch in jenen deutschen Sektionen nicht, die es aufgrund der Einheitssatzungen vor 1938 eingeführt hatten. In den Nachrichtenblättern der Sektionen findet man kaum einmal einen Vortrag oder eine andere Aktivität eines sogenannten Dietwarts.

Generalsekretär Schmidt-Wellenburg sah durch die neuen Satzungen den »Boden für eine etwas mehr autoritäre Vereinsführung, die manchmal wirklich nichts schadet, vorbereitet«, fügte aber mit realistischem Blick hinzu: »Mein Bestreben ist es dabei, nie zu vergessen, daß wir ein Verein sind, auf Freiwilligkeit aufgebaut und daß uns allen nichts nützt, wenn wir an der Spitze noch so schön regieren, wenn uns unten die Leute davonlaufen.«[411]

In der Einheitssatzung für die Zweigvereine des DAV von 1938 war abweichend vom Führerprinzip die Wahl des Vereinsführers auf die Dauer von drei bis fünf Jahren vorgesehen, diese bedurfte aber der Bestätigung des Reichssportführers. Nach der Umbildung des Reichsbundes in den Nationalsozialistischen Reichsbund für Leibesübungen und damit in eine von der NSDAP ›betreute‹ Organisation, entfiel in der nach langen Verhandlungen im Mai 1941 vorgelegten neuen Einheitssatzung für die Zweige diese Wahl: Der inzwischen Zweigführer genannte Vorsitzende sollte nach den neuen Bestimmungen »vom Vereinsführer des DAV dem örtlich zuständigen Sportkreisführer des NSRL. benannt und von diesem im Einvernehmen mit dem zuständigen Kreisleiter der NSDAP bestellt« werden.[412]

406 Urteil des LG Innsbruck, 2.9.1947, TLA, LG Innsbruck, 10 Vr 1271/47.
407 Details zur Besetzung in Archiv OeAV, ZV 4.1, vgl. auch die Biografien von Gebhard Bendler im Anhang dieses Buches.
408 Schmidt-Wellenburg, Alpenvereinsgeschichte, 164.
409 Verhandlungsschrift der 64. ordentlichen Hauptversammlung des DuOeAV (Deutscher Alpenverein) in Friedrichshafen am 16. und 17. Juli 1938, 58.
410 Schmidt-Wellenburg, Alpenvereinsgeschichte, 155.
411 Schmidt-Wellenburg an Hermann Hoerlin, Innsbruck, 14.1.1939, Archiv OeAV, ZV 5.1228.
412 Einheitssatzung für die Zweige des DAV, 14.5.1941, § 9 Abs. 2, Archiv OeAV, ZV 4.39.

Die letzten Juden werden aus dem Alpenverein vertrieben

Während in der Satzung des Gesamtvereins nur von den »in den Zweigvereinen zusammengesetzten Deutschen« die Rede war, enthielt die neue Mustersatzung für Zweigvereine selbstredend einen Arierparagrafen. Schon bei den verschiedenen Entwürfen für eine Mustersatzung für die deutschen Sektionen zwischen 1933 und 1936 war stets die reichsgesetzliche Regelung für den Arierparagrafen bestimmend gewesen. Sie orientierten sich daher 1933 an der strengeren Definition des Berufsbeamtengesetzes, nach dem als ›Nichtarier‹ galt, wer einen jüdischen Großelternteil hatte. Dieses Gesetz hatte aber Ausnahmebestimmungen für Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs und galt für all jene nicht, die bereits vor dem 1. August 1914 Beamte gewesen waren. Den Alpenvereinssektionen wurde freigestellt, ob sie die Ausnahmen dieses Gesetzes für ihre bisherigen Mitglieder analog anwenden wollten oder nicht. Die Einheitssatzung von 1936 orientierte sich dagegen am Reichsbürgergesetz: Nach diesem konnten ›Mischlinge‹, als solche galten alle mit nicht mehr als zwei jüdischen Großelternteilen, die Reichsbürgerschaft besitzen, daher auch die Mitgliedschaft in einer Alpenvereinssektion. Damit wurden die antisemitischen Bestimmungen der Sektionen gelockert, und so wurde die Satzung auch ausgelegt, wie einzelne Fälle belegen.

Wie in vielen Bereichen setzte auch in dieser Detailfrage nach dem ›Anschluss‹ Österreichs eine neue Dynamik ein. »Gibt es in der deutschösterreichischen Turn- und Sportbewegung eine Judenfrage?«, stellte sich Friedrich Rainer, oberster Führer dieser Turn- und Sportbewegung, eine rhetorische Frage. In der »Ostmark« als »Wiege der judenreinen Turnbewegung« seien bei der Machtübernahme im März 1938 bereits mehr als neun Zehntel aller Turn- und Sportvereine »völlig frei von Juden und Mischlingen« gewesen. Die übrigen Vereine, in denen auch nur wenige Juden vertreten waren, hätten sich »in spontaner kameradschaftlicher Entschließung dieser Zeitgenossen entledigt.« Die Arbeitervereine waren ja schon seit 1934 aufgelöst und die jüdischen Vereine kamen für Rainers Überlegungen nicht in Betracht. Im »Altreich« sei man noch nicht so weit, es gebe aber keinen Anlass, so Rainer, »diesem klaren reinen Zustand gegenüber irgendwelche Zugeständnisse zu machen«. Die »kämpferische Kameradschaft auf dem Gebiete der Leibesübungen« wehre sich jedenfalls dagegen, dass, »pochend auf irgendwelche Bestimmung«, die in Österreich »längst überholt« sei, »oder aus mitleidigen Gefühlen oder aus sportlichen Prestigegründen jemand Aufnahme findet, der nicht rein Deutscher arischer Abstammung ist.«[413]

Wohl aufgrund von Einzelfällen legten Knöpfler und Sild in einer Aussprache im Dezember 1939 für den Alpenverein fest, »den § 3 der Einheitssatzung nach den Richtlinien der NSDAP zu handhaben.« Seyss-Inquart sollte Tschammer um die Erlaubnis dazu bitten. Tschammer verwies in seinem Antwortschreiben an Seyss-Inquart darauf, dass er sich seit dem Beschluss der Nürnberger Gesetze darum bemüht habe, für den Reichsbund strengere Auflagen zu erlangen. Nachdem der Stellvertreter des Führers wie der Reichsminister des Innern dem nicht entsprochen hatten, erreichte er, dass sein Wunsch dem Führer zur Entscheidung vorgelegt werde. Hitler habe daraufhin beschlossen, dass jene Vereine, die vor der Machtergreifung der NSDAP 1933 beziehungsweise 1938 einen strengeren Arierparagrafen besessen hatten, diesen beibehalten dürften; in allen anderen Fällen sei eine strengere Auslegung, das betraf die ›Mischlinge‹ bei Neuaufnahmen, zulässig, nicht aber bei den schon vorhandenen Mitgliedern.

Tschammer bezeichnete diese Lösung als »höchst unglücklich«, da er nun keine entsprechende Anordnung erlassen könne und die Vereine von Fall zu Fall entscheiden müssten.[414] Möglich sei nur eine vertrauliche Information der Vereinsführer, die Seyss-Inquart am 22. Februar 1940 schließlich zur Erläuterung an die Sektionen hinausgab: Die meisten Zweigvereine hätten schon vor der Eingliederung in den Reichsbund für Leibesübungen einen Arierparagrafen in ihren Satzungen gehabt, der »meist sehr streng gehandhabt wurde«. Die neuen Einheitssatzungen bestimmten dagegen, dass »Mitglied des DAV werden kann, wer die Voraussetzungen zur Erlangung des Reichsbürgerrechtes erfüllt.« Damit könnten nun auch »Mischlinge ersten und zweiten Grades« Mitglieder werden. »Aus dieser Sachlage entstanden Unklarheiten, da eine Abschwächung unserer bisherigen Stellungnahme in der Judenfrage nicht erwünscht schien«, so Seyss-Inquart. Er halte die Aufnahme von »Mischlingen jeden Grades« für »untragbar, da sie die Geschlossenheit und den kameradschaftlichen Zusammenhalt innerhalb der einzelnen Zweige [...] stören würden.« Aufnahmeanträge von Mischlingen »sind daher grundsätzlich abzulehnen«; während Mischlinge, die schon Mitglieder waren, deshalb allein nicht ausgeschlossen werden könnten. Ausnahmen seien außerdem zulässig, »wenn der betreffende Mischling Kriegsdienst an der Front geleistet hat oder leistet«.[415]

Seyss-Inquart hatte damit für den Alpenverein die antisemitische Satzungsbestimmung des Reichsbundes für Leibesübungen in der schärfsten zulässigen Variante ausgelegt. Die Sektion Austria bat, auf den Widerspruch zu Rainers Ausführungen von 1938 hinweisend, um eine Aufklärung, da sie zum Ausschluss eines halbjüdischen alten Mitgliedes aufgefordert worden sei.[416] Knöpfler legte die Entscheidung neuerlich Seyss-Inquart vor, da ihm der Aufsatz Rainers bis dahin nicht bekannt gewesen war; Seyss-Inquart blieb aber auf seinem Standpunkt: »Auf den im Aufsatz Rainers dargelegten Standpunkt kann sich wohl der Alpenverein heute auf Grund der neuen Satzungen nicht mehr stellen«, so der eindeutige Bescheid von Seyss-Inquarts Referenten.[417] Der Sektion Austria gab Knöpfler allerdings die Auskunft, der Verwaltungsausschuss schließe sich »dieser Auffassung an und bittet, Mischlinge auszuschließen und solche auf keinen Fall aufzunehmen.«[418] Ob der Verwaltungsausschuss hier Seyss-Inquart bewusst falsch interpretierte und noch schärfere Kriterien ansetzte als dieser, muss dahingestellt bleiben.

Nachdem der Nationalsozialistische Reichsbund für Leibesübungen 1940 schon wieder die Annahme neuer Einheitssatzungen verlangt hatte, um deren Anpassung an die Bedürfnisse des Alpenvereins mit großem Aufwand und auf höchster Ebene verhandelt wurde, genehmigte Tschammer schließlich im Mai 1941 eine spezielle »Einheitssatzung für die Zweige des DAV«. Darin erhielt der Arierparagraf seine letzte im Alpenverein zur Geltung kommende Fassung, genauer gesagt: zwei Fassungen: »a) Angehörige des Zweiges können nicht Personen sein, die nicht

413 Friedrich Rainer, Gibt es in der deutschösterreichischen Turn- und Sportbewegung eine Judenfrage?, in: Gau-Verordnungsblatt des DRL Gau 17, 1. Jg., Nr. 2, Wien 1.6.1938, Abschrift in Archiv OeAV, ZV 4.38.

414 Tschammer an Seyss-Inquart, 13.1.1940, ebd.

415 Rundschreiben des DAV an die Zweigvereine, 22.2.1940, Sammlung Steigerwald.

416 Zweig Austria an DAV, 30.6.1941, ebd.

417 Kroiß (Referent Seyss-Inquarts) an DAV, 30.6.1941, ebd.

418 Knöpfler an Zweig Austria, 30.7.1941, ebd.

deutschen oder artverwandten Blutes oder solchen gleichgestellt sind.« und »b) Angehörige des Zweiges können nur Personen deutschen oder artverwandten Blutes sein.« Die von Seyss-Inquart vorgeschlagene Variante b begründete er Tschammer gegenüber mit »der Haltung des DAV und nahezu aller seiner Zweige seit mehr als fünfzehn Jahren«; die deutschen Bergsteiger würden »eine andere als diese Regelung als untragbar empfinden«.[419] Da sich die bisherige Regelung auf eine Entscheidung Hitlers bezog, setzte sich Seyss-Inquart nicht durch und es blieb bei der Fassung b für die Sektionen, die schon vor 1933 beziehungsweise 1938 einen Arierparagrafen in ihren Satzungen hatten, und bei der Fassung a für alle anderen.

Eingliederung aller alpinen Vereine

Während sich im Deutschen Reich im Zuge der ›Gleichschaltung‹ die weitgehende Überführung von bis dahin privatrechtlich organisierten Vereinen in Verbände der Partei oder staatliche Organisationen erst über einige Jahre hin entwickelte, wurde in Österreich unverzüglich nach dem ›Anschluss‹ ein zügiges Vorgehen eingeschlagen. Bereits am 16. März 1938 ordnete Gauleiter Josef Bürckel, damals kommissarischer Leiter der NSDAP in Österreich, die ›Stillegung‹ aller Vereine und Verbände an, vorerst bis zur Volksabstimmung vom 10. April. Auf Basis dieser Anordnung entstand die ›Dienststelle des Stillhaltekommissars zur Neuordnung des gesamten Vereinswesens‹.[420]

Daraufhin erfolgte die Überführung einer bedeutenden Zahl von Vereinen in den Alpenverein, der zum alleinigen alpinen Verein erklärt worden war. Kein alpiner Verein durfte außerhalb des Alpenvereins stehen. Das traf eine Vielzahl von kleinen alpinen Gesellschaften in Österreich, etwa ein Dutzend in Deutschland, aber auch den Österreichischen Alpenklub. Mit seinen Vertretern hatte Schmidt-Wellenburg bereits in den ersten Tagen nach dem ›Anschluss‹ Gespräche über die Eingliederung des Österreichischen Alpenklubs in den Alpenverein geführt. Dieser wollte seine Selbstständigkeit aber unter keinen Umständen aufgeben; Cenzi Sild wandte sich mit diesem Anliegen an Reichsstatthalter Seyss-Inquart. Schmidt-Wellenburg versuchte in Briefen an Rudolf Schwarzgruber, den Alpenklub umzustimmen und argumentierte damit, dass er aufgelöst werden müsse, wenn er nicht dem Alpenverein beitrete – was er schließlich tat: Der Beitritt des Alpenklubs als Sektion des Alpenvereins wurde in einem Vertrag vom 20. Juni 1938 geregelt. Einer Umbenennung in »Ostmärkischer Alpenklub« wiedersetzte sich der Alpenklub aber so lange, bis auch der Begriff »Ostmark« nicht mehr gebraucht werden durfte, und damit schlief die Angelegenheit ein.[421]

Insgesamt traten 1938/39 sechs alpine Vereinigungen in Deutschland und zwölf in Österreich dem Alpenverein als Sektionen bei, 99 weitere alpine Gesellschaften schlossen sich bestehenden Sektionen an. Mit den militärischen Erfolgen der Wehrmacht kamen neue Sektionen hinzu; zunächst die 18 bisherigen Deutschen Alpenvereine im Sudetenland, die davor nur als befreundete Vereine gelten durften; dann gab es Neugründungen in Straßburg, Litzmannstadt, Krakau, Posen, Cilli, Marburg, Assling und Agram.[422]

419 Erläuterungen zu dem Entwurf vom 3.5.1940 für die Einheitssatzung für die Zweige des DAV, Archiv OeAV, ZV 4.39.

420 Ausführlich dazu Verena Pawlowsky/Edith Leisch-Prost/Christian Klösch, Vereine im Nationalsozialismus. Vermögensentzug durch den Stillhaltekommissar für Vereine, Organisationen und Verbände und Aspekte der Restitution in Österreich nach 1945, Wien 2002 (= Veröffentlichungen der Historikerkommission der Republik Österreich 21).

421 Der Schriftverkehr dazu unter Archiv OeAV, ZV 146.101.

422 Schmidt-Wellenburg, Alpenvereinsgeschichte, 158–162.

Mit der Aufgabe der Eingliederung der vielen kleinen und mittleren alpinen Vereinigungen in Wien und Graz war Julius Gallian betraut, und zwar als kommissarischer Leiter für Alpinistik in Deutschösterreich.[423] Vonseiten des Alpenvereins war Pichl ermächtigt worden, die Verhandlungen mit der Sportführung und den Bergsteigervereinen zu führen; er machte Gallian, der bis 1930 dem Ausschuss der Sektion Austria angehört hatte, zu seinem Mitarbeiter, sodass die Eingliederung der Vereine in einer Hand lag.

Übernahme von Schutzhütten der Naturfreunde und des Alpenvereins Donauland

Kurz nach dem ›Anschluss‹ Österreichs wurden die Bergfreunde und der Alpenverein Donauland aufgelöst. Das Vermögen der Bergfreunde, die bis 1934 errichteten Naturfreundehütten, bekam der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen zugewiesen, jenes des Alpenvereins Donauland zog die Gestapo ein. Da der Alpenverein nunmehr die alleinige alpin tätige Körperschaft im Großdeutschen Reich werden sollte, strebte er die Übernahme der alpinen Schutzhütten der beiden aufgelassenen Vereine an. Die Gestapo wies die Donaulandhütten mit Ausnahme der interessantesten, dem Friesenberghaus, bereits im Mai 1938 dem Alpenverein zu.[424] Über die Naturfreundehütten wurde längere Zeit verhandelt. Gallian als kommissarischer Leiter für Alpinistik führte zunächst Verhandlungen mit den Wiener Vertretern des Reichsverbandes, die aber nicht recht vorangingen. Im Juli 1938 strebten beide Seiten eine »gütliche Bereinigung« an; der Verwaltungsausschuss erstellte einen Vorschlag, nach dem 19 Naturfreundehütten an den Alpenverein gehen sollten, dafür sieben Jugendherbergen sowie eine Ausgleichszahlung an den Reichsverband.[425] Nachdem die Antwort des Reichsverbandes nicht entsprechend ausgefallen war, wandte sich der Alpenverein an Rainer, der inzwischen Gauleiter von Salzburg geworden, aber immer noch als Sportführer in der Ostmark zuständig war. In diesem Schreiben beanspruchte der Alpenverein schlicht alle »alpinen« Schutzhütten für sich.[426] Daraufhin kam es im August 1938 zu einer Besprechung bei Rainer, an der Seyss-Inquart und hochrangige Vertreter des Reichsverbandes teilnahmen. Die dabei getroffene Vereinbarung umfasste die Abtretung von zehn Pachthütten an den Alpenverein, den Kauf von sechzehn Eigentumshütten und eventuell sechs weiteren Hütten, bei denen verschiedene Gauleiter Vorbehalte angemeldet hatten. Dagegen sollte der Reichsverband acht bis neun Jugendherbergen des Alpenvereins ebenfalls käuflich übernehmen.[427] Aber auch diese Vereinbarung hielt nicht, da, wie Gallian mitteilte, die Berliner Zentrale des Reichsverbandes nicht einverstanden war.[428]

Schließlich übernahm Sild die Verhandlungen mit dem Reichsverband. Der Verwaltungsausschuss reduzierte nun im März 1939 seine Wünsche auf ein Minimalprogramm und nannte acht Hütten, die er auf jeden Fall erhalten wollte, sowie vier weitere als Wunschkandidaten und erklärte zugleich, an allen anderen Naturfreundehütten kein Interesse zu haben. Sild berichtete schließlich im April 1939 über das Ergebnis seiner Verhandlungen: Zehn Hütten würden an den Alpenverein ver-

423 Gallian an Verwaltungsausschuss, 19.3.1938, Archiv OeAV, ZV 4.3.

424 Gallian an Verwaltungsausschuss, 16.5.1938, Archiv OeAV, ZV 4.11.

425 Verwaltungsausschuss an Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen, 32.7.1938, Archiv OeAV, ZV 4.11; darin auch der vorangegangene Schriftverkehr mit Gallian.

426 Gallian an Verwaltungsausschuss, 28.7.1938, ebd.

427 Besprechung mit Gauleiter Rainer, 11.8.1938,ebd.

428 Erhardt an Weiß, 26.8.1938, ebd.

kauft, der Reichsverband übernehme höchstens zwei Jugendherbergen; die Ausgleichszahlung wurde pauschal auf 120.000 Reichsmark festgesetzt.[429] Der Großteil dieses Abkommens wurde schließlich umgesetzt. Aus den vorhandenen Unterlagen lässt sich der Kauf folgender Naturfreundehütten durch den Alpenverein oder seine Sektionen nachweisen: Feldkircher Haus (Sektion Saulgau), Kaisertalhütte (Sektion Kufstein), Tribulaunhütte (Sektion Bamberg), Koschutahaus (Sektion Klagenfurt), Sattelberghaus (dieses wurde vom Alpenverein an einen Bergführer verkauft), Wöllanernock-Hütte (Sektion Villach), Buchsteinhaus (Sektion Preßburg), Gaaler-Höhe-Schutzhaus (Alpenverein, der geplante Weiterverkauf an eine Sektion ist nicht zustande gekommen) und das Koralpenschutzhaus (Sektion Wolfsberg).[430]

Nach dem Balkanfeldzug stellte der Alpenverein gleich vorsorglich den Anspruch auf die alpinen Unterkünfte in Slowenien; nicht nur auf jene zwölf, die von Alpenvereinssektionen errichtet und nach dem Ersten Weltkrieg von den Nachfolgestaaten enteignet worden waren, sondern auf alle, »damit es uns dort nicht wieder so geht, wie in der Ostmark und wir dann um viel Geld Dinge kaufen müssen, die naturnotwendig uns gehören«.[431] Sie bereiteten aber nur »Sorgen«, da »ein Objekt nach dem anderen durch die Wirksamkeit der Banden in Flammen aufgeht«, mehr noch: Schon 1943 waren Partisanen auch »auf Altkärntnergebiet übergetreten und haben unsere schöne Klagenfurter Hütte und die Bleiburger niedergebrannt, sodass Dr. Abuja heute schreibt, er verbringe die Sonntage bei den Ruinen seines einstigen blühenden Besitzes.«[432]

Wie nationalsozialistisch war der Alpenverein?

Innerhalb weniger Monate hatte sich der Alpenverein vom März 1938 bis zur Hauptversammlung im Juli in das nationalsozialistische Herrschaftssystem integriert. Schmidt-Wellenburg konnte nach diesem arbeitsreichen Jahr 1938 zufrieden resümieren:

»Der Reichssportführer, unser oberster Schirmherr, ist nun ganz und restlos auf unserer Seite und macht sich in der Tat für uns bei allen möglichen Anlässen sehr stark. Ich habe den Eindruck, daß die alten Zwistigkeiten so allmählich begraben werden, daß auch die Herren Bauer und Pistor sich in die Gegebenheiten fügen und ganz ordentlich mit uns mitmachen. Das Werkl ist, im Ganzen betrachtet, völlig umgestellt und bedarf jetzt einer gewissen Anlauffrist, innerhalb deren man sich einspielt und Erfahrungen sammelt.«[433]

Weniger zufrieden zeigte sich Paul Bauer, der gegenüber Seyss-Inquart den Entwurf des Jahresberichts des Alpenvereins für 1938 kritisierte: Zu sehr sei man darin »bemüht, bei jeder Gelegenheit zu betonen, dass im Alpenverein von jeher schon alles in der richtigen Weise und sogar im Geiste des Nationalsozialismus gehandhabt worden sei.« Dadurch werde die »notwendige Erkenntnis dafür, dass der Geist des Alpenvereins einer Auffrischung bedarf, verhindert und der Wille, innerlich und äusserlich den nationalsozialistischen Ideen, die nun einmal anders sind als manches, was in den gutbürgerlichen Vereinen bisher Gang und Gebe war, endlich allerorts zum Durchbruch zu verhelfen, eingeschläfert.«

Die Einführung des Führerprinzips in den Sektionen, die sich nun fast ausschließlich »Zweige« nannten, hatte kaum praktische Auswirkungen. Einerseits ruhte in der freiwilligen Vereinsarbeit die Leitung einer Sektion ohnehin meistens nur auf wenigen Schultern, sodass sich Sydow in seinen *Lebenserinnerungen* mit einem Vergleich zu seiner Zeit als Vorsitzender der Sektion Berlin (1897–1908) amüsieren konnte: »Führerprinzip, Leistungsprinzip und Kameradschaft walteten, so daß ein SA-Mann Freude daran gehabt hätte.«[434] Andererseits zeigen zwei Beispiele, dass diktatorische Maßnahmen in einem Verein von freiwilligen Mitgliedern nicht einfach hingenommen wurden: Der Vereinsführer der Sektion Noris, Konrad Brunner, wurde Ende 1934 zum Rücktritt gezwungen, nachdem er allzu autoritär vorgegangen war;[435] und selbst Eduard Pichl provozierte 1938 einen Aufstand seines Ausschusses: Als 1938 Julius Gallian über den Umweg des kommissarischen Leiters zum Mitarbeiter Pichls wurde, wandte sich ein Teil des Ausschusses scharf dagegen. Gallian war nämlich 1930 wegen einer nicht näher bekannten, vermutlich finanziellen Verfehlung aus dem Ausschuss der Sektion Austria ausgeschieden. Pichl, gerade mit der Machtvollkommenheit des Vereinsführers ausgestattet, drohte nun dem Ausschuss mit seiner Ersetzung durch einen ihm genehmen Beirat. Das Protokoll der Ausschuss-Sitzung vom 4. April 1938 schließt mit den Worten: »Er verliest das Bestellungsdekret und erklärt, daß diese Ausschußsitzung bis auf weiteres die letzte war.« Erst am 20. Juni 1938 fand die nächste Sitzung statt, in der von der »Beilegung der Meinungsverschiedenheiten« berichtet wurde; daraus geht hervor, dass in der Zwischenzeit nicht nur Angestellte beurlaubt und der Ausschuss abgesetzt worden war – dies wohl von Pichl –, sondern auch Pichl durch einen kommissarischen Leiter, nämlich Ignaz Mattis, ersetzt und eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen worden war.[436] Die Absetzung Pichls wurde wahrscheinlich vom Stillhaltekommissar veranlasst, die Einberufung der außerordentlichen Hauptversammlung von einer ausreichenden Minderheit der Mitglieder. In diesem einzigartigen Fall hatte also die rücksichtslose Handhabung des Führerprinzips einen erfolgreichen Aufstand nach sich gezogen.

Trotz mancher Kritik wie jener von Bauer oder auch von Sild war der Alpenverein nun wohl wirklich im Nationalsozialismus angekommen: Mit der personellen Besetzung der Führung, der neuen Satzung und dem rigorosen Arierparagrafen sowie nicht zuletzt mit dem totalen Anspruch des alleinigen Bergsteigerverbandes im Großdeutschen Reich hatte er alle wesentlichen Merkmale einer nationalsozialistischen Organisation angenommen und sich durch die Verankerung im Reichsbund für Leibesübungen auch formal in den Staatsaufbau integriert.

Die immer seltener und leiser gewordenen Widerstände und das Unbehagen gegen die nunmehr völlige Gleichschaltung fanden kaum noch Platz oder Resonanz. Selten liest man in den Quellen Worte wie jene in der Jahresversammlung der Sektion Berlin vom 11. März 1938. Der langjährige Vorsitzende Rudolf Hauptner hielt es angesichts der nunmehr vollzogenen Eingliederung seiner Sektion in den Reichsbund für Leibesübungen und den damit verbundenen Satzungsänderungen für

429 Verwaltungsausschuss an Sild, 9.3.1939 und 16.3.1939; Sild an Verwaltungsausschuss, 28.4.1939, ebd.
430 Einzelakten zu den Hütten befinden sich in Archiv OeAV, ZV 4.21–4.29.
431 Schmidt-Wellenburg an Weiß, 10.5.1941.
432 Schmidt-Wellenburg an Weiß, 30.6.1943.
433 Schmidt-Wellenburg an Hoerlin, Innsbruck, 14.1.1939, Archiv OeAV, ZV 5.1228.
434 Sydow, Lebenserinnerungen, 258 bzw. 266.
435 Konrad Brunner, Bericht über die Vorgänge in der Sektion Noris des D.u.Ö.A.-V. bei der Hauptversammlung am 5.12.34, Archiv DAV, BGS 1 SG 225/3.
436 Protokoll der Ausschusssitzung der Sektion Austria vom 20. Juni 1938, ÖStA, AVA, Unterricht, Kleinbestand Dt.-Öst. Alpenverein, Karton 1, Verhandlungsschriften über die Ausschußsitzung‹.

seine »Chronistenpflicht, des Gründungsgedankens sich zu erinnern«: »Nach den Grundsätzen, die der Alpenverein vor 69 Jahren aufgestellt hatte, jedem Alpenfreunde seine Tore zu öffnen, hat die Sektion Berlin sich gestaltet, hat sie gewirkt und ist sie sich und jedem seiner alpin begeisterten Mitglieder treu geblieben nach dem Wort ›Auf den Bergen ist Freiheit‹«. Deutlich stellte er den Begriff der Freiheit der staatlich verordneten Eingliederung entgegen und fuhr fort: »Wie das Gesetz es befiehlt, in allem Sein und Handeln dem Volksganzen zu dienen, werden wir unser Sektionsleben gestalten; unwandelbar wird dabei die Liebe bleiben, aus der der Alpenverein entstanden ist, und wir machen uns die Worte des alten Burschenschaftsliedes zu eigen: ›Die alte Schale nur ist fern, Geblieben ist uns doch der Kern, Und den laßt fest uns halten.‹«[437]

Vorbereitung auf den Krieg

In der Friedrichshafener Hauptversammlung standen die Reden noch ganz im Zeichen des Übergangs vom freien Verein in die »nationalsozialistische Leistungsgemeinschaft«; ein konkretes Programm außerhalb des Bekenntnisses zum Nationalsozialismus legten weder Seyss-Inquart noch Tschammer vor. Doch im folgenden Arbeitsjahr zeichnete sich die wesentliche Richtung ab: Die ›Wehrertüchtigung‹ der Jugend für die Gebirgstruppen wurde zur zentralen Aufgabe des Alpenvereins. Ende Mai 1939 traf die Reichsjugendführung mit dem Alpenverein eine Vereinbarung, die, auf den im Deutschen Reich schon 1936 getroffenen Abkommen beruhend, die Bildung von HJ-Bergfahrtengruppen und deren Dienstordnung regelten. Die Jugendarbeit lag ganz in der Verantwortung der HJ, der Alpenverein sollte nur die bergsteigerische Ausbildung betreuen. Die HJ-Bergfahrtengruppen bildeten zugleich die Jugendgruppen des DAV. Mit der Zielsetzung dieses Abkommens waren zweierlei Interessen verbunden: die Vorbereitung der Jugend für die Gebirgstruppen einerseits und die Möglichkeit, trotz der umfangreichen Verpflichtungen in der HJ Jugendliche an den Alpenverein zu binden, andererseits. Anhand dieses Beispiels lässt sich sehr gut beleuchten, worin die nationalsozialistische Auffassung sich von Vereinsarbeit unterschied. Der Pressedienst des Alpenvereins erwähnte in seinem Bericht über die Frühjahrstagung des Hauptausschusses, bei dem das Abkommen mit der HJ besprochen wurde, die »Hoffnung, daß aus dieser Jugendpflege den A.V. Zweigen der junge Nachwuchs zufließen möge, ohne den eine fruchtbringende Arbeit auf weite Sicht undenkbar ist.«[438] Postwendend wandte sich Sild, persönlicher Referent Seyss-Inquarts in Alpenvereinsfragen, hochgradig empört an Schmidt-Wellenburg: »Das ist ungefähr das letzte, woran wir denken.«[439]

Die bergsteigerische Durchführung dieses Abkommens wurde bereits im vorangestellten Beitrag von Nicholas Mailänder geschildert, ebenso die Einstimmung auf den Krieg durch General Eduard Dietl in der Vorbesprechung der Hauptversammlung Ende Juli 1939 in Graz. Seyss-Inquart kam in seiner Rede in der eigentlichen Hauptversammlung darauf zurück, nachdem er zunächst das Entgegenkommen der HJ-Führung hervorgehoben hatte, das diese gegenüber dem Alpenverein in der Ausbildung der Bergsteigerjugend gezeigt habe. »Der Alpenverein betrachtet es als eine seiner überragendsten Zielsetzungen«, so Seyss-Inquart vier Wochen vor Kriegsbeginn, »den Gebirgstruppen des Heeres einen körperlich geeigneten und bergsteigerisch vorgebildeten Nachwuchs zuzuführen. […] Unter diesem Gesichtspunkt der Nachwuchsausbildung für das Alpenkorps muß unsere Arbeit im Alpenverein stehen.«[440] Der Informationsdienst des Alpenvereins verbreitete Berichte an die Presse unter der Schlagzeile »Eine neue große Zielsetzung des Alpenvereins. Nicht Schutzhütten und Mitgliederziffern im Vordergrund, vielmehr die alpinmilitärische Vorbereitung«[441] und zitierte Seyss-Inquart, der die Zusammenarbeit des Alpenvereins mit der Hitlerjugend »als den *Mittelpunkt unserer ganzen Arbeit*« herausstelle.[442]

Im Frühjahr 1940 erfolgte auf Betreiben Seyss-Inquarts eine Dienstanweisung für die bergsteigerische Ausbildung der HJ,[443] »nachdem die bergsteigerische Ausbildung bisher in der HJ vernachlässigt wurde.«[444] Aus Krakau richtete Seyss-Inquart im Mai 1940 einen Aufruf an die Zweigführer des Alpenvereins, in dem er auf seine Rede in Graz verwies; die bisherigen Erfahrungen seien allerdings nur »teils, teils«, daher sei diese Dienstanweisung ergangen. Die Erfüllung dieser Aufgabe hänge »nunmehr von dem Einsatz und der Durchsetzung des Deutschen Alpenvereins und seiner Zweige« ab. Sie betreffe die Zukunft, »ja selbst den künftigen Bestand des Deutschen Alpenvereins«; der Erfolg in der Jugendarbeit werde der Maßstab für die Zweige sein. Und abschließend: »Ich werde diesen Maßstab anlegen.« Der Verwaltungsausschuss erläuterte den Aufruf noch dahingehend, dass die Initiative zur Errichtung von HJ-Bergfahrtengruppen von den Zweigen ausgehen müsse.[445]

Die Zusammenarbeit zwischen Alpenverein und Hitlerjugend zeigte sich zwar in der Verdoppelung der Mitgliederzahlen der HJ-Bergfahrtengruppen im Alpenverein innerhalb von drei Jahren; wie bedeutend der Beitrag für die Wehrmacht war, lässt sich allerdings schwer abschätzen. Während der jährliche Nachschub der Gebirgstruppen 1943 mit zwanzigtausend Mann angegeben wurde,[446] zählte der Alpenverein im vorletzten Kriegsjahr 1943/44 elftausend Jugendliche, davon 8.868 in den

Jahr	Mitglieder von HJ-Bergfahrtengruppen	Ausgegebene Kinderausweise	Summe
1940/41	4266	1195	5461
1941/42	5816	1726	7542
1942/43	7364	1904	9268
1943/44	8868	2181	11049

Jugend im Alpenverein 1940/41–1943/44.

437 Die Jahresversammlung am 11. März 1938, in: Mitteilungen der Sektion Berlin des Deutschen Alpenvereins 1938, April (Nr. 347), 491–494, hier 492. Das Zitat stammt aus dem bekannten Lied *O alte Burschenherrlichkeit*, das 1825 erstveröffentlicht wurde.

438 DAV Vereinsführung – Informationsdienst Nr. 96, München, 8.5.939.

439 Meinhart Sild (Persönlicher Stab des Reichsministers Dr. Seyss-Inquart) an SW, Wien, 15.5.1939, ZV 8.506.

440 Verhandlungsschrift der 65. (2.) ordentlichen Hauptversammlung des DAV in Graz am 29. und 30. Juli 1939, 23.

441 DAV Vereinsführung – Informationsdienst Nr. 110, München, 23.8.1939.

442 DAV Vereinsführung – Informationsdienst Nr. 103, München, 13.7.1939; Hervorhebung im Original.

443 Gauführer NSRL Bereich 17 Gau 7 Tirol an Zeuner, Innsbruck 22.5.1940, mit Beilage: Dienstanweisung für die bergsteigerische Ausbildung der HJ, Archiv OeAV, ZV 4.203.

444 Zeuner an NSRL Bereich 17 Gau Tirol, Innsbruck, 4.6.1940, ebd.

445 Nachrichtenblatt für die Sektionen 1940, 31.5.1940 (H. 1), 1f.

446 Verhandlungsschrift über den Salzburgischen Sektionentag am 5. Dezember 1943, Archiv OeAV, ZV 4.203.

HJ-Bergfahrtengruppen. 2.181 Kinderausweise wurden zum Teil wohl an Mädchen ausgegeben, an Jungen wohl nur in Sektionen, die keine HJ-Bergfahrtengruppen führten.[447] Diese elftausend Jugendlichen umfassten aber wohl mindestens vier Jahrgänge, sodass allenfalls ein Zehntel der von den Gebirgstruppen erwarteten Mannschaft eine Ausbildung im Alpenverein durchgemacht hatte.

Vereinsarbeit unter dem Zeichen der ›Volksgemeinschaft‹ und im Krieg

Die ›Gleichschaltung‹ im Vereinswesen, die Auflösung aller Vereine, die sich nicht in das nationalsozialistische System integrieren ließen, hatte aus nationalsozialistischer Sicht den einen Sinn: die Eingliederung in eine Gemeinschaft, in die sogenannte Volksgemeinschaft. Die Volksgemeinschaft als reichlich unbestimmter Begriff sollte soziale und kulturelle Unterschiede übertünchen, meist durch Inszenierungen von ›Weihestunden‹ und nationalen Feiertagen, aber auch durch Eintopfsonntage und Straßensammlungen. Nur was der Gemeinschaft nützte, hatte in der nationalsozialistischen Ideenwelt eine Daseinsberechtigung. Diese Grundsätze auch dem Alpenverein verständlich zu machen, bemühte sich Seyss-Inquart schon in seiner Rede vor der Hauptversammlung 1938 in Friedrichshafen:

»Wir alle aber müssen zum äußersten Einsatz bereit sein. Zur beglückenden Vielgestaltigkeit unseres Volkes und unseres Gemeinschaftslebens haben wir Bergsteiger einen wesentlichen Beitrag zu leisten. Wir müssen dieser Gemeinschaft und jedem einzelnen nun auf der geschlossenen und zielbestimmten Grundlage des Nationalsozialismus das Verständnis und die Möglichkeit für alle die Werte vermitteln helfen, die die Berge uns schenken.«[448]

Sild, der eifrig über die ›richtige‹ Auslegung der nationalsozialistischen Lehre wachte, brachte es in seinem Beitrag zur *Zeitschrift* 1939 auf den Punkt. Die »zentrale politische Zielsetzung des planmäßigen und verantwortlichen Einsatzes des Bergsteigens als eines hervorragenden Mittels der weltanschaulich-politischen Erziehung« sei der Auftrag des Alpenvereins, nach dem alle anderen Aufgaben auszurichten seien. Unter den »Hemmungen«, die diesem Ziel entgegenstünden, erkannte Sild unter anderem das »Bedauern, daß nun ›auch das Bergsteigen‹, das man gerne als ein Reservat der ›persönlichen Freiheit‹ gesehen hätte, eine politische Angelegenheit sei«, dass der Alpenverein oft »nur als Mitgliederorganisation betrachtet« werde, und schließlich jenes Bedauern darüber, »›daß wir nicht mehr nur für uns selbst da sind.‹«[449]

Dass der Alpenverein nicht nur für sich selbst da sei, empfanden viele andere Organisationen. Schon im Juni 1938 gab die Vereinsleitung den Sektionen bekannt, dass die bisherigen Regelungen der Hüttenordnung weiterhin in Kraft seien. »In weiten Kreisen [...] hat die Meinung Platz gegriffen, als ob nunmehr die Schutzhütten des Alpenvereins allen Arten von Jugendgruppen, insbesondere von HJ. und BdM. usw. ohne weiteres zugänglich sein müßten.« Zugleich waren bereits mit der Organisation Kraft durch Freude Verhandlungen für eine begünstigte Hüttenbenützung durch deren Gruppen aufgenommen worden.[450] In dem im Herbst 1938 abgeschlossenen Abkommen mit Kraft durch Freude sind bereits jene Grundsätze festgelegt, die der Alpenverein in allen folgenden Verhandlungen mit weiteren Organisationen anstreben sollte: Soweit Kraft durch Freude bergsteigerische Ausbildung betreibe, habe sich die Organisation dazu des Alpenvereins zu bedienen. Alle Abmachungen beziehen sich nur auf geführte, geschlossene Gruppen. Der Alpenverein stellte nicht alle, sondern nur bestimmte, ›geeignete‹ Schutzhütten für die Wandergruppen zur Verfügung und legte die Zeit der Benützungsmöglichkeit sowie die Zahl der Betten und Lager fest, die für Bergsteiger freizuhalten seien.[451]

Diese Politik verfolgte der Alpenverein dann genauso gegenüber der Wehrmacht, der SA und SS, der Waffen-SS und dem Reichsarbeitsdienst, soweit Abkommen überhaupt zustande kamen. Mit der Wehrmacht arbeitete der Alpenverein geradezu freundschaftlich zusammen. General Dietl war selbst Alpenvereinsmitglied und Leiter von Alpenvereins-Jugendgruppen gewesen; nun unterstützte er den Alpenverein tatkräftig, vor allem in der Organisation von Lehrgängen für die HJ-Bergfahrtengruppen, zu denen Ausbildner der Heeres-Hochgebirgsschule in Fulpmes bereitgestellt wurden.[452] Mit dieser und der Gebirgs-Sanitätsschule in Sankt Johann in Tirol war der Alpenverein vielfach verbunden: Der erste Kommandeur in Fulpmes, Oberst Michael Lagger, wurde zum Verbindungsoffizier zwischen Alpenverein und dem Oberkommando des Heeres ernannt; nach seinem Tod im Frühjahr 1941 übernahm Paul Bauer, Stellvertreter des Alpenvereinsführers, das Kommando über die Schule.[453] In Sankt Johann arbeitete Mariner, der 1940 in den Verwaltungsausschuss berufen worden war, an der Entwicklung von Bergrettungsgeräten. Für die Ausbildung von bereits einberufenen Soldaten zu Bergrettungsmännern konnte der Alpenverein bewährte Mitglieder der Bergwacht nominieren.[454]

Die Wehrmacht beanspruchte eine große Anzahl von Hütten, im Frühjahr 1942 beschlagnahmte sie 74 Schutzhütten; für Generalsekretär Schmidt-Wellenburg, der stark besorgt war, dass Hütten während des Krieges unbewirtschaftet und ohne Aufsicht zugrunde gehen würden, eine große Erleichterung: Der Wehrmacht war es nämlich »möglich, den eingerückten Hüttenwirt in die Hütte abkommandieren zu lassen, das bisherige Personal mußte bleiben, die Wehrmacht verpflegte sich selbst und ließ die Hütten-Zusatzverpflegung unangetastet, besorgte aber grundsätzlich den gesamten erforderlichen und weit über die Besetzungszeit hinausgehenden Nachschub von Brennstoffen und allem anderen.«[455]

Theoretisch waren die Schutzhütten bestens versorgt, es gelang dem Alpenverein ausreichend große Kontingente von einfachen und nahrhaften Lebensmitteln zugewiesen zu bekommen. Die Praxis erwies sich dann als kompliziert; die Lebensmittel wurden »nur in kleinsten Mengen angeliefert« und konnten praktisch »nur kilogrammweise auf die Schutzhütten verteilt werden«. Ein großes Problem waren fehlende Transportmöglichkeiten.[456] Trotzdem waren noch 1943 »über 95 % der normalerweise bewirtschafteten Hütten dies auch in diesem Sommer wieder«.[457]

447 Diese sowie die weiteren der Grafik zugrunde liegenden Zahlen aus: Jahresbericht 1940/41, in: Mitteilungen des DuOeAV 1941/42, 89–101, hier 95.
448 Verhandlungsschrift der 65. (2.) ordentlichen Hauptversammlung des DAV in Graz am 29. und 30. Juli 1939, 56.
449 Meinhart Sild, Der neue Weg, in: Zeitschrift des DAV 1939, 7–9, hier 7f.
450 Schutzhüttenbenützung durch alpenvereinsfremde Gruppen, in: Nachrichtenblatt für die Sektionen, 28.6.1938 (H. 4), 35f.
451 KdF. Auf Alpenvereinshütten, in: Nachrichtenblatt für die Sektionen, 17.12.1938 (H. 10/11), 111–113.
452 Schmidt-Wellenburg, Alpenvereinsgeschichte, 183–185.
453 Schmidt-Wellenburg an Weiß, 10.5.1941. Archiv OeAV, ZV 5.1265.
454 Schmidt-Wellenburg, Alpenvereinsgeschichte, 197–199.
455 Ebd., 179.
456 Schmidt-Wellenburg an Frau Weiß, 24.9.1942. Archiv OeAV, ZV 5.1265.
457 Schmidt-Wellenburg an Frau Weiß, 30.6.1943. Ebd.

Neben der Wehrmacht beanspruchten auch sonstige offizielle oder Parteistellen Hütten, sogar für die Kinderlandverschickung wurden vorübergehende Beschlagnahmungen ausgesprochen. Die Schutzhütten waren in einem Ausmaß besucht wie nie zuvor. Es häuften sich aber auch die Klagen über die mangelnde Bergtauglichkeit der zahlreichen Besucher. Als Beispiel sei eine Vorstandssitzung der Sektion Austria im September 1941 genannt: Die Simony-Hütte sei »schrecklich überlaufen«, obwohl kaum Personal da sei. »Unter den Besuchern sind die Bergsteiger in den Hintergrund gedrängt. Wo die Menschenmassen schlafen sollen, weiß niemand. Durch unbergsteigerisches Benehmen ragt vor allem die Jugend, auch HJ hervor. Sie leistet sich die unmöglichsten Sachen und Unglücksfälle sind an der Tagesordnung.« Der Hüttenwart bezeichnete folgende Vorkommnisse als »typische Fälle«: »Mädchen in Schwimmhosen fallen in die Gletscherspalten. Jungen gehen am Abend vom Adamekhaus auf die Schneeberg-Wand klettern, eine Frau stürzt am Dachstein vor den Augen ihres Mannes ab – niemand findet sich, der zur Hütte geht, um den Pächter zu holen, u.s.f.« Auch zwei weitere Hüttenwarte berichteten über Unglücksfälle, bei denen sich lange niemand um die Verletzte – im einen Fall – beziehungsweise um den toten Hitlerjungen im zweiten Fall kümmerte: Dieser war mit fünf Kameraden auf die Hohe Warte gestiegen; nach seinem Absturz setzten die Übrigen ihre Kletterei fort und meldeten den Unfall erst am Abend. Ein Hüttenwart sprach aus, was auch in der Vereinsleitung nahezu einhellige Meinung war: »Man hat die Massen in die Berge gelockt, sie aber für die Berge nicht vorbereitet. Der DAV hat die Häuser nicht gebaut um diese Massen auf die Hütten zu ziehen.«[458] Einzelne Erlebnisberichte bestätigen diese Schilderungen, beispielsweise beschrieb ein Teilnehmer einer Gruppe Berliner Flakhelfer deren Gebirgserfahrung so: »Unser Begleitlehrer hatte vom Hochgebirge so wenig Ahnung wie wir.«[459]

In diesem Sommer 1941 bekam der stellvertretende Vereinsführer Richard Knöpfler einen wenig freundlichen Brief von Günther von der Mengden, Stabsleiter im Reichssportamt: Er wolle eine grundsätzliche Klärung des Verhältnisses zwischen Alpenverein und Nationalsozialistischem Reichsbund für Leibesübungen, ein »enges und herzliches Verhältnis gegenseitiger Förderung«, das derzeit nicht bestehe.[460] Mengden bezog sich auf eine Besprechung im Sommer 1939 in Innsbruck, an der Vertreter des Alpenvereins, des ebenfalls in Innsbruck angesiedelten Fachamtes Ski sowie des Reichsbundes für Leibesübungen teilgenommen hatten. Dabei hatte Mengden die Forderung nach einer weitgehenden Beitragsermäßigung für alle Mitglieder des Nationalsozialistischen Reichsbunds für Leibesübungen erhoben. Diesen sollte gegen den Kauf einer Jahresmarke für den Reichsbund-Pass die gleiche Ermäßigung wie den Mitgliedern gewährt werden. Schon in dieser Besprechung hatte Generalsekretär Schmidt-Wellenburg als Gegenvorschlag angeregt, der Alpenverein könne die Bildung von Zweigvereinen erleichtern. Damit würde es Bergsteigergruppen innerhalb eines Verbandes des Nationalsozialistischen Reichsbunds für Leibesübungen, also etwa einer Bergsteigergruppe in einem Turnverein, ermöglicht, eine eigenständige Sektion des Alpenvereins zu bilden.[461]

458 Vorstandssitzung der Sektion Austria vom 8. September 1941. ÖStA, AVA, Unterricht, Kleinbestand Dt.-Öst. Alpenverein, Karton 1.

459 Otto Hannes Ther, Rückblick auf eine Tour in den Zillertalern rund um die Berliner Hütte im Kriegsjahr 1943, in: Dem Sturme Trutz, dem Wanderer Schutz. 125 Jahre Berliner Hütte 1879–2004 (Schriften der DAV Sektion Berlin 1), Berlin 2004, 23f.

460 Reichssportführer (Mengden) an Knöpfler, 8.7.1941. Archiv OeAV, ZV 2.410.

461 Protokoll Besprechung 4.7.1939. Ebd.

Worin lagen – aus Sicht des Alpenvereins – die Vorteile dieser Lösung? Schmidt-Wellenburg erwähnt sie im Protokoll nicht; doch fühlt man sich etwas an die Diskussionen der frühen 1920er-Jahre erinnert. Der Alpenverein hatte grundsätzlich kein Interesse an ›saisonalen‹ Mitgliedern. Die engere soziale Bindung in einer Gruppe, die dauerhafte Loyalität zu ihr, war (und ist) ausschlaggebend dafür, dass die Mitglieder des Vereins nicht nur ihren finanziellen Beitrag leisten, sondern sich ehrenamtlich engagieren – und zwar nicht nur im Verein, sondern mit praktischer Arbeit im Gebirge.

Der Nationalsozialistische Reichsbund für Leibesübungen strebte also eine weitestgehende Begünstigung für seine Mitglieder an – das waren alle in Verbänden organisierte Sportler, also mehrere Millionen. In wiederholten Aussprachen und schriftlichen Eingaben versuchte die Führung des Alpenvereins die Mitarbeiter des Reichssportführers davon zu überzeugen, dass ein derart weitgehendes Entgegenkommen an Nichtmitglieder des Alpenvereins nicht möglich sei. Die ganze Tätigkeit des Alpenvereins seit seiner Gründung beruhte auf der Arbeit und den Beiträgen seiner Mitglieder in den Sektionen. Dass die vom Alpenverein angelegten Wege der Öffentlichkeit unbeschränkt zur Verfügung standen, war natürlich unbestritten. Doch bei den Hütten stieß man relativ rasch an die Grenzen der Kapazität. Wenn auch ständig, mit Ausnahme der Kriegsjahre, neue Hütten gebaut und die bestehenden erweitert wurden, so war es dem Alpenverein weder möglich noch erwünscht, diese Kapazitäten uneingeschränkt und unhinterfragt ständig auszubauen.

Am 24. Oktober 1941 fand in Berlin schließlich eine Aussprache zwischen Knöpfler, Schmidt-Wellenburg und Mengden statt, bei der grundsätzliche Gedanken angesprochen wurden. Im Wesentlichen sagte Mengden dem Alpenverein einen enormen Zuwachs an Aufgaben voraus. In der Partei gebe es nicht mehr wie früher die Meinung, das Vereinswesen sei überholt; im Gegenteil: Eine Arbeit, wie sie der Alpenverein mache, sei auf keine andere Weise machbar. Der Alpenverein komme allerdings in Gefahr, wenn er die an ihn gestellten Aufgaben nicht erfülle.

Nach dem Krieg, so Mengden, würden die vielen Freiheitsbeschränkungen, die jetzt notwendig seien, wegfallen; zudem würde der ganze Sport mehr auf die allgemeine Ertüchtigung ausgerichtet sein als auf den Spitzensport und zu einem verstärkten Naturbezug tendieren. Zahlreiche Sportvereine schafften sich bereits jetzt Ski- und Wanderheime an. Es sei nun Aufgabe des Nationalsozialistischen Reichsbunds für Leibesübungen, diese Entwicklung rechtzeitig zu erfassen und in die Hand zu nehmen. Darin liege die Zukunftsaufgabe des Alpenvereins; dieser sollte den Vereinsstandpunkt nicht zu engherzig auslegen.

Am darauf folgenden Tag, als ihm Knöpfler und Schmidt-Wellenburg zum Geburtstag aufwarteten, wiederholte Tschammer diese Gedanken im Wesentlichen. Knöpfler unterrichtet umgehend Seyss-Inquart von diesem Gespräch und meinte, der Alpenverein solle der skizzierten Entwicklung entgegengehen und den Verein entsprechend »umbauen«. Knöpfler hielt die Sache für so bedeutend, dass er Seyss-Inquart bat, sich direkt mit Tschammer zu besprechen.[462]

Diese Besprechung fand ein halbes Jahr später, am 28. Mai 1942, in Den Haag statt, neben Seyss-Inquart und Tschammer nahmen Sild und

462 Knöpfler an Seyss-Inquart, 28.10.1941. Ebd.

von Mengden teil. Sild protokollierte eine »völlige Übereinstimmung« in den besprochenen Angelegenheiten.

Die Einschätzung des Alpenvereins durch die NSDAP wird im ersten Besprechungspunkt deutlich. Es müsse etwas getan werden für das »Problem der Verjüngung und strafferen politischen Ausrichtung der Führerschaft des DAV, insbesondere der Zweigvereinsführer«. Dieses würde gelöst, wenn der Nationalsozialistische Reichsbund für Leibesübungen von einer »betreuten Organisation« zu einem »angeschlossenen Verband« der NSDAP aufsteige, was bereits beabsichtigt sei.[463] Eine solche Änderung des Status des Reichsbunds in der Partei hätte wohl zur Folge gehabt, dass der jeweils territorial zuständige politische Leiter der NSDAP die führenden Funktionäre von den Sektionen aufwärts bestimmt hätte.

Nach einigen Überlegungen zur Jugendarbeit, die mit HJ und SA zu klären waren, kam schließlich als vierter Tagesordnungspunkt das Verhältnis des Nationalsozialistischen Reichsbunds für Leibesübungen zum Alpenverein zur Sprache. Tschammer referierte seine Ansichten zur notwendigen stärkeren Ausrichtung des Alpenvereins auf den Breitensport und das Naturerlebnis. Der Alpenverein solle mehr als bisher aus den Kreisen des Nationalsozialistischen Reichsbunds für Leibesübungen – also aus allen Sportverbänden – Bergsteiger »heranziehen«.[464] Seyss-Inquart informierte die Innsbrucker Vereinsleitung umgehend von dieser grundsätzlichen Klärung und beauftragte den Verwaltungsausschuss, Vorschläge für die Form und das Ausmaß der Bevorzugung von Reichsbund-Mitgliedern im Alpenverein auszuarbeiten.[465]

Der Verwaltungsausschuss beriet erst wieder im September und formulierte dabei bereits seine grundlegende Linie: »Im Verwaltungsausschuß herrscht völlige Klarheit darüber, daß die bisherige Stärke und Leistungsfähigkeit des Vereins auf der Stärke und Arbeit seiner Zweige beruht und auf dem Umstand, daß jeder, der irgendwelche Begünstigungen auf den Hütten oder bei den sonstigen Einrichtungen des DAV beansprucht, Mitglied sein muss.« Nur kurzfristig sei dieser Grundsatz durch das Abkommen mit der Organisation Kraft durch Freude und auf Kriegsdauer durch die Begünstigungen für Soldaten durchbrochen worden. Der Verwaltungsausschuss sei aber »bemüht«, zugleich mit »diesen für den DAV lebenswichtigen Grundsätzen« auch den »großen, auf die künftige Entwicklung hinweisenden Richtlinien und Gedankengängen« des Vereinsführers und des Reichssportführers Rechnung zu tragen.[466] Die Formulierung dieses Protokolls zeigt weniger Byzantinismus als Distanz zu den Wünschen der beiden Führer. Die Vorgaben Seyss-Inquarts für den vom Verwaltungsausschuss auszuarbeitenden Entwurf ergingen sich in Details unterschiedlichster und oft auch kleinlicher Regelungen, die der Ausdifferenzierung von Hüttengästen in Alpenvereinsmitglieder, Reichsbund-Mitglieder und Nichtmitglieder entsprechen sollte. Dagegen wagte der Verwaltungsausschuss einen von Edmund Christoph ausgearbeiteten großen Wurf: Die Hütten des Alpenvereins sollten in zwei Gruppen eingeteilt werden, nämlich alpine im engeren Sinn und alle anderen, die etwa als Bergheime zu bezeichnen seien. Die Nächtigung auf den alpinen Hütten sollte allein den Mitgliedern des Alpenvereins vorbehalten bleiben. Allein die Begründung dieses Vorschlags enthält eine Reihe von wesentlichen Feststellungen:

»Das Ansehen, die Stärke und der Einfluß des DAV beruhen zum wesentlichen sicher darauf, daß er bisher seine Einrichtungen vorbehaltlos der gesamten Öffentlichkeit zur Verfügung stellte. Ein gewisser, im Raummangel der Hütten begründeter Notstand, zum wesentlichen aber seine Verantwortung gegenüber dem bergfremden, unerfahrenen gelegentlichen Bergbesucher, der als Massenerscheinung heute schon auftritt und erst recht zu erwarten steht, zwingen zum Abweichen von diesem Grundsatz und zur Rückkehr zu einem Zustand der […] von allem Anfang gedacht war.«[467]

Spätestens dann, wenn von einem »Akt der Selbsthilfe gegen Überfremdung« die Rede ist, hört man das Echo der Diskussionen, die zwanzig Jahre zuvor zu den Tölzer Richtlinien geführt hatten. Nun sollten zwar die alpinen Hütten diesem Vorschlag zufolge auch den ›angeschlossenen‹ Reichsbund-Mitgliedern offenstehen, doch hätte eine Verwirklichung dieser Ideen wohl weitreichende Konsequenzen vor allem innerhalb des Alpenvereins nach sich gezogen. Eine wesentliche Gefahr dieses Vorschlags sah der Verwaltungsausschuss auch darin, dass die nicht mehr als alpin definierten Hütten längerfristig nicht gehalten werden und zum Beispiel der Organisation Kraft durch Freude in die Hände fallen könn-

463 Protokoll Besprechung zwischen Reichssportführer Tschammer-Osten und Reichsminister Seyss-Inquart in Den Haag, 28.5.1942; Beilage zum Schreiben Seyss-Inquart an DAV, 29.5.1942. Ebd.

464 Ebd.

465 Seyss-Inquart an DAV, 29.5.1942. Archiv OeAV, ZV 4.216.

466 Protokoll der 24. Verwaltungsausschuss-Sitzung, 2.9.1942.



›Urlaub 1945!‹ Aus dem tagebuchähnlichen Album eines Mädchens.

467 Knöpfler an Seyss-Inquart, 13.1.1943. Archiv OeAV, ZV 4.216.

Alfred Jennewein und Martin Busch, um 1956.



ten, wodurch das Betätigungsfeld des Alpenvereins eine ganz erhebliche Einschränkung erfahren hätte.

Zum Zeitpunkt, als der Verwaltungsausschuss diesen Vorschlag Christophs diskutierte, lag ihm ein bereits ausgearbeitetes Projekt der Großglockner-Hochalpenstraßen AG (GROHAG) vor, der an der Stelle des Glocknerhauses einen Parkplatz für tausend Autos vorsah, sowie, in der Umgebung dazu, zwei festungsähnliche »Rasthäuser«, von denen eines 14 Stockwerke haben sollte, einschließlich Garagen, Unterkünften für die Fahrer und mehreren Tunnels.[468] Angesichts dieser Zukunftspläne konnte rasch der Gedanke an die Flucht in eine Schutzhütte, die ihrem Namen noch gerecht wurde, entstehen.

Seyss-Inquart stimmte im März 1943 dem Vorschlag als »unverbindliche« Verhandlungsgrundlage noch zu, die Unverbindlichkeit begründete er damit, »daß der Führer des Alpenvereins sich im Augenblick nicht genügend intensiv mit dieser Materie beschäftigen kann und daß auch eine entsprechende Verbindung mit dem Hauptausschuß nicht möglich ist.«[469]

Inzwischen waren in der Schlacht von Stalingrad siebenhunderttausend Menschen gefallen, der Krieg wurde ›total‹. Reichssportführer Tschammer starb am 25. März 1943 in Berlin nach längerer Krankheit, seine Nachfolge blieb offen. Unter Seyss-Inquarts Herrschaft als Reichskommissar der Niederlande wurden schon seit dem Sommer 1942 mehr als hunderttausend jüdische Niederländer in die Vernichtungslager deportiert und ermordet. Die Gebirgsjäger, mit denen sich der Alpenverein so verbunden fühlte, kämpften nun in halb Europa, nicht nur im Kaukasus, sondern auch in Kreta, wo einige grauenhafte Kriegsverbrechen auf ihre Rechnung gehen.

Die Alpenvereinsarbeit sollte im Sinne der Aufrechterhaltung der ›Heimatfront‹ weitergehen. Durchhalteparolen nützten zwar nichts gegen Bombenangriffe, aber tatsächlich zeugen die erhalten gebliebenen Dokumente von einer fast ›friedensmäßigen‹ Vereinsarbeit bei vielen Sektionen und vor allem in der Kanzlei bis zum Kriegsende.

468 Siehe den Beitrag von Ute Hasenöhrl in diesem Band.

469 Seyss-Inquart an Knöpfler, 9.3.1943. Archiv OeAV, ZV 4.216.

Ausblick

1945 lösten die alliierten Besatzungsmächte den Alpenverein als nationalsozialistische Organisation – im Rahmen des Nationalsozialistischen Reichsbundes für Leibesübungen – praktisch überall auf. Nur in Tirol, wo der Alpenverein seinen Sitz hatte, verlief die Entwicklung etwas anders. Die Kanzlei konnte ohne Unterbrechung weiterarbeiten; Schmidt-Wellenburg, der Mitte Juni vom Kriegseinsatz nach Innsbruck zurückgekehrt war, konnte in enger Zusammenarbeit mit der provisorischen Tiroler Landesregierung den Fortbestand des Alpenvereins vorläufig gewährleisten. Die Landesregierung setzte einen treuhändigen Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses ein, dieser arbeitete eine neue Satzung aus, die sich an die vor 1938 gültige anlehnte, und die Landesregierung genehmigte am 20. September 1945 die Umbildung des Deutschen Alpenvereins in den neuen »Alpenverein« mit Sitz in Innsbruck. Die französische Besatzungsmacht in Tirol erteilte ihre Genehmigung am 19. November 1945. Dies waren die für alle weiteren Entwicklungen wichtigsten Entscheidungen, denn damit war für alle offenen Fragen, insbesondere für die des Hüttenbesitzes der deutschen Sektionen, eine Institution vorhanden, die den Anspruch auf die Nachfolge des alten Alpenvereins erhob.

Ein vom kommunistischen Staatssekretär für Inneres in Wien, Franz Honner, erlassenes Verbot des Deutschen Alpenvereins und seiner Sektionen führte zu einem komplexen Rechtsstreit, der mit einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes im Februar 1947 endete. Diese erklärte den Alpenverein in Innsbruck zum Rechtsnachfolger des Deutschen Alpenvereins in Österreich. Damit war nicht nur der Fortbestand des Alpenvereins, sondern auch der seiner Sektionen gerettet, die ebenfalls vor den Verfassungsgerichtshof ziehen mussten. Wenn eine Sektion rechtsgültig aufgelöst war, verfiel ihr Besitz an den Alpenverein, der ihn einer neu zu gründenden Sektion übergab. Die tatsächlichen Handlungsspielräume der Sektionen waren von Bundesland zu Bundesland höchst unterschiedlich, da vielfach sogenannte Liquidationsausschüsse eingesetzt worden waren, die relativ willkürlich vorgingen. Zur Komplexität der Situation trug noch eine Parallelorganisation namens Österreichischer Alpenverein bei, die 1945 in Wien gegründet worden war, als noch jeder Kontakt zwischen den Besatzungszonen unterbrochen war. Alpenverein und Österreichischer Alpenverein arbeiteten während der Zeit rechtlicher Unsicherheit eng zusammen. Wäre das Verbot des Alpenvereins rechtswirksam geworden, so hätte der Österreichische Alpenverein die Organisation neu, aber identisch aufgerichtet. Im Übrigen stand der Alpenverein unter durchaus scharfer Beobachtung: Eine nicht angemeldete Versammlung von Sektionsvertretern auf dem Patscherkofel bei Innsbruck führte zur Verhaftung der beiden Sekretäre Schmidt-Wellenburg und Karl Erhardt durch die französische Besatzungsbehörde; Letzterer wurde als deutscher Staatsbürger ausgewiesen, Ersterer nach einem halben Jahr entlassen.[470]

In Deutschland ließen die Besatzungsmächte die Sektionen zunächst auf örtlicher Ebene in unterschiedlichem Ausmaß gewähren. In Bayern wagte man sich unter der Regie von Adolf Sotier bereits im Oktober 1945 an die Gründung eines Alpenvereins, der zunächst als Dachver-

470 Schmidt-Wellenburg, Alpenvereinsgeschichte, 228–257; Ganahl, Der Kampf um den Bestand.

band für die bayerischen Sektionen dienen sollte. Im Mai 1946 erließ die US-amerikanische Militärregierung, offenbar aufgrund eines Schreibens eines Naturfreunde-Funktionärs, das die Rolle des Alpenvereins im NS-Staat deutlich gemacht hatte, ein Verbot für den Alpenverein und alle seine Unterorganisationen. Nach einer Reaktivierungsphase im Winter 1946/47 gelang im Mai 1947 schließlich die Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft Bayern. Als geistiger Vater des neuen Verbandes war Fritz Schmitt anzusehen, der besonderen Wert darauf legte, dass die deutsch-völkischen Kräfte nicht mehr in Erscheinung treten sollten.

Dagegen wurde die um die gleiche Zeit gebildete Beratungsstelle Stuttgart zu einer Institution, die eine Wiederbelebung des gemeinsamen deutsch-österreichischen Vereins anstrebte und enge Verbindungen mit dem Alpenverein in Innsbruck unterhielt. Alfred Jennewein und der frühere Zweite Sekretär des Alpenvereins, Erhardt, der inzwischen Sekretär bei der Beratungsstelle Stuttgart war, sowie Schmidt-Wellenburg und Martin Busch, zunächst Zweiter, dann Erster Vorsitzender des Alpenvereins in Innsbruck, wollten die Option eines gemeinsamen Vereins offenhalten. Ein solcher wäre theoretisch möglich gewesen, wenn es deutschen Sektionen in politisch ruhigerer Zeit möglich gewesen wäre, dem Innsbrucker Alpenverein beizutreten. Der Zusammenschluss eines deutschen Alpenvereins einerseits und eines österreichischen Alpenvereins andererseits wäre politisch aber nicht durchsetzbar gewesen, zu sehr war alles ›Großdeutsche‹ mit dem Nationalsozialismus behaftet. Die Zusammenarbeit und der Zusammenschluss zu einem überregionalen Alpenverein in Deutschland, dem sich die Sektionen in der sowjetisch besetzten Zone allerdings nicht anschließen durften, führte zu einer verfahrenen Lage zwischen den inzwischen zahlreich gegründeten regionalen Organisationen, die sich jeweils der Organisation in Stuttgart oder jener in München angeschlossen hatten. Stuttgart, und hier insbesondere Jennewein, widersetzten sich einer solchen Vereinigung in Deutschland, da diese den Zusammenschluss mit dem Alpenverein in Österreich gefährden hätte können.

Den Konflikt löste schließlich die Sektion Minden mit einer Denkschrift, in der sie für die »sofortige Beendigung der Spaltung München-Stuttgart im Deutschen Alpenverein durch einen ordnungsgemäß einzuberufenden, der Würde der Neugründung in schwerer Zeit entsprechenden ›Deutschen Alpenvereinstag‹« eintrat. Zwölf Vertreter der beiden Richtungen trafen am 29. und 30. Juli 1950 in Würzburg die Vorbereitungen zur Gründung eines Deutschen Alpenvereins, die auf dem Würzburger Alpenvereinstag am 22. Oktober 1950 feierlich vollzogen wurde.[471] Schmidt-Wellenburg nannte die Bezeichnung »Deutscher Alpenverein« im Hinblick auf die damit vertane Chance, einen gemeinsamen Verein zu bilden, »instinktlos«[472]; der Alpenverein in Innsbruck nannte sich daraufhin, ab Herbst 1950, Oesterreichischer Alpenverein.

Personelle Brüche und Kontinuitäten

Viele Funktionäre der Alpenvereinsführung seit 1933, die eng mit der NSDAP verbunden waren, standen nach 1945 vor Gerichten und Spruchkammern. Freilich ging es dabei nie um Alpenvereins-Angelegenheiten, mit Ausnahme einer Anzeige Cuhorsts gegen den Bewirtschafter des Harpprechthauses; die Verfahren zeigen allerdings, wie sehr der Alpenverein seit 1933 und verstärkt seit 1938 die Nähe zu Parteifunktionären gesucht hatte.

Arthur Seyss-Inquart wurde vom Nürnberger Internationalen Militärtribunal wegen der Planung, Entfesselung und Durchführung eines Angriffskrieges, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tod verurteilt und am 16. Oktober 1946 hingerichtet. Er war in seiner Position als Reichskommissar für die Niederlande für die Deportation von rund hunderttausend niederländischen Juden in Konzentrations- und Vernichtungslager, für Zwangsarbeit und die scharfe Unterdrückung jeder Opposition verantwortlich. Im Nürnberger Juristenprozess wurde Cuhorst, Mitglied des Stuttgarter Verwaltungsausschusses, angeklagt. Ihm wurde vorgeworfen, als Vorsitzender des Sondergerichts Stuttgart in einer besonders großen Zahl Todesurteile gegen Kleinkriminelle verhängt zu haben. Aus Mangel an Beweismaterial wurde er freigesprochen. Allerdings verurteilte ihn die Stuttgarter Spruchkammer, der eine weiter gefasste Beschuldigung vorlag als dem Nürnberger Tribunal, 1948 zu viereinhalb Jahren Haft und empfindlichen Sühnemaßnahmen.[473]

Wegen ihrer hohen Parteifunktionen ermittelte das Volksgericht Innsbruck gegen die ehemaligen Mitglieder des Verwaltungsausschusses Richard Knöpfler, Edmund Christoph, Walter Koban und Gustav Linert. Während Knöpfler die Einstellung seines Verfahrens erreichen konnte, wurden Christoph zu fünf Jahren, Koban zu zwei Jahren und Linert zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt.[474] Die Münchner Mitglieder des Innsbrucker Verwaltungsausschusses, Heinz Außerbauer und Lutz Pistor, mussten sich vor der Spruchkammer in München verantworten: Sie wurden als Mitläufer eingestuft und hatten Sühnebeiträge von zweitausend und dreitausend Reichsmark zu bezahlen. Auch Paul Bauer wurde nur als Mitläufer eingestuft – mit einer Sühneleistung von tausend Reichsmark.[475] Die mit einer einfachen Parteimitgliedschaft nur leicht belasteten Stuttgarter Verwaltungsausschuss-Mitglieder Fritz Weiß und Friedrich Hommel stufte die Spruchkammer Stuttgart als Mitläufer mit Sühnebeträgen von eintausendzweihundert und fünfhundert Reichsmark ein. Die Verfahren, die gegen die Verwaltungsausschuss-Mitglieder Fritz Banzhaf und Jennewein eingeleitet worden waren, wurden eingestellt, da sie keine Parteigenossen gewesen waren.[476]

Eduard Pichl, der vom Innsbrucker Alpenverein 1945 zum Austritt aufgefordert worden war, tat dies bereitwillig und hielt fest, »daß der ›Arierpunkt‹ nun nicht mehr angewendet werden könne und dürfe«.[477] Ihm war nämlich von sozialistischen Zeitungen vorgeworfen worden, in der Innsbrucker Alpenvereinskanzlei dafür eingetreten zu sein, dass auch weiterhin keine Juden aufgenommen werden dürften. Ein Gerichtsverfahren gegen ihn kam wegen seines körperlichen Zustandes nicht mehr zustande. Pichl, bei Kriegsende 72 Jahre alt, war nach einem 1946 erlittenen Schlaganfall praktisch ein Pflegefall.[478]

Parteipolitisch belastete Funktionäre zogen sich nach 1945 zurück – auch auf Sektionsebene –, manche von ihnen kamen nach einigen Jahren

471 Nicholas Mailänder, Im Schatten der Geschichte. Die »Wiedergründung« des Deutschen Alpenvereins, in: Deutscher Alpenverein (Hg.)/Friederike Kaiser/Nicholas Mailänder (Red.), Aufwärts! Berge, Begeisterung und der Deutsche Alpenverein 1945 bis 2007. Begleitbuch zur Ausstellung im Alpinen Museum des Deutschen Alpenvereins, 19.7.2007–23.3.2008, München 2007,14–31.

472 Schmidt-Wellenburg, Alpenvereinsgeschichte, 232.

473 Stefan Baur, Rechtsprechung im nationalsozialistischen Geist. Hermann Albert Cuhorst, Senatspräsident und Vorsitzender des Sondergerichts Stuttgart, in: Michael Kißener, Joachim Scholtyseck (Hg.), Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg. Konstanz 1997, 111–142. Das Verfahren gegen Cuhorst liegt im Staatsarchiv Ludwigsburg unter EL 902/20 Bü 79227.

474 Tiroler Landesarchiv, Landesgericht Innsbruck, 10 Vr 2508/47 (Knöpfler), 10 Vr 3136/47 (Christoph), 10 Vr 1482/46 (Koban), 10 Vr 1271/47 (Linert).

475 Staatsarchiv München, Spruchkammerakten K 46 (Außerbauer), K 84 (Bauer) und K 1327 (Pistor).

476 Staatsarchiv Ludwigsburg, Spruchkammerakten EL 902/20 Bü 6087 (Banzhaf), EL 902/20 Bü 14214 (Hommel), EL 902/20 Bü 75249 (Jennewein) und EL 902/20 Bü 88523 (Weiß).

477 Pichl an Senn, 12.12.1945, Archiv OeAV ZV 5.1244.

478 Oberösterreichisches Landesarchiv, Landesgericht Linz Vg 10 Vr 1944/48.

wieder ins Geschehen oder nahmen aus dem Hintergrund, beispielsweise durch befreundete Bergkameraden, in den Gremien Einfluss, wie es etwa Paul Bauer im Expeditionswesen tat.[479] Wirkliche bedeutsame personelle Kontinuitäten finden sich vor allem in der zweiten Ebene: Generalsekretär Schmidt-Wellenburg in Österreich und sein ehemaliger Stellvertreter Erhardt als Hauptgeschäftsführer in Deutschland stehen für die bruchlose Weiterführung des hochkomplexen Alpenvereins-Gebäudes auch nach dem Zweiten Weltkrieg. In Deutschland kamen mit Alfred Jennewein und Fritz Weiß zwei Mitglieder des Stuttgarter Verwaltungsausschusses von 1934 bis 1938 in das höchste Amt des Ersten Vorsitzenden. In Österreich ist eine Kontinuität in den höchsten Ämtern nicht feststellbar: Klebelsberg scheint sich im Hintergrund gehalten zu haben, obwohl er bis 1952/53 den Wissenschaftlichen Unterausschuss leitete und die Redaktion des Jahrbuches besorgte. Ignaz Karl Gsur, 1948 für fünf Jahre zum Ersten Vorsitzenden gewählt, hatte seine Vergangenheit vor allem im Österreichischen und im Deutschen Skiverband gehabt.[480] Im Verwaltungsausschuss finden wir die politisch unbelasteten Mitglieder Franz Angerer und Karl Zeuner auch nach 1945 wieder.

Rückgabe des Hüttenbesitzes

185 Schutzhütten in Österreich waren im Besitz von deutschen Sektionen gewesen; als »deutsches Vermögen« fielen sie dem Buchstaben des Gesetzes zufolge den alliierten Besatzungsmächten zu. Schon im Sommer 1945 bestellten die provisorische Tiroler Landesregierung und die französische Besatzungsmacht Martin Busch in Innsbruck zum Treuhänder der ›nicht-österreichischen‹ Hütten in der französischen Zone, also in Tirol und Vorarlberg. Im Oktober 1947 erweiterte das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung diese Befugnis und bestellte Busch zum Verwalter des gesamten im Inland befindlichen Vermögens der ehemaligen nicht-österreichischen Alpenvereinszweige. Martin Busch, einst Leiter der Landesstelle für alpines Jugendwandern in Innsbruck, als Turn- und Französischlehrer 1938 von den Nationalsozialisten aus seinem Beruf entlassen, sollte sich der ihm nun bevorstehenden Aufgabe gewachsen zeigen.

Dass die Hütten den früheren Besitzern zurückgegeben werden sollten, war nicht unumstritten: Die Naturfreunde in Österreich erhoben unter ihrem streitbaren Vorsitzenden Franz Winterer immer wieder Anspruch zumindest auf Beteiligung an der Verwaltung der Alpenvereinshütten.[481] Der Tiroler Landeshauptmann Alfons Weißgatterer sprach in der Alpenvereins-Hauptversammlung 1948 in Mayrhofen erstmals deutlich aus, dass es keine andere Lösung geben könne als jene, die sich »aus der Kenntnis der Entstehung und des Werdegangs dieser Hütten [...] sowie aus den Prinzipien der Anständigkeit und Gerechtigkeit ergibt.«

Erst 1953 konnten die ersten Hütten ihren Besitzern zurückgegeben werden: die auf Schweizer Boden liegende Heidelberger Hütte und die Hütten der sudetendeutschen Sektionen, die nicht als ›deutsches Eigentum‹ betrachtet wurden.

479 Franziska Torma, Neue Wege in die Berge der Welt. Die Entwicklung des Expeditionsbergsteigens und der Deutsche Alpenverein zwischen 1945 und heute, in: Deutscher Alpenverein (Hg.)/ Friederike Kaiser/Nicholas Mailänder (Red.), Aufwärts! Berge, Begeisterung und der Deutsche Alpenverein 1945 bis 2007. Begleitbuch zur Ausstellung im Alpinen Museum des Deutschen Alpenvereins, 19.7.2007–23.3.2008, München 2007, 134–143, 136.

480 Dir. Ignaz Karl Gsur – 70 Jahre, in: Austria-Nachrichten 15.1.1958, 1.

481 Bundesministerium für Vermögenssicherung 73.787-4/49-. Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Bundesministerium für Finanzen, Vermögenssicherung Sonderlegung 28, Karton 6689.

1954 kam ein Bestandsvertrag zustande, nach dem die eigentlichen Besitzer als Pächter ihrer Hütten auftreten konnten. Mit der endgültigen und formellen Übertragung des Besitzes mussten die deutschen Sektionen allerdings bis zum Abschluss des Staatsvertrages warten; im Mai 1956 wurden schließlich 143 Hütten westdeutschen Sektionen übergeben. Die grundbücherliche Übertragung konnte allerdings erst 1958 nach einem zwischenstaatlichen Vertrag zwischen Österreich und Deutschland stattfinden; die Urkunden wurden dem Deutschen Alpenverein bei einem Festakt am 27. November 1958 in Innsbruck übergeben.[482] Die Lösung für die Hütten von Sektionen in der nunmehrigen DDR ließ bis in die 1960er-Jahre auf sich warten. Komplizierte rechtliche Verhältnisse führten dazu, dass der österreichische Nationalrat einem Verkauf der Liegenschaften an den Oesterreichischen Alpenverein zustimmen musste, der sie schließlich 1967 an den Deutschen Alpenverein weiterverkaufte.

Martin Busch erhielt in der Hauptversammlung des Deutschen Alpenvereins 1956 die Ehrenmitgliedschaft verliehen, die Neue Samoarhütte, von 1939 bis 1945 das Hermann-Göring-Haus, wurde nun nach ihm benannt: als Martin-Busch-Hütte.

Geschichtswahrnehmung

Eduard Pichl hatte 1953, kurz vor seinem Tod, schriftliche Abschiedsgrüße verfasst, die bei seinem Begräbnis verlesen wurden und in dem Satz gipfelten: »Ich bereue nichts und grolle niemand und bitte, daß auch mir niemand mehr grolle.«[483] Damit könnte man die Haltung der Alpenvereine in Deutschland und Österreich in dieser Zeit beschreiben, aber auch jene der deutschen und österreichischen Gesellschaft. Den Mut zur Selbstreflexion und Selbstkritik fand damals kaum jemand. Auf diese Weise konnte der Alpenverein beziehungsweise seine Nachfolgevereine den »Fluch der bösen Tat«, von dem Johann Stüdl 1924 anlässlich des Ausschlusses der Sektion Donauland gesprochen hatte, nicht loswerden. Niemand hatte diesen Beschluss vergessen; von dem Alpenverein durchaus nahestehenden Persönlichkeiten, die von diesem bei verschiedenen Gelegenheiten um Unterstützung oder Intervention ersucht wurden, wurde er den Vertretern der Nachfolgevereine vorgehalten, vom österreichischen Nationalratsabgeordneten[484] ebenso wie vom Münchner Erzbischof.[485]

In den frühen 1960er-Jahren war die Hundertjahrfeier des Oesterreichischen Alpenvereins für eine inzwischen herangewachsene kritische Öffentlichkeit Anlass, die Frage nach der Verantwortung des Alpenvereins für seine Geschichte zu stellen. Die Wiener *Aktion gegen den Antisemitismus* – der sich damals gerade wieder durch Friedhofsschändungen bemerkbar machte – richtete ein Schreiben an den Hauptausschuss, in dem sie bedauerte, dass der Alpenverein bei seiner Feier keine selbstkritischen Worte gefunden habe. Sie legte dem Hauptausschuss nahe, ein Bekenntnis dazu abzulegen, »daß der Österreichische Alpenverein mit diesen Entartungserscheinungen für immer und ewig gebrochen hat und daß er diese dunklen Seiten seiner Geschichte nicht totzuschweigen versucht, sondern vor allem seiner Jugend mahnend in Erinnerung ruft«.[486]

482 Peter Grimm, »Moralische Verpflichtung« und »wirtschaftliche Gründe«. Die Rückgabe der »reichsdeutschen« Hütten in Österreich an den Deutschen Alpenverein, in: Deutscher Alpenverein (Hg.)/ Friederike Kaiser/Nicholas Mailänder (Red.), Aufwärts! Berge, Begeisterung und der Deutsche Alpenverein 1945 bis 2007. Begleitbuch zur Ausstellung im Alpinen Museum des Deutschen Alpenvereins, 19.7.2007–23.3.2008, München 2007, 34–43.

483 Eduard Pichl, Letzte Grüße!, Hornung 1953 (Faksimile-Druck), Archiv OeAV ZV 5.1244.

484 Franz Thier, Erinnerungen an Geschehnisse in der Zeit des Kampfes um die Wiedererrichtung des Alpenvereines 1945–1950, 7f., Archiv OeAV, ZV 12.309.

485 Mailänder, Im Schatten der Geschichte, 19.

486 Ein Schönheitsfehler, in: Mitteilungen der Aktion gegen den Antisemitismus, Oktober 1963, 8.

Der Hauptausschuss konnte sich in seinem Antwortschreiben, das historisch nicht ganz richtige Darlegungen enthielt, nicht zu einer Erklärung entschließen, »die in dem von Ihnen gewünschten Sinn die Haltung des alten Deutschen und Österreichischen Alpenvereins verurteilt.« Er hielt aber unmissverständlich fest: »Der Österreichische Alpenverein ist ein Bergsteigerverein und verfolgt nur alpinistische Ziele. Wir verurteilen die Judenverfolgung durch den Nationalsozialismus und wir werden dafür sorgen, daß in unseren Reihen keine antisemitischen Strömungen aufleben.«[487] Solange dies aber nicht auch öffentlich ausgesprochen wurde, war der Sinn verfehlt.

Der Deutsche Alpenverein konnte auf einer Tagung der Union Internationale des Associations d'Alpinisme (UIAA) Kontakte zum Alpenverein Donauland knüpfen. Der Alpenverein Donauland war mit seinen wenigen Mitgliedern und fehlendem Nachwuchs mit seinen Hütten überfordert und verkaufte sie um 1968 den Sektionen Berlin und Eichstätt.[488]

Der eigentliche Bruch in der Geschichtsauffassung des Alpenvereins vollzog sich aber erst in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre. Der damals breit diskutierte »Historikerstreit« über die Bewertung des Nationalsozialismus, parallel zum Streit um die Vergangenheit des österreichischen Bundespräsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim, ließ die Beschäftigung mit der je eigenen Vergangenheit zum Allgemeingut werden. Sie führte zu den in der Einleitung dieses Buches zitierten Anregungen und beginnenden Darstellungen, die heute, ein Vierteljahrhundert später, Ausgangspunkt dieses Buchprojektes sind.

487 Der Briefwechsel mit dem Österreichischen Alpenverein, in: Mitteilungen der Aktion gegen den Antisemitismus, Jänner 1964, 7f.

488 Karl Erhardt, Der Alpenverein. Spiegelbild europäischer Geschichte, in: Alpinismus. Internationale Informationen für Bergsteiger, Wanderer, Skifahrer, Mai 1969, 14–19, hier 16.

Organisierter Alpinismus

MONIKA GÄRTNER
STEFAN RITTER

Der Alpenverein stellte sich in den 1920er- und 1930er-Jahren als eine verhältnismäßig homogene Gemeinschaft bürgerlicher, meist deutschnational ausgerichteter Bergfreunde dar. Auf den offiziellen Veranstaltungen der Sektionen und des Hauptvereines wie Hauptversammlungen, Sektionsfesten, Einweihungen und Totengedenken wurde dieses Selbstverständnis gepflegt und nach außen vertreten.

Im Vereinsalltag standen jedoch gemeinsame Aufgaben und Touren im Vordergrund. Neben der Begeisterung für die Berge und der Arbeit für die Sektionen sind auf den Fotografien auch Geselligkeit und Freude dokumentiert.

Staatsbankett für den Alpenverein



Empfang des Hauptausschusses und der Vertreter der Sektionen beim Bundesminister für Handel und Verkehr in der Großen Galerie im Schloss Schönbrunn, Wien, anlässlich der Hauptversammlung 1927.

Bergsteiger als nationale Helden



Postkarte vom Ehrenmal der Sektion Landau für die gefallenen Mitglieder der Sektion an der Burgruine Scharfeneck im Pfälzer Wald, um 1935.

Viele Sektionen gedachten ihrer im Ersten Weltkrieg gefallenen Sektionsmitglieder mit Tafeln und Denkmalen, die sie vorwiegend in den 1920er-Jahren anfertigen beziehungsweise aufstellen ließen. Das »Ehrenmal« der Sektion Landau wurde am 27. November 1927 eingeweiht.

Gedenken an Südtirol

Die Sektion Stettin hatte wie etliche weitere Sektionen nach dem Ende des Ersten Weltkriegs ihre Hütte in Südtirol verloren – ein Trauma, das sich in vielen Aktivitäten und Schriften äußerte. Auf der Einladung zum Winterfest 1930, gesellschaftlicher Höhepunkt des Jahres, erinnert die Sektion Stettin mit der Darstellung Merans und des Tiroler Adlers an den Verlust Südtirols.

Rechte Seite:
Einladung zum Winterfest der Sektion Stettin, 1930. Entwurf: Erwin Freier.



Wegbereiter für den ›Anschluss‹ Österreichs



Empfang der Delegierten des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins in Innsbruck. Foto: H. Beckert, 1936.



Die Gründerväter des Deutschen Alpenvereins als »Vorkämpfer großdeutscher Einheit«. Postkarte nach einem Kupferrelief, 1938. Entwurf: Xaver Abt.

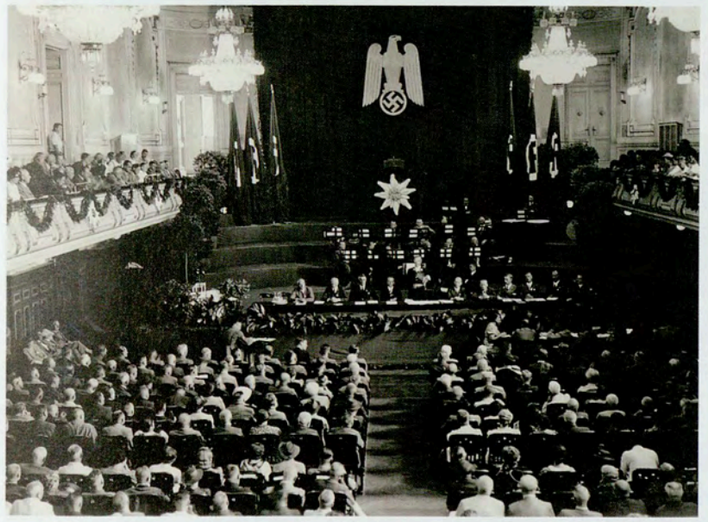
Nach der Hauptversammlung des Alpenvereins 1936 in Garmisch-Partenkirchen fuhr ein Sonderzug die Delegierten nach Innsbruck. Dort wurden sie von der Bevölkerung begeistert empfangen. Der staatenübergreifende Alpenverein galt als Symbol für die Einheit Österreichs und Deutschlands.

Die Gründer des Deutschen Alpenvereins, Franz Senn, Karl Hofmann, Theodor Trautwein und Johann Stüdl werden zu Wegbereitern des ›Anschlusses‹ umgedeutet.

Kooperation mit dem Nationalsozialismus

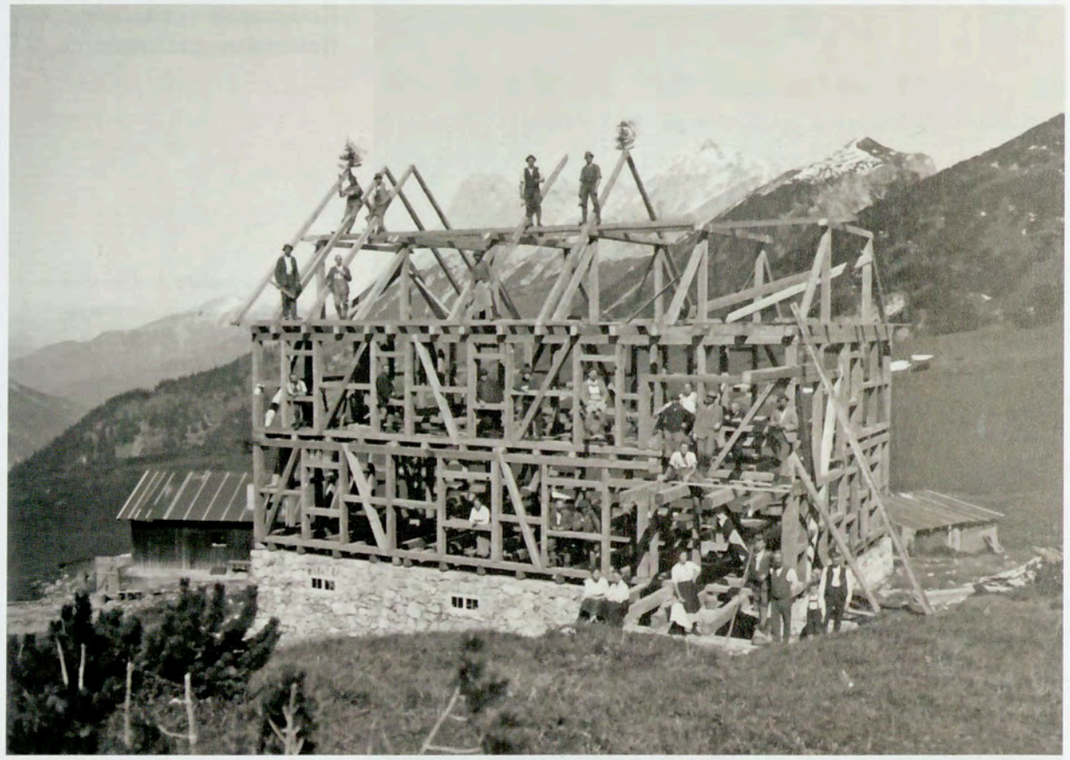


Hauptversammlung des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins 1936 in Garmisch-Partenkirchen mit dem rückseitigen Vermerk: »Das Hakenkreuz nimmt sich bescheiden an!«. Foto: H. Beckert.



Hauptversammlung des Deutschen Alpenvereins 1939 in Graz.

Bis zum ›Anschluss‹ Österreichs 1938 konnte sich der Alpenverein als überstaatlicher Verband der Gleichschaltung entziehen. Auf der Bühne der Hauptversammlung 1936 dominierte das Edelweiß, die Flaggen von Deutschland und Österreich sind untergeordnet. 1939 ist die Rangfolge klargestellt.



Hüttenbau

Oben: Mitglieder der Sektion Oberland bei der Firstfeier auf der Falkenhütte (Karwendel), 1922. In: Chronik der Sektion Oberland.

Unten: Mitglieder der Sektion Oberland beim freiwilligen Arbeitsdienst an der Falkenhütte: Transport von Holzbalken zur Hütte. Aus dem Fotoalbum von Max Ende, 1923.





Gemeinsame Bergtouren

Mitglieder der Sektion Hochland bei einer Rast beim Abstieg vom Sonneck im Scheffauer Kaiser, 1921. Aus dem Fotoalbum von Ernst Bachl, 1921.

Mitglieder der Sektion Essen bei einer Tour auf dem Reggentörl (Venedigergruppe), 1924.







Alpinausbildung

Hochalpiner Eis- und Kletterkurs der deutschen Studentenschaft Graz, durchgeführt von der Sektion Graz in den Ötztaler Alpen, 1932 (Parstleswand und Seekarleferner). Aus dem Fotoalbum von Helmuth Bachrach-Barée.



Jugendarbeit

Bergsteigen erzieht zu »Härte und Männlichkeit«.

Jugendgruppe der Sektion Rheinland-Köln im Winterlager auf der Birkenalm bei Gunzesried (Allgäuer Alpen) beim Waschen, 1935/36.